

**Axel Kassegger u.
Andreas Mölzer**
(Hg.)

**Warum die Gespräche
zwischen FPÖ und ÖVP
scheitern mussten**

Scheinverhandlungen

Axel Kassegger u. Andreas Mölzer

(Hg.)

Scheinverhandlungen

Warum die Gespräche zwischen FPÖ und ÖVP scheitern mussten

Bildnachweis Titelbild:

Kickl: Parlamentsdirektion/Katie-Aileen Dempsey

Stocker: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

ISBN 978-3-950-5389-7-7

© 2025. Alle Rechte vorbehalten.

Medieninhaber/Hersteller/Herausgeber:

Freiheitliches Bildungsinstitut

Gesellschaft für Politik, Kultur und Meinungsfreiheit (FBI)

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

www.fbi-politikschule.at

Die in dieser Publikation vertretenen Standpunkte müssen nicht den Ansichten des FBI oder einzelner seiner Mitarbeiter entsprechen. Der Meinungsfreiheit verpflichtet, legt das Institut darauf Wert, auch solchen Meinungen eine Plattform zu bieten, die dem Zeitgeist allenfalls entgegenstehen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in den Medien des Freiheitlichen Bildungsinstituts das generische Maskulinum verwendet. In diesem Fall sind männliche wie weibliche Personen gleichermaßen einbezogen.

Inhaltsverzeichnis

Ein Hoffnungsschimmer für Österreich	7
Vorwort von Axel Kassegger	
„Kickl verhindern“	10
Von Alexander Höferl	
Das Panik-Orchester der Kickl-Verhinderer	31
Von Andreas Mölzer	
Was liegt im Innenministerium vergraben?	36
Interview mit Christian Hafenecker	
Die Regierungsverhandlungen 2017 und 2025	52
Von Norbert Nemeth	
Der Anfang vom Ende!	62
Von Hubert Fuchs	
Ständestaatliches Njet	68
Von Fritz Simhandl	
Keine Reformen – alles beim Alten	74
Von Friedrich-Wilhelm Moewe	
Chronologie der Ereignisse	77
Die ÖVP mutierte zu einem Befehlsempfänger Brüssels	79
Interview mit Susanne Fürst	
Diese Chance wurde von der ÖVP vergeben	85
Interview mit Michael Schnedlitz	
Der Antrieb der ÖVP ist der Machterhalt	90
Interview mit Hubert Fuchs	
ÖVP war mehr an Machterhalt interessiert	97
Interview mit Gerhard Kaniak	
Acht Punkte machen eine Regierung mit der ÖVP unmöglich!	102
Interview mit Axel Kassegger	

Das Wort „Corona“ durfte nicht vorkommen!	110
Interview mit Dagmar Belakowitsch	
Die ÖVP opfert die Neutralität – für den Kanzlersessel.	115
Interview mit Reinhard Teufel	
Auszüge aus den Protokollen der Koalitionsverhandlungen	
Medien	120
Außenpolitik	130
Österreich und die EU	137
Asyl, Migration, Integration, Staatsbürgerschaft	146
Innere Sicherheit	153
Gesundheit	161
Wirtschaftsstandort Österreich	169
Konsumentenschutz	175
Pensionen	177
Pflege	181
Sozialhilfe „Neu“	184
Arbeit	186
Unerfüllbare Forderungen der ÖVP	190
Von Bernhard Tomaschitz	
Kein Wählerverrat	199
Von Friedrich-Wilhelm Moewe	
Die Latte liegt niedrig wie nie zuvor	202
Interview mit Wolfgang Bachmayer	
Die Grundstimmung in Österreich ist schlecht wie noch nie!	208
Interview mit Werner Beutelmeyer	
FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl zur Zurücklegung des Regierungsbildungsauftrags	212

Ein Hoffnungsschimmer für Österreich

Vorwort

VON AXEL KASSEGGER



Bild: Foto Simonis

Am 29. September 2024 wurde die Freiheitliche Partei Österreichs unter der Führung von Bundesparteiobmann Herbert Kickl bei der Nationalratswahl vom Souverän, dem österreichischen Volk, mit einer Mehrheit ausgestattet. Damals brach der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit der Usance, den Ersten mit der Bildung einer Regierung zu beauftragen. Was folgte, waren drei Monate Verhandlungen der Wahlverlierer, die Anfang Jänner 2025 scheiterten, und die Einsicht des Bundespräsidenten, doch Herbert Kickl mit Bildung einer Regierung zu beauftragen.

Daraufhin trat die FPÖ in Verhandlungen mit der ÖVP ein – ein kleiner Hoffnungsschimmer für die vielen Menschen im Lande, die eine grundlegende Veränderung herbeisehnen und was sie eigentlich auch mit ihrem Votum im September 2024 zum Ausdruck gebracht haben.

Doch der Schein trog: Wohl von vorneherein dürfte die ÖVP mit ihrem neuen Frontmann geglaubt haben, dass es der FPÖ nicht um echte Veränderung geht, sondern nur um den Postens des Kanzlers. Dies ist aber weit gefehlt: Herbert Kickl und seine Freiheitlichen ließen sich nicht verlocken, für den Preis des Kanzlerpostens einem „Weiter wie bisher“ und schwarzem Machterhalt den Steigbügel zu halten.

Das vorliegende Buch soll aufzeigen, warum es der FPÖ in den Verhandlungen gegangen ist, und warum die ÖVP nie einen tatsächlichen Politikwechsel anstrebte. Und warum die gescheiterten Verhandlungen für die FPÖ nur ein weiterer Schritt in Richtung „Volkskanzlerschaft“ sind.

Dr. Axel Kassegger,

Präsident des Freiheitlichen Bildungsinstitutes

Scheinverhandlungen

Warum die Gespräche zwischen FPÖ und ÖVP
scheitern mussten

„Kickl verhindern“ ... als Ziel des Bundespräsidenten

VON ALEXANDER HÖFERL

Mag. Alexander Höferl ist Klubdirektor
des Freiheitlichen Parlamentsklub



Bild: Alois Endl

Selten hat nach einer Nationalratswahl der Bundespräsident eine derart präzise und prominente Rolle gespielt wie diesmal. Genauer gesagt war er bereits vor der Wahl in diese Rolle geschlüpft. Am Vorabend des Antritts seiner zweiten Amtszeit im Jänner 2023 kündigte er im ORF an, er werde Herbert Kickl nach der nächsten Wahl, selbst wenn die FPÖ auf Platz eins liege, nicht zum Kanzler ernennen. „Eine antieuropäische Partei, die den Krieg Russlands gegen die Ukraine nicht verurteilt, werde ich durch mein Handeln nicht noch zu befördern versuchen.“¹

Zwar äußerte sich der Bundespräsident bis zur Wahl nicht erneut derart explizit. Sein Statement nach dem Urnengang machte jedoch klar, dass der bisherige Automatismus, dem Erstplatzierten den Regierungsbildungsauftrag zu erteilen, für Van der Bellen nicht zählte. „Ich werde darauf achten, dass die Grundpfeiler unserer liberalen Demokratie respektiert werden“, richtete er den Österreichern am Wahlabend aus und kündigte an, selbst Sondierungsgespräche mit allen Parteichefs zu führen.² Zehn Tage später konstatierte er

-
- 1 https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6243009/Bundespraesident-im-ORFInterview_Van-der-Bellen-will-Kickl-nicht
 - 2 <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/statement-nationalratswahl-2024>

eine „klassische Pattsituation“, weil keiner mit dem erstplatzierten Herbert Kickl koalieren wolle. Van der Bellen vergatterte daher die Chefs der drei größten Parteien, Herbert Kickl, Karl Nehammer und Andreas Babler, „Gespräche miteinander auf Parteichef-Ebene zu führen und verlässlich zu klären, ob und welche wechselseitige Zusammenarbeit grundsätzlich vorstellbar ist oder wäre“.³

Ungeachtet des Umstands, dass sowohl ÖVP-Chef Nehammer als auch SPÖ-Vorsitzender Babler eine Zusammenarbeit mit der FPÖ unter Herbert Kickl im Wahlkampf ausgeschlossen hatten, nahmen die Freiheitlichen ihre vom Wähler übertragene Verantwortung in Gesprächen am 15. Oktober (Nehammer) und 18. Oktober (Babler)

a. BUDGETSITUATION –

Schuldenanstieg bremsen & Spielräume schaffen

- AUSGEGLICHENES BUDGET bis zum Ende der Regierungsperiode
- ZERO BASED BUDGETING für die Ministerien (Ziel: 5 % Einsparungen bis 2026, Aufgabencheck und Prozess- bzw. Strukturoptimierung der Administration)
- OFFENTLICHE AUSGABEN auf Konjunkturwirkung überprüfen
- FÖRDERDSCHUNGEL mit EURO-Zielvorgaben gemeinsam durchforsten (TASK FORCE)
- Kostensenkende Maßnahmen gegen ZUWANDERUNG ins SOZIALSYSTEM
- Evaluierung BILDUNGSKARENZ bezüglich Treffsicherheit

b. IMPULSE –

WIRTSCHAFTSSTANDORT und LEISTUNGSBEREITSCHAFT stärken

- KEINE NEUEN STEUERN – Planungssicherheit, keine Angriffe auf Leistung und Eigentum
- ENTBÜROKRATISIERUNGSOFFENSIVE zur Beschleunigung von administrativen Prozessen (Deregulierungspaket)
- STARTPAKET zur Incentivierung der Leistungsbereitschaft schnüren (Zielrichtung: freiwillig länger arbeiten, Hebung des Pensionsantrittsalters durch Entlastungen – Stichwort „Altersbonus“ – sowie Überstunden von Abgaben befreien - mehr Netto vom Brutto, ...)
- Schwerpunktsetzung beim Thema LEISTBARER WOHNRAUM (Zielrichtung: Wohnbauoffensive, Abschaffung der Grunderwerbssteuer)
- Umsetzung eines neuen STANDORTFÖRDERUNGSGESETZES (Zielrichtung: Betriebsansiedelungen und Standortsicherung)
- INVESTITIONSFREIBETRAG für die Dauer von drei Jahren auf 20 % erhöhen (Zielrichtung: Umwegrentabilität durch Investitionen in den Standort)
- Im ersten Schritt KOST-SENKUNG für Kleinstkapitalgesellschaften (UGB) auf 15 % zur regionalen Stärkung der kleineren Unternehmen (bis zehn Arbeitnehmer)

3 <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/statement-1>

wahr. Kickl bot Nehammer an, konkrete Sondierungsgespräche zur Bildung einer gemeinsamen Regierung zu führen. Das an Nehammer übergebene schriftliche Angebot stellte zunächst einige wichtige Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung des Standorts Österreich außer Streit (Siehe Grafik)

Darauf aufbauend wurde ein mit konkreten Terminen versehener Zeitplan für die Sondierungsgespräche übergeben, der in sechs Kapitel gegliedert war:

Wirtschaft & Standort (ab 22. Oktober)

Arbeit & Leistung (ab 25. Oktober)

Asyl & Zuwanderung (ab 28. Oktober)

Gesundheit & Pflege (ab 29. Oktober)

Sicherheit & Neutralität (ab 30. Oktober)

Demokratie & Medien (ab 31. Oktober)

Die Weigerung der beiden Vorsitzenden von ÖVP und SPÖ, Nehammer und Babler, mit der FPÖ Sondierungsgespräche über eine Regierungsbildung zu führen, legitimierte die offenbar von Anfang an vorhandene Absicht des Bundespräsidenten, den Erstplatzierten der Wahl diesmal zu übergehen. Am 22. Oktober trat Van der Bellen erneut vor die Medien und sagte:

Herbert Kickl hat mir gegenüber deutlich festgehalten, dass es eine FPÖ-Regierungsbeteiligung ausschließlich mit ihm als Bundeskanzler geben würde. Die anderen Parteichefs haben glaubhaft versichert, dass sie genau das nicht wollen.⁴

Folglich beauftragte der Bundespräsident den ÖVP-Vorsitzenden Nehammer mit der Regierungsbildung und bat ihn darum, „umgehend Verhandlungen mit der Sozialdemokratischen Partei Österreichs aufzunehmen.“ Gleichzeitig wies er dem Bundeskanzler den Weg in Richtung Dreier-Koalition, indem er Klärung darüber verlangte, „ob mit der knappen Mehrheit, die ÖVP und SPÖ gemeinsam im Nationalrat haben, eine stabile Regierung gebildet werden

4 <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/was-sich-ausgeht-und-was-nicht>

kann oder ob eine dritte Partei in kommende Regierungsverhandlungen eingebunden werden soll“.

Enormes Budgetloch bremst Ampel-Verhandlungen

Trotz des klaren Auftrags beschränkten sich ÖVP und SPÖ zunächst auf Sondierungen, die am 25. Oktober 2024 begannen. Erst am 12. November erfolgte die Einladung an die NEOS, an diesem Prozess teilzunehmen, der am 18. November in offizielle Regierungsverhandlungen übergang. Mit 33 Untergruppen in sieben „Clustern“ war der Prozess ausgesprochen breit aufgesetzt. Als Bremsklotz erwies sich jedoch von Anfang an das angeschlagene Budget, dessen Schieflage der scheidende Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) vor der Wahl noch verschwiegen hatte. Nach öffentlich ausgetragenen Differenzen einigte man sich kurz vor Weihnachten, die notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen über sieben Jahre zu verteilen.

Diese Minimaleinigung konnte das Projekt jedoch nicht mehr retten. Die NEOS erklärten am 3. Jänner 2025 ihren Ausstieg aus den Verhandlungen. Obfrau Beate Meinl-Reisinger vermisste bei den einstigen Großkoalitionären – wenig überraschend – Mut und Willen zu grundsätzlichen Reformen. Einen Tag später ging auch die ÖVP von Bord. Beide Parteien sahen die Schuld bei der SPÖ. Karl Nehammer sprach von „destruktiven Kräften“ und kündigte in einer Videobotschaft an, als Konsequenz aus der gescheiterten Regierungsbildung sowohl als Bundeskanzler als auch als ÖVP-Obmann zurückzutreten.

Stokers Kehrtwende schafft „eine neue Situation“

Somit war der Bundespräsident gezwungen, das zu tun, was er ursprünglich verhindern wollte, nämlich FPÖ-Obmann Herbert Kickl den Auftrag zur Regierungsbildung zu erteilen. „Der neu bestimmte ÖVP-Obmann Christian Stocker hat gestern bereits öffentlich mitgeteilt, dass die ÖVP nunmehr für Regierungsverhandlungen mit

der FPÖ bereit steht. Das ist eine neue Situation“, rechtfertigte Van der Bellen seinen eigenen Sinneswandel mit dem des ehemaligen ÖVP-Generalsekretärs, der im Wahlkampf zu einem der heftigsten Kickl-Gegner gezählt hatte.⁵

Die nun anlaufenden Gespräche zwischen der FPÖ und der ÖVP standen von Beginn an unter gehörigem Zeitdruck. Das nach der Nationalratswahl bekannt gewordene Budgetloch enormen Ausmaßes hatte längst die Europäische Union auf den Plan gerufen. Österreich drohte ein EU-Defizitverfahren, mit dem nicht nur schmerzhaft Einschnitte für die Bevölkerung, sondern auch eine teilweise Abtretung der österreichischen Budgetsouveränität nach Brüssel einhergegangen wäre. Bis Mitte Jänner war Zeit, dieses drohende Szenario abzuwenden. Dafür mussten fürs Erste Einsparungen im Ausmaß von 6,3 Milliarden Euro identifiziert werden, die noch 2025 wirksam werden.

Unter anderem an dieser Aufgabe waren die Verhandler der Ampel gescheitert. Umso überraschender war es sowohl für die Medien als auch für die Bevölkerung, dass diese Hürde unter freiheitlicher Führung in wenigen Tagen genommen wurde. Herbert Kickl und der neue ÖVP-Obmann Christian Stocker präsentierten am 13. Jänner das Paket, das per „Brief nach Brüssel“ dem zuständigen EU-Kommissar vorgelegt werden sollte. Herbert Kickl skizzierte in der Pressekonferenz die Prämissen, unter denen nach Einsparungsmöglichkeiten gesucht worden war:

Ohne neue Steuern, keine Erbschaftssteuer, keine Schenkungssteuer, keine Vermögenssteuern - so, wie wir Freiheitliche es versprochen haben. Es wird Maßnahmen gegen Steuerschlupflöcher geben, insbesondere von großen Spielern, und gespart wird im Ministeriumsapparat. All das

5 <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/rede-1>

*passiert unter besonderer Bedachtnahme auf den Arbeitsmarkt und die Konjunktur!*⁶

Motiviert von dieser bedeutenden Einigung, wollten die Freiheitlichen sogleich die Verhandlungen über ein Regierungsprogramm aufnehmen. Doch hier erfolgte das erste Bremsmanöver der ÖVP. Sie stand erst am 21. Jänner – also mehr als eine Woche nach der Verkündung der Einigung über einen Budgetkonsolidierungspfad – für inhaltliche Gespräche in den Fachgruppen zur Verfügung.

Viel Dissens, wenig Konsens

Dennoch fanden auch bis dahin Gespräche statt – und zwar in einer Gruppe, die in der öffentlichen Aufmerksamkeit bislang keine Beachtung gefunden hatte. Die interne Bezeichnung dafür lautete „Konsens-Dissens-Gruppe“. Diese verfolgte zwei Ziele: Einerseits sollten Themenbereiche identifiziert werden, bei denen die beiden Parteien weitgehend übereinstimmen, sodass in einer gemeinsamen Regierung rasch positive Maßnahmen für die Bevölkerung präsentiert werden können. Andererseits sollten aber auch jene Bereiche angesprochen und diskutiert werden, zu denen die Ansichten von FPÖ und ÖVP offensichtlich weit auseinanderlagen, damit im Vorgriff auf die Detailverhandlungen bereits Kompromisse skizziert werden konnten.

Während die erste Aufgabe verständlicherweise wenig Schwierigkeiten bereitet, blockierte die ÖVP bei den Dissens-Bereichen permanent. In vier Sitzungen der Gruppe konnte hier wenig Fortschritt erzielt werden. Während die FPÖ-Verhandler (Klubobmann-Stellvertreter Norbert Nemeth, Generalsekretär Christian Hafenekker und der Verfasser als geschäftsführender Klubdirektor) zu den strittigen Bereichen stets bereits Kompromissvorschläge einbrach-

6 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20250113_OTS0053/fpoe-kickschiefer-abwendung-des-eu-defizitverfahrens-sichert-oesterreichs-selbstbestimmung-und-legt-fundament-fuer-eine-gute-zukunft

ten, gingen ihre Gegenüber von der Volkspartei (der nunmehrige Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer, der nunmehrige Staatssekretär Alexander Pröll und ÖVP-Kommunikationschef Gerald Fleischmann) darauf kaum ein, sondern sträubten sich generell gegen die Aufnahme wichtiger freiheitlicher Forderungen in ein gemeinsames Regierungsprogramm.

Das Wort „Corona“ etwa sollte nach Meinung der ÖVP im Programm überhaupt nicht vorkommen. Man wolle „nicht in den Rückspiegel schauen“, lautete dafür die Argumentation. Schon in dieser frühen Phase der Verhandlungen versuchte die ÖVP, grundsätzliche Entscheidungen – etwa über Corona, die Finanzierung des ORF oder die Haltung zur EU – auf die Ebene der beiden Parteichefs zu delegieren. Offenbar hatten die ÖVP-Verhandler ihren Auftrag in dieser Gruppe also entweder nicht verstanden – oder aber ihnen war bereits zu diesem Zeitpunkt Mitte Jänner bewusst, dass sie nur Scheinverhandlungen zu führen hatten.

Jedenfalls war das Ergebnis dieser den Verhandlungen in den einzelnen Politikbereichen vorgelagerten Gruppe aus Sicht der Freiheitlichen mehr als dürftig. Das Abschlussprotokoll mit einigen wenigen Formulierungen zu umstrittenen Themen war auf Wunsch der ÖVP überschrieben mit dem Satz: „Die Liste ist ein Gedankenaustausch und nicht vollständig und keine politische Einigung!“

Allerdings standen laut diesem Protokoll einige Punkte außer Streit, von denen die ÖVP später nichts mehr wissen wollte. Im Bereich Asyl hieß es beispielsweise, dass zur Umsetzung der restriktivsten möglichen Asylpolitik „auch Druck zu Verschärfungen auf EU-Ebene ausgeübt werden“ solle. Und weiter: „Alle Pull-Faktoren sind durch geeignete Maßnahmen abzustellen, um Österreich unattraktiv für illegale Migration zu machen.“ – Eine Einigung, die in den Fachverhandlungen zur Migration der alte und neue Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) wieder aufschnürte – mit dem skurrilen Argument, es gebe gar keine „Pull-Faktoren“, deshalb könne man sich auch nicht abstellen.

Klar und deutlich beim Namen genannt wurde in der abschließenden Vereinbarung der „Konsens-Dissens-Gruppe“ auch das Verbotsgesetz gegen den politischen Islam, von dem die ÖVP-Verhandler in der Fachgruppe Verfassung zunächst von der Bezeichnung her und schließlich auch inhaltlich immer weiter abrückten. Noch vor endgültiger Bildung der Verlierer-Ampel stimmten auch die ÖVP-Abgeordneten im Nationalrat gegen einen entsprechenden Antrag der Freiheitlichen – und damit sowohl gegen ihr eigenes Wahlprogramm als auch gegen die anfängliche Einigung in den Regierungsverhandlungen mit den Freiheitlichen.

Verspäteter Start in 13 Fachgruppen

Diese beiden Beispiele lassen bereits den weiteren Verhandlungsverlauf erahnen. Als die insgesamt 13 Fachgruppen ab 21. Jänner ihre Gespräche aufnahmen, erhielten sie die spärlichen Einigungen aus der „Konsens-Dissens-Gruppe“ zu ihren Fachbereichen zwecks Orientierung mitgeteilt. Auf der Gegenseite war das offensichtlich nicht der Fall, denn in zahlreichen Gruppen wollten die Verhandler nicht einmal von diesen Minimal-Kompromissen etwas wissen und lehnten die von den eigenen Parteikollegen besprochenen Formulierungen gänzlich ab. Dies betraf insbesondere die Gruppen Außenpolitik und Europa, Innere Sicherheit und Integration sowie die Teilgruppe Medien.

Die Detailverhandlungen starteten, wie erwähnt, am 21. Jänner 2025. Im Vorfeld hatten sich die beiden Parteien auf 13 Gruppen geeinigt, die folgende Bereiche zu bearbeiten hatten:

- 1. Verfassung, Deregulierung, Öffentlicher Dienst, Kampf gegen Antisemitismus und politischer Islam** – Verhandlungsführer: Norbert Nemeth (FPÖ) – Alexander Pröll (ÖVP)
- 2. Wohnen und Justiz** – Verhandlungsführer Harald Stefan (FPÖ) – Claudia Plakolm/Alexander Pröll (ÖVP)

3. **Außenpolitik und Europa** – Verhandlungsführer: Susanne Fürst (FPÖ) – Reinhold Lopatka (ÖVP)
4. **Innere Sicherheit und Integration** – Verhandlungsführer: Hannes Amesbauer (FPÖ) – Gerhard Karner (ÖVP)
5. **Finanzen und Steuern** – Verhandlungsführer: Hubert Fuchs (FPÖ) – Harald Mahrer (ÖVP)
6. **Landesverteidigung und Sport** – Verhandlungsführer: Volker Reifenberger (FPÖ) – Klaudia Tanner (ÖVP)
7. **Bildung, Wissenschaft und Forschung** – Verhandlungsführer: Hermann Brückl (FPÖ) – Barbara Eibinger-Miedl (ÖVP)
8. **Kunst/Kultur und Medien** – Verhandlungsführer: Thomas Spalt/Christian Hafenecker (FPÖ) – Susanne Raab (ÖVP)
9. **Familie, Jugend und Frauen** – Verhandlungsführer: Rosa Ecker (FPÖ) – Claudia Plakolm (ÖVP)
10. **Pensionen, Gesundheit, Pflege, Soziales und Konsumentenschutz** – Verhandlungsführer: Dagmar Belakowitsch (FPÖ) – August Wöginger (ÖVP)
11. **Wirtschaftsstandort, Arbeit, Energie und Tourismus** – Verhandlungsführer: Axel Kassegger (FPÖ) – Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP)
12. **Infrastruktur, Verkehr und Digitalisierung** – Verhandlungsführer: Christian Hafenecker (FPÖ) – Claudia Plakolm (ÖVP)
13. **Landwirtschaft, ländlicher Raum, Umweltschutz und Klimapolitik** – Verhandlungsführer: Marlene Svazek (FPÖ) – Georg Strasser (ÖVP)

Die Ergebnisse der einzelnen Verhandlungsgruppen waren höchst unterschiedlich, folgten aber dem Bild, das die Freiheitlichen bereits in der „Konsens-Dissens-Gruppe“ gewonnen hatten: Einigungen erfolgten in erster Linie dort, wo sich die beiden Parteien schon vorher weitgehend einig waren. Wo hingegen substantielle Differenzen bestanden, konnten kaum Fortschritte erzielt werden.

Die ÖVP mauerte, ging – wie oben schon erwähnt – sogar hinter bereits skizzierte Kompromissvorschläge zurück und delegierte jedes noch so kleine Problem auf eine höhere Ebene.

Unter dieser höheren Ebene verstanden die Vertreter der Volkspartei zumeist die beiden Parteiobmänner, denen sie sämtliche Probleme ins Gepäck legen wollten. Kaum eine Rolle spielte für sie offenbar die Steuerungsgruppe. Die FPÖ hatte dafür bereits nach der Wahl folgende Personen nominiert und vor Beginn der konkreten Verhandlungen mit der ÖVP Anfang Jänner bestätigt: Parteiobmann und Klubobmann Herbert Kickl, die beiden Klubobmann-Stellvertreter Susanne Fürst und Norbert Nemeth, die beiden Generalsekretäre Michael Schnedlitz und Christian Hafenecker, Kickl-Büroleiter und NÖ-Klubobmann Reinhard Teufel sowie der Budget-Experte und neugewählte Nationalratsabgeordnete Arnold Schiefer. Für die ÖVP waren Parteichef Christian Stocker, Klubobmann August Wöginger, Generalsekretär Alexander Pröll, Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer, Staatssekretärin Claudia Plakolm und Bauernbund-Chef Georg Strasser im Kernteam.

ÖVP schweigt zu FPÖ-Forderungen

Aufgabe dieser Steuerungsgruppe wäre es gewesen, die aufgetretenen Hindernisse aus den einzelnen Verhandlungsgruppen zu beseitigen und Einigungen dort herbeizuführen, wo sie auf Fachebene nicht gelungen sind. Allerdings sollte diese Gruppe nur ein einziges Mal zusammentreten – und zwar am 29. Jänner. Die Sitzung nahm einen äußerst skurrilen Verlauf. Die Verhandler der FPÖ waren bestens vorbereitet, um die strittigsten Themen zu diskutieren und Lösungen zu finden. Sie referierten die freiheitlichen Positionen zu Asyl und Migration, zur Corona-Aufarbeitung, zum Wunsch nach einer Beteiligung der Banken an der Budgetsanierung, zur versprochenen Abschaffung der ORF-Haushaltsabgabe, zu einer neutralitätskonformen militärischen Luftraumüberwachung und zur grundsätzlichen Haltung gegenüber der Europäischen Union,

die neben einem grundsätzlichen Bekenntnis zur Mitgliedschaft auch den Anspruch umfasst, Fehlentwicklungen zu stoppen und Verbesserungen für die österreichische Bevölkerung anzustreben. Was von den ÖVP-Teilnehmern als Antwort kam, war – nichts! Christian Stocker notierte die Themen, welche der FPÖ besonders wichtig waren, und antwortete lediglich, dass man diese „mitnehmen“ werde. Die offenbar völlig unvorbereiteten ÖVP-Verhandler präsentierten keinerlei Gegenpositionen und machten auch keine Kompromissvorschläge. Selbst auf die Frage von Herbert Kickl, welche Themen ihnen denn besonders wichtig seien und wo sie Probleme im Verhandlungsverlauf erkennen würden kam – nichts!

Neue Strategie der ÖVP: Statt Inhalten nun Posten

Die merkwürdige Besprechung am 29. Jänner markierte zugleich den Schlusspunkt der inhaltlichen Verhandlungen. Denn nun bestand die ÖVP schlagartig darauf, vor den inhaltliche Differenzen eine andere Frage zu klären – jene der Ressortverteilung in einer potenziellen blau-schwarzen Regierung. Zum ersten Mal trafen Herbert Kickl und Christian Stocker in dieser Sache am 30. Jänner aufeinander, wobei Stocker einen umfangreichen Forderungskatalog übergab: Die ÖVP bestand auf das Finanz- und das Innenministerium, darüber hinaus auf das Außenministerium und auf die Ressorts Wirtschaft, Landwirtschaft und Bildung.

Es folgten insgesamt vier weitere Gesprächsrunden mit jeweils drei Teilnehmern (Kickl, Nemeth und Teufel bzw. Stocker, Wöginger und Pröll). Als die Freiheitlichen ihren Verhandlungspartnern am 4. Februar klarmachten, dass sowohl Finanz- als auch Innenministerium unter FPÖ-Führung stehen sollten, berief Stocker überhastet eine Sitzung des ÖVP-Bundesvorstands ein. Spätestens hier dürfte klar geworden sein, dass ihm die Partei nur einen geringen Spielraum für die weiteren Verhandlungen zugestand. Der FPÖ-Vorschlag, der Stocker und Kollegen so sauer aufgestoßen war, dass

sie sofort die gesamte Parteispitze zusammentrommelten, sah wie folgt aus:

FPÖ-Kompromissvorschlag für die Ressortverteilung

FPÖ (6)

- Bundeskanzler
- Kanzleramt (EU, Verfassung, Deregulierung, Kunst, Kultur, Medien, Digitalisierung)
- Finanzen
- Inneres (unabhängiger Staatssekretär für DSN)
- Arbeit und Integration
- Gesundheit, Sport und Tourismus

ÖVP (7)

- Auswärtige Angelegenheiten
- Verkehr und Infrastruktur
- Wirtschaft, Forschung und Energie
- Landesverteidigung und öffentlicher Dienst
- Landwirtschaft und Umwelt
- Soziales, Frauen, Familie und Jugend
- Bildung und Wissenschaft

UNABHÄNGIG (1)

- Justiz

Keine Spur also von Machtgehebe des Wahlsiegers. Die FPÖ bestand der ÖVP sogar mehr Ressorts zu, als sie für sich selbst beanspruchte. Und sie erfüllte dem potenziellen Regierungspartner fast alle Wünsche – bis auf zwei: das Finanz und das Innenressort. Herbert Kickl begründete diese beiden entscheidenden Forderungen in einem umfangreichen Facebook-Posting am 5. Februar. Die zentralen Passagen darauf:

Die letzten Finanzminister waren es ja, die dieses Budget mit Milliarden-schulden zu verantworten haben. Da kann es kein „Weiter wie bisher“ geben. Dort muss wieder mit Hausverstand gespart werden, dort gilt „zu-

erst sanieren, dann investieren“ als Grundsatz der Politik. Dann wird es eine gute Zukunft geben.

Und ganz ähnlich sehen wir das auch bei der Frage Sicherheit und Migration. [...]

Die FPÖ und ich, wir wollen einen Kurswechsel in der Sicherheitspolitik und beim Asylkurs. Damit endlich die Richtigen, also unsere eigene Bevölkerung, die „Familie Österreich“, geschützt werden und nicht die illegalen Eindringlinge. Und an diesen Ergebnissen wollen wir uns auch messen lassen.

Aber wenn wir die Ergebnisse verantworten, dann müssen wir zuvor auch diejenigen sein, die die Möglichkeit haben, diesen Kurs zu gestalten und Schritt für Schritt umzusetzen. Deshalb ist das Innenministerium wichtig.⁷

Zwar gestand die ÖVP im weiteren Verlauf der Gespräche der FPÖ das Finanzministerium zu, nicht jedoch das für die Umsetzung des freiheitlichen Kernbereichs der Asyl- und Migrationspolitik entscheidende Innenministerium. Und zusätzlich wurden weitere Forderungen erhoben: Die ÖVP beanspruchte nun auch das Verteidigungsministerium und wollte zudem die EU-Koordinierung sowie auch die Medienpolitik in ihrem Bereich angesiedelt wissen. Trotz weiterer Zugeständnisse der FPÖ in den folgenden Gesprächsrunden scheiterten die Verhandlungen an der unnachgiebigen Haltung der Volkspartei.

Attacken über die Medien und ein „geleaktes“ Protokoll

Nicht nur die unnachgiebige Haltung der ÖVP in der von ihr selbst geforderten Debatte über die Ressortverteilung ließ die Freiheitlichen immer mehr am Einigungswillen des Gegenübers zweifeln. In der letzten Phase der Verhandlungen vermittelte die Volks-

7 <https://www.facebook.com/herbertkickl/posts/pfbid0fc1EebQ4SBjeoAde42EGwbB8zatYXAxPgP8qvtPyFpKp12BTmSyl46ivyJ9mYzVEI>

partei auch medial den Eindruck, kein Interesse mehr an einem Abschluss mit der FPÖ zu haben. Es mehrten sich die öffentlichen kritischen Stimmen. Anders als zu Beginn der Verhandlungen, äußerten sich nun auch „Schwergewichte“ der Partei in negativer Art und Weise – allen voran Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer, der die FPÖ und Herbert Kickl am 11. Februar via „Kronen Zeitung“ frontal angriff. Wer nicht konsensbereit sei und sich nur im Machtausch befinde, der sei möglicherweise nicht regierungsfähig, ließ Mahrer ausrichten.⁸

Bereits am 8. Februar sorgte ein „geleaktes“ Verhandlungspapier für Unruhe. Die Berichterstattung darüber wurde vom ORF angestoßen.⁹ Basis dafür war eine Zusammenstellung von Protokollen aus den einzelnen Verhandlungsgruppen. Schnell war klar, dass dieses Papier nur aus ÖVP-Kreisen den Weg zu den Medien gefunden haben konnte, denn den Freiheitlichen lag diese Sammlung in dieser Form nie vor. Zum Teil handelte es sich überdies nicht um akkordierte Protokolle, sondern um Mitschriften der ÖVP-Verhandler. Allerdings wurde offenbar versucht, den Verdacht auf die Freiheitlichen zu lenken, denn als Autor des im Umlauf befindlichen PDF-Dokuments schien der Nationalrats-Fraktionsdirektor der FPÖ, Eike Dohr, auf. Schnell war jedoch klar, dass Dohr nur Autor des ersten von insgesamt 13 Kapiteln war. Jemand hatte offensichtlich in das von ihm erstellte Word-Dokument die anderen Kapitel eingefügt und daraus ein PDF erzeugt, das nach wie vor Dohr als Autor auswies. Eine Analyse des Suchverlaufs bei Google zeigte zudem, dass Suchen nach „Eike Dohr“ erstmals am 4. Februar in größerer Zahl dokumentiert waren – just jenem Abend, an dem der eilig einberufene ÖVP-Bundespartei Vorstand stattfand. Gut möglich, dass also schon an diesem Abend die Entscheidung fiel, die Verhandlung

8 <https://www.krone.at/3685665>

9 <https://www.youtube.com/watch?v=j29PtwdRiPw>

gen mit der FPÖ zu „sprengen“, und als erste Maßnahme dafür das Papier an den ORF übermittelt wurde.

Dafür sprach auch, dass einzelne Inhalte des Papiers von den Medien in geradezu grotesker Weise verzerrt und für die FPÖ negativ dargestellt wurden. Beispielsweise wurde behauptet, die Freiheitlichen würden verlangen, dass Forschungsarbeiten an den Universitäten nur noch in deutscher und nicht mehr in englischer Sprache verfasst werden dürfen¹⁰ – eine glatte Unwahrheit: Die Freiheitlichen forderten lediglich, dass jeder Arbeit „eine aussagekräftige Zusammenfassung in deutscher Sprache beigelegt“ werden müsse. Ähnlich missinterpretiert wurde der freiheitliche Widerstand gegen die Forderung der ÖVP, sämtliche österreichische Amtsgebäude mit einer EU-Fahne zu schmücken. Daraus wurde – etwa im ÖVP-nahen „Kurier – der Wunsch, „dass Amtsgebäude keine EU-Fahne mehr tragen sollen“.¹¹ In diesen und weiteren Fällen scheint es kaum glaubhaft, dass Journalisten solch seltsame Interpretationen ohne Unterstützung von Informanten aus dem Bereich der Volkspartei anstellen würden.

Toxische „Grundlinien“ aus der ÖVP-Giftküche

Ab dem 4. Februar und verstärkt ab dem „Leak“ des Verhandlungspapiers am 8. Februar mehrten sich auch in dem Medien Berichte und Kommentare, welche die Koalitionsgespräche zwischen FPÖ und ÖVP in einer veritablen Krise sahen. Dieses Bild verdichtete sich immer mehr. Am Montagabend schließlich beging die ÖVP das nächste mediale „Foul“. In einer abendlichen Verhandlungsrunde hatte sie den FPÖ-Vertretern ein Papier übergeben: zwei A4-Seiten, übertitelt mit „Gemeinsame Grundlinien außer Streit stellen“.

10 <https://www.derstandard.at/story/3000000256864/blau-schwarze-leaks-sehen-entmachtung-der-studierenden-an-unis-vor>

11 <https://kurier.at/politik/inland/koalitionsverhandlungen-blau-tuerkis-protokolle-bestaetigen-inhaltliche-differenzen-kickl-stocker/403008787>

Thema in dem Gespräch war das Papier jedoch nicht, dafür zitierte nur kurz nach dem Ende der Verhandlungsrunde der vor Ort im Parlament postierte ORF-Reporter Peter Babutzky aus dem Papier und bestätigte sogar, dieses Papier „aus ÖVP Kreisen“ zugespielt bekommen zu haben.¹² Am folgenden Tag wurde die Medienberichterstattung über dieses Papier intensiver,¹³ oftmals verbunden mit dem Vorwurf der ÖVP, man habe ja auch über Inhalte sprechen wollen, aber die Freiheitlichen nicht.

Tatsächlich wurde über diese Grundlinien in den letzten Verhandlungen kein einziges Mal debattiert – und auch die ÖVP äußerte danach kein Verlangen. Es handelte sich offensichtlich nur noch um den taktischen Versuch, inhaltliche Gründe für das bevorstehende Scheitern vorzutauschen. Dass am Ende übrigbleibt, die ÖVP verzichte auf eine Regierung im Sinne einer breiten Bevölkerungsmehrheit nur deshalb, weil sie Angst davor hat, ihre Machtbastion Innenministerium – und damit die Kontrolle über so manchen mutmaßlichen Skandal im Haus in der Herrengasse – zu verlieren, wollten die Strategen in der Volkspartei offenbar vermeiden.

Obwohl es keine Rolle mehr spielte, lohnt es sich dennoch, einen Blick auf dieses Dokument zu werfen. Offensichtlich war es bewusst so konzipiert, die Gespräche scheitern zu lassen – wenn schon nicht an den Posten, dann wenigstens an den Inhalten.

Das Papier ist eine Sammlung von Bekenntnissen, deren erstes der EU gilt – und zwar ohne Wenn und Aber. Zwar ist auch von einer Verbesserung und Weiterentwicklung die Rede – allerdings unter der Bedingung eines gemeinsamen Fokus auf „große Themen“ wie etwa eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Keine Rede ist hingegen von einer Verbesserung im Sinne der Österreicher, etwa einer besseren Asyl- und Migrationspolitik, einem Ende der wirtschaftszerstörerischen Klimapolitik oder von einer EU mit

12 <https://on.orf.at/video/14262939/zib-2-vom-10022025>

13 <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/oevp-uebergibt-fpoe-grundsatz-papier/623459545>

freien Bürgern in souveränen Ländern ohne Zensur und gesteuerte öffentliche Debatten. Im Gegenteil ist vom Kampf gegen Desinformation und „Fake News“ die Rede – linke Kampfbegriffe, mit denen in Form des „Digital Services Act“ die Meinungsfreiheit immer weiter eingeschränkt wird. Das selbstverständliche Bekenntnis zum Rechtsstaat kommt im Verbund mit einem bedingungslosen Anerkenntnis jeglicher Urteile der internationalen Gerichtshöfe. Die geforderte Abgrenzung von jeglichem religiösen oder politischen Extremismus bekommt ebenfalls eine massive Schlagseite. Wenn die ÖVP fordert, dass „keine öffentlichen Gelder für extremistische Organisationen und Medien“ fließen sollen, so sind damit auch all jene gemeint, die kurz davor in einem vom umstrittenen und schwer linkslastigen „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands“ im offiziellen Auftrag von Innen- und Justizministerium als rechtsextrem diffamiert worden waren.¹⁴ Faule Früchte schummelte die ÖVP auch zum Thema „Stopp der illegalen Migration, Asyl und Sicherheit“ in ihre Grundlinien. Zwar wurde die Aussetzung der Annahme von Asylanträgen und des Familiennachzugs versprochen, dafür produzierte man beim Bekenntnis zu einer „neutralitätskonformen Verteidigung des Luftraums“ einen Widerspruch in sich – denn darunter versteht die ÖVP ausgerechnet das NATO-Projekt „Sky Shield“.

Eine detaillierte Diskussion dieses Forderungskatalogs sollte sich erübrigen, denn die ÖVP blieb auch im Streit um die Ressortverteilung unnachgiebig. Zwar zeigten sich sowohl Herbert Kickl als auch Christian Stocker am 11. Februar gegenüber Bundespräsident Van der Bellen bereit, die Verhandlungen fortzuführen.¹⁵ Schon am folgenden Tag zogen die Freiheitlichen jedoch einen Schlusstrich,

14 <https://info-direkt.eu/in-eigener-sache/absurder-doew-bericht-info-direkt-erringt-dritten-platz>

15 <https://www.puls24.at/news/politik/koalition-vor-dem-aus-fpoe-und-oevp-bei-van-der-bellen-in-der-hofburg-erwartet/386605>

nachdem die Forderungen der ÖVP immer skurrilere Züge angenommen hatten. Der letzte Vorschlag, der FPÖ ein „Asyl- und Migrationsministerium“ – also ein Innenministerium ohne Polizisten – zu überlassen und dafür wieder das Finanzministerium für sich zu reklamieren, entbehrte offensichtlich jeglicher Ernsthaftigkeit.¹⁶

12. Februar – Tag der Entscheidung

Der 12. Februar 2025 markierte den Abbruch der Verhandlungen. Herbert Kickl meldete sich bereits um 10 Uhr am Vormittag mit einer kurzen Videobotschaft und erklärte darin, „warum wir seit Anfang Februar über Ministerien verhandeln“¹⁷ – und zwar, „weil die ÖVP das ausdrücklich so wollte“. Um 13 Uhr setzte Generalsekretär Christian Hafenecker nach und zerpflückte das „Grundlinien“-Papier der ÖVP.¹⁸ Herbert Kickl machte sich indessen einmal mehr auf den Weg in die Hofburg, um den Regierungsbildungsauftrag zurückzulegen. Ergänzend zu seinen Ausführungen übergab der FPÖ-Obmann dem Bundespräsidenten auch ein Schreiben, den offiziellen „Abschlussbericht“ der Koalitionsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP, den Kickl um 15 Uhr auf seiner Facebook-Seite veröffentlichte.¹⁹

16 <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/19355332/fpoe-legte-oevp-neues-angebot-zu-ministerien-vor>

17 <https://www.youtube.com/watch?v=BuaqYcVGg-I>

18 <https://www.youtube.com/watch?v=DSrspFRkr7I>

19 <https://www.facebook.com/photo/?fbid=1161106488715480&set=a.467379778088158>

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Am 6. Jänner 2025 haben Sie mich mit der Bildung einer stabilen und zukunftsorientierten Regierung beauftragt.

Wir haben daraufhin mit der ÖVP das Gespräch gesucht, mit der Absicht, nach einem straffen Zeitplan schnell zu einer leistungsfähigen Bundesregierung zu kommen. Gemeinsam wollten wir Österreich zurück an die Spitze Europas führen – wirtschaftlich stark, sozial verantwortungsbewusst und mit einer Migrationspolitik, die die Interessen unseres Landes und seiner Menschen schützt.

In einem ersten Schritt ist es uns gelungen, mit einem klaren Konsolidierungspfad ein drohendes EU-Defizitverfahren abzuwenden und damit sowohl der Wirtschaft als auch den Bürger drohende Zusatzkosten zu ersparen. Daraufhin wurden die inhaltlichen Verhandlungen in 13 Untergruppen gestartet.

Ehe jedoch die noch strittigen Punkte auf Chefverhandler-Ebene geklärt werden konnten, bestand die ÖVP Anfang Februar darauf, die Ressortverteilung zu klären. Am 4. Februar 2025 haben wir Freiheitliche einen entsprechenden Entwurf vorgelegt. Obwohl wir in den darauffolgenden Gesprächen der ÖVP in vielen Punkten entgegengekommen sind, waren die Verhandlungen zu unserem Bedauern letztlich nicht von Erfolg gekrönt.

Deshalb lege ich heute, am 12. Februar 2025, den Auftrag zur Regierungsbildung zurück.

Ich setze diesen Schritt nicht ohne Bedauern. Verhandlungen mit der SPÖ sehen wir jedoch nicht als zielführend an. Die Vorgespräche mit Andreas Babler haben gezeigt, dass nicht nur unsere Positionen in entscheidenden Punkten weit auseinander liegen, sondern die SPÖ grundsätzlich eine ablehnende Position zu jedweder Zusammenarbeit mit der FPÖ einnimmt. Daran hat sich auch seit der Wahl nichts geändert. Österreich hat keine Zeit zu verlieren.

Mit besten Grüßen



Herbert Kickl

Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs

Um 16.30 Uhr trat erneut Christian Hafenecker an die Öffentlichkeit und erklärte Medien und Öffentlichkeit die Hintergründe des Verhandlungsabbruchs. Trotz guter und fairer Angebote der FPÖ habe sich die ÖVP in den Verhandlungen in den letzten bei-

den Wochen nicht mehr bewegt. Es sei daher keine weitere Zeit zu verlieren gewesen: „Die FPÖ kann keine Scheinverhandlungen mitmachen, das ist den Wählern schlicht und ergreifend nicht zuzumuten!“²⁰

Hier fiel also erstmals das Wort, das sich im Laufe der folgenden Tage und Wochen als treffsichere Beschreibung des Spiels erweisen sollte, das die ÖVP offenbar mit den Freiheitlichen gespielt hatte: Scheinverhandlungen.

Entsprechend entspannt reagierte am Abend auch der Bundespräsident auf das bereits zweite Scheitern einer Regierungsunbildung nach der Wahl am 29. September 2024:

*Dass die Verhandlungen gescheitert sind, mag für den einen oder die andere unerfreulich sein, für das Staatsganze ist es aber, und das ist mir wichtig an dieser Stelle zu betonen, für das Staatsganze ist es kein Grund zur Beunruhigung. Denn wir bewegen uns nach wie vor in den wohlgeordneten Bahnen der österreichischen Bundesverfassung. Wir **haben** eine Bundesregierung. Und wir **werden** eine Bundesregierung haben.²¹*

Dem aus Van der Bellens Mund bereits bestens bekannten Lob für die Verfassung folgte die Glorifizierung einer speziellen Art der Konfliktlösung: Der Kompromiss sei „in Österreich ein Schatz. Eine Art Kulturgut, mit dem wir immer gut gefahren sind“, offenbarte der Bundespräsident der staunenden Öffentlichkeit und setzte damit den Startschuss für geradezu hymnische Vermehrungen des Kompromisses durch zahlreiche staatlich geförderte Medien.

Davor jedoch war noch einmal Herbert Kickl am Zug. Um 20.15 trat er vor die Öffentlichkeit, die Ansprache wurde vom ORF und den Privatsendern Servus TV, Oe24-TV und Puls24 live übertragen.²² Weit mehr als eine Million Menschen lauschten seinen Worten. Er sei mit dem Anspruch grundlegender Veränderungen in die

20 <https://www.youtube.com/watch?v=6KzYhr4n6CU>

21 <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/rede-12-02>

22 <https://www.youtube.com/watch?v=LFCyo4ZBgP4>

Verhandlungen gegangen, habe aber zur Kenntnis nehmen müssen, dass die ÖVP auf ein „Weiter wie bisher“ gesetzt habe – sowohl inhaltlich als auch, was die Positionen in der Regierung betrifft.

Kickl empfahl nach dem Scheitern der Verhandlungen Neuwahlen, doch er sah bereits vorher, dass es dazu nicht kommen sollte: „Ich fürchte, dass die anderen Parteien sich jetzt wieder zusammenhängen werden, um mit aller Kraft Neuwahlen zu verhindern, um damit einen Zuwachs der FPÖ zu stoppen oder aufzuhalten.“

Kickl verhindern als Regierungsprogramm

Kickl sollte Recht behalten. Es dauerte nicht lang, bis die zunächst gescheiterten drei Parteien ÖVP, SPÖ und NEOS erneut für Verhandlungen zueinanderfanden. Das am 27. Februar, also nur zwei Wochen nach dem Scheitern der Gespräche mit der FPÖ, präsentierte Regierungsprogramm²³ unterschied sich inhaltlich kaum von dem noch von reichlich Dissens geprägten Zwischenergebnis, das Anfang Jänner zunächst die NEOS und kurz darauf die ÖVP veranlasst hatte, vom Verhandlungstisch aufzustehen. Nur den Pfad für die Budgetkonsolidierung übernahm die ÖVP aus den Verhandlungen mit den Freiheitlichen. Offenbar war der Volkspartei bewusst, dass nur die Freiheitlichen genug Verantwortungsbewusstsein mitbrachten, das von der ÖVP in fünf Regierungsjahren mit den Grünen in den Staatshaushalt gerissene Loch zu stopfen. Es hat einiges für sich, dass die akute Gefahr eines EU-Defizitverfahrens der wichtigste, vielleicht sogar der einzige Grund für die Aufnahme der Scheinverhandlungen mit den Freiheitlichen war, während im Hintergrund die offiziell gescheiterten Gespräche zumindest mit der SPÖ weitergelaufen sein dürften. Ihr offensichtliches Ziel lautete: Kickl verhindern – und „Weiter so“ ohne Wenn und Aber!

23 https://www.dievolkspartei.at/Download/Regierungsprogramm_2025.pdf

Das Panik-Orchester der Kickl-Verhinderer

Der Chorgesang der Bedenkenträger gegenüber einer FPÖ-geführten Bundesregierung war schrill, vielfältig und letztlich erfolgreich.

VON ANDREAS MÖLZER

Andreas Mölzer ist Herausgeber des Wochenmagazins *ZurZeit* und war von 2004 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments.



Bild: ZF-Archiv

In der Rückschau auf jene wenigen Wochen, in denen Freiheitliche und Volkspartei zu Jahresbeginn 2025 über eine gemeinsame Regierungsbeteiligung verhandelten, ist klar erkennbar, dass der Gegenwind, also die kritischen Kräfte, welche eine Mitte-Rechts-Regierung um jeden Preis verhindern wollten, überaus stark waren. Und es wird auch klar erkennbar, dass die Gegenstimmen, die vielen Initiativen gegen Blau-Schwarz, die diversen Resolutionen gegen einen Kanzler Kickl, auf merkwürdige Art orchestriert, aufeinander abgestimmt erscheinen. Was während der laufenden Ereignisse im Trubel der Berichterstattung und der medialen Skandalisierung der damaligen Regierungsverhandlungen eher unterging, wird nunmehr in der Rückschau deutlich: Da gab es so etwas wie eine gemeinsame Choreografie der Empörung, eine feine, psychologisch durchaus klug abgestimmte Regie des Protests. Insgesamt eine politisch-mediale Inszenierung, die letztlich maßgeblich zum Scheitern der Verhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP beitrug.

Zuletzt, unmittelbar vor dem Abbruch der Verhandlungen, waren es eine Reihe prominenter Alt-Politiker, die in den Chor der Warner vor der Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung von FPÖ und

ÖVP einstimmten. Just auf Einladung des sattsam bekannten „Republikanischen Clubs“ meldeten sich der ehemalige Bundespräsident Heinz Fischer, die einstige FPÖ-Generalsekretärin und nachmalige Gründerin des „Liberalen Forums“ Heide Schmidt, der einstige EU-Kommissar Franz Fischler, der Kurzzeit-Gesundheitsminister Rudolf Anschober und der nahezu in Vergessenheit geratene einstige Finanzminister Ferdinand Lacina zu Wort, um „eine zweite Chance für die Zweite Republik“ einzufordern und vor einem „Volkskanzler Herbert Kickl“ zu warnen.

Für Heinz Fischer wären durch eine derartige Bundesregierung „die Grundlagen der Zweiten Republik gefährdet“ gewesen. Heide Schmidt vermeinte eine problematische Haltung mancher FPÖ-Politiker zur NS-Zeit feststellen zu müssen. Und Franz Fischler glaubte, man müsse angesichts der internationalen Verwerfungen verstärkt auf europäischer Ebene kooperieren, was mit einer solchen Regierung seines Erachtens unmöglich wäre.

Zuvor hatte sich schon ein „Verein der Chefredakteur/innen“, dem die meisten etablierten Printmedien des Landes angehörten, mit einer höchst besorgten Mahnung zur Wahrung der Pressefreiheit an die Öffentlichkeit gewandt. Anlass dafür war eine durchaus verständliche, allerdings einigermaßen harsche Wortmeldung des Wiener FPÖ-Chefs Dominik Nepp hinsichtlich der Berichterstattung einer lachsrosa Gazette, die sich in diesen Tagen ziemlich ungeniert zur Kampfplattform gegen die Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung gemacht hatte. Dass gerade aus der Richtung solcher geradezu obsessiver FPÖ-Hasser die Forderung nach Gewährleistung eines objektiven und überparteilichen Journalismus kam, entbehrte nicht einer gewissen skurrilen Note.

Wenig verwunderlich, dass gleichzeitig ein offener Brief der Kultur-Schaffenden auf Initiative von Gerhard Ruiss, des Geschäftsführers der „IG-Autoren“, veröffentlicht wurde, der ein „sofortiges Ende der Koalitionsverhandlungen“ zwischen FPÖ und ÖVP verlangte. Mitunterzeichner waren unter anderem, wie zu erwarten, die Li-

teratur-Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek, die Schriftstellerinnen Monika Helfer und Eva Menasse, die Schauspieler Erika Pluhar und Cornelius Obonya.

Und natürlich gab es da eine einigermaßen grelle Koalition der verschiedensten politisch korrekten und zumeist auch ultralinks stehenden Initiativen und Gruppierungen, von „SOS Mitmensch“ bis zu „Attac“, von den „Omas gegen Rechts“ bis zur Caritas, die wieder zu Großdemonstrationen gegen eine mögliche Mitte-Rechts-Regierung aufrief. Und zweifellos – so glaubte man damals – werde es wieder so wie im Jahr 2000 gegen die damalige blau-schwarze Koalition unter Wolfgang Schüssel jeden Donnerstag mehr oder minder große Straßenumzüge in der Wiener Innenstadt geben, die nicht nur von mehr oder minder prominenten Linkspolitikern, sondern gewiss auch von den Veitstänzen der Anarcho-Szene begleitet worden waren.

Im Zentrum der Kritik stand zumeist weniger konkret freiheitliche Politik, sondern vielmehr FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl. Dieser wurde von seinen Kritikern geradezu dämonisiert. Besonders grotesk war dies, wenn die Groß-Schriftsteller der Republik mit mehr oder minder literarisch bedeutsamen Essays in den seriösesten Gazetten des deutschsprachigen Raums ausrückten.

Da schrieb etwa der mit höchsten Literaturwürden versehene Christoph Ransmayr in der renommierten „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, dass mit den Freiheitlichen „barbarische Horden“ Einlass in das Wiener Kanzleramt begehren würden. Und an ihrer Spitze stünde mit Herbert Kickl „ein mit Minderwertigkeitskomplexen geschlagenes Männlein“, das ihn an den „Zwerg Bumsti“ seiner Kindheit erinnere. Und Ransmayrs Schriftstellerkollege Michael Köhlmeier vermeinte, in einer FPÖ-geführten Bundesregierung überhaupt den „politischen Supergau“ schlechthin erkennen zu müssen. Wobei er im FPÖ-Chef Herbert Kickl einen „zutiefst getränkten und ängstlichen Mann“ zu sehen meinte.

Am skurrilsten war dann allerdings der Befund des Mode-Literaten Robert Menasse, den er im Feuilleton der „Presse“ veröffentlichte: Zwar attestierte er den Freiheitlichen großzügigerweise, keine Nazis zu sein. Sie würden nämlich keinen Angriffskrieg planen und keine Konzentrationslager errichten wollen. Dafür aber seien sie allesamt Faschisten, Faschisten nämlich, die sich mit dem Mäntelchen des Patriotismus tarnen würden. Und das würde reichen, um sie kompromisslos zu bekämpfen. Dabei ging er in die freiheitliche Geschichte zurück, indem er meinte, Jörg Haider sei nur ein „extremer rechter Abenteurer“ gewesen und Heinz-Christian Strache ein rechter „Parvenü“. Herbert Kickl hingegen sei ein „asketischer Gesinnungstäter“, dessen Kanzlerschaft man unbedingt verhindern müsse. sonst würde nämlich „der Irrsinn seiner Politik“ erst zu spät deutlich werden.

Wo eigentlich politisch-inhaltlich die Gefährdung der Demokratie durch eine FPÖ-geführte Bundesregierung gelegen wäre, wurde in all diesen Wortmeldungen nicht konkret ausgeführt. Inwiefern die Rechtsstaatlichkeit, die Pressefreiheit und auch die EU-Mitgliedschaft Österreichs damit in Frage gestellt worden wäre, wurde ebenso wenig erklärt. Und nach welchen Kriterien man Herbert Kickls Freiheitliche als rechtsextrem, faschistisch oder gar NS-lastig bezeichnen könnte, war damit auch nicht dargelegt.

Es war eben derselbe Robert Menasse, der bereits in den Neunziger-Jahren in der Zeit des Aufstiegs der Haider-FPÖ davon sprach, dass dieser eine neue Form des Austro-Faschismus repräsentiere. Seine nun neuerlich erhobene Behauptung, dass die Freiheitlichen Faschisten, eben Austrofaschisten seien, hält allerdings weder einer historischen noch einer soziologischen Überprüfung stand. Gerade unlängst nämlich erschien ein neues Buch des Wiener Historikers Thomas Hellmuth zum Thema. Unter dem Titel „Austrofaschismus. Eine Identitätsgeschichte“ werden hier die Charakteristika des Faschismus definiert. Und diesen entspricht die freiheitliche Partei unter Herbert Kickl in keiner Weise. Weder gibt es bei ihr

einen Führerkult, noch Antisemitismus oder Antiliberalismus. Im Gegenteil: Die heutigen Freiheitlichen sind nach wie vor traditionell rechtsstaatlich orientiert, plebiszitär und direktdemokratisch, marktwirtschaftlich in sozialer Verantwortung, also absolut liberal.

Insgesamt erwies sich der Chor der Kickl-Verhinderer und das begleitende mediale Panik-Orchester als reine Kampagne gegen eine bislang nicht etablierte politische Kraft, die den ehernen Gesetzen der Political Correctness nicht entspricht und das bislang herrschende Machtkartell samt Verteilungsschlüssel der staatlichen Mittel und Positionen in Frage stellt. Und damit waren auch die Ängste der diversen Bedenkenträger durchaus verständlich – wenn auch nicht berechtigt –, ging es doch um die Wahrung ihrer Machtmittel und Privilegien, ihrer Fördergelder und ihrer Eitelkeiten.

Zweifellos wird nun die These, wonach all dieser Protest geplant und aufeinander abgestimmt war, von den medialen und politischen Gegnern und Kritikern der Freiheitlichen – und das heißt wohl von allen Mainstreammedien und allen anderen Parlamentsparteien – als Verschwörungstheorie abgetan werden. Wobei es ja auch nicht ausschlaggebend ist, ob es hier so etwas wie einen politisch-medialen Planungsstab gab, bestehend aus Vertretern von ÖVP, SPÖ, NEOs und Grünen mit ständiger Konsultation des Bundespräsidenten, der den Verlauf und die Intensität des Protests steuerte. Wenn man sich an die „Message Control“, wie sie in der Volkspartei unter Sebastian Kurz eingeführt wurde erinnert, wäre das allerdings nicht verwunderlich. Unwiderlegbare Tatsache ist jedenfalls nur, dass die ganze Protestwelle im Ergebnis genauso funktioniert, wie wenn es eine geplante Konspiration gewesen wäre.

Was liegt im Innenministerium vergraben?

INTERVIEW MIT CHRISTIAN HAFENECKER

FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker hat bei den Koalitionsgesprächen die beiden Untergruppen Infrastruktur, Verkehr, und Digitalisierung sowie Kunst, Kultur und Medien für die Freiheitlichen geleitet. Er saß darüber hinaus in der über- bzw. vorgelagerten Dissens-Konsens-Gruppe



Bild: FPÖ

Herr Hafenecker, waren die Verhandlungen mit der ÖVP retrospektiv betrachtet Scheinverhandlungen, also von Anfang an auf ihr Scheitern angelegt?

Christian Hafenecker: Ich glaube, dass die ÖVP aufgrund der Gegebenheiten erst eine Strategie entwickelt hat. Im Rückspiegel gesehen würde ich es als zweiteiliges Verfahren beschreiben: Auf der einen Seite gab es Druck von der Europäischen Union, das Defizitverfahren, auf das wir zugesteuert sind, abzuwenden. Da gab es konkrete Termine, wann der berühmte Brief nach Brüssel abgesendet werden musste. Das hat den Druck erzeugt, dass man innerhalb weniger Tage eine Budgetkonsolidierung vornehmen musste. Da hatte ich den Eindruck, dass die ÖVP tatsächlich willens war, hier rasch zu einem Konsens zu kommen. Nachdem dieser Brief abgesendet wurde und wir mit den inhaltlichen Verhandlungen begonnen haben, denen noch einen Dissens-Konsens-Gruppe vorgeschoben war, habe ich bei der ÖVP einen Paradigmenwechsel festgestellt.

Während man bei der Budgetkonsolidierungsphase wirklich bemüht war, rasch Kompromisse und Lösungen zu finden, war es bei den thematischen Ebenen später so, dass die ÖVP auf Zeit gespielt und keine Lösungsansätze mehr eingebracht hat. Sie hat sich

in eine Warteposition begeben, Sollbruchstellen eingebaut und in weiterer Folge auch mit Parallelverhandlungen begonnen.

Heißt das, zur Abwendung des EU-Defizitverfahrens hat die ÖVP die FPÖ noch gebraucht, weil man sich mit der SPÖ diesbezüglich nicht hätte einigen können, Und nachdem die Volkspartei die Freiheitlichen dafür missbraucht hatte, führte sie keine ernsthaften Verhandlungen mehr ?

Hafenecker: Aus heutiger Sicht würde ich das so sehen. Anders hätte man das Defizitverfahren nicht abwenden können. Um finanziell autonom bleiben zu können, war das notwendig. Wir wissen aus den zuerst gescheiterten Dreierverhandlungen, dass man bei der Budgetkonsolidierung nur 1,2 Milliarden Euro zustande gebracht hat, also nur einen Bruchteil dessen, was notwendig gewesen wäre, um das Verfahren abzuwenden. Man hat die FPÖ dazu gebraucht, um diese Sanierung vorzunehmen und hat dann praktischerweise nach der Rückgabe des Regierungsbildungsauftrages von Herbert Kickl an den Bundespräsidenten ein fertiges Schreiben in der Hand gehabt, wo man sagen konnte, das ist schon bei der EU eingereicht worden und durchgegangen. Die ÖVP hat sich dadurch bei den erneuten Dreierverhandlungen erspart, noch einmal über diesen Sanierungskurs zu diskutieren, weil er bereits abgeseget war. Man hat damit auch ein Druckmittel für SPÖ und Neos in der Hand gehabt, das war sozusagen ein abgeschlossenes Thema, das man nicht mehr diskutieren musste.

Nach dem man das EU-Defizitverfahren abgewendet hatte, sind die Verhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP auf eine breite inhaltliche Ebene in mehreren Untergruppen übergegangen. Wie hat das konkret ausgesehen?

Hafenecker: Uns war wichtig, nicht den gleichen Fehler zu machen, wie das bei den zuvor gescheiterten Dreierverhandlungen der Fall gewesen war, wo über große Themen kleinteilig in den Untergruppen gestritten worden ist. Deswegen haben wir zusätzlich zur Steuerungsgruppe, die sozusagen über die Fachgruppen gestülpt gewesen ist, im Vorfeld auch noch eine Dissens-Konsens-Gruppe

eingezogen. Die war vier zu vier bestückt. Wir haben darauf geachtet, dass die Themen, die ein Problem hätten werden können, in der Dissens-Konsens-Gruppe aufs Tapet kommen, um zu verhindern, dass in jeder Fachgruppe nochmals über die gleichen Probleme gestritten bzw. diskutiert wird.

Das war der erste Schritt, da gab es – nach meiner Erinnerung – drei Sitzungen. In weiterer Folge sind parallel dazu die Fachgruppen gestartet. Da haben wir uns ein enges Zeitkorsett auferlegt. Wir wollten mit der ersten Runde der Fachgruppen in einer Woche durch sein – was auch gelungen ist. Es ist rund um die Uhr verhandelt worden, auch am Wochenende. In der zweiten Runde, der Retourrunde, hat die ÖVP plötzlich damit begonnen, nicht mehr über Inhalte zu sprechen, sondern vor allem über Posten.

Was waren in der Dissens-Konsens-Gruppe die größten Streitfragen?

Hafenecker: Bemerkenswert war, dass die ÖVP nie irgendwelche Lösungsvorschläge gebracht, sondern nur erklärt hat, was alles nicht geht. In der Dissens-Konsens-Gruppe hatten die ÖVP-Verhandler weder das Pouvoir, Streitpunkte zur Seite zu räumen noch diese zu lösen. Das heißt, alles, was an Widersprüchen vorhanden war, hätte ohnehin auf die Chefebene gehoben werden müssen. Das Einzige – und das habe ich als spannend empfunden –, was die ÖVP dort gleich postuliert hat, war, dass alle Faktoren, die zum Wahlerfolg der FPÖ geführt haben, wie das Thema Corona-Aufarbeitung, Abschaffung der ORF-Zwangsgebühren, der kritische Umgang mit der EU etc., nicht im Regierungsprogramm stehen durften. Das hat insofern für Verwunderung gesorgt, weil der Wahlsieger selbstverständlich wesentliche Teile seines Programms auch umsetzen möchte. Das habe ich als feindlichen Akt gesehen, dass jene Punkte, die zu unserem Wahlsieg geführt haben, nicht im Regierungsprogramm stehen durften. Das ist ein Affront. Man muss auch sagen, dass diese Dissens-Konsens-Gruppe zu keinem Erfolg geführt hat, weil die ÖVP nicht bereit war, sich auf Diskussionen einzulassen oder Kompromisse anzubieten.

Waren die Verhandlungen auf der Ebene der Untergruppen konstruktiver?

Hafenecker: Das kann man nicht über einen Kamm scheren. Es hat sehr konstruktive Gruppen gegeben, das waren jene, wo man von der Parteiprogrammatik und den Wahlprogrammen her sehr ähnlich getaktet waren. Ich darf für meine Gruppe, den Verkehr, sprechen, wo wir zu 95 Prozent ein sehr gutes Programm ausgearbeitet haben, da gibt es auch traditionell im parlamentarischen Diskurs keine wesentlichen Streitpunkte. Es hat auch im Bereich Landwirtschaft meines Wissens große Übereinstimmungen gegeben. Man hat ein sehr umfangreiches Landwirtschaftskapitel geschrieben, da gab es weitgehende Deckungsgleichheit. Im Bereich Wirtschaft ist man schon sehr weit gewesen. Es gab auch Bereiche, wo ich aus heutiger Sicht sagen muss, die waren als Sollbruchstellen geplant. Das beginnt bei meinem Bereich, ich habe neben Verkehr auch Medien, Kunst und Kultur verhandelt. Interessant war, dass mein Gegenüber als Verhandlungsleiterin die ÖVP-Medienministerin Susanne Raab gewesen ist. Wir wissen, um welche heißen Themen es in diesem Bereich gegangen ist: Erstens um eine ORF-Reform, also um die Abschaffung der Haushaltsabgabe, und zweitens um eine Neuaufstellung der Medienförderung. Beides sehr spannende Bereiche. Es gab zwei wesentliche Punkte, die Raab in ihrer Ära als Medienministerin umgesetzt hat, zwei negative aus unserer Sicht.

Zum einen war das das Qualitätsjournalismus-Gesetz, das nichts anderes als ein Besitzstandswahrungsgesetz für die etablierten Systemmedien ist. Da war es uns wichtig, die Medienförderung auf neue Beine zu stellen und bei den Ausschlussparagrafen, die nur den Zweck haben, neue und unabhängige Medien außen vorzulassen, einzugreifen. Raab hätte also ein Gesetz wegverhandeln müssen, das sie selbst geschrieben bzw. in Auftrag gegeben hat. Das gleiche galt auch für die ORF-Reform. Jemanden zu Verhandlungen zu schicken, der seine eigenen politischen Kinder zurückziehen muss,

ist ein obskurer Vorgang und hat auch für entsprechende Verstimmungen gesorgt. Im Medienkapitel ist vieles auf Rot stehen geblieben, wir haben uns nur auf wenige Orchideenthemen einigen können, in weiten Teilen hat aber Dissens bestanden.

Auch die Atmosphäre bei den Gesprächen war schlecht. Gleich nach Beginn der Gespräche hat Raab mit unserer Delegation zu schreien begonnen. Das hat dazu geführt, dass ich mit meinen Verhandlern das Lokal verlassen habe. Einige Minuten später haben wir dann telefonisch vereinbart, die Verhandlungen wieder fortzuführen. Das war ein nicht sehr freundliches Klima. In diesem Bereich war kein Konsens zu finden. Deshalb spreche ich auch von Sollbruchstellen.

Ähnliches habe ich aus dem Sozialbereich und aus dem außenpolitischen Bereich gehört. Bei zweiterem soll interessant gewesen sein, dass dort zwar der Chefverhandler der EU-Abgeordnete Reinhold Lopatka gewesen ist, de facto wurden die Verhandlungen aber von zwei Mitarbeiterinnen von Außenminister Alexander Schallenberg geführt. Lopatka hat dort den Eindruck eines entmündigten Politikers erweckt. Die beiden Damen haben dort gebetsmühlenartig das EU-Dogma vorgetragen, mit allen möglichen Schauergeschichten. Das war auch ein Punkt, wo hart verhandelt worden ist und wo man auch den Eindruck hatte, die ÖVP will absolut nicht.

Das Innere war ebenfalls ein Thema, wo die ÖVP die freiheitlichen Standpunkte bei weitem nicht geteilt hat. Ich hatte den Eindruck, die erste Verhandlungswoche ist halbwegs gut gelaufen, wo man noch voll Zuversicht war. Aber danach dürfte mit voller Kraft mit den Parallelverhandlungen mit der SPÖ begonnen worden sein. Interessant in diesem Zusammenhang war, dass die FPÖ jeden Tag parat gestanden ist, um zu verhandeln, und sich die ÖVP immer wieder rausgenommen hat, einmal zwei Tage, einmal drei Tage usw. Aus heutiger Sicht waren das wohl die Tage, wo man Parallelverhandlungen geführt hat.

Inwieweit sind die Verhandlungen von außen und aus dem Ausland, insbesondere aus Brüssel und Berlin, beeinflusst worden?

Hafenecker: Ich hatte den Eindruck, da waren stets zwei Elefanten im Raum. Einer davon war die deutsche Bundestagswahl. Ich habe mich gefragt, ob das Termin ist, vor dem man Herbert Kickl nicht als Bundeskanzler angeloben möchte. Das habe ich auch gegenüber der ÖVP angesprochen, die das aber immer verneint hat. Was den zweiten Elefanten im Raum betrifft, den es definitiv auch gegeben hat, das war EVP-Chef Manfred Weber, der medial großen Druck erzeugt hat. Es ist bis heute nicht geklärt, ob Weber im Zuge der Regierungsverhandlungen Kontakt mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen hatte, ob er ihn besucht hat, ob sie telefoniert haben oder wie auch immer die Kommunikation stattgefunden hat. Es gab das Gerücht, dass Weber Einfluss auf den Bundespräsidenten nehmen wollte bzw. auch genommen hat, um einen Bundeskanzler Kickl zu verhindern.

Welche Rolle hat der Bundespräsident während der Verhandlungen gespielt?

Hafenecker: Die war insofern interessant, dass er zuerst einmal mit der ersten Verhandlungsrunde und der Ehrenrunde, den Sondierungsgesprächen zwischen den Parteien, einen Schlag ins Wasser gemacht hat. Hätte er einfach getan, was bisher Usance gewesen ist, nämlich der stärksten Partei den Regierungsbildungsauftrag zu geben, wir hätten uns einige Ehrenrunden ersparen können. Zwischen Wahl und Regierungsbildung liegen fünf Monate, was natürlich vieles nach sich zieht, etwa eine wahlkonforme Nachbesetzung des ORF-Stiftungsrates etc. Die alte Regierung hat fast ein halbes Jahr lang weitergearbeitet, obwohl es ein Wahlergebnis und einen klaren Wahlsieger gegeben hat.

Der Bundespräsident hat sicherlich die Hauptschuld an der massiven Verzögerung, die dadurch zustande gekommen ist. Dafür maßgeblich war der unverhohlene Versuch zu verhindern, dass Herbert Kickl überhaupt die Möglichkeit bekommt, Regie-

rungsverhandlungen zu führen. In weiterer Folge hat Van der Bellen aber einsehen müssen, dass die ersten Dreierverhandlungen gescheitert sind, und dann – und auch das ist ein wesentlicher Punkt – hat es den Regierungsbildungsauftrag für Herbert Kickl gegeben. Das heißt, die vorher noch im Raum gestandene *Conditio sine qua non*, dass Herbert Kickl keinen solchen Auftrag bekommen darf, hat sich damit erledigt. Am Ende hat sich aber der Bundespräsident durchgesetzt. Interessant ist die Frage, die vielleicht historisch zu beantworten sein wird: Hat Alexander Van der Bellen von den Parallelverhandlungen gewusst oder hat er sie sogar befeuert?

Ist es gesichert, dass die ÖVP gleichzeitig mit den Freiheitlichen und der SPÖ verhandelt hat?

Hafenecker: Das ist zuerst auf einer anderen Ebene passiert. Es hat es immer wieder Sichtungen gegeben, die nahelegen, dass der Chef der Wiener Wirtschaftskammer Walter Ruck (ÖVP) mit dem Wiener Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) verhandelt hat. Ich vermute, dass man den größten Geheimbund der Zweiten Republik dazu verwendet hat, um diese Verhandlungen zu führen – und das sind die Sozialpartner. Das ist im Prinzip auf Wirtschafts- und Arbeiterkammer-Ebene gelaufen.

Auf der anderen Seite musste man auch den Eindruck gewinnen, dass die ÖVP nicht an erfolgreichen Verhandlungen mit der FPÖ interessiert war, allzumal ehemalige ÖVP-Politiker in den Medien aufgetreten sind und unqualifizierte Statements zu den Verhandlungen abgegeben haben, wie Franz Fischler, Othmar Karas oder Andreas Khol.

Sie haben sich gegen die Verhandlungen ausgesprochen. Das passiert in einer Partei nicht zufällig, dass alte Parteigranden während eines laufenden Prozesses aufstehen, um diesen zu torpedieren. Selbst altgediente und ausgeschiedene Politiker agieren nicht ohne Absprache mit der Parteiführung in dieser Art und Weise. Die ÖVP hatte zudem begonnen, interne Absprachen zu brechen und

interne Protokolle an die Medien zu leaken. Auch das kann man als unfreundliche Akte bezeichnen.

Auch innerhalb der ÖVP gibt es unterschiedliche Standpunkte und Lager. Hatten Sie den Eindruck, dass es auch Kräfte in der ÖVP gab, die mit der FPÖ regieren wollten?

Hafenecker: Definitiv. Man kann davon sprechen, dass wir mit drei ÖVPs verhandelt haben. Ich hatte den Eindruck, dass der Wirtschaftsbereich, also die fleißigen Unternehmer und die Industrie, hinter einer Einigung standen, weil sie wissen, wie es um die Wirtschaft in Österreich bestellt ist. Den Wirtschaftsbereich muss man aber von dem der Wirtschaftskammer trennen. Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer ist einer der Spaltpilze der Verhandlungen gewesen.

Also im Wirtschaftsbereich hat es ein sehr gutes Übereinkommen gegeben, auch mit dem Bauernbund. Interessant war der ÖAAB: Da gab es den niederösterreichischen und den von Restösterreich. Zweiterer war durchaus einer, mit dem man konstruktiv sprechen konnte, im Gegensatz zum NÖAAB. Das hatte vielleicht damit zu tun, dass das die ehemaligen Kampfgefährten von Karl Nehammer waren, der ja als der Pikierte aus der ganzen Sache hinausgeflogen ist. Wenn mein Generalsekretär plötzlich meinen Job als Kanzler hat, muss etwas schiefgegangen sein.

Bei der ÖAAB-Abteilung Innenministerium ist es vor allem um Posten gegangen. Ich habe ja bereits zwei Bücher über den tiefen Staat geschrieben. Und der tiefe Staat der ÖVP gründet vor allem auf der Postenbesetzungsstrategie im Innenministerium. Da hat man massive Abwehrreaktionen gegen die FPÖ bemerkt. Letztendlich war auch nicht klar, ob der neue ÖVP-Chef Christian Stocker schon alle ÖVP-Strukturen bereits im Griff hatte. Als einen sehr kontraproduktiven Verhandlungspartner habe ich den Herrn Alexander Pröll empfunden, der vermutlich nur kraft seines Namens als hoher Parteifunktionär agieren darf. Er hat nichts Konstruktives beizutragen gehabt. Es war jedenfalls schwer zu fassen, wie die ÖVP

zu diesem Zeitpunkt aufgestellt war. Deswegen kann man auch nicht von einer generellen Strategie der ÖVP sprechen, sie ist vielmehr von einer Idee in die nächste gestolpert. Sie hat letztendlich diese Strategie gewählt, den Brief an Brüssel zu nehmen, die Fachverhandlungen scheitern zu lassen, was nicht gleich gelungen ist, danach ist man zu den Ministerien übergegangen, wo man sozusagen eine Zeitbombe platziert hat, und das war schlussendlich der ausschlaggebende Grund, warum die Verhandlungen eingestellt worden sind.

Peter Pilz hat ein Buch über den Todesfall von Christian Pilnacek, der als Verbindungsmann zwischen Justizministerium und ÖVP galt, geschrieben. Er behauptet darin, dass es sich die ÖVP gar nicht hätte leisten können, das Innenministerium zu verlieren. Das wäre politisch für sie zu gefährlich gewesen. Man hatte tatsächlich den Eindruck, dass es bei der ÖVP bei den Verhandlungen tatsächlich vor allem um den Erhalt des Innenministeriums gegangen ist. Ist dieser Eindruck richtig?

Hafenecker: Der ist absolut richtig. Und man muss sich die Frage stellen: Was liegt in diesem Innenministerium vergraben, dass die ÖVP wirklich bereit ist, Haus und Hof dafür zu opfern – etwa eine solide Wirtschaftspolitik, die mit uns möglich gewesen wäre, – und stattdessen mit Kommunisten zu regieren? Was also liegt in diesem Innenministerium begraben, dass die ÖVP wirklich bereit ist, so weit zu gehen? Das ist sicher ein Thema, das mich in meiner weiteren politischen Tätigkeit noch beschäftigen wird. Ich bin selten mit Peter Pilz einer Meinung, aber in diesem Fall schon. In diesem Ministerium muss wirklich einiges schlummern, dass man derartige unglaubliche Ermittlungsspannen dort zulässt – und ich sage Pannen, um niemanden schlimmere Dinge vorzuwerfen. Im besten Fall waren es Pannen, im schlimmsten Fall Vorsatz, was da alles passiert ist. Da gibt es unzählige Ungereimtheiten. Ich denke, das lässt sich auch auf viele andere Bereiche weiterziehen. Die ÖVP wird sich irgendwann mit dem Innenministerium auseinandersetzen müssen: Wo ist etwa das Versagen im Umgang mit dem politischen Islam

gewesen? Wir haben jetzt mit Villach einen zweiten bzw. dritten – Graz darf man auch nicht vergessen – islamistischen Anschlag, wo man sich die Frage stellen muss: War die Behörde da wirklich blind oder war es Schlamperei, bewusstes Wegsehen oder was auch immer? Im Fall des Terroranschlages in Wien im Jahr 2020 wissen wir mittlerweile, dass er nur deshalb stattfinden konnte, weil die österreichische Exekutive nicht auf E-mails mit entsprechenden Warnungen der Behörden in der Slowakei reagiert hat. Beim Fall von Villach wissen wir, dass der spätere Attentäter mindestens viermal in Österreich und in Deutschland bei Behörden auffällig geworden ist. In Deutschland wurde schon nach ihm gefahndet, während er bei uns in der Bundesbetreuung gewesen ist. Und er ist dort auch im Gefängnis gesessen. Dass da niemand den Bedarf gesehen hat, sich diesen Herrn genauer anzusehen, ist für mich schleierhaft. Generell muss man sagen, im österreichischen Exekutivapparat, sprich: bei der Polizei, wird schon lange nicht mehr nach Qualifikation besetzt, sondern nach Parteizugehörigkeit und nach Loyalität auf Parteebene. Das zieht sich wirklich durch. Ich beschäftige mich seit Jahren mit dem Innenministerium und bin nach wie vor der festen Überzeugung, dass es das Hauptinstrument der ÖVP zur Aufrechterhaltung des tiefen Staates ist. Und diese Aufrechterhaltung hat in den vergangenen Jahren so viele Arten von Amtsmissbrauch benötigt, dass das wohl einer der größten Skandale der Zweiten Republik wäre, wenn jemand anderer dieses Ministerium durchlüften und sehen würde, welche sprichwörtlichen politischen Leichen die ÖVP da im Keller des Innenministeriums liegen hat. Da wäre einiges aufzuarbeiten. Dem werde ich mich auch in Zukunft verschreiben.

Was hat letztendlich den Ausschlag geben, dass die ÖVP die Gespräche mit der FPÖ hat platzen lassen und stattdessen mit der SPÖ und den Neos eine Koalition gebildet hat, obwohl es inhaltlich deutlich mehr Überschneidungen zwischen ÖVP und FPÖ gibt? Die ÖVP hat sich von der SPÖ über den Tisch ziehen lassen, hat das

Finanzministerium einem Kommunisten überlassen, die Medienangelegenheiten liegen nun bei Vizekanzler Andreas Babler, einem Stalin-Verehrer, die Justiz leitet eine Radikalfeministin etc. Das ist nicht nur für Österreich, sondern auch für die ÖVP selbst katastrophal.

Was ist der Hintergrund, was das Motiv der ÖVP?

Hafenecker: Der Hintergrund ist die Angst, dass jemand, der tatsächlich über politische Kompetenz verfügt – was bei der FPÖ und Herbert Kickl der Fall ist – wirklich einmal in die geheimen Akten- und Giftschränke der ÖVP Einblick bekommt. Da dürfte so viel schlummern, dass selbst die marxistisch-stalinistische Regierungsvariante für die ÖVP die angenehmere ist. Das muss man sich vorstellen: Wir sehen hier die Wiederholung des Falles der Democrazia Cristiana in Italien. Das wird auch das Ende der ÖVP am Ende des Tages sein. Die ÖVP wird irgendwann nicht mehr genug Finger haben, alle Löcher zu verstopfen, wo jetzt schon Wasser eindringt. Wenn die ÖVP derartige Notlösungen wie die nunmehrige Koalition einer soliden Regierung vorziehen muss, nur um die eigenen Unzulänglichkeiten bzw. den eigenen Machtmissbrauch, den man jahrzehntelang ausgeübt hat, weiterhin geheim zu halten, dann droht der ÖVP das Schicksal der Democrazia Cristiana, sprich: der Untergang.

Ich glaube, dass sich die ÖVP vollkommen bewusst ist, dass die Koalition nicht über die gesamte Legislaturperiode halten wird. Wir sehen ja schon wenige Tage nach der Angelobung, dass es massive Differenzen gibt, zum Beispiel bei dem fast dogmatisch präsentierten Punkt Aussetzung der Familienzusammenführung. Da bröckelt es an allen Ecken und Enden. Die SPÖ hat schon signalisiert, dass sie kein Interesse daran hat, die ÖVP-Pläne tatsächlich durchzuziehen. Der eigene EU-Kommissar für Migration, Magnus Brunner, hat auch schon die rote Europakarte gezogen. Da wird man das erste Mal Schiffbruch erleiden und ein zentrales Versprechen der Regierung nicht einhalten können. Wir brauchen auch nicht davon auszugehen, dass Beate Meinl-Reisinger daran denkt,

verfassungskonform neutral als Außenministerin zu agieren. Das wird das nächste große Problem darstellen, wobei auch die ÖVP die Neutralität schon weitgehend aufgegeben hat.

Was die SPÖ betrifft, glaube ich tatsächlich, dass es eine Hidden Agenda gibt. Ich glaube, dass Finanzminister Markus Marterbauer einen anderen Plan hat. Er weiß genau, wie es um die heimische Wirtschaft und die Zahlen der Republik bestellt ist. Am Ende wird er Österreich in ein Defizitverfahren führen. Einfach deswegen, weil man aus der SPÖ hört, dass die Maßnahmen, die jetzt notwendig sind, politisch viel mehr auf die Regierungsparteien durchschlagen werden, als wenn das die EU von oben herab regelt. Es gab in der SPÖ schon vorher die Bestrebungen Richtung EU-Defizitverfahren, um sozusagen diesen für die Bevölkerung grauslichen Teil von der EU erledigen zu lassen. Wenn man sich den überfallsartigen Erlass des Finanzministers, mit dem er die Energieunternehmen besteuern wollte, oder auch das Bankenpaket ansieht, kann ich mir nicht vorstellen, dass der Finanzminister seine Ideologie plötzlich über Bord wirft, und vom Klassenkämpfer zum ÖVP-Wirtschaftsversteher wird. Da schlummern viele Konflikte. Auch der Bereich Justiz ist absolut problematisch zu sehen, ebenso wie die Medien, mit dem zuständigen Herrn Babler, was eigentlich eine Brückierung jedes denkenden Menschen ist. Wie das System Babler aussieht, kann man schon jetzt erkennen: Die Systemmedien werden zusätzlich zur Presseförderung jetzt auch noch über andere Kanäle alimentiert, wie zum Beispiel mit Zeitungsabos für Schüler. Die Indoktrination soll jetzt schon in der Schule ansetzen. Und man muss kein großer Prophet sein, um zu wissen, wie dieser Mediengeschenkskorb an die Schüler aussehen wird, welche Medien da drin sein werden.

Die Einheitsparteien und die Mainstreammedien versuchen jetzt gemeinsam, das Narrativ zu etablieren, dass die Verhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP am Machtrausch der Freiheitlichen und des Herbert Kickl gescheitert seien. Glauben Sie, dass sie damit bei der Bevölkerung durchkommen?

Hafenecker: Die ÖVP steigt gegenüber dem FPÖ-Angebot, was die Aufteilung der Ministerien betrifft, jetzt wesentlich schlechter aus. Das ist ein wichtiger Punkt. Die ÖVP hat zuerst versucht, die Verhandlungen auf inhaltlicher Ebene zu torpedieren. Das ist nicht gelungen. In weiterer Folge war es so, dass sie das Spielfeld gewechselt hat, sie hat während der inhaltlichen Verhandlungen begonnen, über Posten und Ressortverteilungen zu sprechen.

Uns war bewusst, dass es für die ÖVP ein harter Schritt sein muss, nicht mehr den Bundeskanzler stellen zu können. Deshalb haben wir auch versucht, der ÖVP entgegenzukommen. Wenn die Medien jetzt vom Machtausch sprechen, muss man betonen, dass wir als stärkere Partei der ÖVP mehr Ministerien als uns selbst zugestanden haben. Die ÖVP hätte folgende Ressorts erhalten: das Außenministerium, Verkehr und Infrastruktur, Wirtschaft, Forschung und Energie, Öffentlicher Dienst, Landesverteidigung, bei der – nebenbei gesagt – zwei Geheimdienste angesiedelt sind, Landwirtschaft und Umwelt, Soziales, Frauen, Familien und Jugend sowie Bildung und Wissenschaft.

Die Justiz hätten wir im Gegensatz zur jetzigen Regierung mit einem unabhängigen Kandidaten besetzt, der von beiden Parteien hätte vorgeschlagen werden müssen. Das wäre auch wichtig gewesen, dass die Justiz jetzt weiter in radikaler linker Hand bleibt, halte ich für ein großes Problem.

Das war kein schlechtes Angebot. Demgegenüber ist der Bundeskanzler gestanden, der der stärksten Fraktion zusteht und wo wir sogar bereit waren, die EU-Agenden an die ÖVP abzugeben, weil die Volkspartei in dieser Frage sehr heikel ist. Wir haben auch da weitere Zugeständnisse gemacht. Es hätte einen Kanzleramtsminister gegeben, der sich um Kunst, Kultur, Medien und Digitalisierung gekümmert hätte. Da wären wir ebenfalls bereit gewesen, Kunst und Kultur der ÖVP zu überlassen. Dass ein Finanzministerium der Dreh- und Angelpunkt einer Kanzlerschaft sein muss, stand für uns in Stein gemeißelt. Vor diesem Hintergrund ist interessant, dass

die ÖVP jetzt auf das Finanzministerium verzichtet hat, was ihr bei uns sehr schmerzlich gefallen ist. Es hat im Grunde nur zwei FPÖ-Forderungen gegeben: das Finanz- und das Innenministerium. Beim Rest waren wir sehr flexibel. Das Innenministerium deshalb, weil es schlicht und ergreifend das Instrument für Asyl und Migration gewesen wäre. Da gab es einen Vorschlag zur Güte von der ÖVP, wo sie uns vorgeschlagen hat, das Innenministerium zu spalten, in einen Asylteil und ein Innenministeriumsteil. Aber ich stelle mir das schwierig vor, wenn man für jede Abschiebung vom Innenminister die entsprechenden Beamten anfordern muss. Das wäre zum Scheitern verurteilt gewesen. Vordergründig wollte uns die ÖVP aus diesen Überlegungen heraus das Innenministerium nicht geben. Aber ich glaube, dass ein viel wichtigerer Grund dafür die politischen Leichen im Keller waren. Da hat es übrigens auch noch einen Erklärungsversuch der ÖVP gegeben, warum wir das Innenministerium nicht bekommen durften, weil es auch den Geheimdienst, die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN), miteinschließt. Selbst da haben wir eine Lösung angeboten, nämlich einen unabhängigen Staatssekretär, der nur für den Geheimdienst zuständig gewesen wäre. Das ist jetzt übrigens der Herr Leichtfried von der SPÖ. Auch das ist hochinteressant.

Was wäre noch für die FPÖ übriggeblieben: Das Ministerium für Arbeit und Integration sowie das Ministerium für Gesundheit, Sport und Tourismus. Zweiteres wäre für die FPÖ wichtig gewesen, weil das Gesundheitsressort die Möglichkeit eröffnet hätte, die Corona-Akten zu veröffentlichen und hier einen Aufklärungsprozess voranzutreiben.

Zusammengefasst: Sechs Ministerien bei der FPÖ inkl. Bundeskanzler, sieben bei der ÖVP und ein unabhängiger Justizminister plus ein Staatssekretär für den Geheimdienst. Ich glaube nicht, dass man da von einem Machtausch sprechen kann. Da muss man eher die Gegenfrage stellen: Was hat die ÖVP geritten, auf dieses mehr als faire Angebot nicht einzugehen? Offensichtlich die Angst, dass

jemand ins Innenministerium Einblick erhält, der nicht der ÖVP Niederösterreich angehört.

Wie wirken sich die gescheiterten Verhandlungen auf das künftige Verhältnis zwischen FPÖ und ÖVP aus? Hat es für die Freiheitlichen noch einen Sinn, nach den nächsten Wahlen, die früher kommen könnten, als man glaubt, noch mit der ÖVP zu verhandeln?

Hafenecker: Ich glaube die ÖVP hat versucht, Zeit zu gewinnen, deshalb gibt es jetzt dieses eigenartige Konstrukt mit den Marxisten und den rosaroten Stützrädern, aber ich glaube, die ÖVP will sich vor allem konsolidieren, damit aus den drei oder vier ÖVPs wieder eine wird.

Ich glauben nicht, dass wir jetzt eine ÖVP vor uns haben, die die Endausbaustufe für die nächsten Jahre darstellt. Die ÖVP wird sich finden und sich darüber klar werden müssen: Wollen wir den Weg der Democrazia Cristiana gehen oder schaffen wir eine Trendwende?

Im politischen Diskurs ist es immer so, dass sich die Spieler ändern. Sollte die ÖVP in die nächste historische Niederlage hineinstolpern, kann ich mir nicht vorstellen, dass der Herr Stocker noch der Mann der Zukunft ist, was ich mir aber auch generell nicht vorstellen kann. Ich halte ihn für eine Übergangslösung. Es bleibt abzuwarten, wer in weiterer Folge die maßgeblichen Spieler in der ÖVP sein werden und wie lange diese Koalition hält. Für die FPÖ und Herbert Kickl ist der Anspruch jedenfalls, als führende Oppositionskraft auch dort hinzugreifen, wo es wehtut, den Regierungsparteien den Spiegel vorzuhalten und Kontrolle auszuüben. Wie stabil diese schwarz-rot-pinke Konstruktion sein wird, bleibt abzuwarten. Ich gebe der Regierung keine große Zukunft. Dann wird man sehen müssen, wie die Karten neu gemischt werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es danach noch die Herren Babler oder Stocker geben wird. Die ÖVP wird sich eine solche Darbietung nicht noch einmal erlauben können. Man kann die Wähler einmal hinters Licht führen, beim zweiten Mal rächt sich diese Wählertäu-

schung. Noch ein wichtiger Punkt ist, wie die ÖVP im Vorfeld der Wahl agiert hat. Ich spreche da vom Zurückhalten der Budgetwahrheit, also dieses 30- Milliarden-Loches, das erst drei Tage nach der Wahl bekannt wurde. Das zeigt, wie sehr sich die ÖVP an die Macht geklammert hat. Herbert Kickl hat sich gefragt, wie wäre die Wahl ausgegangen, wenn das milliarden schwere Budgetloch vorher bekannt geworden wäre, mit allen Konsequenzen wie Defizitverfahren etc. Nichtsdestotrotz geht es am Ende des Tages darum, Österreich nach vorne zu bringen und die beste Lösung zu finden. Wer das im Parteienspektrum in Zukunft sein wird, sei dahingestellt. Ich habe schon einmal scherzhaft gesagt, vielleicht muss man es mit den Neos probieren, wenn die FPÖ ausreichend stark ist. Das wäre zumindest der Anfang vom Ende des Kammernstaates.

Das Gespräch führte Werner Reichel.

Die Regierungsverhandlungen 2017 und 2025

... ein Vergleich

VON NORBERT NEMETH

ParlRat Mag. Norbert Nemeth ist Abgeordneter zum Nationalrat



Bild: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Am 15. Oktober 2017 wählte Österreich einen Nationalrat aus dem eine Koalition zwischen ÖVP (31,5 %) und FPÖ (26,9 %) hervorgehen sollte. Sebastian Kurz erhielt den Regierungsbildungsauftrag wenige Tage nach der Wahl, sodass die Regierungsverhandlungen bereits am 25. Oktober aufgenommen werden konnten. Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich als Mitglied der sogenannten Steuerungsgruppe, also des zentralen Gremiums, das dieses Regierungsprogramm verhandelt hat, ins Palais Niederösterreich gekommen bin und gemeinsam mit Strache, Hofer, Kickl und Kitzmüller zum ersten Mal dem Verhandlungsteam der ÖVP gegenüber saß. Das Medieninteresse war enorm, und die Anspannung aller Beteiligten war zum Greifen. Nach etwas Smalltalk wurde mir sofort klar, dass die Chemie zwischen den Verhandlungsteams stimmte und es nicht darum ging, ob man eine Koalition vereinbare, sondern nur um das Wie und Wann.

Vor diesem Hintergrund einigte man sich bereits in einer der ersten Sitzungen auf sogenannte „Leuchtturmprojekte“, die man der Öffentlichkeit unverzüglich präsentierte, wobei vor allem ein Kurswechsel in der Migrationspolitik wesentlich war. Dadurch wurde das Gefühl eines grundlegenden Politikwechsels hin zu einer Mitte-Rechts-Regierung vermittelt. Diese öffentliche Festlegung im Paar-

lauf hatte freilich den Nebeneffekt, dass ein allfälliges Aussteigen aus den Verhandlungen erheblich erschwert wurde, zumal die Erwartungshaltung der Wählerschaft spürbar gesteigert worden war.

Sehr rasch wurde eine Systematik des Verhandlungsprozesses beschlossen. Zuerst kommt immer die Form, dann kommt das Materielle. Vereinbart wurde, dass die Steuerungsgruppe aus 5 + 5 Personen bestehen und dass der Verhandlungsprozess in fünfundzwanzig Untergruppen, die nach verschiedenen Politikbereichen sortiert waren, stattfinden sollte, sowie, dass diese fünfundzwanzig Untergruppen in fünf Clustern zusammenfließen sollten, wobei ich in der Retrospektive festhalten muss, dass diese Anzahl an Untergruppen sehr stark überhöht war. Je mehr Gruppen man einrichtet, desto mehr Experten braucht man, desto mehr Termine sind zu bewältigen, desto mehr Papiere sind Korrektur zu lesen und so weiter und so fort.

Ende 2017 war jedem im Lande klar, dass die neue Regierung vor Weihnachten stehen würde. Tatsächlich hätte ein Verhandlungsprozess über Neujahr hinaus das Regierungsprogramm mit Sicherheit nicht besser gemacht, sondern breiten Raum für Spekulationen über Inhalte und Personalien gegeben. Für die Verhandlungen in den Untergruppen gab es daher ein sehr restriktives Limit bis zum 24. November 2017. Diese Untergruppen hatten die wesentliche Aufgabe, Entwürfe von „Teilverträgen“ zum Regierungsprogramm der Steuerungsgruppe vorzulegen. Realistischerweise stand für die abschließende Überarbeitung dieser Papiere lediglich ein Zeitfenster von zwei Wochen zur Verfügung, zumal der Vorlauf vor der Angelobung einer Regierung gewaltig ist. Ein Regierungsprogramm muss nämlich nicht nur verhandelt, sondern auch geschrieben werden. Von den Untergruppen erhielt die Steuerungsgruppe Texte von unterschiedlicher Qualität und Quantität. Diese mussten zunächst politisch letztverhandelt und hernach sprachlich feingeschliffen werden. Letztlich muss ein jedes Regierungsprogramm auch lektoriert und gesetzt werden.

Solche Verhandlungen sind zwingenderweise flankiert von einer permanenten Budgetanalyse, für welche Projekte überhaupt genug Geld da ist. Der Konsens zwischen zwei Parteien bedeutet nicht automatisch, dass er auch finanzierbar ist. Es ist daher erforderlich, einzelne Punkte des Regierungsprogramms, nämlich die fix finanzierbaren, prioritär zu behandeln. Übersteht man diese Klippe, geht es abschließend um die Fixierung der Ressortverteilung. Es wird festgelegt, wie viele Minister und Staatssekretäre es geben soll und wie sich diese Funktionen auf die Regierungsparteien verteilen.

Alle Umfragen sagten damals ganz klar, dass die FPÖ diese Regierungsverhandlungen „gewonnen“ hat, und ich bin der Überzeugung, dass wir auch bei den Ressorts, mit dem Innenministerium und erstmals auch mit dem Außenministerium, sehr gut ausgestiegen sind, vor allem auch im Bereich der ausgegliederten Rechtsträger. Man muss wissen: Es gibt einerseits die Ministerien, aber auch ein breites Feld von Rechtsträgern, die nicht von der Politik unmittelbar verwaltet werden, aber im Eigentum der Republik stehen. Hier gibt es zwei große Säulen: Die eine Säule sind die vom Finanzministerium verwalteten Ausgegliederten, die andere die dem Infrastrukturministerium zugeordneten. Vergleicht man die Bilanzsummen dieser ausgegliederten Rechtsträger, dann war das 2017 zwischen den Koalitionspartnern einigermaßen ausgewogen.

Fazit: die Regierungsverhandlungen 2017 liefen sehr strukturiert und stringent ab und waren vom Willen beider Parteien, rasch eine Regierung zu bilden, getragen.

Völlig anderes stellte sich die Situation nach der Nationalratswahl 2024 dar. Mit Herbert Kickl als Spitzenkandidat gelang der FPÖ mit 28,8 % erstmals der Sprung auf Platz eins, was aber nicht dazu führte, dass der Bundespräsident Herbert Kickl den Regierungsbildungsauftrag erteilte. Dieser ging an Bundeskanzler Karl Nehammer, dem Obmann der mit 26,2 % zweitplatzierten ÖVP. Das führte zu einer enormen Empörung in der Bevölkerung und war für den Wahltriumph der FPÖ in der Steiermark unter Mario Kunasek

mit kausal. Dass die Verhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und den Neos scheiterten, war für alle Beobachter überraschend. Bereits um Ostern 2024 herum hatte man von Gesprächen zwischen diesen Parteien gehört, um die FPÖ in der Regierung und insbesondere Herbert Kickl als Kanzler zu verhindern. Umso überraschender war der holprige Verlauf der Verhandlungen. So drangen zum Beispiel im Laufe des Dezember Gerüchte aus dem Palais Epstein, wonach die SPÖ eine rückwirkende Erbschaftssteuer verlange. Ich musste mich an die Verhandlungen nach der niederösterreichischen Landtagswahl 2023 erinnern, als die SPÖ-NÖ-Verhandler mit völlig überzogenen Forderungen die ÖVPNÖ so nachhaltig verärgerten, dass diese einen Schwenk zur FPÖNÖ vollzog und mit dieser eine Koalition einging.

Als letztlich die Neos am 3. Jänner 2025 den Ausstieg aus den sogenannten Ampel-Verhandlungen verkündeten und kurz darauf Karl Nehammer zurücktrat, war es dennoch überraschend, wie der kurzfristig designierte Obmann der ÖVP, Christian Stocker, einen Schwenk zur FPÖ vollzog und erklärte, Herbert Kickl, den er in den Jahren davor immer wieder aufs Übelste beschimpft hatte, zum Kanzler zu machen. Den Regierungsbildungsauftrag erhielt Herbert Kickl am 6. Jänner 2025, woraufhin die Steuerungsgruppe am 9. Jänner zusammentraf. Für die FPÖ verhandelten Kickl, Nemeth, Teufel und die Generalsekretäre. Dass man es eilig hatte, lag an der desolaten Budgetsituation und der Notwendigkeit, ein EU-Defizitverfahren abzuwenden. Ein Brief nach Brüssel, in dem Einsparungen für 2025 im Ausmaß von 6,3 Milliarden Euro glaubhaft darzulegen waren, musste geschrieben werden. Somit stand am Beginn der Verhandlungen der Rechenstift. Dabei wurde ich ein erstes Mal stutzig, ob die Verhandlungen ernst gemeint waren. In dem uns vorgelegten Briefentwurf sollte sich die FPÖ nämlich dazu verpflichten, die Sparmaßnahmen „unabhängig vom Ausgang der laufenden Koalitionsgespräche“, mitzutragen. Der Brief wurde in dieser Form nicht unterfertigt.

Ein zweites Mal trat die Steuerungsgruppe am 29. Jänner zusammen, dann nicht mehr. Somit blieb es bei bloß zwei Sitzungen, die jeweils im Raum Präsidiale des Parlamentes stattfanden und je circa eineinhalb Stunden dauerten. Das ist nicht nur in der Quantität ein großer Unterschied zu 2017. Woran es vor allem mangelte, war das Bekenntnis zu den sogenannten „Leuchttürmen“, also einigen wenigen materiellen Schwerpunkten, für die eine Wenderegierung stehen sollte. Die ÖVP reagierte auf so gut wie all unsere Vorschläge unerwartet reserviert bis kategorisch ablehnend. Das machte vor allem hinsichtlich unserer Wahlversprechen wie zum Beispiel der Abschaffung der ORF-Steuer oder dem Ausbau der Direkten Demokratie, wo man hinter das Regierungsprogramm von 2017 zurückgefallen wäre, stutzig. Sprach man die Notwendigkeit einer grundlegend anderen Politik an, wurde das empört als Kritik an den bisherigen ÖVP-Ministern interpretiert. Selbst die Notwendigkeit einer Budgetsanierung wurde beleidigt zurückgewiesen, zumal dem Begriff der „Sanierung“ eine Kritik an der alten Regierung immanent sei. In Wahrheit läge das Problem an der in Österreich zu hohen Sparquote, so die ÖVP-Verhandler. Eine Haltung, die im Lichte eines drohenden EU-Defizitverfahrens ein Hohn ist.

Zumindest auf einen Fahrplan für die insgesamt dreizehn Untergruppen konnte man sich einigen, wobei es die ÖVP in keiner Weise eilig hatte. Wo immer es möglich war, wurden Verhandlungen nicht an einem Freitag begonnen und über das Wochenende gearbeitet, sondern begannen sie erst am Beginn der darauffolgenden Woche. In Summe „gewinnt“ man derart die eine oder andere Woche. Stimmen, die die ÖVP wolle über die deutschen Bundestagswahlen kommen und keinesfalls davor Herbert Kickl zum Kanzler machen, wurden lauter. Begründet wurden diese regelmäßigen Verzögerungen mit der Komplexität der ÖVP-Struktur. Generell präsentierte sich die ÖVP in jeder erdenklichen Hinsicht sehr strukturkonservativ. Nirgendwo wertkonservativ. Die Untergruppen tagten von 20. bis 31. Jänner im Format 6+6 (einschließlich je eines Mitarbeiters).

Die Aufgabe einer Untergruppe liegt darin, ihre jeweiligen Kapitel für das Regierungsprogramm zu formulieren. Einigt man sich auf Textpassagen, werden diese grün gestellt, wenn nicht, auf rot. Sind alle Untergruppen durch, wird das gesamte Konvolut der Steuerungsgruppe vorgelegt. Die berät hernach, was man von rot auf grün stellen kann oder streichen muss. Zu diesem sehr arbeits- und zeitintensiven Vorgang kam es allerdings nicht mehr. Denn anstatt das Regierungsprogramm zu finalisieren, wollte die ÖVP plötzlich über die Ressortverteilung verhandeln.

Diese Gespräche fanden nicht im Rahmen der Steuerungsgruppe statt, sondern im Format 3+3 (Kickl, Nemeth, Teufel + Stocker, Wöginger, Pröll) und zwar am 3., 4., 7., 10. und 11. Februar 2025, wobei die Dauer dieser Gespräche nie mehr als eine Stunde betrug, manchmal weniger als eine halbe Stunde. Im Vergleich dazu wurde die Ressortverteilung 2017 zunächst im kleinen Kreis zwischen den Parteibleuten und je einem Vertrauten rudimentär vorbesprochen und hernach in der Steuerungsgruppe final ausgehandelt, und zwar nachdem man sich über weite Strecken des Regierungsprogramms einig gewesen war. 2025 war vieles anders und fielen vor allem folgende Punkte negativ auf:

Unmittelbar, nachdem der Brief nach Brüssel abgeschickt war (der Budgetfahrplan wurde am 16. Jänner in einer Pressekonferenz präsentiert, die grundsätzliche Einigung, ein EU-Defizitverfahren abgewendet zu haben, bereits am 13. Jänner), thematisierte die ÖVP die künftige Rolle von Herbert Kickl im Europäischen Rat. Dabei ging es darum, sicher zu stellen, dass kein Abstimmungsverhalten gegen den Willen der ÖVP stattfinden könne. Der Zugang der FPÖ-Verhandler war, dass sämtliche EU-Vorhaben im Ministerrat vorbesprochen werden müssen, um eine möglichst konsensuale Vorgangsweise sicher zu stellen. Am Ende des Tages sei aber auch klar, dass die Ministerverantwortlichkeit maßgeblich sein müsse, zumal in der politischen Praxis viele Themen erst im Laufe von Verhandlungen zu Tage treten und kurzfristig entschieden werden müssen.

Der Vorschlag der ÖVP ging — jedenfalls was den präsumptiven Kanzler Herbert Kickl betraf — deutlich weiter. Dieser solle den Rat bei Abstimmungen verlassen, wenn es keine Freigabe der ÖVP (Anm.: somit der EVP) gäbe!

Ogleich die ÖVP in der zweiten Sitzung der Steuerungsgruppe bereit war, von dieser apodiktischen und völlig unpraktikablen Vorstellung abzurücken, indiziert es den enormen Einfluss der EVP auf den gesamten Verhandlungsprozess. Am Vorabend des Europäischen Rates vom 20. und 21. März erklärte ihr Fraktionsvorsitzender, Manfred Weber, in einem Interview in der „Welt am Sonntag“: „Angesichts der Bedrohungen müssen wir unser Denken in Europa jetzt auf Kriegswirtschaft umstellen. Das bedeutet beschleunigte Genehmigungsverfahren bei Rüstungsgütern. Das bedeutet mehr Zusammenarbeit zwischen den europäischen Rüstungsherstellern. Aber das kann auch bedeuten, dass die Rüstungshersteller künftig am Wochenende im Schichtsystem arbeiten und Unternehmen, die bisher Industriegüter für zivile Zwecke hergestellt haben, künftig Waffen produzieren werden. Wir müssen kreativ sein, die Zeit drängt.“ Wer sich diese Aussagen von Manfred Weber vom 15. 3. 2025 vor Augen hält, versteht, warum ein „zweiter Orban“ von der internationalen Ebene verhindert werden sollte.

Die Unwilligkeit der ÖVP für eine neue Politik, wie sie der Wähler bei der Wahl zum Ausdruck gebracht hatte, betraf auch die Ressortverteilung. Im Wesentlichen kann man die Haltung der ÖVP damit zusammenfassen, dass sie „alles, was sie immer schon hatte“ weiter behalten wollte. Das betraf vor allem das Innenministerium, das Außenministerium einschließlich der EU-Agenden, die Landwirtschaft und die Finanzen. Immerhin war der Kanzler für die FPÖ außer Streit. Die FPÖ hingegen beharrte auf das Finanz- und das Innenministerium und schlug der ÖVP eine Ressortverteilung vor, die der ÖVP sieben und der FPÖ sechs Minister zugedacht hätte. Das Justizministerium sollte einvernehmlich mit einem unabhängigen Experten besetzt werden. Jedenfalls müsse sich das Wahlergebnis

widerspiegeln, was vor allem für die Kernkompetenz der FPÖ in den Bereichen Sicherheit und Migration zu gelten habe.

Der ÖVP sollten daher folgende sieben Ressorts zufallen: Äußeres, Verkehr mit Infrastruktur, Wirtschaft mit Forschung und Energie, Landesverteidigung mit öffentlichem Dienst, Landwirtschaft mit Umwelt, Soziales mit Frauen, Familie und Jugend und letztlich die Bildung samt dem Wissenschaftsbereich. Somit wären alle für die ÖVP wesentlichen Gruppen abgedeckt gewesen, nämlich die Diplomatie, die Wirtschaftstreibenden, die Beamten, die Landwirte, die Pensionisten, die Lehrer und so weiter und so fort. Dieser Vorschlag, der am 4. Februar in einer 3+3 Runde gemacht wurde, lehnte die ÖVP nach zweitägiger Beratung samt Vorstandssitzung ab. Der Präsident der Industriellenvereinigung, Georg Knill, kritisierte die ÖVP dafür scharf: Er sei „entsetzt“ vom Scheitern der Verhandlungen. So viele Ressorts wie in einer Koalition mit der FPÖ werde die ÖVP nicht so schnell wiederbekommen. Er sollte recht behalten.

In weiterer Folge kam es zu weiteren 3+3 Runden, die ergebnislos verliefen. Auch deshalb, weil die ÖVP am 11. Februar wieder von der (ungelösten) Ressortfrage weg wollte und die Unterfertigung eines Grundlinienpapiers verlangte. Unter anderem sollte sich die FPÖ zur Umsetzung von Sky Shield bekennen. Dieses Papier wurde medial durchgestochen, wie so vieles schon zuvor. Auch darin liegt ein wesentlicher Unterschied zu den Verhandlungen von 2017, die völlig diskret abgelaufen waren. Neben dem budgetär ohnedies kaum realisierbaren Raketenabwehrschild sollte sich die FPÖ unter anderem zu einer Bekämpfung aller politischen Extremismen bekennen. Vom islamistischen bis zum linken und rechten. In dieser Verallgemeinerung löste sich ein Wahlversprechen auf, nämlich das Verbotsgesetz gegen den politischen Islam. Anstatt diesen zielgerichtet zu bekämpfen, wollte die ÖVP einen anderen Weg gehen, nämlich die Grundrechte, insbesondere das Vereins- und das Versammlungsrecht und das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung für alle Bürger so zu beschränken, dass letztlich auch der radikale,

politische Islam bekämpft würde. Das wurde damit begründet, dass es nur ein Verbotsgesetz, nämlich das von 1947, geben dürfe.

Letztlich legte Herbert Kickl am 12. Februar 2025 den Regierungsbildungsauftrag beim Bundespräsidenten zurück, nachdem eine finale Zustimmung der ÖVP zur Ressortverteilung ausblieb. In diesem Zusammenhang wurde der Vorwurf erhoben, der Bundesparteiobmann habe nicht ernsthaft verhandelt, weil er sich bloß acht Stunden lang am Verhandlungstisch befunden habe. Sofern diese Zeitmessung überhaupt stimmt, muss festgehalten werden, dass dies umgekehrt genauso für den *gf.* Obmann der ÖVP gelten muss. So oder so ist die Feststellung von keinerlei Wert. Die Stunde des Obmannes beziehungsweise der Obleute wäre nämlich nach Abschluss der Untergruppenverhandlungen gekommen. Wenn es gegolten hätte, deren Ergebnisse in der Steuerungsgruppe zu überarbeiten und das Regierungsprogramm fertig zu stellen. Dass es dazu nicht kam, lag alleine an der ÖVP, die, anstatt die inhaltlichen Verhandlungen abzuschließen, urplötzlich das Gleis wechselte und über die Ressortverteilung verhandeln wollte — woran die Gespräche letztlich scheiterten.

Somit stellt sich die Frage, ob der Regierungsbildungsauftrag an Herbert Kickl und die Verhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP von Anfang an nur eine Finte gewesen waren, um die in den Umfragen davoneilende FPÖ wieder einzufangen und um die Wut in der Bevölkerung zu kühlen. Das würde voraussetzen, dass das Platzen der Ampelverhandlungen durch die Neos, das Verhalten des Bundespräsidenten und vor allem der ÖVP vom 3. Jänner weg ein abgekartetes Spiel gewesen waren. Ausschließen kann man das nicht, vielleicht hat sich das eine ins andere gefügt. Was für einen Masterplan spricht, ist das Ergebnis, das ganz im Sinne all jener ist, die die patriotischen Kräfte in Europa unten halten wollen. Schließlich hat es für die Austro-Ampel doch noch gereicht. Gegen ein minutiöses Drehbuch spricht das konfuse Auftreten der ÖVP. Einem Teil der Verhandler muss man zugutehalten, eine Koalition mit der FPÖ

gewollt zu haben, derweil ein anderer Teil sie partout verhindern wollte. Dazwischen tummelten sich Verhandler, aus denen nichts anderes als persönliche Frustration über das Wahlergebnis und über den Verlust wichtiger Ämter sprach. Solche Leute verhandeln zu lassen, zeugt weder von Professionalität noch von einem Abschlusswillen.

Fazit: Der Unterschied zwischen den Verhandlungen 2017 und 2025 könnte größer nicht sein. Das betrifft die Ernsthaftigkeit der ÖVP, die – mit der Aussicht auf die Ernennung von Sebastian Kurz zum Bundeskanzler – 2017 unbedingt zu einem raschen Koalitionsvertrag mit der FPÖ gelangen wollte. Davon war 2025 nichts zu merken. Der damalige Reformeifer wurde von einer Symbiose aus Frustration, Machterhaltungstrieb und reiner Parteitaktik verdrängt. Was bleibt, ist ein Kanzler, den eigentlich niemand gewählt hat. Was in der ÖVP mittlerweile Tradition hat. Der FPÖ wird ihr Verbleib in der Opposition nicht schaden.

Der Anfang vom Ende!

Die Abwendung des EU-Defizitverfahrens

VON HUBERT FUCHS

DDr. Hubert Fuchs ist Steuerberater Abg. z. NR
Bereichssprecher für Finanzen und Steuern der FPÖ
Staatssekretär im BMF a.D.



Bild: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Am 6. Jänner 2025 hat FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl vom Bundespräsidenten den Auftrag zur Bildung einer Bundesregierung erhalten. Bereits am 7. Jänner 2025 hat der FPÖ-Bundesparteiobmann die „Verhandlungsgruppe Budget“ zu einer ersten FPÖ-internen Sitzung einberufen. Für das Budget-Verhandlungsteam der FPÖ wurden folgende Personen nominiert: Abg. z. NR MMag. DDr. Hubert Fuchs, Abg. z. NR Mag. Arnold Schiefer und FPÖ-BPO-Büroleiter LAbg. Ing. Mag. Reinhard Teufel. Vor dem Einstieg in die inhaltlichen Verhandlungen zur Bildung einer FPÖ-ÖVP-Bundesregierung (Regierungsprogramm) wollten wir sicherstellen, dass Österreich allein die Hoheit über seinen Staatshaushalt behält und die Einleitung eines Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (ÜD-Verfahren) durch die Europäische Union (EU) um jeden Preis vermieden wird. Bei dieser FPÖ-internen Sitzung wurden folgende Eckpunkte für die Budgetverhandlungen mit der ÖVP festgelegt: Abwendung eines EU-Defizitverfahrens, Erstellung eines siebenjährigen Budgetpfades, Erstellung eines sozial ausgewogenen Doppelbudgets 2025/2026. Auf Ebene der Bundesparteiobmänner von FPÖ und ÖVP fand das erste Treffen am 8. Jänner 2025 statt.

Warum war uns Freiheitlichen die Abwendung eines EU-Defizitverfahrens so wichtig? Hätten wir damals nicht tatkräftig und ent-

schlossen in die Staatsfinanzen eingegriffen und den Staatshaushalt „vorerst“ saniert, dann hätte das weitreichende nachteilige Folgen für die Republik und die Österreicher gehabt:

1. Fremdbestimmung und Bevormundung durch Brüssel – Österreich hätte weniger finanzielle Souveränität gehabt: Die nationale Budgethoheit wäre teilweise auf die EU übergegangen. Darüber hinaus wäre ein hochverschuldeter Staat oft von den Interessen seiner Gläubiger abhängig.

2. Ein schlechteres Rating, wodurch die Kreditzinsen für die Republik massiv angestiegen wären. Es wäre weniger Geld für wichtige Ausgaben im Bereich Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und soziale Sicherheit übriggeblieben. Ein schlechteres Rating der Republik hätte auch negative Auswirkungen für Unternehmer und Konsumenten gehabt. Durch steigende Kreditkosten für Unternehmer wären Waren und Dienstleistungen teurer geworden – was wieder die Inflation befeuert hätte. Darüber hinaus hätten sich auch Privatkredite massiv verteuert.

3. Eine immense Belastungswelle für die Bevölkerung verbunden mit sozialen Spannungen: Galoppierende Schulden hätten letzten Endes Steuererhöhungen und harte Sparmaßnahmen wahrscheinlich gemacht. Derartige Maßnahmen wären unpopulär und hätten soziale Spannungen und Unruhen auslösen können. Unter diesen Umständen hätte sich auch kein ausländisches Unternehmen bei uns angesiedelt; bestehende Unternehmen wären möglicherweise abgewandert. Eine ausufernde Arbeitslosigkeit wäre die Folge gewesen.

4. Wenn wir den Weg des Schuldenmachens fortgesetzt hätten, hätten wir zukünftige Generationen belastet, die dann höhere Steuern hätten zahlen müssen oder weniger staatliche Leistungen erhalten hätten – denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

Die finanzielle Ausgangslage für die Budgetverhandlungen war – und ist – denkbar desaströs. Die budgetäre Situation ist unter der

schwarz-grünen Bundesregierung völlig aus dem Ruder gelaufen. Mittlerweile wissen wir alle, dass uns Schwarz-Grün einen finanziellen Scherbenhaufen (Rekorddefizite und Rekordschulden) hinterlassen hat. Die ehemalige Wirtschaftspartei ÖVP mutierte in dieser Zeit zu einer Schuldenmacherpartei („Koste es, was es wolle!“). Die schwarz-grüne Bundesregierung hat in den Jahren 2020 bis 2024 Budgetdefizite von insgesamt rund 90 Mrd. Euro verursacht. Die (bereinigten) Finanzschulden des Bundes sind in diesem Zeitraum ebenfalls um rund 90 Mrd. Euro angestiegen; das sind fast ein Drittel der gesamten Finanzschulden des Bundes! Nur zur Relation: In meiner Zeit als Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen konnten wir 2018 ein ausgeglichenes Budget erwirtschaften und 2019 sogar einen budgetären Überschuss (rund 1,5 Mrd. Euro); die (bereinigten) Finanzschulden des Bundes sind in diesem Zeitraum sogar gesunken.

Obwohl wir Freiheitliche diesen finanziellen Scherbenhaufen nicht verursacht haben, haben wir durch den Eintritt in die Budgetverhandlungen fiskal- und staatspolitische Verantwortung übernommen, damit unser Land und unsere Landsleute positiv in die Zukunft blicken können; Österreich sollte finanziell langfristig stabilisiert werden. Die FPÖ stand beziehungsweise steht für eine verantwortungsvolle Budgetpolitik zum Wohle unseres Landes. War es fair, dass wir diese budgetäre Aufgabe meistern mussten? Nein – aber es war aus Verantwortung für Österreich und seine Bürger notwendig, es zu tun! Unser Ziel war klar: Wir haben an unseren Wahlversprechen festgehalten, auch wenn wir vorher den finanziellen Scherbenhaufen wegräumen mussten. Es hat sich lediglich die Zeitachse der Umsetzung geändert – unsere Wahlversprechen sind aber nie zur Diskussion gestanden!

Die FPÖ-ÖVP-Budgetverhandlungen fanden zwischen 10. und 12. Jänner 2025 in den Räumlichkeiten des Freiheitlichen Parlamentsklubs (Reichsratsstraße 7, 1010 Wien) statt. Ziel dieser Verhandlungen war weder die Erstellung eines Regierungsprogram-

mes noch die Erstellung eines Doppelbudgets. Ziel war einzig und allein die Erstellung einer „Einsparungsliste“ mit einem entsprechenden Detaillierungsgrad für das Jahr 2025, um die Einleitung eines EU-Defizitverfahrens gegen Österreich abzuwenden. Um das Defizit für 2025 auf unter drei Prozent zu reduzieren, mussten rund 6,39 Mrd. Euro eingespart werden. Die Zeit drängte, da das entsprechende budgetäre Maßnahmenpaket – die „Einsparungsliste“ – bis Mitte Jänner 2025 nach Brüssel übermittelt werden musste, da bereits am 15. Jänner 2025 das Kollegium der Kommissionsmitglieder und am 21. Jänner 2025 der ECOFIN tagen würden. Im Rahmen der intensiven und konstruktiven Budgetverhandlungen konnten relativ rasch entsprechende Einsparungspotenziale identifiziert werden. Auf Grund des Zeitdruckes suchte man bewusst nach Einsparungsmöglichkeiten – wo eine rasche Einigung von vornherein nicht ausgeschlossen war („Quick Wins“); Einsparungsmöglichkeiten mit hohem Konfliktpotenzial (z.B. die „drei Ks“ – Kreditinstitute, Kammern, Kirche) wurden auf die Zeit der FPÖ-ÖVP-Doppelbudgetverhandlungen (die letzten Endes nie stattgefunden haben) vertagt. Bereits am 11. Jänner 2025 haben wir das Einsparungsziel von 6,39 Mrd. Euro überschritten, der 12. Jänner 2025 wurde nur mehr für Detailarbeiten und für die Aufbereitung der Unterlagen für Brüssel verwendet.

Folgende Kernmaßnahmen wurden nach Brüssel gemeldet (Übersicht):

Maßnahme	Volumen für 2025 in Mrd. Euro
Stabilitätsbeitrag der Bundesministerien	1,10
Ausgabeneffizienz durch Reformen	0,24
Reduktion der Förderquote	3,18
Anpassungen im Steuersystem	0,92
Weitere Maßnahmen	0,95
Summe	6,39

Wir Freiheitliche haben uns oft gefragt, ob die Abwendung des EU-Defizitverfahrens nie ein Thema bei den dreimonatigen ÖVP-SPÖ-NEOS-Regierungsverhandlungen war, obwohl die Zeit immer knapper wurde. Hat man den Kopf buchstäblich in den Sand gesteckt oder steckte dahinter ein unlauterer geheimer Plan? Spielte man ein falsches Spiel mit uns Freiheitlichen?

Bereits am 13. Jänner 2025 verkündeten FPÖ-Bundesparteioobmann Herbert Kickl und ÖVP-Bundesparteioobmann Dr. Christian Stocker im Parlament die Einigung auf einen Budgetpfad, und Finanzminister Univ.-Prof. DDr. Gunter Mayr konnte die am Wochenende ausverhandelte „Einsparungsliste“ samt Begleitschreiben und einem von beiden Bundesparteioobmännern verfassten Schreiben (politische Absichtserklärung) an den für das Defizitverfahren zuständigen EU-Kommissar Valdis Dombrovskis übermitteln. Nachdem in Brüssel alle budgetären Maßnahmen der „Einsparungsliste“ auf Belastbarkeit geprüft und durchgerechnet wurden, hat die EU-Kommission beschlossen, kein EU-Defizitverfahren gegen Österreich einzuleiten. Am 16. Jänner 2025 erhielt Finanzminister Mayr das entsprechende Schreiben vom EU-Kommissar Dombrovskis, welches am Folgetag veröffentlicht wurde. Das gesteckte Ziel war damit vorerst erreicht – Österreich behielt weiterhin die alleinige Hoheit über seinen Staatshaushalt, die volle finanzielle Handlungsfähigkeit der Republik konnte somit abgesichert werden.

Was 300 ÖVP-SPÖ-NEOS-Verhandlern in 33 Arbeitsgruppen in drei Monaten nicht gelungen ist, ist dem sechsköpfigen FPÖ-ÖVP-Verhandlungsteam in drei Tagen gelungen, nämlich die Abwendung des EU-Defizitverfahrens. Das EU-Defizitverfahren konnte nur durch das tatkräftige und entschlossene Einschreiten der FPÖ verhindert werden. Mit der größten Schuldenmacherpartei der Zweiten Republik – der SPÖ – wäre dieser budgetäre Kraftakt unmöglich gewesen. Dies war wohl auch der ÖVP bewusst, weshalb sie als taktischen Zwischenschritt bewusst die Verhandlungsseiten gewechselt hat.

Bereits am 16. Jänner 2025 konnte ich mit dem ÖVP-Budgetverhandler Abg. z. NR KO August Wöginger im Auditorium des Parlaments das Verhandlungsergebnis in Form einer Pressekonferenz mit dem Titel „Details zum Budgetfahrplan für eine sichere und stabile Zukunft“ präsentieren. Damit war der Anfang vom Ende erreicht. Ab dem Zeitpunkt der Abwendung des EU-Defizitverfahrens hatte die ÖVP kein Interesse mehr an ernsthaften und konstruktiven Regierungsverhandlungen. FPÖ-Bundesparteioobmann Herbert Kickl zog daraus die entsprechenden Konsequenzen und legte am 12. Februar 2025 den Auftrag zur Regierungsbildung zurück.

Aus Angst vor dem Wähler nahmen ÖVP und SPÖ am 14. Februar 2025 die Regierungsverhandlungen wieder auf, am 21. Februar 2025 kamen NEOS dazu und am 3. März 2025 wurde die ÖVP-SPÖ-NEOS-Bundesregierung angelobt. Zusammengefasst handelt es sich bei dieser Verliererkoalition um die teuerste Bundesregierung aller Zeiten, nach den längsten Verhandlungen aller Zeiten mit dem schlechtesten Programm aller Zeiten. Bei Schwarz-Grün hat es noch geheißen: „Das Beste aus beiden Welten!“, jetzt ist es der (faule) Kompromiss, der in Wirklichkeit nichts anderes ist als der kleinste gemeinsame Nenner, quasi eine inhaltliche Leermeldung. Das größte Budgetloch aller Zeiten soll nun durch den Verursacher – die ÖVP – mit Unterstützung der größten Schuldenmacherpartei der Zweiten Republik – der SPÖ – und NEOS saniert werden; das kann nicht wirklich funktionieren!

Österreich blickt leider auf fünf verlorene Jahre zurück, wie es die Agenda Austria treffend formuliert hat. Leider haben ÖVP, SPÖ und NEOS in den vergangenen fünf Monaten viel Zeit mit Regierungsverhandlungen verplempert – wertvolle Zeit, die uns jetzt zur Sanierung des Budgets fehlt. Es ist davon auszugehen, dass uns unter dieser Verliererkoalition weitere fünf verlorene Jahre bevorstehen – sehr zum Leidwesen des Landes, der Steuerzahler und künftiger Generationen.

Ständestaatliches Njet

Sachmaterie Soziales: ÖVP-Verhandler als Prätorianer der Sozialpartnerschaft und des Proporzsystems.

VON FRITZ SIMHANDL

Dr. Fritz Simhandl war Fachreferent für Arbeit,
Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz 2013–2025



Bild: FPÖ

Eines hat sich bereits bei der ersten Verhandlungsrunde in der Sachmaterie „Soziales“ bei den Regierungsverhandlungen zwischen dem Wahlsieger FPÖ und dem Wahlverlierer ÖVP herausgestellt: Auf ÖVP-Seite saßen als Verhandler lupenreine Prätorianer einer tradierten Sozialpartnerschaft und eines schwarz–roten Proporzsystems. Erneuerung, Reformgeist und eine zukunftsorientierte Politik für die Österreicher hatten da keinen Platz. Ganz im Gegenteil, die Besitzstandswahrung und eine Systempolitik, die sich gegen die Interessen der eigenen Landsleute stellt, wurde ohne Wenn und Aber vertreten.

Wenn man sich die aktuelle Personalbesetzung im Sozialministerium mit der SPÖ-Gewerkschaftsfunktionärin Korinna Schumann als Ressortministerin und der SPÖ-Berufspolitikerin Ulrike Königsberger-Ludwig in der aktuellen schwarz–rot–pinken Ampelregierung ansieht, dann ist dies wohl ein einziges Wunschkonzert für die ÖVP-Prätorianer der tradierten Sozialpartnerschaft und des schwarz–roten Proporzsystems. Zwei Persönlichkeiten, die der guten alten Zeit des Proporz und der Systempolitik in einem schwarz–roten Machgefüge verpflichtet sind. Dass ein solches Retro-Personalpaket mit einer FPÖ als Wahlsieger der Nationalratswahl 2024 in einer Reform- und Zukunftscoalition durch die ÖVP nicht fortzusetzen war, war dem schwarzen Verhandlungsteam sicher vom ersten Tage

an klar. Und dieses Verhandlungsteam hatte wohl vom ersten Tag an den machtpolitischen Auftrag aus der Parteizentrale in der Lichtentfelsgasse im 1. Wiener Gemeindebezirk, fortgesetzte Blockadepolitik gegen die Ideen der FPÖ zu vollziehen. Der süß-säuerliche Dunst einer Reformblockade wurden jedenfalls in der Sachmaterie „Soziales“ vom ersten Tage in den Verhandlungssälen des österreichischen Parlaments durch die ÖVP-Verhandler verströmt.

Bereits die Zusammensetzung der Verhandlungsteams der ÖVP in den beiden Verhandlungsgruppen Arbeit und Soziales zeigte, dass hier nicht Bundespolitiker der ÖVP die inhaltliche Führung hatten, sondern Landes- und Bundesländervertreter. Der ÖVP-Ständestaat aus Wirtschaftsbund und ÖAAB und die machtorientierten Bundesländervertreter aus den ÖVP-geführten Landesregierungen vertraten Positionen, die durch die vergleichende Analyse mit den medienöffentlichen Verhandlungspapieren der ersten schwarz-rot-pinken Verhandlungsrunden noch hinter die dort formulierten Ausgangspositionen zurückgingen. Das ständestaatliche NJET wurde zur Dauersprechblase bei den Verhandlungspositionen der ÖVPLer. Weiterführung der Sozialversicherungsreform im Sinne der Patienten und der Gesundheitsversorgung: NJET; Organisatorische, finanzielle und personelle Abbildung des Bundes in einer Sozialpartnerschaft NEU in den Verwaltungsgremien der Sozialversicherung: NJET; Finanzierung des Gesundheits- und Pflegewesens aus einer Hand: NJET; Zusammenlegung der Kranken- und Unfallversicherung: NJET; Effizientere Strukturen im Arbeitsmarktservice: NJET; Professionelle Vermittlung und Schulung der Arbeitssuchenden statt Verwaltung der Arbeitslosigkeit: NJET; Schluss mit dem Missbrauch des Arbeitsmarktservice als Integrationsbehörde: NJET; Kostenwahrheit in einer Inländer- und Ausländersozial- und -arbeitslosenversicherung: NJET; Qualifizierung der im Lande befindlichen Arbeitskräfte: NJET; Verpflichtende Vermittlung ausländischer Langzeitarbeitsloser auf dem europäischen Arbeitsmarkt: NJET; Reform der Sozialhilfe, damit die ungezügeltere Zuwanderung

in den österreichischen Sozialstaat gestoppt wird: NJET; Überwindung der starren Kompetenzstrukturen in den Bereichen Sozial-, Gesundheits- und Pflegewesen: NJET; Stärkung der Gesundheitsberufe durch leistungsorientierte Bezahlung und zukunftsorientierten Arbeitsbedingungen: NJET. Verlängerung des faktischen Pensionsantrittsalters durch Entbürokratisierung, tatsächliche Entlastung und finanzielle Anreize, die sich für die Menschen lohnen: NJET. Die Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen.

Das 21. Jahrhundert und seine sozial- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen schienen abgeschafft. Im ÖVP-Ständestaat hatten realpolitische Herausforderungen keinen Platz. Man hatte jedenfalls den Eindruck, es wäre das einzige Ziel der ÖVP-Seite, die Leistungsträger des österreichischen Mittelstandes weiter zu schröpfen und demgegenüber keine Reformen zu Lasten der Zuwanderer in den österreichischen Sozialstaat zuzulassen. Aber nicht nur inhaltlich machten die ÖVP-ler eine Rolle rückwärts im Dauermodus, auch im persönlichen Umgang und im Tonfall wurde hier die Retroplatte aufgelegt. Die ÖVP-Verhandler waren während der gesamten Verhandlungsdauer zu keiner Zeit in der Realpolitik angekommen. Vom hohen Ross herunter wurde verhandelt, als ob die ÖVP immer noch die absolute Mehrheit hätte. Keine Selbstreflexion, keine Demut vor den Wahlergebnissen der letzten Zeit, sondern die gefletschten Zähne der personifizierten Machtpolitik wurden dem Verhandlungsteam der FPÖ gezeigt.

Mit zunehmender Aggressivität und wachsendem Unwillen betraten die Mitglieder des ÖVP-Verhandlungsteams Tag für Tag die Verhandlungssäle und wiederholten ihre Stehsätze. Und dies hatte wohl auch mit ihren sozialpartnerschaftlich dominierten Verhandlungsteams zu tun. Ohne jemandem zu nahe treten zu wollen, wagen wir einen Ausflug in die Justizpolitik. Was würde die interessierte Öffentlichkeit dazu sagen, wenn das Justizkapitel im Bereich Strafrecht und zur Frage, ob lebenslang auch lebenslang bleiben soll, auf ÖVP-Seite von Untersuchungshäftlingen vertreten

worden wäre. Dass die Kapitel Soziales und die Fragen der Sozialversicherungsreform von Sozialversicherungs- und Kammerfunktionären auf ÖVP-Seite verhandelt wurde, wundert offensichtlich schon niemanden mehr. Der Reformwille manifestierte sich dann entsprechend, nämlich nicht.

Aber diese Verhandlungsführung der ÖVP zeigte auch für Dritte die innerparteilichen Bruchlinien in der einstigen Staatspartei ÖVP auf. Kleinklein war hier in jeder Verhandlungsrunde die Devise. Sich als ÖVP-Verhandler nur ja nicht aus der eigenen ideologischen Dekkung wagen. Und wenn zu befürchten war, dass man auch nur in Spurenelementen eine Idee des Wahlsiegers FPÖ unterstützen könnte, dann wurde mit Zwang eine gänzlich neue Formulierung versucht, um nur ja den Freiheitlichen kein Erfolgserlebnis zu gönnen. Man sah sich in die Zeiten der kindlichen Sandkastenspiele versetzt, wo einzelne Kinder als einziges Ziel die Zerstörung der Sandburg des Nachbarn zum obersten Ziel haben. Wie viel Infantilität in einer abgewählten ehemaligen Staatspartei ÖVP bis heute steckt, konnte man in Echtzeit in diesen vielen Stunden und Tagen des Verhandlungsreigens vor Ort miterleben. Als ein ehemaliger ÖVP-Gesundheitssprecher, ein frisch bestellter ÖVP-Spitzenfunktionär in der Sozialversicherung und eine langjährige ÖVP-Landesrätin für Gesundheit sich während der Verhandlungen mit dem FPÖ-Team in einen innerparteilichen Interessenskonflikt verstrickten, erahnte man, mit welcher machtpolitischen Hydra man da an einem Tisch sitzt.

Auch der formale „Verhandlungsführer“ der ÖVP-Gruppe im Bereich Soziales, ÖVP-Klubobmann August Wöginger, war weder willens noch in der Lage, eine Struktur in die Verhandlungspositionen zu bringen. Man spürte, August Wöginger war nur Passagier und hilfloser Moderator, aber keineswegs jener Spitzenfunktionär, der für die gesamte ÖVP-Verhandlungsgruppe sprechen konnte oder wollte. Man könnte es in der teilnehmenden Beobachtung als geliebtes „Stockholmsyndrom“ innerhalb der Interessensgruppen der ÖVP qualifizieren. Der Vergleich mit den Verhandlungen 2017, wo

Wöginger neben Sebastian Kurz, Gernot Blümel und Elisabeth Köstinger Teil des ÖVP-Kernteam war, machte die Bruchstellen spürbar, die in diesen Verhandlungen des Jäanners und Februars 2025 zu Tage getreten sind. Hintergrundgespräche mit langjährigen ÖVP-nahen Experten in Sachen Sozialpolitik bestätigten diese Reformblockade aufseiten der abgewählten Kanzlerpartei des Jahres 2024.

Im Jahre 2017 sorgte die ÖVP in den Fragen des Sozial- und Gesundheitswesens für Transparenz der Zahlen aus dem System, und stellte diese dem Gegenüber auch zur Verfügung. Das Mitarbeiterteam von Sebastian Kurz und Gernot Blümel bemühte sich, Informationen zu Sachfragen zu organisieren und für die Verhandlungsrunden aufzubereiten. Nachfragen der FPÖ wurden ernst genommen und in einer schwierigen Runde im Zusammenhang mit der Sozialversicherungsreform sogar ein ÖVP-Sozialversicherungsfunktionär, der gegen die politische Abmachung, keine medialen Stellungnahmen zu geben, verstoßen hatte, aus dem Verhandlungsteam ausgeschlossen. Die als Verbinder immer wieder in ÖVP-Wirtschaftskreisen genannten Rädels- und Verhandlungsführer Peter McDonald und Wolfgang Hattmannsdorfer als Prätorianer der Sozialpartnerschaft strömten in den aktuellen Verhandlungen nichts anderes aus, als den Stahlbeton des österreichischen Kammern- und Verbändestaates und längst abgewählter Systemparteien.

Ein besonderes Schmankerl im Zusammenhang mit der weltanschaulichen Verortung und historischen Kenntnis so manches ÖVP-Verhandlers offenbarte sich im Zusammenhang mit der Aufarbeitung und Wiedergutmachung der materiellen und immateriellen Schäden im Zusammenhang mit dem Corona-Zwangsregime, das die ÖVP federführend gemeinsam mit den Grünen zu verantworten hat. Während der Verhandlungsrunden wurde August Wöginger, immerhin Klubobmann des ÖVP-Parlamentsklubs und ÖAAB-Bundesobmann, im Zusammenhang mit dem Corona-Zwangsregime gleich zweimal auf das Salzburger Programm der ÖVP aus dem Jahre 1972 und die dort verankerten Grundsätze an-

gesprochen. ÖVP-Grundsätze, die das Vorgehen der ÖVP gegen die österreichischen Bürger während Corona eigentlich ausschließen hätten müssen. ÖVP-Klubobmann August Wöginger glänzte in diesem Zusammenhang als ein über die historische Programmatik der ÖVP uninformativer Spitzenfunktionär und Verhandler. So steht dort unter anderem: „(...) 3.1.2 Für die ÖVP ist der bestimmende Höchstwert ihrer Politik die menschliche Person, die durch ihr schöpferisches Denken, kritisches Bewusstsein und verantwortliches Handeln den unveräußerlichen Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung besitzt. (...) Und weiter: „(...) 3.2.1 Im Sinne ihres Menschenbildes bekennt sich die ÖVP zur Entscheidungs- und Handlungsfreiheit und zur Verantwortung jedes Menschen vor seinem Gewissen. (...)“. Um programmatisch weiter auszuführen: „(...) 3.2.2 Freiheit ist für die ÖVP mehr als das Freisein von obrigkeitlichem, wirtschaftlichem und geistigem Zwang. Freiheit bedeutet für sie Freisein zur Selbstbestimmung des eigenen Lebensbereiches und zur Mitbestimmung der gesellschaftlichen Angelegenheiten. Die ÖVP lehnt dabei jede Form von Manipulation ab. Totale staatliche Daseinsvorsorge muss letztlich zum Untergang der Freiheit führen. Freiheit ist eine ständig gefährdete Voraussetzung sinnerfüllter Lebensführung. Daher wollen wir die stärkere Teilnahme des einzelnen an der gesellschaftlichen Entwicklung, die Schaffung neuer Mitwirkungsmöglichkeiten und die Herstellung zahlreicher Wahlmöglichkeiten in allen Lebensbereichen. (...)“.

Das alles hat die ÖVP nicht nur in Zeiten des Corona-Regimes, sondern auch in den Verhandlungen mit der FPÖ vergessen. Und das aktuelle Regierungsprogramm der schwarz-rot-pinken Ampelkoalition manifestiert, dass man sich als ÖVP noch weiter vom ehemaligen „christlich-sozialen“ Weltbild entfernt hat. Und allein schon deshalb aktuell kein Koalitionspartner für die FPÖ sein kann.

Quelle zum Salzburger Programm der ÖVP 1972: https://austria-forum.org/af/AEIOU/%C3%96sterreichische_Volkspartei%2C_%C3%96VP/Salzburger_Programm

Keine Reformen – alles beim Alten

ÖVP verkauft sich an die Linken

VON FRIEDRICH-WILHELM MOEWE

Österreich hat nicht nur die an Personalkosten teuerste Regierung bekommen, sondern zugleich auch die Regierung, die ihnen am teuersten zu stehen kommen wird. Der einzige Kitt, der diese zusammenhält, sind Machtgier, Postenschacher und die panische Angst vor den Wählern, die sie dafür bestrafen werden.

Nicht erst am Aschermittwoch, sondern schon zum Höhepunkt des Faschings ließen die Vertreter der schwarz-rot-pinken Einheitspartei ihre Masken fallen. „Jetzt kommt zum Vorschein, was bereits lange vor der Wahl in Hinterzimmern begonnen worden ist: Am Wählerwillen vorbei auszupackeln, wer welchen Ministerposten bekommt, um die Politik des ‚Weiter wie bisher – nur noch schlechter!‘ umsetzen zu können“, reagierte FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker auf das „Regierungsprogramm“ und die Angelobung der Verlierer-Koalition durch den Bundespräsidenten.

Besonders der Auftritt des ÖVP-Faschings-Duos Alexander Schalenberg und Christian Stocker bei der Amtsübergabe im Kanzleramt zeigte die ganze Unverschämtheit der schwarzen Machthaber-Partei auf. Als sich die beiden Herren einander schulterklopfend versicherten, wie großartig man die Krisen der Vergangenheit bewältigt habe, dürfte das bei vielen Österreichern das sprichwörtliche „G'impfte aufgehen“ haben lassen. „Wenn es noch eines letzten

Beweises gebraucht hat, wie abgehoben und weit weg von der Lebensrealität der Österreicher sich die Systemparteien insgesamt bewegen, dann haben ihn Schallenberg und Stocker damit erbracht“, empörte sich Hafenecker.

Und was bekommt Österreich statt der gewollten Reform-Koalition mit einem Volkskanzler Herbert Kickl? „Das teuerste Kabinett aller Zeiten, das vor Inkompetenz und Ahnungslosigkeit nur so strotzt“, beantwortete sein Kollege Michael Schnedlitz die Frage. Die Ankündigung der ÖVP, personell auf „Kontinuität zu setzen“, dürfe getrost als Drohung verstanden werden, dass der unter Schwarz-Grün eingeschlagene Weg der Zerstörung von Wirtschaft und Wohlstand auch in der Verlierer-Koalition fortgesetzt wird, warnte Schnedlitz die Österreicher.

Der Verbleib von Innenminister Gerhard Karner sei ein Signal an Illegale und Schlepper, dass Letztere keine Störung ihrer blendenden Geschäfte und Erstere keine Kürzungen des All-inklusive-Angebots samt Nichtabschiebung in ihre Heimat befürchten müssen. So soll nämlich die Grundversorgung bundesweit akkordiert werden, dank der SPÖ jetzt auf Wiener Niveau.

Nach der Nominierung von Wirtschaftskammer-Generalsekretär Wolfgang Hattmannsdorfer als Wirtschaftsminister kann man die Verzweiflung der Industrie wegen der vertanen Chance auf eine FPÖ-Regierungsbeteiligung verstehen. Der Mann verstieg sich letzte Woche im Parlament in die Behauptung, dass der Bürokratiewucher der EU doch „Zukunftschance und Wohlstandssicherung“ für Österreich bedeute.

Der Inkompetenz der ÖVP-Mannschaft füge die SPÖ ein Team der Ahnungslosigkeit hinzu, merkte Hafenecker an. Finanzminister Markus Marterbauer sei ein jahrzehntelanger Verfechter von Vermögens- und Erbschaftssteuern, die neue Arbeitsministerin Korinna Schumann habe ihre Ausbildung in der „geschützten Werkstatt ÖGB“ ersessen, und der neue Verkehrsminister sei vor seinem verursachten Milliardenloch im Budget der Stadt Wien in die Regie-

rung „weggelobt“ worden. „Da werden sich die Österreicher fragen müssen, ob in den nächsten Jahren die Züge überhaupt noch fahren und ob die Autobahnen weiter zu benutzen sein werden. Denn, wo Hanke hingreift, ist das Chaos vorprogrammiert“, warnte Hafenecker.

Damit stehe fest, dass die schwarz-grüne Politik gegen die eigene Bevölkerung eiskalt fortgesetzt und die Talfahrt Österreichs damit nicht gestoppt, sondern nur noch beschleunigt werde, erklärte der FPÖ-Generalsekretär: „Auf Schwarz-Grün folgt eine uralte ÖVP-SPÖ-Koalition mit pinken Stützrädern. Wie das endet, hat man in Deutschland gesehen. Hoffentlich sehr bald.“

Chronologie der Ereignisse

Obwohl stimmenstärkste Partei bei der Wahl am **29. September 2024**, wurde die FPÖ zunächst von der Regierungsbildung ausgeschlossen. Die Weigerung sowohl von ÖVP-Obmann Karl Nehammer als auch von SPÖ-Vorsitzendem Andreas Babler, mit Herbert Kickl zu verhandeln, nutzte Bundespräsident Alexander Van der Bellen dazu, entgegen allen Usancen nicht den Wahlsieger, sondern den Zweitplatzierten mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Als die „Verlierer-Ampel“ aus ÖVP, SPÖ und NEOS im ersten Anlauf scheiterte, kam der Bundespräsident am **6. Jänner 2025** nicht mehr umhin, Herbert Kickl als FPÖ-Obmann den Regierungsbildungsauftrag zu erteilen. Die Verhandlungen der ÖVP starteten mit großer Dynamik. Was ÖVP-SPÖ-NEOS in drei Monaten nicht geschafft hatten, wurde unter FPÖ-Führung in nur drei Tagen erledigt: Das drohende EU-Defizit-Verfahren wurde mit einem Brief nach Brüssel abgewendet.

Doch prompt streute die ÖVP Sand ins Getriebe. Der Versuch, wesentliche Differenzen vorab zu entschärfen, scheiterte weitgehend. In den einzelnen Verhandlungsgruppen traten weitere Streitpunkte zutage. Kompromissvorschläge der Freiheitlichen wurden abgelehnt und auf eine höhere Ebene verlagert, die allerdings in inhaltlichen Fragen nie wirklich aktiv wurde. Denn die ÖVP bestand

darauf, zunächst die Ressortverteilung festzulegen. Nach zwei Wochen zermürender Verhandlungen über die Zusammensetzung der Regierung, in denen die ÖVP stets lange Pausen einlegte, bestätigte sich schließlich, was sich bei den inhaltlichen Gesprächen angekündigt hatte: Die Volkspartei hatte nicht vor, das Wählervotum zu akzeptieren und sich in die zugewiesene Rolle als Nummer zwei zu fügen. Ihr Machtanspruch kannte keine Grenzen.

Herbert Kickl beendete die Verhandlungen am **12. Februar 2025** nach etwas mehr als einem Monat und legte den Regierungsauftrag zurück. Das Verhalten der ÖVP lässt im Rückblick nur einen Schluss zu: Die Gespräche mit den Freiheitlichen waren von Anfang an als Scheinverhandlungen konzipiert, um Zeit zu gewinnen und nach neuen Wegen zu suchen, um das Kanzleramt für die Volkspartei zu retten.

Die ÖVP mutierte zu einem Befehlsempfänger Brüssels

INTERVIEW MIT SUSANNE FÜRST

Die FPÖ-Außenpolitiksprecherin NAbg. Dr. Susanne Fürst über die von der ÖVP geführten Scheinverhandlungen



Bild: Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Frau Dr. Fürst, als Außen-, Neutralitäts- und EU-Sprecherin der FPÖ waren Sie in diesen Bereichen in die – gescheiterten – Regierungsverhandlungen mit der ÖVP involviert. Ganz allgemein: Wie gestalteten sich die Verhandlungen mit der Volkspartei?

Susanne Fürst: Man muss festhalten, dass der Bereich EU- und Außenpolitik sicherlich zu den „härtesten Brocken“ unter den 13 Verhandlungsgruppen zählte, in denen gemeinsam mit der ÖVP an einem Regierungsprogramm gearbeitet wurde. Das lag vor allem an der Tatsache, dass sich die Vorstellungen unserer Partei mit jenen der ÖVP in den Bereichen Souveränität und Neutralität in den vergangenen Jahren massiv auseinanderbewegt haben. Die ÖVP mutierte geradezu zu einem gehörigen Befehlsempfänger Brüssels, während wir klar gegen Zentralismus und eine weitere Aushöhlung der Nationalstaaten auftreten. Diese gegensätzlichen Zugänge und Anschauungen wurden von Beginn der Verhandlungen in diesem Bereich klar, wobei man erwähnen muss, dass wir als FPÖ durchaus überrascht von den inhaltlich sehr dünnen und nur mit Schlagwörtern versehenen Forderungen und Vorhaben der ÖVP waren. Es schien, als sei man ohnehin mit dem Hintergedanken eines Nichtzustandekommens eines breiten Konsenses in die Gespräche gegangen.

Wann und woran merkten Sie, dass die ÖVP an keinem Verhandlungsergebnis interessiert war?

Fürst: Die Verhandlungsgruppe vertrat lediglich Positionen aus dem schwarzen Beamtentum und aus Brüssel. Das war auch an der Bestückung der ÖVP-Verhandler abzulesen. Es befanden sich mit der Ausnahme Reinhold Lopatkas nur Beamte darunter, die keinen Willen zur Ausarbeitung eines politischen Regierungsprogrammes erkennen ließen, sondern lediglich den Status Quo ihrer Ressorts einzementieren und unangetastet lassen wollten. Der umfassende Maßnahmenkatalog der FPÖ zu den Bereichen EU, Außenpolitik und Neutralität wurde daher in den meisten Bereichen von ÖVP-Seite „auf rot gestellt“. Sprich: man fand überall ein Haar in Suppe und Gründe, warum etwas nicht geht oder nicht umsetzbar erscheint. Auch auf ein Entgegenkommen in vielen Punkten seitens der FPÖ gab es keinerlei faire Gegenangebote der ÖVP. Während der Verhandlungen geschahen jedoch zwei zentrale Dinge, die uns endgültig klar machten, dass die ÖVP nur Scheinverhandlungen führte:

Zum einen wurde in einer etwas hitzigeren Debatte von Seiten der ÖVP geradezu beleidigt eingeworfen, dass man die Rolle als Juniorpartner nicht akzeptiere und Verhandlungen auf „Augenhöhe“ erwarte, obwohl wir uns stets fair verhalten und kooperativ gezeigt haben. Für uns war ein respektvoller Umgang in den Verhandlungen eine Selbstverständlichkeit. Für die ÖVP bedeutete dies allerdings, ihre Standpunkte durchzusetzen. In den Köpfen der schwarzen Verhandler kam nicht an, dass sie die Wahl verloren hatten und die FPÖ erster geworden war.

Zum anderen betonte die ÖVP in den Verhandlungen eher unfreiwillig, dass sie keinen Handlungsspielraum in puncto EU habe, da der Druck aus der EVP und der EU-Kommission „einfach zu groß“ sei. Das betraf vor allem mögliche Vetos und ein entschiedeneres Auftreten eines Bundeskanzlers Herbert Kickl bei EU-Räten und in Brüssel. Durch die Blume wurde uns so mitgeteilt, dass die

ÖVP bei den EU- und Außenpolitikverhandlungen eigentlich aus dem Ausland gesteuert wurde.

Wo waren bei den Regierungsverhandlungen für die FPÖ die „roten Linien“ und wie ist die ÖVP damit umgegangen?

Fürst: Für uns waren jegliche weitere Zentralisierungsbestrebungen seitens der EU, aber auch neue Schuldenaufnahmen, eine Aushöhlung unserer Neutralität und Überwachungsmaßnahmen, wie die geplante Chatkontrolle, eine rote Linie. Genau in diesen Punkten stellte sich die ÖVP allerdings stur, offenbar in dem Wissen, dass diese Themen uns und unseren Wählern besonders wichtig sind bzw. von Brüssel nicht gewünscht sind. Die ÖVP wollte sich weiterhin nicht zur immerwährenden verfassungs- und völkerrechtlichen Neutralität bekennen und an einer Distinktion zwischen „militärischer und politischer Neutralität“ festhalten. Ebenso gab es seitens der ÖVP keine Absage an diverse EU-Zensur- und Überwachungsgesetzgebungen sowie an eine EU-Armee.

Wenn man das Thema Unterstützung bzw. Waffenlieferungen an die Ukraine betrachtet: Haben Sie im Rückblick den Eindruck, dass die ÖVP eigenständig verhandelte oder dass sie Anweisungen aus Brüssel bzw. der EVP umsetzte?

Fürst: Wie bereits erwähnt, gab die ÖVP während den Verhandlungen ja sogar zu, unter enormem Druck der Brüsseler Eliten zu stehen. Somit konnten gar keine fairen, transparenten Gespräche stattfinden, deren Ergebnis im Sinne der Österreicher und nicht Brüssels gewesen wäre. Was die Unterstützung der Ukraine betraf, so präsentierte sich die ÖVP auch hier stur und geradezu unwissend. Die FPÖ forderte österreichspezifische Ausnahmen von den Russlandsanktionen für die ohnehin schwer angeschlagene Wirtschaft, so wie es auch andere EU-Staaten ausverhandelt haben, etwa Ungarn, die Slowakei oder die Niederlande. Die ÖVP meinte dazu nur, noch nie davon gehört zu haben. Damit war das Thema erledigt. Auch ein Ausstieg aus der unserer Neutralität zuwider laufenden Friedensfazilität, über die Rüstungsgüter in großem Stil von

der EU für die Ukraine angekauft werden, kam für die ÖVP nicht in Frage.

Die EU hat ein Aufrüstungspaket in Höhe von 800 Milliarden Euro beschlossen: Mit einer Regierungspartei FPÖ und einem Bundeskanzler Kickl hätte Österreich ein Veto eingelegt – oder?

Fürst: Mit Sicherheit hätte es zu dieser weiteren Kompetenzerweiterung der EU ein Veto von einem Bundeskanzler Kickl gegeben, und davor fürchtete sich die ÖVP am meisten. Unter keinen Umständen wollte man die Brüsseler Herrscher durch das Einsetzen von Vetos vergrämen und so an Ansehen verlieren.

Wenn man sich EU-Gesetze und Vorhaben wie den Digital Service Act oder den Digitalen Euro genauer anschaut, merkt man rasch, dass Brüssel Grundrechte kein Anliegen sind bzw. dass diese, wenn sie EU-Vorhaben im Weg stehen, ausgehebelt werden. Wie weit lagen hier die Standpunkte auseinander?

Fürst: Ich würde sagen meilenweit. Die ÖVP wollte sich explizit nicht gegen Überwachungs- und Zensurmaßnahmen der EU begeben, das umfasste etwa einen Rückbau des umstrittenen Digital Service Act oder ein Verhindern der geplanten EU-weiten Chatkontrolle. Auch das willkürliche Kündigen von Bankkonten „missliebiger Bürger“ und das Setzen entsprechender Initiativen dagegen auf EU-Ebene war für die ÖVP nicht machbar.

Gefahr für die Souveränität Österreichs kommt auch – Stichwort: Pandemievertrag und Internationale Gesundheitsvorschriften – von der WHO: Wie verliefen in diesem Punkt die Verhandlungen?

Fürst: Auch hier gab es nur Ablehnung seitens der ÖVP. Man fürchtete bei jedem „Nein“ zu solchen Maßnahmen den angeblichen Verlust internationaler Reputation. Im ÖVP-Sprech hieß dies allerdings, man hatte Angst um den Verlust von Posten, Pfründen und Netzwerken. Zudem wusste man, dass die Ablehnung des Pandemievertrages ein zentrales Wahlversprechen der Freiheitlichen war, weshalb man uns hier maximal schaden wollte, indem man uns nicht entgegenkam.

Ein Problem internationaler Gerichtshöfe ist die häufig fragwürdige Rechtsprechung, wobei ich vor allem den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ansprechen möchte, der mit seiner Judikatur das Asylrecht laufend ausweitet. Wie waren hier die Standpunkte von FPÖ und ÖVP?

Fürst: Die FPÖ sprach sich hier für eine umfassende Reform in diesem Bereich aus. Wir wollten internationale Gerichtshöfe, wie den EuGH, auf ihre ursprünglichen Kompetenzen zurückfahren. Im Falle des EuGH als Schiedsstelle für EU-Recht und für Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten. Zudem betonten wir, dass EU-Recht in der Form der Rechtsprechung von EuGH und EGMR nicht automatisch Vorrang vor nationalem Recht haben dürfe. Deshalb forderten wir einen „integrationsfesten“ Kern nationalen Verfassungsrechts, für den der Vorrang des EU-Rechts nicht gilt. Aber auch das war mit der ÖVP nicht zu machen. Sie betonte lediglich, eine „überschießende Rechtsprechung“ künftig verhindern zu wollen, blieb aber konkrete Maßnahmen dafür schuldig.

Abschließend: Wenn Sie die neue Bundesregierung und hier vor allem Außenministerin Meisl-Reisinger anschauen, was ist im Hinblick auf die Souveränität und die Neutralität Österreichs zu erwarten?

Fürst: Man muss leider mit dem Schlimmsten rechnen. Während man auf EU-Ebene mit der Außenbeauftragten Kaja Kallas eine absolute NATO-Hardlinerin auf diesen Posten gesetzt hat, ist es in Österreich nun Meisl-Reisinger als Außenministerin. Dass sie den österreichischen Botschafter in der Ukraine zu ihrem Kabinettschef ernannte und ihre zweite offizielle Auslandsreise, nach dem Besuch in Brüssel, in die Ukraine ging, spricht Bände. Diese Frau vertritt nicht die Interessen eines neutralen Österreich, sondern jene Brüssels und der Ukraine. Dass sich die NEOS immer wieder für die „Vereinigten Staaten von Europa“ aussprachen, der NATO beitreten und die Neutralität abschaffen wollten, grenzt überdies schon an Verfassungsfeindlichkeit. Man wird sehen, wie weit ÖVP und SPÖ hier die Neo(s)-Außenministerin in Schach halten kön-

nen. Von Bundeskanzler Christian Stocker ist jedoch nicht viel zu erwarten. Er wird, wie seine vor ihm nicht gewählten ÖVP-Kanzler, alles in Brüssel abnicken, was ihm dort vorgesetzt wird.

Das Gespräch führte Bernhard Tomaschitz.

Diese Chance wurde von der ÖVP vergeben

INTERVIEW MIT MICHAEL SCHNEDLITZ

FPÖ-Heimatschutzsprecher und Generalsekretär
NAbg. Michael Schnedlitz über die Verhandlungen in den
Bereichen Asyl und innere Sicherheit



Bild: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Herr Generalsekretär, im Wahlkampf hat die ÖVP einen strengen Kurs in Sachen Asyl, Migration und Integration versprochen. Warum konnte bei den Koalitionsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP in diesem Bereich keine Einigung erzielt werden?

Michael Schnedlitz: Weil die ÖVP das, was sie ankündigt, selten ernst meint. So war es auch in diesem Bereich. Die ÖVP will die Bürger täuschen und blenden. Wir Freiheitliche wollen tatsächlich Lösungen im Sinne der Bevölkerung. Daher hat die Volkspartei in den Verhandlungen immer dann auf die Stopptaste gedrückt, wenn es darum ging, konkrete Schritte festzulegen, um das übergeordnete Ziel von null Asylanträgen zu erreichen. Mehr als Sprechblasen wollte sie zu dem Thema nicht produzieren.

Können Sie uns etwas über die Atmosphäre bei den Koalitionsverhandlungen berichten? Hat die ÖVP ehrlich verhandelt oder nur zum Schein?

Schnedlitz: Die ÖVP hat über weiter Strecken gar nicht verhandelt. Einigungen gab es nur in den Fachgruppen, in denen wir uns programmatisch ohnehin immer einig waren. Immer, wenn es um wirkliche Reformen, um einen Paradigmenwechsel und um Bemühungen ging, auf EU-Ebene Verbesserungen zu erzielen, wurde beinhart gemauert und alles auf die nächsthöhere Ebene delegiert. Das war die sogenannte Steuerungsgruppe, die aber nur einmal ge-

tagt, weil die ÖVP keine weiteren Termine zugesagt hat und selbst in dieser einen Sitzung völlig unvorbereitet war. Dass sich im Nachhinein herausgestellt hat, dass die ÖVP nur zum Schein verhandelt hat, erklärt dieses Verhalten, über das wir uns im laufenden Prozess immer wieder sehr gewundert haben.

Nach Abbruch der Verhandlungen war aus FPÖ-Kreisen zu hören, dass die ÖVP keinen Stopp der Asyl-Zuwanderung und auch keine konsequenten Regeln zur Verhinderung von Asylmissbrauch wollte. Können Sie uns darüber mehr berichten?

Schnedlitz: Das trifft absolut zu. Die ÖVP wollte – obwohl selbst immer wieder angekündigt – zu keinem Zeitpunkt das Asylrecht mittels Notfallklausel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zum Schutz der inneren Sicherheit aussetzen. Und sie wollte sich nicht dazu bekennen, einen österreichischen Ausstieg aus dem EU-Asylwesen nach dem Vorbild Dänemarks zu verhandeln. Das sind aber genau die Knackpunkte. Wer das nicht umsetzen will, der strebt keine wirkliche Verschärfung des Asylrechts an, sondern doktert nur an Symptomen herum. Wie das dann aussieht, hat die Verlierer-Ampel ja mit der völlig verpfuschten Regelung zum Familiennachzug gezeigt.

Eine langjährige freiheitliche Forderung ist der effektive Schutz der Grenzen Österreichs. Stimmt es, dass sich die ÖVP bei den Koalitionsverhandlungen auch in diesem Punkt quergelegt haben soll?

Schnedlitz: Ja, auch da gab es erbitterten Widerstand. Unsere Forderung lautete: „Stärkung und Ausbau der österreichischen Grenzsicherung durch technische Sperren. Sensible Grenzabschnitte sind mit Zäunen zu sichern. Schaffung eines Straftatbestandes der Überwindung der technischen Sperren“. Die ÖVP hingegen wollte sich in ihrer EU-Hörigkeit auf Brüssel verlassen und glaubt offenbar immer noch, dass das immer wieder gebrochene Versprechen eines effektiven Außengrenzschatzes irgendwann eingehalten wird.

Wenige Tage nach Abbruch der Koalitionsverhandlungen hat in Villach ein aus Syrien stammender Asylberechtigter aus islamistischen Moti-

ven heraus einen 14-Jährigen ermordet, woraufhin Innenminister Karner eine Massenüberwachung von Messenger-Diensten ankündigte. Wie konträr waren bei den Koalitionsverhandlungen die Standpunkte von FPÖ und ÖVP in Sachen Überwachung von Messenger-Diensten?

Schnedlitz: Auch das war ein wesentlicher Konfliktpunkt. Angesichts der Zustände im „Tiefen Staat“ des Innenministeriums stellt sich die Frage: Wer überwacht die Überwacher? Wir erinnern uns alle noch daran, mit welcher Brutalität die Kritiker des Corona-Regimes zu Rechtsextremisten und Verfassungsfeinden erklärt wurden. Zudem ist der Verfassungsschutz nicht einmal in der Lage, die schon bestehenden Instrumente zu nutzen, wie das Totalversagen vor dem Terroranschlag vom 2. November 2020 in Wien gezeigt hat. Und auch zum Täter von Villach sind nach wie vor viele Fragen offen, auch hier kann man eklatantes Behördenversagen mit Händen greifen. Die wirksamste Terrorbekämpfung besteht aus einem Stopp der illegalen Einwanderung und konsequenter Remigration nicht aufenthaltsberechtigter Ausländer. Aber das Ignorieren der wahren Ursachen hat ja bei der ÖVP System, umso absurder wird die Symptombekämpfung betrieben, wenn der Innenminister nach einem TikTok-Verbot schreit oder eine „anlasslose Massenüberwachung“ ankündigt.

Eine langjährige Forderung der FPÖ ist auch die Schaffung eines effektiven Verbotsgesetzes gegen den Islam. Auch daran hatte die ÖVP bei den Verhandlungen offenkundig kein Interesse. Wie waren in diesem Punkt die Standpunkte der beiden Parteien, woran scheiterte eine Einigung?

Schnedlitz: Es war ganz ähnlich wie beim Asylthema, wobei sich die ÖVP hier sogar vom Wortlaut ihrer eigenen Wahlkampforderung „Verbotsgesetz gegen den politischen Islam“ distanziert hat. Und auch hier wollte sie Dinge hineinschummeln, die völlig am Thema vorbeigehen – etwa eine Einschränkung des Versammlungsrechts, die ganz bestimmt als erste regierungskritische Demonstranten getroffen hätte.

Der umstrittene, weil linkslastige Privatverein DÖW darf einen quasi amtlichen „Rechtsextremismusbericht“ herausgeben. Daran wollte die ÖVP nichts ändern. Können Sie dazu Näheres berichten?

Schnedlitz: Das ist der nächste Beweis, dass die ÖVP – auch dann, wenn sie offiziell gegen Islamisten oder Asylbetrüger vorgehen will – in Wahrheit ganz andere Personen im Auge hat, die nicht nur damit nichts zu tun haben, sondern auch in keiner Weise Extremisten sind. Die ÖVP hat sich hier völlig der linken Meinungshoheit angeschlossen, die über die staatlich finanzierten Medien propagiert wird. Das Gespenst eines angeblichen Rechtsextremismus wird permanent durch die Schlagzeilen getrieben und mit der FPÖ in Verbindung gebracht. Das macht die ÖVP deshalb, weil sie – selbst, wenn sie sich mit uns auf eine Regierung geeinigt hätte – uns Freiheitliche immer noch als ihre politischen Hauptgegner betrachtet hätte. Die Einzementierung des völlig linkslastigen DÖW bei der Bewältigung einer hoheitlichen Aufgabe – nämlich der Bekämpfung von Extremismus – hat diesen Schulterchluss mit dem linken Lager sichtbar gemacht. Und das DÖW-Pamphlet, das dann während der Scheinverhandlungen mit dem Amtssiegel des Innen- und Justizministeriums veröffentlicht wurde, war dafür die Bestätigung. Dieses Papier ist eine Kampfschrift gegen jede Art des Patriotismus, gegen Meinungs- und Medienfreiheit – aber mit Extremismusbeobachtung hat es nichts zu tun.

Abschließend: Wie fällt ihr Resümee über die gescheiterten Koalitionsverhandlungen im Bereich innere Sicherheit/Asyl/Migration aus? Wurde hier eine große Chance für Österreich vergeben, insbesondere, wenn Sie an die neue schwarz-rot-pinke Bundesregierung denken?

Schnedlitz: Natürlich – in diesem und in vielen anderen für Österreich und seine Bürger wesentlichen Bereichen. Aber diese Chance wurde von der ÖVP vergeben und nicht von uns Freiheitlichen. Wir sind der Bevölkerung im Wort und werden weiter für Verbesserungen kämpfen. Das erwarten all jene, die uns gewählt haben, und angesichts der chaotischen Zustände, die unter der Ver-

lierer-Ampel sofort angebrochen sind, mittlerweile noch viele andere Bürger mehr. Sie alle werden bei nächster Gelegenheit für klare Verhältnisse sorgen. Auch wenn die Einheitspartei Neuwahlen vorerst verhindert haben – früher oder später werden sie kommen.

Das Gespräch führte Bernhard Tomaschitz.

Der Antrieb der ÖVP ist der Machterhalt

INTERVIEW MIT HUBERT FUCHS

FPÖ-Finanzsprecher NAbg. DDr. Hubert Fuchs
über die Regierungsverhandlungen



Bild: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Herr DDr. Fuchs, es war eine schwere Geburt, das Zustandekommen der neuen Regierung. Der türkise Bundeskanzler Karl Nehammer ist dem schließlich auch zum Opfer gefallen. Hätte er nach den massiven Verlusten den Rücktritt nicht schon früher machen müssen?

Hubert Fuchs: Ein Rücktritt am Wahltag oder unmittelbar danach wäre aus unserer Sicht angebracht gewesen. Es sind in Österreich schon Politiker bei wesentlich geringeren Verlusten zurückgetreten. Nehammer und die ÖVP haben anders entschieden. Das ist zu respektieren, wirft aber insgesamt kein gutes Licht auf die Politik. Die ÖVP und Nehammer wurden von den Österreichern abgewählt. Sie hat gegenüber 2019 rund ein Drittel ihrer Wähler verloren.

Mit der überraschenden Besetzung von Christian Stocker und seiner Bestellung zu Nehammers Nachfolger hat die ÖVP wieder einmal eine Wendung zum Machterhalt gemacht. Was soll man mit einer Partei anfangen, die scheinbar völlig ohne Prinzipien sich mit dem Wind dreht?

Fuchs: Der Antrieb der ÖVP ist der Machterhalt. Die Volkspartei vertritt mitunter die Auffassung, die Republik befinde sich in ihrem Besitz. Deshalb hat sie alles darangesetzt, den Kanzler und auch das Innenministerium zu halten. Die Verhandlungen mit uns Freiheitlichen wurden nie mit dem Ziel geführt, sie positiv abzuschließen. Die ÖVP hat die FPÖ für die Budgetkonsolidierung gebraucht, um

ein EU-Defizitverfahren abzuwenden. Ab diesem Zeitpunkt hat das Interesse der ÖVP an ernsthaften Verhandlungen rapide abgenommen.

Nachdem die ÖVP nun mit dem Wendehals Stocker den Kanzler der nächsten Regierung stellt, gilt es auch den Blick auf seine Außenwirkung auf die EU und ihre Mitgliedstaaten zu richten. Gibt es in Europa überhaupt noch so viel Anstand, dass man ideologieloses Verhalten von Spitzenpolitikern beachtet und sich danach richtet?

Fuchs: Wenn man sich beispielsweise die letzte Wahl in Deutschland ansieht, dann gibt es auch dort schon lange keinen Anstand mehr. Obwohl die Wähler die AfD zur klaren Nummer zwei gemacht haben, fürchtet sich die Einheitspartei in Deutschland vor der Dynamik einer neuen Zeit, vor dem frischen Wind der Freiheit, weil dadurch ein System in Frage gestellt wird, das sie selbst verkörpern. Sie wollen keine echte Veränderung, auch wenn sich die Bevölkerung genau das erwartet.

In einer Art Zwischenphase schien Stocker bereit zu sein, als Juniorpartner in eine Koalition mit der FPÖ gehen zu wollen. Jetzt muss man allerdings den Eindruck haben, dass er diese von Anfang an gar nicht wollte. Ließ er Parteiboss Kickl nur anlaufen, um dann selbst, nach einer Pause, zu den beiden anderen Parteien zurückkehren und dann selbst den Bundeskanzler abgeben zu können?

Fuchs: Das dürfte von Anfang an der Plan gewesen sein. Wir Freiheitliche waren für die Regierungsverhandlungen organisatorisch und personell gut aufgestellt, inhaltlich bestens vorbereitet. Die Verhandlungsgruppen haben ihre Bereiche inhaltlich konstruktiv abgearbeitet. In manchen Gruppen gab es gar keine oder nur sehr wenige Themen, wo man sich nicht einigen konnte, in wenigen Gruppen gab es mehr Differenzen. Insgesamt verliefen die inhaltlichen Regierungsverhandlungen recht zügig – bis dann die ÖVP die inhaltliche Arbeit einstellte und nur noch über die Ressortaufteilung verhandeln wollte. Und da wollte uns die ÖVP in etwa so viele Ministerien geben, wie sie die Grünen in der letzten Regierung

hatten. Wenn man bedenkt, dass die Grünen damals 14 Prozent der Stimmen hatten und wir am 29. September 2024 rund 29 Prozent errungen haben, dann sieht man schon, dass wir hier nicht mehr von seriösen Verhandlungen auf Augenhöhe sprechen können.

Ein weiterer Punkt für den Zwischenschritt mit der FPÖ war wohl das drohende Defizitverfahren. Wäre es nicht für die ÖVP geradezu unmöglich gewesen, mit der SPÖ einen veritablen Budgetvorschlag mit Einsparungen zustande zu bringen, um so ein Verfahren überhaupt abwenden zu können?

Fuchs: Was 300 ÖVP-SPÖ-NEOS-Verhandlern in 33 Arbeitsgruppen in drei Monaten nicht gelungen ist, ist dem sechsköpfigen FPÖ-ÖVP-Verhandlungsteam – dem ich angehören durfte – in drei Tagen gelungen, nämlich die Abwendung des EU-Defizitverfahrens. Das EU-Defizitverfahren konnte nur durch das tatkräftige und entschlossene Einschreiten der FPÖ verhindert werden. Mit der größten Schuldenmacherpartei der Zweiten Republik – der SPÖ – wäre dieser budgetäre Kraftakt unmöglich gewesen.

Von Herbert Kickl und der FPÖ wurde von allem Anfang an kritisiert, dass der Bundespräsident zuerst Nehammer mit der Regierungsbildung beauftragte. Das ist ein in Österreich unübliches, wenn auch demokratisch legitimes Vorgehen. Inwieweit hätte man der österreichischen Bevölkerung damit aber Zeit und dem Steuerzahler Geld ersparen können?

Fuchs: Wie heißt es – leider – so schön: Zeit ist Geld. Hätte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl den Regierungsbildungsauftrag entsprechend den bisherigen Usancen bereits unmittelbar nach der Nationalratswahl am 29. September 2024 erhalten, dann hätten wir bereits viel früher klare Verhältnisse in der Republik gehabt und das Interregnum der Handlungsunfähigkeit hätte nicht fünf Monate gedauert. Hier wurde viel wertvolle Zeit verspielt, welche uns jetzt für die Budgetsanierung fehlt – sehr zum Leidwesen der Steuerzahler und der zukünftigen Generationen.

Wie groß war der Druck innerhalb Österreichs, aber auch von außen, von der EU z. B., eine Regierung mit einem Kanzler von der FPÖ zu verhindern?

Fuchs: Dieser Druck – insbesondere von der Europäischen Union (EU) bzw. der Europäischen Volkspartei (EVP) – war sehr groß. Wegen der Regierungsverhandlungen mit der FPÖ musste die ÖVP scharfe Kritik von der EVP einstecken. Jetzt muss man wissen, dass die EVP-Fraktion – der auch die ÖVP angehört – derzeit die größte Fraktion im Europäischen Parlament ist und 15 der 27 Mitglieder der Europäischen Kommission (einschließlich der Kommissionspräsidentin) stellt. Die EVP hat sogar angekündigt, mit unserem Bundespräsidenten wegen der Regierungsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP sprechen zu wollen. Auch aus anderen EU-Ländern kamen immer wieder mediale Querschüsse. Und das, obwohl die EU immer wieder davor warnt, dass Russland angeblich Versuche unternimmt, um Wahlen in anderen Ländern zu sabotieren oder Einfluss auf die Politik anderer Länder zu nehmen. Wenn es der EU ins Konzept passt, dann ist eine politische Einflussnahme zulässig – sonst wird davor gewarnt. Eigentlich verrückt.

Lässt sich überhaupt abschätzen, was die längsten Verhandlungen zu der Bildung einer Regierung in Österreich dem Staat kosten?

Fuchs: Leider haben ÖVP, SPÖ und NEOS in den vergangenen fünf Monaten viel Zeit mit Regierungsverhandlungen verplempert – wertvolle Zeit, die uns jetzt für die Sanierung des Budgets fehlt. Je früher budgetäre Maßnahmen legislativ in Kraft treten können, desto größer ist der budgetäre Spar- bzw. Sanierungseffekt. Da die Ausgaben in der Regel schuldenfinanziert sind, hat das natürlich auch Auswirkungen auf den Schuldenstand und den Zinsaufwand der Republik. Durch das fünfmonatige ÖVP-SPÖ-NEOS-Interregnum der Handlungsunfähigkeit ist der Republik Österreich ein massiver finanzieller Schaden erwachsen.

Bemerkenswert und ziemlich einzigartig ist wohl auch, dass die NEOS nach drei Monaten die Verhandlungen abbrachen und nun, zur neuen Koalition gehörend, mit zwei wichtigen Ministerposten belohnt wurden?

Fuchs: Nachdem NEOS drei Monate lang mit ÖVP und SPÖ Regierungsverhandlungen führte, hat man am 3. Jänner 2025 medien-

wirksam das Ende der Koalitionsgespräche verkündet. Die NEOS-Parteichefin begründete dies mit mangelndem Reformwillen bei den Verhandlungspartnern ÖVP und SPÖ; im Übrigen seien „keine relevanten Fortschritte, sondern viel mehr Rückschritte“ in den Gesprächen erzielt worden. Nachdem FPÖ-Bundesparteiohmann Herbert Kickl mangels Kompromissbereitschaft der ÖVP am 12. Februar 2025 den Auftrag zur Regierungsbildung zurücklegte, hat NEOS plötzlich die „Reformfreudigkeit“ von ÖVP und SPÖ entdeckt und ist dafür mit zwei wichtigen Ministerposten und einem Staatssekretariat belohnt worden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Ein an sich nebensächlicher, aber ob seiner Skurrilität bemerkenswerter Aspekt der Regierungsbildung ist die Tatsache, dass für diese Regierung die entsprechende Bank im Parlament zu klein ist. Was denken sich die Parteien eigentlich, wenn sie mit ihren Personalwünschen in Teuerungszeiten die Regierung in neue Größen aufblasen?

Fuchs: Es ist zum Fremdschämen! Diese teuerste Bundesregierung aller Zeiten wurde nur aus Angst vor den Wählern geboren! So groß war seit rund vierzig Jahren keine Regierung mehr – und das in Zeiten von Rekordteuerung, von 430.000 Arbeitslosen, in denen wir 18 Firmenpleiten pro Tag erleben müssen, in denen wir das dritte Jahr Rezession vor uns haben, in denen sich die Bürger zu Recht denken, dass wir eigentlich jeden Cent zusammenkratzen müssten, um das Land aus der Budgetmisere zu bringen, in die uns die ÖVP-SPÖ-NEOS-GRÜNE-Einheitspartei hineinmanövriert hat. Besonders dreist finde ich die Rechtfertigung für die XXXL-Regierung von SPÖ-Ministerin Holzleitner: Weil es so viele Probleme im Land gibt, braucht man eben so viele Minister und Staatssekretäre, um diese Probleme zu lösen. Da kann man eigentlich nur mehr den Kopf schütteln! Im Übrigen ist es verfassungsrechtlich bedenklich und eine organisatorische Schnapsidee, ein Staatssekretariat für Deregulierung im Außenministerium anzusiedeln; eine solche Organisationseinheit macht nur im Wirtschaftsministerium Sinn. Zusammengefasst handelt es sich bei dieser Verliererkoalition um die

teuerste Bundesregierung aller Zeiten, nach den längsten Verhandlungen aller Zeiten mit dem schlechtesten Programm aller Zeiten.

Ebenfalls könnte die Schweiz doch auch in der Frage des Staatsoberhauptes ein Vorbild sein. Nach den Fehlern von Van der Bellen muss man wohl auch in Österreich eine Neuorientierung suchen. Die Verfassung der Zwanzigerjahre hat noch sehr darauf abgestimmt, dass die Österreicher in der Monarchie einen Kaiser hatten und wollte nun etwas ähnliches schaffen. Brauchen wir in heutiger Zeit noch einen eigenen BP oder wäre nicht eine Lösung mit den Nationalratspräsidenten als Vertreter des Staates möglich?

Fuchs: Seit der Verfassungsreform von 1929 ernennt der Bundespräsident die Bundesregierung. Diese muss sich auf eine Mehrheit im Nationalrat stützen, um ihre Vorhaben umsetzen zu können und nicht per Misstrauensvotum gestürzt zu werden. Vor diesem Hintergrund war es bis zur letzten Nationalratswahl üblich, dass der Bundespräsident den Vorsitzenden der stimmenstärksten Partei mit der Regierungsbildung beauftragt. Um dem republikanischen Geist der Verfassung Rechnung zu tragen und die Rolle des Nationalrates zu stärken, hat die FPÖ bereits 2019 vorgeschlagen, dass der Bundeskanzler und auch die übrigen Mitglieder der Bundesregierung zukünftig vom Nationalrat auf Grund eines Vorschlages des Hauptausschusses gewählt werden.

Nach dem Scheitern der ersten Koalitionsverhandlungen muss man sich wohl fragen, inwieweit diese Dreierkoalition Bestand für die gesamte Regierungsperiode von fünf Jahren haben kann. Wie ist dazu Ihre Meinung?

Fuchs: Der Kitt, der diese Ampelkoalition der Verlierer zusammenhält, ist die Angst vor dem Wähler und das Ziel, einen Volkskanzler Herbert Kickl zu verhindern; dieser Kitt hat bereits unter der schwarz-grünen Vorgängerregierung fünf lange Jahre gehalten. Solange die Umfragewerte für ÖVP, SPÖ und NEOS so desaströs sind und solange die Parteikassen leer sind, wird es bedauerlicherweise auch keine Neuwahlen geben. Sobald aber die ÖVP glaubt, wieder

Oberwasser gewonnen zu haben, wird sie diese Verliererkoalition – so wie schon oft in der Vergangenheit praktiziert – in die Luft sprengen.

Das Gespräch führte Walter Tributsch.

ÖVP war mehr an Machterhalt interessiert

INTERVIEW MIT GERHARD KANIAK

FPÖ-Gesundheitssprecher NAbg. Mag. Gerhard Kaniak war Verhandler der Untergruppe Pensionen, Gesundheit, Pflege, Soziales, Konsumentenschutz.



Bild: Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Das österreichische Gesundheitssystem steckt in einer schweren Krise: Es mangelt an Ärzten und Pflegepersonal, die ÖGK rechnet für 2025 mit knapp einer Milliarde Euro Defizit, die Wartezeiten für Operationen werden immer länger etc. Der Reformbedarf ist also gewaltig und dringend: Hat sich das in den Verhandlungen mit der ÖVP niedergeschlagen, gab es seitens der Volkspartei den Willen, sich auf Reformen zu einigen?

Gerhard Kaniak: Es gab auf Seiten der ÖVP in den Verhandlungen mit der FPÖ weder die Bereitschaft, im Bereich der Gesundheitsversorgung strukturelle Reformen anzugehen, noch im Bereich der Sozialversicherungen. Selbst ganz konkrete Vorschläge, wie z.B. der Abbau der langen OP-Wartelisten durch die Nutzung der Kapazitäten der Privatkliniken (zu denselben Honorarsätzen wie in öffentlichen Spitälern) wurde kategorisch abgelehnt, obwohl dies während der Corona-Zeit sehr gut funktioniert hat. Im Bereich der Sozialversicherungen wurde z.B. die Eingliederung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) in die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) abgelehnt, obwohl hier über 100 Millionen Euro jährliches Einsparpotential vorhanden wäre und dieser Punkt in den ersten Verhandlungen von ÖVP, SPÖ und NEOS bereits vereinbart war.

Was waren Punkte und Reformen, die die Volkspartei unbedingt umsetzen wollte, wo aber die FPÖ nicht mitkonnte? Oder ging es mehr dar-

um, die Reformideen der FPÖ zu verhindern, also den Status quo beizubehalten?

Kaniak: Die ÖVP wollte primär ihre Position in der Sozialversicherung stärken und deren Durchgriffsrechte gegenüber den Vertragspartnern (Ärzte, Apotheken, Therapeuten etc.) ausbauen. Zudem ging es der ÖVP um eine finanzielle Entlastung der Länder zu Lasten der anderen Zahler im System. Dabei wollte sie jedoch die bisherigen, intransparenten und verschachtelten Finanzierungsstrukturen beibehalten und keine Strukturreform. Somit wären alle Ineffizienzen erhalten geblieben und gleichzeitig auf Ebene des Bundes bzw. der Beitragszahler höhere Kosten übergeblieben. Gleichzeitig wäre die Zentralisierung der Gesundheitsleistungen vorangetrieben und die freien Ärzte immer weiter eingeschränkt worden.

Eine zentrale Forderung der Freiheitlichen ist die Aufarbeitung der Corona-Politik. Im FPÖ-Wahlprogramm hieß es unter dem Punkt „Volle Aufarbeitung der Coronapolitik“: „Entschädigung für alle Corona-Schäden und vollständige Amnestie und Rückzahlung von Corona-Strafen.“ Wie hat die ÖVP auf ihre Forderungen reagiert?

Kaniak: Wir haben unsere Forderung nach einer ehrlichen Aufarbeitung der Corona-Zeit von Anfang an in die Verhandlungen mit der ÖVP eingebracht. Die Debatte darüber wurde aber von der ÖVP von Anfang an verweigert. Dieses Thema sollte ihrer Meinung nach „auf Chef-Ebene“ besprochen werden.

Hatten Sie den Eindruck, dass es beim Thema Corona seitens der ÖVP die Einsicht gibt, dass sie gemeinsam mit den Grünen folgenschwere Fehler begangen hat und dass es mit halbherzigen Entschuldigungen deshalb nicht getan ist?

Kaniak: Nein, diese Einsicht war bei den ÖVP-Verhandlern schlicht nicht vorhanden. Auch eine Abgrenzung zu den grünen Gesundheitsministern und deren Handlungen hat nicht stattgefunden.

Was die ÖVP unter Bundeskanzler Karl Nehammer den Österreichern als Corona-Aufarbeitung verkauft hat, war eine Farce. Gab es irgendeine

Bereitschaft seitens der ÖVP, die Corona-Maßnahmen – von Lockdowns, Massentests, Masken- und Impfzwang etc. – umfassend wissenschaftlich zu evaluieren, um auch für mögliche künftige Pandemien zu lernen?

Kaniak: Der einzig ÖVP-Verhandler, der auch nur ansatzweise eine Bereitschaft für eine echte wissenschaftliche Aufarbeitung ausgesprochen hat, war der ehemalige ÖVP-Gesundheitssprecher Dr. Josef Smolle. Allerdings wurde er von den restlichen ÖVP-Verhandlern umgehend in die Schranken gewiesen und das Thema unerledigt beendet.

Die FPÖ steht der Weltgesundheitsorganisation und ihrem Pandemieplan kritisch bis ablehnend gegenüber. Vor allem, weil die WHO als suprastaatliche Organisation die nationalstaatliche Souveränität untergräbt. Waren die WHO und der Pandemievertrag Gegenstand der Verhandlungen?

Kaniak: Ja, auch diese Punkte haben wir natürlich aufgenommen und gefordert. Trotz einer relativ „harmlosen“ Formulierung, welche sich auf die Ablehnung der aktuell geplanten, neuen internationalen Gesundheitsvorschriften sowie des neuen Pandemieplans beschränkt und die (gesundheitspolitische) Souveränität Österreichs als Ziel gehabt hat, wurde auch diese Forderung von der ÖVP ohne weitere Begründung abgelehnt.

Im Regierungsprogramm von ÖVP, SPÖ und NEOS werden Corona und die WHO mit keinem Wort erwähnt. Sind die inhaltlichen Überschneidungen im Gesundheitsbereich zwischen ÖVP und SPÖ größer als mit der FPÖ?

Kaniak: So sieht es aus. Auch in diesem Bereich orientiert sich die ÖVP lieber an internationalen Organisationen, als die Interessen der eigenen Bevölkerung zu vertreten und die nationale Souveränität zu schützen. Auch beim Aufrechterhalten der bisherigen Strukturen und „Einfluss-sphären“ im Gesundheitswesen sind sich ÖVP und SPÖ sehr nahe, Reformen sind in diesem Bereich für beide unerwünscht.

Punkte, auf die man sich bei den Verhandlungen mit den Untergruppen nicht einigen konnten, wurden zur Chefsache erklärt, gab es im Gesundheitsbereich davon viele?

Kaniak: Leider ja, praktisch alle unsere zentralen Reform- und Aufarbeitungsforderungen konnten nicht in der Untergruppe aufgearbeitet werden, sondern wurden von der ÖVP „nach oben“ geschoben.

Sie haben ja bereits im Jahr 2017 mit der ÖVP Verhandlungen im Gesundheitsbereich geführt, wie haben sich die damaligen von den vergangenen unterschieden?

Kaniak: Die Verhandlungen sind sehr verschieden gewesen. 2017 war von Anfang an der Wille bemerkbar, dass man mit der FPÖ zu einem Ergebnis kommen möchte. Damals hat es unter Sebastian Kurz offenbar eine klare Anweisung an die ÖVP-Verhandlungsteams gegeben, sich zu einigen. Das hat 2025 vollkommen gefehlt. Ganz im Gegenteil hatte ich ab der zweiten Verhandlungsrunde bereits das Gefühl, dass nur noch ein Grund für das Scheitern der Verhandlungen gesucht wird.

Hatten Sie den Eindruck, dass es der ÖVP darum ging, Kompromisse mit der FPÖ zum Wohle des Landes und der Bürger zu finden oder war das Scheitern seitens der Volkspartei bereits vorprogrammiert?

Kaniak: Die Kompromissbereitschaft bei der ÖVP war kaum vorhanden. Auch war offensichtlich, dass es hier der ÖVP mehr um Machterhalt als um das Land oder seine Bürger ging. Eine Einigung im Kapitel „Gesundheit“ wäre zwar aus meiner Sicht inhaltlich (mit vielen Abstrichen) möglich gewesen, offensichtlich hatte die ÖVP aber etwas anderes vor.

Sollte die neue Regierung scheitern und es zu vorgezogenen Neuwahlen kommen, wäre es überhaupt sinnvoll, mit dieser ÖVP noch Koalitionsverhandlungen zu führen?

Kaniak: Offensichtlich waren wir noch nicht stark genug und der Druck zur Erneuerung bei der ÖVP nicht groß genug. Wenn die FPÖ jedoch bei den nächsten Nationalratswahlen ein noch stärkeres Ergebnis und vielleicht sogar mehr als ein Drittel der Mandate erreicht, werden sich hoffentlich sowohl bei der ÖVP als auch bei der SPÖ die notwendigen Veränderungen geben. Aus meiner Sicht

bräuchte es bei beiden Parteien eine neue Führungsmannschaft mit einer neuen Ausrichtung, damit sie für uns als Koalitionspartner in Frage kommen. Nur wer ehrlich bereit ist, die notwendigen strukturellen Reformen in diesem Land mit uns umzusetzen, kann von uns als potenzieller Koalitionspartner betrachtet werden!

Das Gespräch führte Werner Reichel

Acht Punkte machen eine Regierung mit der ÖVP unmöglich!

INTERVIEW MIT AXEL KASSEGGER

NAbg. Dr. Axel Kassegger war in der Verhandlungsgruppe für Wirtschaft, Tourismus und Arbeit



Bild: Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Herr Dr. Kassegger, die Koalitionsbildung in Österreich ist auf sehr eigentümliche Weise zustande gekommen. Zuerst scheiterte die Bildung einer Dreierkoalition, dann gab es die 180-Grad-Wendung Stockers zur FPÖ, und nun haben wir wieder die ursprüngliche Koalition aus ÖVP, SPÖ und den NEOS. Ist da alles mit rechten Dingen zugegangen?

Axel Kassegger: Ich war ja bei den Verhandlungen der FPÖ mit der ÖVP als Leiter einer der dreizehn Untergruppen selbst beteiligt. Das für die Bereiche Wirtschaft, Tourismus und Arbeit, also eine relative große Gruppe. Eines, und das ist erhellend, ich war auch bereits 2017 bei den Regierungsverhandlungen beteiligt.

Also jenen der FPÖ mit der ÖVP unter Sebastian Kurz.

Kassegger: Ja, mit Kurz und Köstinger. Damals, das kann ich heute sagen, war mein subjektives Gefühl ein ganz anderes. Ich hatte damals den Eindruck, dass eine Regierung seitens der ÖVP gewollt war, und dass die Runde um Sebastian Kurz keinerlei Berührungängste hatte, über die verkrusteten, starren Einrichtungen, wie zum Beispiel die Kammermitgliedschaften, mit uns zu reden. Und das Gefühl hat auch nicht getrübt. Es ist dann ja auch tatsächlich zu der Regierungsbildung gekommen.

Wie sah es damals, 2017, mit den freiheitlichen Forderungen in der Koalition aus?

Kassegger: Das Regierungsprogramm war gut, es gab eine Reihe von freiheitlichen Inhalten, von denen allerdings vieles erst effektiv geworden wäre ab 2020. Zuerst wollten wir Prioritäten der ÖVP abhandeln. Aber wir wissen ja, was dann gekommen ist.

Und wo also war da der Unterschied zu den diesjährigen Gesprächen?

Kassegger: Bei den jetzigen Verhandlungen hatte ich schon sehr bald das Gefühl, dass die ÖVP eigentlich gar nicht so richtig wollte.

In der Öffentlichkeit fasst der Eindruck Fuß, dass es möglicherweise reine Scheinverhandlungen waren, die Stocker da geführt hat. Warum sollte ein Rechtsanwalt auch als Juniorpartner in eine Regierung gehen, wenn er in einer anderen Koalition als Erster das Sagen hätte?

Kassegger: Das klingt plausibel und ist es wohl auch. Ich glaube, dass Rot und Schwarz am 3. Jänner von Frau Meinel-Reisinger überrascht worden sind. So etwas macht man in den Weihnachtsfeiertagen nicht. Da sind viele noch auf Urlaub und kommen völlig überraschend in so eine prekäre Situation.

Was waren da die Überlegungen der ÖVP als Partei, die den Regierungsbildungsauftrag bekommen hatte?

Kassegger: Sie musste vorerst zwei Dinge bewältigen. Zum einen ging es darum, Zeit zu gewinnen, und zum anderen musste das drohende Damokles-Schwert eines Defizitverfahrens der EU abgewendet werden. Wer hilft uns dabei, wer, so mussten sie sich fragen, war da der nützliche Idiot? Und dafür nahm man nun die Freiheitlichen in die Ziehung. Das Schuldenregulierungsverfahren konnte auch sehr, sehr rasch, innerhalb von drei Tagen, abgewendet werden. Aber ab dem Tag 4 war es dann ganz schwer, Stocker oder andere Verhandlungsteilnehmer der ÖVP überhaupt zu erreichen. Und wenn man dann die betreffende Person erreicht hatte, konnte kein neuer Verhandlungstermin vereinbart werden. „Wir brauchen dazu einen Vorstandsbeschluss“ war die Ausrede, oder „Wir müssen darüber nachdenken“. Da merkte man, dass versucht wurde, Zeit zu schinden.

Wie war es mit den freiheitlichen Forderungen?

Kassegger: Wenn es um wesentliche Dinge ging, haben wir sehr schnell gemerkt, dass wir auf Beton bei der ÖVP stießen. Da herrschte plötzlich völliger Dissens. Unsere Verhandlungsvorschläge wurden teilweise als mögliche Provokation abgewiesen. Da haben wir gemerkt, dass uns die ÖVP entweder nicht mehr wollte oder dass wir mit unseren Positionen, die ja aus dem Wahlkampf bekannt waren, so weit von der ÖVP abwichen, dass es einfach nicht mehr gegangen wäre. Das ist es auch, was unser Bundesparteiohmann in der Pressekonferenz nach der Zurücklegung des Regierungsbildungsauftrages so dargestellt hat.

Die ÖVP hat anderes verlauten lassen!

Kassegger: Das Narrativ der ÖVP. Dass es so breite Deckungsgleichheiten mit dem FPÖ-Programm gäbe, dass es so viele inhaltliche Gemeinsamkeiten habe und es mit der FPÖ eigentlich viel leichter sein müsste als mit der SPÖ, dieses Narrativ ist schlichtweg falsch.

Wie kommt es dann zu den jetzigen Äußerungen der ÖVP?

Kassegger: In den Erklärungen, warum die Regierung mit den Blauen trotz der hohen Deckungsgleichheit nicht zustande gekommen ist, werden so Absurditäten verlautet, dass Kickl machtbesessen sei, weil er nicht kompromissbereit gewesen wäre. Das stimmt so alles nicht. Schuld am Nichtzustandekommen der Koalition waren inhaltliche Differenzen, die ganz massiv waren.

Was waren die Punkte, die in diesem Zusammenhang so wichtig waren?

Kassegger: Es gibt nicht nur einen, zwei oder drei wesentliche Punkte, in denen die Freiheitlichen, die sich dem Volk verpflichtet fühlen, mit der ÖVP meilenweit auseinander sind, sondern aus meiner Sicht gibt es mindestens acht solche Bereiche.

Die da wären?

Kassegger: Da ist einmal erstens die Frage, ob wir einen Unterschied machen wollen zwischen Österreichern, EU-Bürgern und Drittstaatsbürgern. In der Behandlung, in der Zuweisung von

Steuergeldern, im Zugang zu unseren Einrichtungen usw. Für die FPÖ gibt es da ein klares „Ja“, für die ÖVP ein „Nein“. Ich hatte eine entsprechende Unterscheidung in das Verhandlungsdokument hineinreklamiert. Von den ÖVP-Verhandlern wurde das fast als unangenehm empfunden.

Zweitens sollte geklärt werden, ob wir die selbst souveräne Republik Österreich, die mit entsprechenden Kompetenzen und Entscheidungsmöglichkeiten ihrer verfassungsrechtlichen Neutralität ausgestattet ist, haben wollen oder eine zentralistische Europäische Union, die möglichst viele Kompetenzen an sich saugt. Für die FPÖ gilt ersteres, für die ÖVP das Zweite.

Wollen wir drittens den Irrtum der Sanktionspolitik gegen Russland weiterverfolgen? Ja oder Nein? Die FPÖ will das nicht, die ÖVP das Erste. Nein deswegen, weil die Sanktionspolitik den Wirtschaftsstandort Österreich und damit seine Bürger und Steuerzahler ganz massiv schädigt. Die FPÖ ist weder Freund Putins noch Vertreter Russlands, sondern besteht aus von der österreichischen Bevölkerung gewählten Vertretern des Volkes, dessen Interessen wahrzunehmen sind. Das Bedauerliche ist, dass die Volkspartei das EU-Vorgehen unterstützt und am liebsten noch weitere Sanktionen nachlegen wollte.

Wollen wir viertens diese Klimapolitik, diesen „Green Deal“, der letztlich im vermeintlichen Bestreben, die Welt vor dem Untergang zu retten, nur dazu führt, dass die europäische Industrie und Wirtschaft im globalen Wettbewerb zerstört wird, was zu Massenarbeitslosigkeit und Wohlstandsverlust führt? Soll das so weiter betrieben werden, so wie das Ursula von der Leyen verlangt, die ja keine Grüne ist, sondern Mitglied der Europäischen Volkspartei? Die FPÖ ist hier vehement dagegen, die ÖVP sagt „Ja“ mit vier Rufzeichen.

Wollen wir fünftens in einen Aufrüstungsprozess gehen, der hunderte Milliarden Euro kostet? Das heißt, es werden hunderte Milliarden neue Schulden aufgenommen. Schulden, von denen der ÖVP-Parteifreund Merz von der CDU sagt, das wären keine Schul-

den, sondern „Sondervermögen“. Das ist doch völlig absurd. Erst jetzt hat sich Merz 1000 Milliarden neue Schulden für Deutschland genehmigen lassen und nennt das dann „Sondervermögen“. Dazu kommt auch noch, dass in der Frage der Aufrüstung vornehmlich amerikanische Rüstungsunternehmen und deren „shareholder“ Nutznießer sind. Natürlich gibt es die auch in Frankreich, in Deutschland, in Korea, nur in Österreich sitzt davon kein einziger. Uns bleiben da bei der ausländischen Wertschöpfung nur die Schulden. Völlig klar, dass die FPÖ hier dagegen ist, die ÖVP dagegen im vollsten Tone dafür.

Sechster Punkt: Wollen wir unser Land im 20. Jhdt. verharren lassen oder wollen wir unsere Republik fit machen fürs 21. Jhdt.? Darunter ist zu verstehen, dass wir im 20. Jhdt. eine Sozialpartnerschaft von damals zwei vorherrschenden zwei Großparteien hatten. Heute wäre es Etikettenschwindel, die beiden noch als Großparteien zu bezeichnen. Diese Sozialpartnerschaft führte zu geschützten Bereichen wie z. B. den Kammern. Die Wirtschaftskammer hat ein Jahresbudget von 1,3 Milliarden Euro, ein unvorstellbarer Betrag. Wollen wir die reine Selbstverwaltung dieser Parallelkönigreiche, die von Zwangsgeldern von den vorgeschriebenen Mitgliedsbeiträgen leben, reformieren? In diese Kategorie fällt auch der ORF mit seinen Zwangsgebühren. Die ÖVP will nichts daran reformieren, die Pfründe aus dem 20. Jhdt. müssen ihrer Meinung nach erhalten bleiben. Die FPÖ fordert dagegen, und zwar ganz vehement, eine Reform dieser überholten Systeme.

Im siebenten Punkt geht es um ein grundsätzliches Verständnis von Wirtschaftspolitik. Die freiheitliche Partei sieht die Rolle des Staates darin, dass dem Bürger möglichst viele und umfangreiche Freiräume eingeräumt werden. Wir gehen von einem Menschenbild aus, das dem selbstbewussten Einzelnen zugesteht, sein Leben und das seiner Lieben möglichst gut und ökonomisch zu organisieren und zu gestalten. Der Staat hat sich auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren, dem Herstellen und Erhalten der inneren und

äußeren Sicherheit, eines ordentlichen Bildungssystems für unsere Kinder und letzten Endes von Sozialversicherungs- und Gesundheitssystemen, die eines Industriestaates von heute würdig sind. Die ÖVP rutscht dagegen mit ihren Freunden von der CDU und der EVP ab in planwirtschaftliche Monströsitäten. Eine solche ist z.B. der „Green Deal“. Die ÖVP meint, sie wolle Bürokratie abbauen oder „Gold Plating“ vermeiden und ähnliches. Da muss man schon fragen, wer denn 90 Prozent der sogenannten „governmental, social, oder environmental Richtlinien“ erfindet? Damit werden die Unternehmen mit Berichtspflichten zugemüllt und sind dann nicht mehr oder weit weniger konkurrenzfähig. Diese vermeintliche Wirtschaftspartei ÖVP verfolgt ja schon lange nicht mehr die ökosoziale Marktwirtschaft, sondern ist längst abgerutscht in eine Partei, die planwirtschaftliche Komponenten für richtig hält. Das ist ein riesiger Unterschied zur FPÖ.

Achter und vielleicht wichtigster Punkt ist die Migrationspolitik. Ich hatte bei den Gesprächen zu keiner Sekunde das Gefühl, die ÖVP und ihr europäisches Pendant, die EVP, wollten diesbezüglich etwas ändern. Was sie abwerfen, das sind nicht viel mehr als Nebelgranaten. Der neue EU-Migrationspakt ist nicht dazu da, das Problem zu lösen, sondern es zu managen. Es geht lediglich um eine Verteilung aufgrund einer befohlenen Solidarität. Es ist nichts passiert, um die „Pull-Faktoren“ zu verringern oder gar aufzulösen. In diesem Punkt sind wir meilenweit auseinander.

Sind das die wichtigsten Unterschiede?

Kassegger: Das sind acht große Bereiche, die uns von der ÖVP unterscheiden. Dazu kommen aber noch eine ganze Reihe von Teilbereichen, wie die Frage der EU-Erweiterungen oder des Einstimmigkeitsprinzips in der EU. Das ist eine Sparbüchse ohne Ende, die Milliarden kostet. Auf der einen Seite sollen die europäischen Werte verteidigt werden, auf der anderen aber sollen eindeutig muslimische Länder mit ganz anderen Wertvorstellungen, wie Bosnien-Herzegowina, Albanien oder der Kosovo, in die EU aufgenommen

werden – mit allen Rechten, die damit verbunden sind. Da sind wir von der FPÖ klar dagegen.

Da gibt es auch noch das Problem von „Sky Shield“ und der NATO Mitgliedschaft.

Kassegger: Das habe ich sogar in der Aufzählung vergessen, man könnte es aber auch subsummieren unter dem Punkt vom souveränen, neutralen Österreich. Das ginge sich mit „Sky Shield“ niemals aus. Es sind also acht oder neun massive Unterschiede zwischen uns Freiheitlichen und der ÖVP.

Das waren die Gründe für den letzten Endes erfolgten Bruch und den Verzicht auf das Bundeskanzleramt für den „machtgierigen“ Kickl?

Kassegger: Wir können doch nicht mit einer Volkspartei in eine Regierung gehen, die so grundsätzlich anderer Meinung ist. Schon gar nicht mit einem Bundeskanzler, der dann ununterbrochen die ÖVP-Abweichungen korrigieren muss.

Ein anderer kritischer Punkt ist der hohe Grad an Abwanderung von Betrieben ins Ausland, weil dort bessere Rahmenbedingungen herrschen. Ist unter einem roten Finanzminister und mit Andreas Babler als Vizekanzler hier eine Besserung zu erwarten?

Kassegger: Das Gegenteil ist zu befürchten. Deren politische Ausrichtung besteht ja nicht darin, die Wirtschaft zu entlasten, sondern sie zu melken und ein rot-affines Steuersystem zu errichten. Wir haben das ja bereits in den ersten Sitzungen der neuen Regierung gesehen mit dem Wegfall der Energieentlastung. Nein, es soll zu weiteren Belastungen der Wirtschaft kommen und nicht zu dem, was wir brauchen, nämlich zu massiven Entlastungen. Selbst die versprochene Entlastung der Lohnnebenkosten ist mit der Klausel versehen, „wenn das budgetär möglich ist“. Und das bei einem Budget, bei dem es hinten und vorne nicht zusammengeht.

Die Rolle des Bundespräsidenten ist immer wieder in der Kritik gestanden, was halten Sie davon?

Kassegger: Van der Bellen hat letzten Endes das verhindert, was er nicht wollte, und das bekommen, was er wollte. Und, das

man muss auch zugestehen, mit Geschick und unter Ausnützung der Eleganz der Verfassung. Wenn wir fordern, dass man das Land fit machen soll für das 21. Jhd. muss man wohl auch über Verfassungsbestimmungen nachdenken, die hundert Jahre alt sind.

Wollte man die FPÖ kritisieren, so müsste man die Frage stellen, warum sie in der Teuerungskrise nicht zu einer radikalen Einsparung auf der Ministerbank gedrängt hat. Nach dem Vorbild der Schweiz etwa, die mit sieben Ministern auskommt. So aber ist die Regierungsbank zu klein geworden im österreichischen Parlament.

Kassegger: Das ist durchaus ein Punkt, über den man nachdenken muss. Die FPÖ tut das, aber dafür braucht man einen Partner, mit dem man so etwas beschließen kann. Im Übrigen hätte die blau – türkise Regierung aus 13 Ministern und zwei Staatssekretären bestanden. In der Dreierkoalition haben wir jetzt insgesamt 21, also acht mehr. Und die haben, was richtiggehend lächerlich wirkt, zusammen auf der Regierungsbank kaum Platz. Es geht dabei nicht um riesengroße Beträge, sondern um ein Signal, in welche Richtung eine Regierung denkt. Höhere Effizienz ist eine Angelegenheit, die für viele Bereiche Gültigkeit hat. Damit stellt man sich aber gegen die Personalpolitik der Sozialdemokraten, die sofort Einsparungen an der falschen Stelle orten. Es ist immer eine Frage von Input und Output. In Österreich sind wir beim Input Spitze und grundeln beim Output im Mittelfeld herum.

Das Gespräch führte Walter Tributsch.

Das Wort „Corona“ durfte nicht vorkommen!

INTERVIEW MIT DAGMAR BELAKOWITSCH

NAbg. Dr. Dagmar Belakowitsch (FPÖ) verhandelte zu den Themen Gesundheit, Soziales und Arbeit



Bild: Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Frau Dr. Belakowitsch, Sie waren als Verhandlerin für den Bereich Gesundheit und Soziales in den Gesprächen mit der ÖVP beteiligt. Welche inhaltlichen Differenzen zwischen den beiden Parteien waren in diesem Bereich besonders ausschlaggebend für das Scheitern der Verhandlungen?

Dagmar Belakowitsch: Gerade im Bereich Soziales liegen sehr große Unterschiede. Soziales umfasst den Bereich Pensionen, Sozialversicherung, Sozialhilfe, Pflege und Menschen mit Behinderung.

Beim Punkt Pensionen wollte die ÖVP das gesetzliche Pensionsantrittsalter erhöhen und hat dies in einer Wenn/Dann-Bestimmung unbedingt durchsetzen wollen. Als FPÖ sind wir bereit, alle Reformen mitzutragen, die dazu beitragen, das tatsächliche Pensionsantrittsalter anzuheben, das gesetzliche wollen wir nicht angreifen! Die – in den Medien kolportierte Erhöhung der Krankenkassenbeiträge für Pensionisten – fällt in den Bereich der Sozialversicherung! Ich möchte aber noch einmal mehr betonen, dies wurde nicht als Budgetmassnahme nach Brüssel gemeldet! Es wurde der Punkt ‚Anpassung des Krankenversicherungsbeitrags‘ angekündigt. Als FPÖ wollten wir stärker bei jenen Personen einsparen, die in unser System noch nie etwas einbezahlt haben!

Dazu haben wir einen eigenen Strang in der Krankenkasse gefordert, dieser sollte neben Asylwerbern und Asylberechtigten auch

Drittstaatsangehörige, welcher weniger als 10 Jahre lang in unser System einbezahlt haben, einbeziehen. Leider beendete die ÖVP in Person ihres Klubobmanns August Wöginger diese Verhandlung nach 35 Minuten! Eine Diskussion war nicht möglich!

Bei der Sozialhilfe wollten wir eine Differenzierung, angepasst an die „Lebensumstände“. Das hätte bedeutet, dass Asylanten Teile der Sozialhilfe für verpflichtende Sprachkurse und Integrationskurse bezahlen müssten. Die ÖVP war nur bereit, die Sozialhilfe zu halbieren – aber für alle Personen. Die FPÖ hat sich in der Vergangenheit kritisch gegenüber der Corona-Politik der Regierung positioniert.

Spielten unterschiedliche Auffassungen über den Umgang mit möglichen zukünftigen Gesundheitskrisen eine Rolle bei den gescheiterten Verhandlungen?

Belakowitsch: Diese Frage ist leicht zu beantworten: das Wort „Corona“ durfte im Regierungsprogramm nicht erwähnt werden, „kein Blick zurück“. Unsere Forderung nach einer Ablehnung des WHO-Pandemievertrags beantwortete Wöginger mit den Worten „was soll das sein“? Aber auf eine Ablehnung wollte er sich nicht festlegen.

Die FPÖ fordert seit Langem eine Reform der Sozialversicherungssysteme, insbesondere eine Entlastung für Arbeitnehmer und Kleinunternehmer. Inwiefern war die ÖVP bereit, auf diese Forderungen einzugehen? Gab es konkrete Differenzen bei der Zukunft der Krankenkassen?

Belakowitsch: Im Bereich der Sozialversicherung haben wir Vorschläge gemacht, die 2018 begonnene Sozialversicherungsreform fortzuführen. Darüber hinaus wollten wir die Selbstverwaltung in eine „partizipative“ umwandeln, damit wären auch zwei Vertreter des Bundes im Dachverband vertreten gewesen.

Dieser Vorschlag hat die ÖVP mehr als in Rage gebracht, Klubobmann Wöginger erklärte sehr emotional, er sei froh, die Reform nicht bis zum Ende umgesetzt zu haben, sie wäre ohnehin viel zu weit gegangen!

Familienrechte und Sozialleistungen sind zentrale Themen der Sozialpolitik. Welche konkreten Maßnahmen wollte die FPÖ hier umsetzen, und

gab es Widerstand seitens der ÖVP, beispielsweise bei der Unterstützung von Familien oder Alleinerziehenden?

Belakowitsch: Sozial schwache Familien oder Alleinerziehende hätten nach den Plänen der ÖVP jedenfalls zu den Verlierern gezählt. Die ÖVP wollte die Sozialhilfe halbieren! Das hätte auch für unsere österreichischen Familien gegolten!

Ein weiteres arbeitsmarktpolitisches Thema ist der wachsende Fachkräftemangel. Welche Lösungen hatte die FPÖ in den Verhandlungen vorgeschlagen, und woran scheiterten diese Vorschläge in den Gesprächen mit der ÖVP?

Belakowitsch: Das ist ein wirklich wichtiges Thema. Wir haben ein Bündel von Problemen am Arbeitsmarkt, das den Fachkräftemangel begünstigt.

Da ist einmal die sog. World-life-Balance Generation, die oftmals mit Teilzeitarbeit und zahlreichen Beihilfen, wie Wohnbeihilfe, Heizkostenzuschuss und weiteren, dieselben finanziellen Möglichkeiten hat wie ein Vollzeitarbeitender.

Auf der anderen Seite beschäftigen viele Konzerne Arbeitnehmer nur in Teilzeit. Genau hier wollten wir ansetzen. Denn alle diese Arbeitnehmer zahlen auch entsprechend weniger Krankenkassen- und Pensionsbeiträge, bekommen aber dennoch einen ganzen Blinddarm operiert. Daher war unser Vorschlag, hier Änderungen zu vollziehen.

Im Bereich Pflege war unser Ansatz, Jugendlichen und jungen Erwachsenen verstärkt die Möglichkeit zu geben, in den Beruf zu schnuppern! Wir wollten den Grundsatz „Vorrang für Österreicher“ in der Pflege.

Die ÖVP hat alle diese Vorschläge abgelehnt!

Die Probleme am Arbeitsmarkt wären nach Ansicht der Volkspartei durch weiteren Zuzug aus Drittstaaten zu lösen. So wollen sie über die Rot-Weiß-Rot-Karte in den nächsten Jahren 500.000 (!) Arbeitskräfte aus Drittstaaten nach Österreich holen. Parallel dazu wurden die Einkommensgrenzen dafür, die Karte zu bekommen, neuerlich gesenkt! Es reichen 2.500 Euro brutto.

Bei der Pflege wurde der Vorrang für Österreicher tatsächlich abgelehnt!! Stattdessen verlangte die ÖVP Qualitätskriterien für Anwerbeagenturen!

Die FPÖ hat sich wiederholt kritisch zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes und zu einer „sozialen Hängematte“ geäußert. Gab es in den Verhandlungen mit der ÖVP unterschiedliche Ansichten dazu, wie das Sozialsystem reformiert werden sollte?

Belakowitsch: Die ÖVP will seit vielen Jahren die Notstandshilfe abschaffen und die Betroffenen in die Sozialhilfe eingliedern. Nicht alle Personen liegen in einer sozialen Hängematte, für lange Arbeitslosigkeit gibt es unterschiedliche Gründe. Täglich haben wir in Österreich 11 Insolvenzen, die Arbeitslosigkeit steigt – bei Nichtösterreichern überdurchschnittlich – Monat für Monat an. Betreuungspflichten, Krankheit oder Therapien können ebenso eine Ursache sein, dass Personen nicht vermittelbar sind. Was es braucht, ist eine Differenzierung und individuelle Betreuung von Langzeitbeschäftigungslosen. Es hat auch für die Betroffenen gravierende Auswirkungen. Das AMS-Geld ist eine Versicherungsleistung, das hat auch Vorteile für die Pension. Personen, die Sozialhilfe beziehen und beispielsweise eine Eigentumswohnung besitzen – die sie sich vielleicht abgespart haben – müssen damit rechnen, dass die öffentliche Hand Pfandrechte erwirbt! Das wollen wir nicht!

Ein Thema, das während der Pandemie stark diskutiert wurde, war die Impfpflicht. Hat die FPÖ gefordert, gesetzliche Maßnahmen zu verhindern, die eine erneute Impfpflicht ermöglichen würden? Gab es in diesem Punkt Meinungsverschiedenheiten mit der ÖVP?

Belakowitsch: Über Corona und alles, was damit zusammenhängt – also auch die Impfpflicht –, hat sich die ÖVP geweigert zu sprechen!

Im Bereich der Pflege gibt es großen Reformbedarf, insbesondere in Bezug auf bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Welche Vorschläge hatte die FPÖ in die Verhandlungen eingebracht, und warum kam es hier zu keiner Einigung?

Belakowitsch: Es geht bei der Pflege nicht um bessere Bezahlung, sondern darum, dass viele Pfleger fehlen. Das führt dazu, dass viele Pfleger jede Menge Überstunden übernehmen müssen, oftmals tatsächlich kaum noch Erholungsphasen haben und ausgebrannt sind.

Viele in der Pflege Tätige lieben ihren Beruf, klagen aber über den Mangel an Kollegen. Das war unser Ansatz!

Abschließend: Glauben Sie, dass es noch einmal eine Chance für eine türkis–blaue Zusammenarbeit in der Sozial- und Gesundheitspolitik geben wird, oder hat das Scheitern der Verhandlungen die ideologischen Gräben zwischen ÖVP und FPÖ in diesem Bereich endgültig vertieft?

Belakowitsch: Es gibt immer eine Chance! Diesmal war es deutlich zu spüren, dass die ÖVP nicht ernsthaft verhandelt hat! Sie hat kaum Termine ausgemacht ,und diese waren zeitlich auch knapp berechnet!

Es kann aber immer eine Möglichkeit geben, es können sich auch Wahlergebnisse auf die Kompromissbereitschaft auswirken!

Das Gespräch führte Wolf-Rüdiger Mölzer

Die ÖVP opfert die Neutralität – für den Kanzlersessel.

INTERVIEW MIT REINHARD TEUFEL

Reinhard Teufel (Klubobmann der FPÖ-NÖ) über das Machtkalkül der ÖVP und den externen Druck auf die Regierungsverhandlungen.



Bild: FPÖ-NÖ

Herr Teufel, die Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ sind überraschend gescheitert. Wann haben Sie den Eindruck gewonnen, dass die ÖVP nicht mehr an einer Einigung interessiert war? Gab es bestimmte Momente oder Signale, die darauf hindeuteten?

Reinhard Teufel: Wir hatten uns auf einen Prozess mit klarem Fahrplan geeinigt. Dieser wurde ab der zweiten Woche der Verhandlungen seitens der ÖVP immer wieder korrigiert, bzw. die personelle Zusammensetzung verändert. Zuvor haben wir rasch Einigungen erzielen können. Es gab auch eine Dissens/Konsens-Gruppe, in der Themen wie Sky-Shield, ORF Zwangsgebühr behandelt wurden. Hier sind wir zu Beginn gut weitergekommen. Doch ab der zweiten Woche sind ursprüngliche Vereinbarungen immer wieder von der ÖVP revidiert worden. Hier habe ich das Gefühl bekommen, dass es die ÖVP nicht ernst meint.

Die FPÖ betonte im Wahlkampf, dass sie bereit sei, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Nun scheint es, als hätte die ÖVP die Verhandlungen bewusst zum Scheitern gebracht. Was könnte Ihrer Meinung nach die entscheidenden Motive hinter diesem Schritt gewesen sein?

Teufel: Wir waren als Wahlsieger natürlich bereit, Verantwortung zu übernehmen und das von Schwarz-Grün an die Wand gefahren Land zu reformieren. Ich denke, dass die ÖVP massiven

Druck von der deutschen CDU bekommen hat, keine Koalition mit sogenannten „Rechtspopulisten“ einzugehen, denn das hätte Signalwirkungen auf die Wahl in Deutschland haben können. Zudem haben die Themen Neutralitäts- und Europapolitik sicher auch mitgespielt. Die Hauptmotivation für die ÖVP war aber sicher, dass sie den Posten des Kanzlers nicht verlieren wollte.

Es wird spekuliert, dass innerhalb der ÖVP nicht alle mit einer Koalition mit der FPÖ einverstanden waren. Sehen Sie interne Widerstände in der Volkspartei als einen möglichen Grund für das Ende der Verhandlungen? Wer könnte hier maßgeblich Einfluss genommen haben?

Teufel: Das Brüsseler Bürokratensystem und die EU-Kommission hatten kein Interesse an einer Rechts-Mitte-Regierung in Österreich. Zudem gab es auch noch Gruppen in der ÖVP um Karl Nehammer, die lieber eine „große“ Koalition mit der SPÖ haben wollten. Genauso, wie sie bereits zuvor mit den Grünen am Wählerwillen vorbeiregiert haben, wollen sie das jetzt mit SPÖ und NEOS auch machen.

Kanzler Karl Nehammer betonte wiederholt die Bedeutung einer stabilen Regierung. War die FPÖ bereit, diese Stabilität zu gewährleisten, oder wurden seitens der ÖVP Vorwände gesucht, um die Zusammenarbeit doch noch zu verhindern?

Teufel: Stabilität gibt es nur mit einer FPÖ-geführten Regierung. Jetzt erleben wir, dass die ÖVP für den Kanzlersessel die Neutralität und das Budget opfert. Genauso wie sie es zuvor schon mit den Grünen praktiziert hat, denen sie bei der sogenannten „Klimapolitik“ Narrenfreiheit gelassen haben. Nun droht als Zugeständnis an die SPÖ ein EU-Defizitverfahren, mit dem Österreich seine finanzielle Souveränität verliert, nur damit die ÖVP weiter Kanzler spielen darf. Während es den NEOS nicht um Österreich, sondern um die Aufgabe der Neutralität geht.

Einige politische Beobachter vermuten, dass auch externe Faktoren, wie Druck aus Brüssel oder von wirtschaftlichen Interessensgruppen, eine Rolle gespielt haben könnten. Halten Sie es für möglich, dass europäische oder

internationale Akteure Einfluss auf die Entscheidung der ÖVP genommen haben?

Teufel: Der Einfluss aus Brüssel und Deutschland ist unbestritten. Hier haben wohl CDU und CSU massiv Druck ausgeübt. Und die EU mit Ursula von der Leyen.

Während der Verhandlungen wurde über die Ressortverteilung gestritten, insbesondere über das Innen- und Finanzministerium. War die FPÖ bereit, hier Kompromisse einzugehen, oder gab es unüberbrückbare Differenzen, die letztlich zum Abbruch führten?

Teufel: Die FPÖ war sehr konstruktiv. An unseren Kernkompetenzen haben wir jedoch festgehalten. Und dazu zählt besonders wegen der Zuwanderung das Innenministerium. Für uns war auch klar, den Geheimdienst DSN in ein eigenes Staatssekretariat auszulagern und dieses mit einem unabhängigen Experten zu besetzen. Ebenso war für uns klar, dass es aufgrund der budgetären Situation einen Freiheitlichen braucht, der das Finanzministerium übernehmen muss, um ein Defizitverfahren abzuwenden. Man kann doch nicht ausgerechnet jenen das Finanzressort überlassen, die das enorme Budgetdefizit Österreichs verursacht und zu verantworten haben.

In der Vergangenheit gab es in der ÖVP immer wieder Kräfte, die eine Zusammenarbeit mit der FPÖ kritisch sahen. Glauben Sie, dass einzelne ÖVP-Landesgruppen oder wirtschaftsnahe Kreise eine tragende Rolle beim Scheitern der Gespräche gespielt haben?

Teufel: Das kann ich nicht beurteilen, aber man liest in diversen Medien, dass dies wohl so gewesen sein wird. Und eines darf man natürlich nicht vergessen – den ORF. Der und große Teile der Medienlandschaft haben sich gefreut, dass das Projekt einer Rechts-Mitte-Regierung gescheitert ist. Hätte es doch besonders für den ORF massive Einschnitte gegeben.

Stichwort Haushaltsabgabe, die wir zu Gunsten der Bürger abschaffen wollten. Jetzt wollen alle anderen Parteien sogar diese Haushaltsabgabe in den Verfassungsrang heben. Es ist also klar, wa-

rum die Medien einer FPÖ-Regierung kritisch gegenüber gestanden sind.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen stellt sich die Frage nach den Alternativen. Glauben Sie, dass die ÖVP von vornherein eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien wie der SPÖ oder eben den Grünen anstrebte?

Teufel: Im Nachhinein betrachtet würde ich das bejahen. Wir haben jedenfalls korrekt verhandelt, während es von der ÖVP immer wieder Querschüsse gab und Verhandlungsinterna an die Medien herausgespielt wurden, während gleichzeitig in den Untergruppen bereits erzielte Einigungen revidiert wurden.

Die FPÖ hat in den letzten Jahren mehrfach erleben müssen, dass Koalitionen mit der ÖVP nicht immer von Dauer sind. Sehen Sie das Ende der Verhandlungen als einmaliges Ereignis oder glauben Sie, dass dies eine langfristige strategische Entscheidung der ÖVP gegen eine Zusammenarbeit mit der FPÖ ist?

Teufel: Ich denke, dass das Scheitern der Verhandlungen der herrschenden politischen Konstellation geschuldet war. Auf Dauer wird es sich jedenfalls nicht ausgehen, das Wählervotum derartig zu ignorieren, nur um den Kanzler zu stellen. Wenn die Österreicher mehrheitlich Rechts-Mitte wählen, dann wollen sie keine Linken in der Regierung. Ich bin mir sicher, dass die ÖVP hier eine klare Antwort von ihren eigenen Wählern erhalten wird, die dann ehemalige ÖVP-Wähler sein werden.

Was bedeutet das Scheitern der Gespräche für die Zukunft der FPÖ? Wird die Partei sich weiterhin für eine Regierungsbeteiligung offen zeigen oder führt dieser Verlauf dazu, dass man sich verstärkt auf Oppositionsarbeit konzentriert und auf baldige Neuwahlen setzt?

Teufel: Die FPÖ kann beides. Wir haben bewiesen, dass wir gut regieren können – und das machen wir ja derzeit in etlichen Bundesländern. Und wir können selbstverständlich auch Opposition. Was das Thema Neuwahlen betrifft, sind wir derzeit wohl besser aufgestellt als alle anderen Parteien zusammen. Das fängt beim

Spitzenkandidaten an, geht über die motivierten Wahlkämpfer und hört bei einer gut gefüllten Kampagnenkassa auf. Wir sind für alle Szenarien bestens vorbereitet.

Das Gespräch führte Wolf-Rüdiger Mölzer

Auszüge aus den Protokollen der Koalitionsverhandlungen

Die Auszüge sollen eine Ergänzung zu den jeweiligen Interviews mit den Verhandlern der einzelnen Untergruppen (UG) darstellen

Medien

Die Medienlandschaft ist im Umbruch, die Digitalisierung schreitet durch künstliche Intelligenz beschleunigt immer schneller voran. Die sich daraus ergebenden Umwälzungen sind so gravierend, dass es in der Medienpolitik völlig neuer Antworten und Ansätze bedarf. Schon längst ist der Medienmarkt ein globaler Markt geworden. Online-Giganten wie Meta (Facebook, Instagram), X, TikTok, Alphabet (YouTube) und Amazon haben sich de facto zu Monopolisten entwickelt, was weitreichende Auswirkungen auf den gesamten Medienbereich hat. Nachrichten sind jederzeit in Echtzeit über die verschiedensten Kanäle verfügbar und bilden dabei eine ungekannte Bandbreite an Perspektiven ab.

Der Bundesregierung geht es darum, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für den österreichischen Medienstandort und unsere Demokratie an sich zu schaffen. Österreich ist dabei mit einem zehnmal so großen, gleichsprachigen Nachbarn und digitalen Weltmarktführern konfrontiert. Das birgt Chancen und Risiken, die es zu berücksichtigen gilt. Die Politik hat daher dafür zu sorgen, in diesem dynamischer werdenden Umfeld ein breites Medienangebot mit spezifisch österreichischen Inhalten für unser Land und seine Bevölkerung sicherzustellen. Die Bundesregierung bekennt sich

zu einer echten Medienvielfalt und pluralistischen Berichterstattung als wesentliche Grundlage für eine lebendige Demokratie und einen vielfältigen gesellschaftlichen Diskurs in Österreich. Darüber hinaus stellt sich die Bundesregierung allen Bestrebungen einer Einschränkung der Meinungsfreiheit oder Zensur unbequemer Meinungen entgegen. Dazu bekennen wir uns explizit. Ganz ohne öffentliche Teilfinanzierung wird es nichtmöglich sein, österreichische Identität in den Medien auf Dauer zu sichern – das gilt für alle Mediengattungen. Unter diesen Gesichtspunkten ist sowohl eine neue medienpolitische Standortdebatte notwendig, als auch eine Neudefinition des Begriffes „öffentlich-rechtlich“ durchzuführen.

Zieldefinition

- Heimischer Medienstandort
- Meinungsfreiheit
- ORF-Reform
- Medienförderung
- Medienkooperationen und Transparenz

Maßnahmen

Heimischer Medienstandort

Österreichs Medien schaffen mit ihren Inhalten öffentlichen Mehrwert und Identität. Die Bundesregierung bekennt sich dazu, den Medienstandort Österreich weiterzuentwickeln und auch in der digitalen Welt nachhaltig zu sichern. Dies soll durch die Schaffung eines modernen Rechtsrahmens und die Anpassung des Förderwesens erfolgen, um österreichischen Medienunternehmen entsprechende Bewegungsfreiheit für Innovationen und Flexibilität für notwendige Veränderungsprozesse zu ermöglichen. Zielsetzung ist es, möglichst vielen Menschen hochwertige Information zu bieten und dadurch den demokratischen Diskurs ohne Verengung der Meinungskorridore zu stärken.

- Klares Bekenntnis zur Pressefreiheit und zu einem starken dualen österreichischen Medienstandort mit öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privaten Medien
 - Bekenntnis zu unseren heimischen Medien als Förderer österreichischer Identität und zentrale Säule unserer Demokratie
 - Bekenntnis zur Stärkung unabhängiger Medien in Österreich vor dem Hintergrund des digitalen Wandels und geänderten Konsumverhaltens
 - Freie und unabhängige Medien stellen eine zentrale Säule im Kampf gegen den Extremismus egal von welcher Seite dar und sind zu erhalten und weiter zu stärken
 - Medienkonvent:
Im Rahmen eines Medienkonvents unter breiter Einbindung aller Stakeholder sollen die großen Zukunftsfragen für den Medienstandort diskutiert und Lösungswege für die großen Herausforderungen erörtert werden (Medienwandel, KI und Digitalisierung; Big Tech und Medienmarkt, digitalen Medienstandort, Medienförderung etc.)
- Sicherstellung des bestehenden Systems der unabhängigen Medienaufsicht und -regulierung durch KommAustria und RTR und Prüfung weiterer Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung.

Meinungsfreiheit

Die Bundesregierung tritt für den Schutz der Meinungsfreiheit und gegen den Missbrauch von Gesetzen als Zensurwerkzeuge ein. Ausufernde Regelungen in diesem Zusammenhang führen zu einer zunehmenden Selbstzensur und dürfen nicht ein langsames Erodieren des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung bewirken.

Schutz vor Zensur

Ideologisch motivierte Zensurbestrebungen, insbesondere auf EU-Ebene, werden abgelehnt. Bestehende Regelungen werden evaluiert und angepasst

- Schutz vor De-banking im Medienbereich (Begründungspflicht bei Kontoauflösungen)
- KI-Zensurtools werden verboten
- Einsatz auf europäischer Ebene für die laufende Weiterentwicklung des DSA und DMA und Prüfung weiterer nationaler Maßnahmen zum Schutz der Österreicherinnen und Österreichern vor Gefahren im Internet
- Verstärkte Regulierung und Kontrolle großer digitaler Plattformen
- Große Plattformen werden im Rahmen des Digital Service Acts und des Digital Market Acts für die Moderation und Löschungsverpflichtung verantwortlich gemacht
- Kampf gegen Desinformation (Gratis-Zeitungszugänge für Jugendliche) und hybride Bedrohungen
 - Erarbeitung einer umfassenden Strategie zur Förderung der Medienkompetenz im Sinne einer reflektierten, kreativen und selbstbestimmten Mediennutzung während des gesamten Lebens.
 - Ein Schwerpunkt der Strategieentwicklung soll auf Vermitteln von Medienkompetenz in Schulen und Bildungseinrichtungen inklusive Erwachsenenbildung gelegt werden.
 - Österreichische Tages- und Wochenzeitungen werden via App ab der 7. Schulstufe allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt.
 - Damit soll eine Informations- und Demokratieoffensive gestartet werden. Diese Informationen können auch als Basis für den Schulunterricht, etc. herangezogen werden.

- Handyfreie Schule:
Klare Regelungen zur altersgerechten Umsetzung eines handyfreien Schulalltags abseits der gezielten Nutzung von Handys und digitaler Endgeräte für Unterrichtszwecke

ORF-Reform

Der ORF wird transparenter, bürgernäher, regionaler und nachhaltiger. Er soll weiterhin ein breites Publikum erreichen und damit einen Beitrag zur Stärkung der österreichischen Identität und Absicherung des österreichischen Medien- und Kreativstandorts leisten.

Dafür wird auch die Kooperation mit privaten Medienunternehmen intensiviert. Der demokratische Auftrag, die Objektivität sowie die Unparteilichkeit des ORF werden gefestigt und seine Unabhängigkeit gestärkt.

- Rasche Umsetzung des VfGH-Erkenntnisses betreffend ORF-Gremien
- Sicherstellung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
- Bekenntnis zum Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ORF) als wichtige Säule des Medienstandorts Österreich insbesondere in Hinblick auf die regionale österreichische Identität, Kultur, Sport, Bildung, Unterhaltung und Information
- Schaffung eines schlanken, bürgernahen und regionalen ORF, der den hohen Ansprüchen der Unparteilichkeit entspricht

Zeitgemäße Präzisierung des öffentlich-rechtlichen Auftrags

Ein zum „Grundfunk“ verschlankter ORF soll Information, Kultur, Sport und Unterhaltung im Einklang mit dem Bundesverfassungsgesetz über die Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks

anbieten. Der Bestellmodus für ORF-Gremien wird den Vorgaben des VfGH entsprechend umgesetzt und spiegelt das Wahlergebnis der Nationalratswahlen ohne die bisherige Bevorzugung der Regierungsparteien.

- Präzisierung und Modernisierung des öffentlich-rechtlichen Auftrags:
 - Aktualisierung des öffentlich-rechtlichen Auftrags mit neuen, präziseren Formulierungen.
 - Mehr Förderung für österreichische Künstler und Produktionen, z. B. durch eine „Österreich-Quote“ zu reichweitenstarken Zeiten, insbesondere auf Ö3.
 - Sicherstellung von heimischen Film- und Musikproduktionen, Dokumentationen und Serien im ORF-Gesetz.
 - Verstärkte Fokussierung auf regionale Inhalte und regionaler Kulturinitiativen in den Landesstudios.
- Um Wettbewerb, Innovation und Kosteneffizienz zu fördern sollen weitere Kooperationspflichten des ORF mit dem heimischen Medienmarkt (u.a. Embedding, Infrastruktur, Künstliche Intelligenz, Vermarktungsplattform, Sportrechte, etc.) gesetzlich verankert werden.
- Sicherung von Objektivität und Unparteilichkeit:
 - Höhere Standards für Objektivität und Neutralität in der Berichterstattung.
 - Sicherstellung hoher journalistischer Qualitätsstandards (Trennung Kommentar/Bericht, klare Ausweisung von Experten, Studiogästen und Interviewpartnern und Abbildung eines breiten Meinungsspektrums) und Veröffentlichung eines Kapitels im Transparenzbericht.
 - Gesetzliche Verankerung von Social-Media-Guidelines und strengeren Regeln zu Nebenbeschäftigungen auf

- Basis des Ethikkodex mit klarem Sanktionsregime und Berichtslegung.
 - Nachschärfung des Objektivitätsgebots im ORF-Gesetz.
 - Ausbau eines bürgerfreundlichen Beschwerdemanagements
- Kennzeichnung von KI-Inhalten: Klare Hinweise auf KI-generierte Inhalte im ORF und bei Beziehern von Medienförderungen.
- Der ORF hat einen hohen Anspruch an Objektivität und Unparteilichkeit zu erfüllen.
- Erhalt der Regionalität und Stärkung der Landesstudios
 - Steigerung des Anteils der von den Landesstudios produzierten Beiträge am bundesweiten Programm
 - Verankerung des Engagements des österreichischen Rundfunks in und aus Südtirol
- Der öffentlich-rechtliche Auftrag an den ORF wird zeitgemäß neu definiert.
 - Jeder Kanal muss seinen Beitrag zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags erfüllen: Der Anteil öffentlich-rechtlicher Inhalte pro Kanal wird deutlich gesteigert
 - Sicherstellung einer umfassenden Sportberichterstattung im ORF (Spitzensport wie Fußball, Schifahren, etc. aber auch Breiten- und Randsportarten)
 - Sicherstellung einer umfassenden Kulturberichterstattung im ORF.
- Stärkere Involvierung des Publikums durch Publikumsveranstaltungen bzw. eigene Publikumssendungen sowie jährliche Publikumsbefragungen
 - Im Zuge einer jährlichen Publikumsbefragung soll die Zufriedenheit des Publikums mit der Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags durch den ORF erforscht werden. Die Ergebnisse sind zu veröffentlichen.

- Einbeziehung der Bevölkerung in die Reformüberlegungen
- Steigerung der Effizienz und Modernisierung der Strukturen und Prozesse zur kontinuierlichen Kostenoptimierung
- Weitere Präzisierung des § 4e ORF-Gesetz im Sinne der Zeitungsähnlichkeit und Überblicksberichterstattung

Strukturreform für einen zeitgemäßen ORF

- Neue Führungsstruktur:
 - Die Aufgaben des Generaldirektors werden auf einen mehrköpfigen Vorstand nach dem Modell von Aktiengesellschaften übertragen, wobei jedes Vorstandsmitglied ein eigenes Ressort übernimmt.
- Neuordnung der Gremien:
 - Neubestellung des Stiftungsrates nach §20 Abs. 4 bis zur Umsetzung der Feststellungen des VfGH-Erkenntnisses.
 - Reduktion der Mitglieder im Stiftungsrat und im Publikumsrat.
 - Anpassung der Besetzung der Gremien an die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes, im Rahmen einer umfassenden Novelle des ORF Gesetzes.
 - Der Stiftungsrat wird verstärkt vom Nationalrat beschickt.
 - Die Mitglieder des Publikumsrats werden nach dem Verhältniswahlrecht vom Bundesrat gewählt.
 - Erster Schritt: Unmittelbare Reparatur des ORF Gesetzes zur Umsetzung des Erkenntnisses des VfGH betreffend Stiftungs- und Publikumsrat.
- Effizienzsteigerung:
 - Abschaffung des Anhörungsrechts der Landeshauptleute bei der Bestellung von Landesdirektoren.
 - Verschlankung der Verwaltung.

Abschaffung der ORF-Haushaltsabgabe

- Die Abschaffung der ORF-Haushaltsabgabe findet stufenweise statt. Mit 2026 findet eine Reduktion der Haushaltsabgabe statt. Per 31.12. 2026 wird die Haushaltsabgabe restlos zugunsten einer Budgetfinanzierung gestrichen. Damit verbunden:
- Interne Einsparungen: Der ORF muss die Einnahmeverluste durch Kostenreduktionen kompensieren.
- Langfristige Finanzierung: Einführung eines sechsjährigen Finanzrahmenplans zur Sicherung der Budgetmittel.

Medienförderung

Die Treffsicherheit, Sinnhaftigkeit und Effizienz aller Förderinstrumente im Medienbereich wird von der Bundesregierung geprüft und nach Maßgabe der budgetären Spielräume reformiert.

- **Moderne Medienförderung:**
Die bestehende Förderstruktur wird in eine plattformunabhängige Medienförderung umgewandelt, die nach klaren, transparenten Kriterien vergeben wird.
- Die Förderinstrumente im Medienbereich werden auf ihre Effizienz und Sinnhaftigkeit geprüft und reformiert.
- Förderungen sollen Innovation und langfristige Perspektiven ermöglichen.
- **Finanzierung von Selbstkontrolleinrichtungen:**
Institutionen wie Presseclubs und Medienpädagogikeinrichtungen (Einrichtungen gem. 4. Abschnitt QJFG) sollen durch ihre Teilnehmer bzw. Konsumenten finanziert werden.
- Der nichtkommerzieller Rundfunk soll zu wirtschaftlich unabhängigeren Medien weiterentwickelt werden.
- Journalismus in Österreich wird weiter gefördert und unabhängige Medien weiter unterstützt
- Förderung nach dem Qualitätsjournalismusförderungsgesetz erhöhen

- Medienunternehmen werden in der digitalen Transformation weiterhin unterstützt: Erhöhung Digitaltransformationförderung (Digitalsteuer)
- Weitere Erhöhung des Privatrundfunkfonds
- Förderungen müssen klare Ziele verfolgen, Kriterien definieren und Anreize bieten, um Medienunternehmen zu unterstützen langfristige Perspektiven zu entwickeln
- Kriterien wie Faktizität, Quellenherkunft und journalistische Sorgfalt sind entscheidend für den Erhalt von Medienförderungen
- Weiterentwicklung der bestehenden Förderkriterien durch u.a. Aufnahme eines Redaktionsstatuts als Grundvoraussetzung
- Zersplitterung der Medienförderung in Klein- und Kleinstprojekte verhindern (Anhebung Obergrenzen; Anreizförderungen)
- Sicherstellung einer effizienten flächendeckenden Zustellung in den Regionen; Stärkung Infrastruktur und Vertrieb (Vertriebsförderung)
- **Digitalwerbeförderungsbeitrag:**
Große Online-Plattformen und Suchmaschinen (iSd. Digitalsteuergesetz) sollen einen Beitrag leisten, die Einnahmen sollen in die nationale Medienförderung fließen. (Abstimmung Gruppe Budget)

Medienkooperationen und Transparenz

- Erleichterung von Kooperationen und Medienzusammenschlüssen durch Überarbeitung Kartellrecht
 - Stärkung der Synergien zwischen Medienhäusern im nichtredaktionellen Bereich (Vertrieb, Werbung, etc.) durch Änderungen im Kartellrecht und Wahrung der Inhaltsvielfalt
- Schutz von Journalistinnen und Journalisten

- Fortführung des laufenden Prozesses zum besseren Schutz von Journalistinnen und Journalisten auf Basis aktueller Empfehlungen.
- Medienkooperationen
 - Evaluierung des Med-KF-TG auch im Hinblick auf die Anforderungen des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes, insbesondere im Zusammenhang mit entgeltlichen Medienkooperationen.
 - Die Bundesregierung bekennt sich zu einem sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln und transparenten Vergabeprozessen
 - Keine Inserate in extremistischen Medien (etwa bei Gewaltaufrufen, Verstoß Strafrecht, etc.)
- Transparenz bei Inseratenvergabe:
- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Vergabe von Inseraten mit dem Ziel, dass jedes die Grundvoraussetzungen erfüllende Medium das Anrecht hat – anteilig an seiner Reichweite – Inserate zu schalten.
- Schaffung einer bundesweiten Plattform für die Vergabe von Inseraten, wo anhand von gewählten Parametern, zielgerichtet Schaltungen von Informationen im öffentlichen Interesse, zielgruppengerecht abgewickelt werden. Damit soll erhöhte Transparenz und Wettbewerb sowie Pluralismus gefördert werden.

Außenpolitik

Unsere Außenpolitik wird von dem Prinzip der Neutralität und der Vermeidung fremder Einflüsse getragen, wobei stets die Wahrung der österreichischen Kultur und Identität an vorderster Stelle steht. Wir streben eine pragmatische und respektvolle Zusammenarbeit

mit unseren internationalen Partnern an, die auf gegenseitigem Vorteil und dem Schutz unserer wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen basiert. In einer globalisierten Welt ist es von größter Bedeutung, dass Österreich entschlossen und mit einer kohärenten Vision in der internationalen Arena agiert, um den Wohlstand und die Sicherheit seiner Bürger zu sichern.

Zieldefinition

- Neutralität als außenpolitische Handlungsmaxime
- Grundlegende Reform der Entwicklungshilfe
- Internationale Zusammenarbeit im Sinne Österreichs gestalten
- Südtirol schützen
- Außenwirtschaft stärken

Maßnahmen

Neutralität als außenpolitische Handlungsmaxime

Österreich bekennt sich zu seiner immerwährenden Neutralität und wird sich als engagierter Akteur in internationalen Verhandlungen und Organisationen positionieren.

- Wir bekennen uns zur immerwährenden und verfassungs- und völkerrechtlichen Neutralität. (FPÖ: + sowie zur Achtung des Völkerrechts) (ÖVP: + beim gleichzeitigen Bekenntnis zur Achtung des Völkerrechts)
- Österreich als Austragungsort von Verhandlungen und Sitz internationaler Organisationen und (Friedens-)Konferenzen positionieren.
- Bekenntnis, dass sich Österreich aktiv in internationalen Organisationen für Abrüstung und gegen Atomwaffen und autonome Waffensysteme einsetzt.

- Fokus auf Ausbau wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen.
- Österreich bereitet eine Kandidatur für den UN-Sicherheitsrat 2027/2028 vor
- Militärische neutral, nicht jedoch politisch.
- Bekenntnis zum österreichischen Engagement im Rahmen internationaler friedenserhaltender und humanitärer Auslandseinsätze unter KSE-BvG raschere Entsendungen möglich zu machen. (FPÖ: nur unter einem UN-Mandat).

Grundlegende Reform der Entwicklungshilfe

Österreich setzt in seiner Entwicklungshilfe-Politik klare Prioritäten, indem die Unterstützung direkt an die Kooperationsbereitschaft in Fragen der Migration und Rückführungen geknüpft wird. Der Fokus liegt auf der Bekämpfung von Fluchtursachen, wobei jegliche Zahlungen an den Erfolg und die tatsächliche Zielerreichung gebunden sein soll.

- Reduktion und Koppelung der Entwicklungshilfe an die Kooperationsbereitschaft in Fragen der Migration und Rückführungen.
- Der Fokus der EZA soll dort, wo obiges Kriterium erfüllt ist, auf der Bekämpfung von Fluchtursachen und der Verhinderung von illegaler Migration liegen. Ebenso ist ein klarer Fokus auf Hilfe zur Selbsthilfe und den Ausbildungs- bzw. Bildungsbereich zu legen. Darüber hinaus ist eine stärkere Nutzung der EZA als Landeplattform der heimischen Wirtschaft anzustreben.
- Bekenntnis zum AKF zur Bewältigung schwerer humanitärer Krisen.
- Entwicklungshilfe ist von der ökonomischen Lage in Österreich abhängig.
- Umfassende Evaluierungen, insbesondere eine Beurteilung der Relation zwischen Aufwand und Ergebnissen, und abso-

lute Transparenz im Rahmen der Entwicklungshilfe unabdingbar sowie Einstellung der Zahlungen bei Nicht-Zielerreichung.

Internationale Zusammenarbeit im Sinne Österreichs gestalten

Österreich setzt auf eine verantwortungsvolle und prüfende Beteiligung an internationalen Kooperationen und Verträgen, wobei nationale Interessen stets im Vordergrund stehen. Durch kontinuierliche Evaluierungen, transparente Zahlungen und gezielte Anpassungen soll sichergestellt werden, dass internationale Verpflichtungen nur im besten Interesse des Landes und künftiger Generationen erfüllt werden.

- Bei Abschluss eines internationalen Vertrages österreichische Interessen berücksichtigen und mit einer „Sunset-Klausel“ zu versehen.
- Bekenntnis zur deutlichen Reduktion der österreichischen Beiträge an internationale Organisationen.
- Umfassende Evaluierungen, insbesondere eine Beurteilung der Relation zwischen Aufwand und Ergebnissen, und absolute Transparenz im Rahmen der Zahlungen an internationale Organisationen unabdingbar (z.B. Kontrollmechanismen gegen Terrorismusfinanzierung), sowie Einstellung der Zahlungen bei Nicht-Zielerreichung.
- Umfassende Evaluierung sämtlicher bestehender internationaler Abkommen und völkerrechtlicher Verträge auf souveränitätsbeschränkende Komponenten, mit besonderem Fokus auf Auswirkungen für künftige Generationen.
- Jährlicher Bericht über sämtliche Geldflüsse der Republik an internationale Organisationen, in welchem auch dargestellt ist, inwiefern Vertreter der Republik im Rahmen dieser Organisation mitwirken und tätig sind.

- Ablehnung des WHO-Pandemievertrages. (Gesundheitsgruppe)
- Ablehnung der neuen WHO-Gesundheitsvorschriften. (Gesundheitsgruppe)
- Ablehnung des Mercosur-Abkommens.
- FPÖ-Kompromiss: Österreichs Souveränität in zentralen Politikfeldern darf nicht zugunsten internationaler Organisationen aufgeweicht werden. Dies gilt insbesondere im besonders sensiblen Bereich der Gesundheit. Bestrebungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wesentliche Kompetenzen an sich zu ziehen, sind mit dieser Haltung nicht vereinbar und daher abzulehnen.
- Aktive Förderung der deutschsprachigen Kultur- und Spracharbeit in Mittel- und Osteuropa sowie anderen Teilen der Welt sowie Einsatz für die Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien.
- Österreich wird weiterhin aktive Nachbarschaftspolitik betreiben.
- Bekenntnis zu aktiver Rolle in int. Organisationen, Einsatz für Multilateralismus; Bezahlung der Pflichtbeiträge an internationale Organisationen)
- Engagement für Menschenrechte und gegen die Verfolgung von Minderheiten, gegen Rassismus und Antisemitismus; Besonderer Fokus auf den Schutz religiöser Minderheiten, insbesondere Christen.
- Aktiver Fokus auf neue Märkte und potenzielle Handelspartner im Lichte der geopolitischen Auseinandersetzungen

Südtirol schützen

Österreichs Position zu Südtirol ist stark von historischer Bedeutung und kultureller Verbundenheit geprägt und bleibt ein zentrales Thema in der österreichischen Außenpolitik, da viele Österreicher eine enge historische und sprachliche Beziehung zu den dort

lebenden deutschsprachigen Südtirolern haben. Österreich unterstützt die Autonomie Südtirols und setzt sich für den Schutz der Rechte der dortigen deutschsprachigen Bevölkerung ein.

- Österreich steht an der Seite Südtirols und nimmt seine Schutzfunktion aktiv wahr.
- Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler.
- Einsatz für die Wiederherstellung der Autonomie Südtirols.
- Die diplomatische, wirtschaftliche und wissenschaftlich-kulturelle Zusammenarbeit bleiben eine Konstante der österreichischen Außenpolitik
- Gemeinsame Verantwortung Österreichs und Italiens die eigenständige Entwicklung zu garantieren und in enger Abstimmung mit Vertretern der deutsch und ladinischsprachigen Vertretern weiterzuentwickeln.

Außenwirtschaft stärken

Österreichs Außenwirtschaftspolitik soll auf eine klare strategische Ausrichtung setzen, die die heimische Wirtschaft stärkt und die internationalen Handelsbeziehungen aktiv fördert. Durch eine Kombination aus einer konsequenten „Europe & Austria First“-Strategie, der Förderung neuer Exportmärkte und der Weiterentwicklung der Handelspolitik werden neue Chancen für die österreichische Wirtschaft geschaffen und internationale Partnerschaften ausgebaut.

- Konsequente „Europe & Austria First“ Strategie, Bevorzugung EU-Produkte und EU-Unternehmen in öff. Vergabewesen
- Fortführung und Ausbau der starken wirtschaftspolitischen Beziehungen zu den USA.
- Zusammenführung der Exportkontrollmechanismen für Militärgüter, Dual-Use-Güter und Kriegsmaterial in einem Ministerium.
- Ablehnung der CO₂-Grenzabgaben an den EU-Außengrenzen.

- Klare Ausrichtung der österreichischen Außenpolitik und Interessenspolitik auf EU-Ebene und international in den Bereichen Wirtschaftsstandort und Regulierungsabbau.
- Förderung der heimischen Exportwirtschaft und Weiterentwicklung der handelspolitischen Ausrichtung (Rücksichtnahme auf Realitäten und Probleme in WTO).
- Neue Exportmärkte erschließen und aktive Handelspolitik unterstützen. Faire Handelsabkommen beleben unsere Wirtschaft und müssen die österreichischen Standards wahren.
- Chancen in Afrika, Naher Osten und Zentralasien nutzen, neue Partnerschaften erschließen.
- Aktiver Fokus auf neue Märkte und potenzielle Handelspartner im Lichte der geopolitischen Auseinandersetzungen.
- Es ist wichtig, dass Österreich in den Zukunftsmärkten Asien & Afrika adäquat vertreten ist.
- Weiterführung der ReFocus-Initiative, der „Go-International Initiative“ und Stärkung internationaler Wirtschaftspartnerschaften.

Weitere Maßnahmen

- Modernisierung der Aufnahmekriterien im diplomatischen Dienst.
- Prüfung der Schaffung von „Österreich-Häusern“, d.h. von gemeinsam genutzten Gebäuden im Ausland, damit Botschaften zu „One-Stop-Shops“ für Visa, Wirtschaftsberatung, Spracherwerb und Kulturvermittlung werden.
- Transatlantische und bestehende Partnerschaften stärken und ausbauen mit besonderer Berücksichtigung der migrationspolitischen und wirtschaftspolitischen Interessen Österreichs.

- Stärkung der Instrumente der Auslandskultur durch Eingliederung der Auslandsateliers in das Außenministerium.
- Weiterführung der Beflaggung aller Amtsgebäude mit der Unionsflagge.
- Schutz und Sicherheit der österreichischen Vertretungsbehörden, insbesondere in der islamischen Welt, wird ausgebaut unter Prüfung der derzeitigen budgetären Situation.

Österreich und die EU

Wir verstehen die Europäische Union als einen Verbund souveräner Staaten, der sich auf eine pragmatische Zusammenarbeit in den wesentlichen Bereichen stützt, ohne einer weiteren bürokratischen Überregulierung und zentralistischen Tendenzen Raum zu geben. Österreich wird sich aktiv für eine Reform der Union einsetzen, um eine ausgewogene Balance zwischen nationaler Autonomie und europäischer Zusammenarbeit zu finden. Dabei soll stets darauf geachtet werden, dass Österreich als starke, selbstbewusste Stimme innerhalb der EU im Einklang mit den Interessen seiner Bürger agiert.

Zieldefinition

- Souveränität als Grundprinzip
- Aktive Neutralitätspolitik leben
- Sparsam haushalten gerade auch auf EU-Ebene
- Schutz unserer Grundrechte
- Maßnahmen gegen die illegale Migration nach Europa stärken
- Erweiterung nur bei strikter Einhaltung der Regeln
- Wirtschaft und Innovation fördern

Maßnahmen

Souveränität als Grundprinzip

Österreich bekennt sich zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union und wird aktiv zur Weiterentwicklung des EU-Friedensprojekts beitragen. Dabei setzt die Bundesregierung auf eine klare Fokussierung auf die Kernaufgaben der EU, die Wahrung der Subsidiarität und den Schutz der nationalstaatlichen Unabhängigkeit.

- Die Bundesregierung bekennt sich klar zur EU und zur Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union.
- Die Bundesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten, das EU-Friedensprojekt weiterzuentwickeln.
- Die Europäischen Institutionen und die Bundesregierung haben insbesondere auf die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips zu achten.
- Die Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips in den aktuell geltenden Bereichen ist für die Bundesregierung von zentraler Bedeutung.
- Die EU soll sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: darunter verstehen wir Binnenmarkt, Innovation, Wissenschaft, Forschung, wirtschaftliche Prosperität, Sicherheit, Sicherung der EU-Außengrenzen, Bekämpfung der illegalen Migration, Jugendprojekte wie Erasmus.
- Österreich soll im Einklang mit der Neutralität an der GASP und GSVP der EU beteiligen.
- Abwehr des EU-Zentralismus und Sicherstellung der nationalstaatlichen Unabhängigkeit s.
- Österreich lehnt eine EU-Armee ab.
- Fokussierung der internationalen Gerichtshöfe auf ihre ursprünglichen Kompetenzen (EuGH als Schiedsstelle für EU-Recht und für Streitigkeiten zwischen Mitgliedsstaaten).
- Entscheidungen internationaler Gerichtshöfe, welche in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten oder in die Sicherheit der Bevölkerung eingreifen, sind von unseren Behörden und

Gerichten so restriktiv wie möglich auszulegen und zum spätestmöglichen Zeitpunkt umzusetzen. Einzelfallentscheidungen sind auch nur auf den Einzelfall anzuwenden. Von der gängigen Praxis, Entscheidungen zu anderen Mitgliedsstaaten bereits in vorausgehendem Gehorsam, ohne entsprechenden österreichischen gerichtlichen Anlassfall umzusetzen, ist Abstand zu nehmen.

- Entscheidungen internationaler Gerichtshöfe werden mit der höchstmöglichen Berücksichtigung österreichischer Interessen bewertet.
- Kompromiss: Entscheidungen internationaler Gerichtshöfe sollen mit der höchstmöglichen Berücksichtigung österreichischer Interessen und einem klaren Fokus auf Einzelfallumsetzung bewertet und davon ihre Umsetzung abhängig gemacht werden. Zusätzlich wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um die legislativen Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten von Anpassungen internationaler Verträge zu erarbeiten.

Aktive Neutralitätspolitik leben

Österreich bekennt sich zur immerwährenden Neutralität und wird seine Rolle als neutraler Staat auf europäischer Ebene verstärkt einbringen.

- Die Bundesregierung verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und bekennt sich zum Einsatz Österreichs für einen raschen gerechten Frieden.
- Aufgrund der Neutralitätsverpflichtung bekennt sich die österreichische Bundesregierung dazu, sich nicht an Waffenlieferungen weder direkt noch indirekt zu beteiligen.
- Die Beiträge zur Europäischen Friedensfazilität (EPF) sind einzustellen, soweit sie dem Neutralitätsverständnis widersprechen.

- Gleichzeitig bekennt sich die Bundesregierung zur Fortführung der nicht-militärischen Unterstützung der Ukraine auf bilateraler Ebene, insbesondere im humanitären Bereich.
- Ein besonderer Fokus soll auf der aktiven Rolle Österreichs beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine liegen.
- Die immerwährende Neutralität Österreichs soll mit Vorbildcharakter gelebt werden und Österreich als Ort der Diplomatie dienen.
- Die Österreichische Bundesregierung wird ihre Rolle als neutraler Staat auf europäischer Ebene einbringen, insbesondere auch als Vermittler in Friedensverhandlungen.
- Prüfung der bestehenden Russlandsanktionen auf ihre Auswirkungen auf den österreichischen Wirtschaftsstandort und Ausverhandeln von österreichspezifischen Ausnahmen bei nächstmöglicher Gelegenheit.
- Österreich bringt sich aktiv in die Verhandlungen zu den Russlandsanktionen ein; Österreich wird wie bisher im Einklang mit allen Mitgliedsstaaten an gemeinsamen Maßnahmen wie auch den Beschlüssen mitwirken.

Sparsam haushalten gerade auch auf EU-Ebene

Die Bundesregierung fordert strikte Maßnahmen gegen eine Ausweitung der EU-Schulden und setzt auf mehr Haushaltsdisziplin sowie die Verhinderung neuer Schuldenaufnahme innerhalb der Union. Ein Fokus liegt auf der Reduktion unnötiger Ausgaben und der Wahrung der finanziellen Stabilität.

- Jede Form der Ausweitung und Vergemeinschaftung der Schulden ist zu verhindern.
- Keine Zustimmung zu Brüsseler Gesetzesinitiativen, welche neue EU-Schulden beinhalten. Das No-Bailout-Prinzip ist wieder einzuhalten. (keine erneute Schuldenaufnahme außerhalb des EU-Budgets)

- Keine neuen Eigenmittel für die EU.
- Nein zu einer erneuten Schuldenaufnahme im Rahmen eines „Verteidigungsfonds“ oder eines sonstigen Schuldenprogramms.
- Österreich wird im nächsten MFR einen Rabatt als Nettoszahler einfordern.
- Sparsamkeit und Effizienz in Brüssel muss eingefordert werden: Österreich wird eine Initiative zur Evaluierung und Reduktion der EU-Agenturen; Evaluierung der Zahlungen an NGOs und NPOs. anregen. (18 EU-Kommissare laut Lisabon-Vertrag, Verschlinkung EU-Parlament im Vergleich zum US-Repräsentantenhaus).
- Einhaltung der Maastricht-Kriterien, mehr budgetäre Disziplin der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten für eine stabile Währung einfordern.
- Die EU darf keine Sozialunion werden.

Schutz unserer Grundrechte

Historisch errungene Grundrechte haben einen hohen Stellenwert, dazu zählen insbesondere der Schutz der Privatsphäre, die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Meinungsfreiheit. Tendenzen, die diese gefährden, werden strikt abgelehnt.

- Evaluierung und gegebenenfalls Adaptierung des Green Deals, um die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Europas zu stärken.
- Kein Gold-Plating (keine Übererfüllung von EU-Regeln) in der österreichischen Klimapolitik im Rahmen der EU-Klimaziele.
- Klimaschutz ohne Ideologie und Bevormundung – Technologieoffenheit als Grundlage
- Nein zu Verbrennerverbot und klare Technologieoffenheit.
- Kein Gold-Plating (keine Übererfüllung von EU-Regeln) der österreichischen Klimaziele, sondern Gleichklang mit EU-Zielen. Klimaziel von 2040 auf 2050.

- Schutz des Bargelds durch die Verfassung.
- Ausbau von strategischer Autonomie und Resilienz der EU.
- Weiterführung der EU-Gemeinderäte-Initiative.
- Ablehnung weiterer EU-Pläne und Rückbau der bereits getroffenen Vorbereitungsmaßnahmen hin zur bargeldlosen Gesellschaft.
- Ausdrückliches Bekenntnis zum Bargeld und Recht auf ein Bankkonto für natürliche und juristische Personen (Finanzgruppe).
- Ablehnung des digitalen Euro.
- Rückbau des Digital Services Act.
- Klare Ablehnung von Zensur- und Überwachungsgesetzgebungen.
- Absage an die geplante Chatkontrolle der EU-Kommission.
- FPÖ-Kompromiss: Historisch errungene Grundrechte haben einen hohen Stellenwert, dazu zählen insbesondere auch die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Meinungsfreiheit. Tendenzen, die diese gefährden oder einschränken, werden strikt abgelehnt. Dies gilt insbesondere für die Schaffung anlassloser Überwachungsmöglichkeiten sowie die Steuerung und Beeinflussung der öffentlichen Debatte, etwa in den sozialen Medien, durch Druck auf digitale Plattformen und an deren Medienbetreiber.

Maßnahmen gegen die illegale Migration nach Europa stärken

Die Bundesregierung steht für die restriktiv möglichste Asylpolitik. Dabei sollen sowohl nationale Maßnahmen getroffen als auch Druck zu Verschärfungen auf EU-Ebene ausgeübt werden. Gleichzeitig wird der Fokus auf die Abschiebung illegaler Migranten und die Bekämpfung von Schleppernetzwerken gelegt, um eine nachhaltige Lösung zu erreichen. Ziel ist es, dass zukünftig keine Asylanträge mehr auf europäischem Boden gestellt werden.

- Dabei sollen sowohl nationale Maßnahmen getroffen als auch Druck zu Verschärfungen auf EU-Ebene ausgeübt werden.
- Neuverhandlung/Verschärfung des EU-Migrationspaktes mit dem Ziel die EU-Außengrenzen zu schließen, inklusive Zurückweisungen an der Außengrenze), Migrationszentren in Drittstaaten und effektiven Rückführungen. (ÖVP: Rasche Umsetzung des EU-Migrationspaktes, Vorreiterrolle Österreichs im Bereich der Migration) prinzipielle Zustimmung der ÖVP nach Absprache mit Innengruppe
- Vorstoß Österreichs in Richtung eines Paradigmenwechsels in der Asyl- und Fremdenpolitik, wonach keine Asylanträge mehr auf europäischem Boden gestellt werden können, außer von Personen, die aus europäischen Ländern stammen (nach dem australischen Vorbild „No Way“).
- Reform des Schengener Grenzkodexes, damit jeder Mitgliedstaat nach eigenem Ermessen unbefristet Kontrollen an seinen nationalstaatlichen Grenzen durchführen kann.
- Legalisierung von „Push-Backs“ an der Außengrenze der Europäischen Union.
- Ausbau von Allianzen mit gleichgesinnten Staaten und Druck auf die EU-Kommission ausüben. Aktives Nutzen des Veto-Rechts und junktimieren in allen Bereichen in denen Einstimmigkeitsprinzip besteht. Das EU-Asylsystem braucht dringend einen Paradigmenwechsel, die EU-Verträge müssen verändert werden.
- Bestehende EU-Rückübernahmeabkommen sind umfassend zu nutzen; der Abschluss weiterer EU-Rückübernahmeabkommen mit jenen Ländern, bei welchen die EU über ein Verhandlungsmandat verfügt, ist zu forcieren (erweist sich die EU als unfähig, ist das Verhandlungsmandat zu entziehen und nationalstaatliche Bemühungen zu starten). Ausbau bilateraler Rückübernahmeabkommen.

- Einsatz für ein Ende der Schlepperaktivitäten im Mittelmeer unter dem Vorwand der „humanitären Seenotrettung“; Bekämpfung des gesamten Schlepperwesens und Menschenhandels in die EU.
- Stärkung des Außengrenzschutzes
- Einsetzen für Asylzentren in Drittstaaten während laufender Verfahren.
- Strikte Durchsetzung der „Dublin III“-Verordnung.
- Dass bei Abkommen im Migrationsbereich mit Drittstaaten Rücknahmeabkommen Teil dieser Abkommen sein sollen.
- „De-Attraktivierung“ Europas als Asylmagnet.

Erweiterung nur bei strikter Einhaltung der Regeln

Die EU-Erweiterung soll mit größter Vorsicht und nur unter strikter Einhaltung der bestehenden Kriterien erfolgen, eine unreflektierte Aufnahme neuer Mitglieder ist nicht erstrebenswert.

- Strikte Einhaltung der Kopenhagener Kriterien (Beitrittskriterien), keine Schnellverfahren und keinerlei Ausnahmen.
- Beendigung des EU-Beitrittsprozesses mit der Türkei, um mit der Türkei eine neue Basis für bilaterale, europäische Beziehungen zu finden.
- Beitrittsgespräche mit Ländern, welche sich in einem Krieg befinden, sind nicht zu führen.
- Österreich wird die Westbalkanstaaten auch in Zukunft auf ihrem Weg in die EU unterstützen und sich für deren Beitrittsperspektiven einsetzen.
- Weitere Zusammenarbeit in der Gruppe der Freunde des Westbalkans.

Wirtschaft und Innovation fördern

Österreich setzt sich aktiv für die Weiterentwicklung und Stärkung des europäischen Binnenmarktes ein. Durch gezielte Initiativen, wie die Vereinfachung der Gesetzgebung und die Förderung strate-

gischer Industriestrukturen, wird eine führende Position Europas in globaler Forschung und Innovation angestrebt.

- Ein stärkerer und vertiefter Kapitalmarkt in Europa soll dem Abfluss von europäischem Kapital verhindern und österreichischen Unternehmen zugutekommen.
- Binnenmarkt vollenden, vertiefen, resilienter machen: vier Freiheiten sicherstellen, Rechtsdurchsetzung im Binnenmarkt verbessern (schnellere Verfahren), Rechtsstaatlichkeit im wirtschaftlichen Bereich sicherstellen.
- Stärkung der europäischen Wertschöpfungsketten und Sicherstellung strategischer Industriestrukturen mit Fokus auf Sicherung der Versorgung und der Lieferketten mit wichtigen Rohstoffen und Vorprodukten.
- Einsatz Österreichs auf EU-Ebene für eine möglichst schlanke, effiziente und wettbewerbsfreundliche Gesetzgebung.
- Entbürokratisierung und Deregulierung auf EU-Ebene – etwa durch Auslaufklauseln („Sunset Clauses“) in europäischen Rechtsakten; Einführung der „One-in-two-out-Regel“.
- Klare Absage an Gold-Plating (Übererfüllung der EU-Regeln)
- Europa zurück an die Weltspitze bringen, Eintritt für Exzellenz in der wissenschaftlichen Forschung.
- Ausbau von strategischer Autonomie und Resilienz der EU.
- Klares Bekenntnis zur Vollendung des Binnenmarktes bei Abbau regulatorischer Hürden.
- Wettbewerbsschädliche Regulierung auch zurücknehmen: z.B. Lieferkettengesetz
- Österreich verfolgt seine Funktion als Vorreiter in der Weiterentwicklung des europäischen Forschungsraums aktiv weiter: und setzt sich für ein starkes, eigenständiges nächstes EU-Forschungsrahmenprogramm (FP10) ein. Weiterhin Beteiligung an Co-Finanzierung an europäischen Leuchtturminitiativen zB EU-Partnerschaften, um österreichische Stärkefelder zu unterstützen.

- Weitere Vernetzung des Bahnraums Europas durch harmonisierte Regelungen.
- Ausbau der transeuropäischen Netze (TEN-T).
- Wirtschaftliche Sicherheit und technologische Souveränität Europas mit Fokus auf Schlüsseltechnologien, zB KI.

Asyl, Migration, Integration, Staatsbürgerschaft

Die Bundesregierung steht für die restriktiv möglichste Asylpolitik unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten. Gleichzeitig bekennt sich die Bundesregierung zu qualifizierter Zuwanderung und einer Evaluierung und gegebenenfalls Erweiterungen der notwendigen Instrumente. (Asyl) Dabei sollen sowohl nationale Maßnahmen getroffen werden als auch Druck zu Verschärfungen auf EU-Ebene ausgeübt werden. Dabei sollen die Grenzen geschützt und Einschränkungen beim Familiennachzug umgesetzt werden, wobei besonders berücksichtigungswerte Fälle von Verfolgung prioritär zu behandeln sind. Der Charakter von Asyl als „Schutz auf Zeit“ soll durch konsequente, regelmäßige Überprüfungen der Situation in den Herkunftsstaaten und der Asylgründe betont werden. Abgelehnte Asylwerber und verurteilte Straftäter sollen konsequent abgeschoben werden und Schlepperei stärker bestraft werden. Alle Pull-Faktoren sind durch geeignete Maßnahmen abzustellen, um Österreich unattraktiv für illegale Migration zu machen, u.a. durch eine Reform der Sozialleistungen und mehr Sach- statt Geldleistungen.

Der Fokus liegt auf „Integration durch Leistung“ durch Deutschkenntnisse, der Selbsterhaltungsfähigkeit und dem Respekt vor unseren Werten und Normen.

Zieldefinition

- Asylmissbrauch stoppen - Illegale Migration bekämpfen
- Grenzen sichern und illegale Migration zurückweisen
- Anreizfaktoren für Migration beseitigen
- Abschiebungen offensiv durchführen, Anreize schaffen und Rückkehr erzwingen
- Integration fordern und fördern
- Die österreichische Staatsbürgerschaft ist ein hohes Gut

Maßnahmen

Asylmissbrauch stoppen

– Illegale Migration bekämpfen

- Asylrecht durch Notgesetz aussetzen. Im § 36 ermöglicht das Asylgesetz bereits jetzt im Einklang mit EU-rechtlichen Regelungen (Art 72 AEUV, Art 4 Abs. 2 EUV) Sonderbestimmungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, des Schutzes der inneren Sicherheit und das Funktionieren wesentlicher staatlicher Systeme.
- Österreich setzt (strebt an) sich für eine „Opt-Out“-Option nach Vorbild Dänemarks im Bereich des Asylwesens ein, in diesem Fall würde dies eine Nicht-Anwendung der jeweiligen EU-Regelungen im Asyl- und Fremdenrecht nach sich ziehen.
- Neuverhandlung des GEAS auf EU-Ebene mit eigenem Österreich-Vorschlag. Österreich wird sich auf EU-Ebene aktiv für ein strengeres und gerechteres europäisches Asylsystem insbesondere GEAS einsetzen, um illegale Migration wirksam zu bekämpfen und die Außengrenzen zu schützen.
- Keine Aufnahme von Asylwerbern durch eine Verteilung durch den EU-Solidaritätsmechanismus. Österreich hat die höchste pro Kopf-Belastung der letzten Jahre zu tragen gehabt.

- Lageangepasste Kontrolle der Staatsgrenze, um jegliche Versuche der illegalen Einreise zu unterbinden. Wer die EU schon in einem anderen Land betreten hat, hat gemäß geltendem Recht kein Anrecht auf die Einreise nach Österreich und wird konsequent im Rahmen der EU-rechtlichen Vorgaben in den Ersteinreisestaat zurückgeführt.
- Evaluierung der bestehenden Systeme
- Neufassung und Verschärfung des Asyl- und Fremdenrechts (z.B.: leichtere Lesbarkeit, kein Goldplating, Mitwirkungspflichten ausweiten, Ausbau der Haft und Bewegungseinschränkungen, Verfahrensbeschleunigung und Sicherheitsschwerpunkt, Verkürzung der Rechtsmittelfristen, verkürzte Fristen für das BVwG, Ausbau des Katalogs für Asyl-Ausschlussgründe aufgrund eines festgestellten Sicherheitsrisikos, Entzug von Leistungen aus der Grundversorgung, etc.)
- Ausbau der Möglichkeiten zur Aberkennung des Schutzes für Asylberechtigte (z.B. bei Urlaub im Heimatland, Umsetzung von unionsrechtlichen Vorgaben: falsche Angaben im Asylverfahren)
- Schwerpunkt zur Außerlandesbringung von Straftätern (Senkung bestehender Hürden)
- Ausbau von Allianzen mit gleichgesinnten Staaten
- Aufkündigung des UN-Flüchtlingspakts.
- Eintritt für eine Weiterentwicklung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) mit dem Ziel der Anpassung an aktuelle Gegebenheiten unter Berücksichtigung der Grundintention dieser Dokumente, um eine konsequente Asylpolitik unter Wahrung der Menschenrechte möglich zu machen.
- Beschränkung des Rechtsanspruchs auf Aufnahme zum Zweck des Asylverfahrens auf Personen, die nachweislich unmittelbar und konkret bedroht sind (kein „automatischer“ subsidiärer Schutz).

- Anspruch auf Asyl und einen sonstigen Schutzstatus nur bei eindeutig nachgewiesener Identität und Staatsangehörigkeit.
- Umsetzung Konzept „Sichere Drittstaaten“: Asylwerber, die auch in einem sicheren Drittstaat Schutz finden können, erhalten in Österreich kein Asyl mehr. Ziel ist es illegale Migration über mehrere Länder bzw. Kontinente nach Österreich zu verhindern. Dazu setzt Österreich gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedstaaten Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten, damit bei strategisch relevanten Drittstaaten möglichst rasch dieses Konzept angewandt werden kann.
- Restriktive Migrationspolitik und Verschärfung Asylrecht („take back control“).
- Neuregelung des Familiennachzugs.
- Eine Sicherungshaft für Asylwerber bei Vorliegen einer tatsächlichen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit wird eingeführt.
- Verschärfung der Abschiebungspolitik

Grenzen sichern und illegale Migration zurückweisen

- Ausbau Grenzkontrollen
- Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, um Zurückweisungen an der Grenze vorzunehmen
- Konsequenter Kampf und härtere Strafen und Prüfung weiterer Straftatbestände gegen Schlepperei
- Verstärkung des Außengrenzschatzes durch personelle Aufstockung von FRONTEX und mehr finanzielle Mittel für die Schaffung von Grenzinfrastuktur an der Außengrenze
- Technische und rechtliche Stärkung (Kompetenzen) des EU-Außengrenzschatzes (Zurückweisungsrichtlinie)
- Mehr Möglichkeiten zur Video- und Drohnenüberwachung an der Staatsgrenze

Anreizfaktoren für Migration beseitigen

- Einsetzung einer Taskforce zur Identifizierung von Anreizfaktoren und falls vorhanden mit der Möglichkeit zur Reduktion dieser Anreize.
- Änderung der Grundversorgung:
- Erhöhung von Sicherstellungen bzw. Beitragsleistungen im Asylverfahren mit dem Ziel einer teilweisen Deckung der dem Staat erwachsenden Kosten.
- Einführung eines Schuldenkontos zur nachträglichen Ableistung von durch Verfahren entstandenen Kosten (z.B. Grundversorgung)
- Abschaffung der selbständigen Tätigkeit als Asylwerber in Bezug auf die Ausbeutung durch Zwangsprostitution
- Evaluierung und Prüfung der Ausweitung der monatlichen Statistik.
- Rechtliche Möglichkeit schaffen, verwertbare Gegenstände von Asylwerbern bei der Einreise nach Österreich zu beschlagnahmen und sie zur (partiellen) Deckung der Kosten der Administration und der Unterbringung heranzuziehen.
- Ausdehnung des Verbots von legaler Migration bei zwangsweiser Außerlandesbringung
- Zur Betrugsbekämpfung Einführung von Sperrkonten insbesondere für Studenten nach internationalen Erfahrungen
- Schaffung einer Regelung, wonach Aufenthaltstitel bei Fremden, die die öffentliche Ordnung/Sicherheit gefährden, auch dann abgelehnt bzw. ungültig werden, wenn Abschiebung unzulässig wäre

Abschiebungen offensiv durchführen, Anreize zur Ausreise schaffen und Rückkehr erzwingen

- Erarbeitung einer gesamtstaatlichen Abschiebe- und Rückkehrstrategie zur langfristigen Sicherung des sozialen Friedens

- Errichtung von Verfahrens- und Rückkehrzentren im außereuropäischen Ausland gemeinsam mit gleichgesinnten Ländern
- Einsatz auf europäischer Ebene für die Abschaffung des Verbindungskriteriums
- Abschluss weiterer Rückübernahmeabkommen bzw. bilateraler Abkommen
- Eine Rückkehrberatung soll verpflichtend in Anspruch genommen werden.
- Weitere Forcierung von Charter-Abschiebungen
- Verhindern bzw. Abstellen des Heimaturlaubs von Asylberechtigten, durch die Kontrolle der Fingerabdrücke in Reisepässen, Abgleich EU-Fingerabdruckdatenbank (Eurodac) mit Pass, Kontrolle bei der Ausreise und Einreise am Flughafen bei speziellen Ländern (z.B. Afghanistan, Syrien, etc.)

Integration fordern und fördern

- Integrationsmittel zielgerichtet nur für Personen mit legalem Aufenthalt und hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit einsetzen. Integrationsförderung sollte sich auf Personen fokussieren, die dauerhaft in Österreich zu integrieren sind.
- Definition einer „Leitkultur“ auf Basis unserer verfassungsmäßigen Grundwerte. Bekenntnis zu unseren Bräuchen und Traditionen (Weihnachtsfeier, Nikolo, Kreuz in Klasse, etc.). Gesetzliche Verankerung und verpflichtende Festschreibung unserer Fest- und Feiertagskultur für Schulen und Kindergärten
- Substanzielle Ausweitung der verpflichtenden Werte- und Orientierungskurse, auch unter Beteiligung der Exekutive mit verpflichtender Abschlussprüfung. Spezieller Wertekurs: Rolle der Frau in Österreich. Frauen und Männer haben gleiche Rechte. Sanktionen bei Fehlverhalten

- Anhebung des Sprachniveaus: Die Kenntnis der Sprache ist der erste Schritt zur Integration. Deutscherwerb einheitlich regeln: Zuständigkeit ausschließlich beim ÖIF.
- Durch Heirat erwirkte Aufenthaltstitel müssen verstärkt überprüft und bei Missbrauch entzogen werden.
- Verschärfung Integrationsgesetz, Ausweitung Mitwirkungspflichten und Weiterentwicklung Integrationsvereinbarung
- Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF) aufwerten
- Nulltoleranz gegenüber jeder Form von Gewalt und Unterdrückung von Frauen, auch nicht im „Namen der Ehre“.
- Mehr Pflichten und Sanktionen bei Integration
- Deutsch und Leistungsbereitschaft als Fundament der Integration
- Kampf gegen Parallel- und Gegengesellschaften intensivieren (gezielte Kooperationen mit Gemeinden)
- Reform des islamischen Religionsunterrichts in Schulen und Sicherstellung einer Ausbildung von Imamen im Inland
- Weitere Digitalisierung des Integrationsbereichs
- Weiterer Fokus auf die Integration von Frauen als Schlüssel zur Integration von Familien
- Stärkung der Integration durch ehrenamtliches Engagement

Die österreichische Staatsbürgerschaft ist ein hohes Gut

- Die Staatsbürgerschaft kann als Endpunkt einer gelungenen Integration stehen.
- Prüfung der Erweiterung der Aberkennungsgründe im Staatsbürgerschaftsrecht
- Anhebung der Anforderungen und Wartefristen auf die Staatsbürgerschaft. (einheitlich lange Dauer von 30 Jahren)

- Neben dem Einkommen müssen Staatsbürgerschaftswerber auch eine nachhaltige Selbsterhaltungsfähigkeit ohne längere Phasen eines Sozialhilfebezuges nachweisen können.
- Keine Staatsbürgerschaft für Asylberechtigte. Asyl kann als Schutz auf Zeit nicht die Grundlage für den Erwerb der Staatsbürgerschaft bilden.
- Staatsbürgerschaft für Südtiroler
- Staatsbürgerschaft auf Probe für Asylberechtigte
 - Probe auf 5 Jahre.
 - AB wird nicht staatenlos, da er seine originäre Staatsbürgerschaft behält.
 - Sachlich gerechtfertigt, da jeder Fremde außer der AB ein Führungszeugnis vorweisen muss.
 - Verlust bei Verstoß gegen die Verleihungsbestimmungen
- Verpflichtender Staatsbürgerschaftskurs beim ÖIF und Deutschprüfungen ausschließlich beim ÖIF
- Verleihung der Staatsbürgerschaft in feierlichem Rahmen ist im Vollzug sicherzustellen
- Integrationsunwilligkeit soll Einfluss auf den Erhalt der Staatsbürgerschaft haben – wer das Programm nicht positiv absolviert, soll keine Staatsbürgerschaft erhalten
- Prüfung des Erfordernisses einer Anmeldebescheinigung für EU- und EWR-Bürger sowie Evaluierung der Gebühren im NAG

Innere Sicherheit

Zieldefinition

- Verbrechen bekämpfen und Sicherheit für Frauen und Mädchen gewährleisten
- Bevölkerung effektiv schützen – Null Toleranz bei Terrorismus und politischem Islam

- Bürgerrechte umfassend wahren – Keine Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte
- Vertrauen weiter aufbauen – Polizei als „Freund und Helfer“ und attraktiver Beruf
- Sicherheit stärken, Krisenvorsorge verbessern und Freiheit bewahren

Maßnahmen

Verbrechen bekämpfen und Sicherheit für Frauen und Mädchen gewährleisten

- Laufende Evaluierung, an welchen Orten Polizeinfrastruktur geschaffen oder weiterentwickelt werden soll, jedenfalls werden vonseiten des Bundesministeriums keine Schließungen von Polizeidienststellen angeordnet
- Erhöhung der Polizeipräsenz in den Nachtstunden in sogenannten Kriminalitäts-Hot-Spots und Stärkung der Polizeipräsenz vor allem im ländlichen Bereich.
- Steigerung der sichtbaren Präsenz des Exekutivbeamten im öffentlichen Leben - verstärkte Streifentätigkeit (zu Fuß) im urbanen Bereich.
- Sicherstellen von ausreichenden Personalkapazitäten, Fortsetzung der Personaloffensive.
- Frauen und Kinder verdienen besonderen Schutz. Frauen und Kinder müssen sich sowohl im öffentlichen Raum als auch im privaten Umfeld sicher fühlen und sicher sein.
- Ausweitung der Kriminalstatistik (detaillierte Halbjahresstatistik, Aufnahme weiterer analytischer Merkmale, wie z.B. des Migrationshintergrundes und Opferverhältnisse, etc.).
- Änderung des § 93 Sicherheitspolizeigesetz, mit dem Ziel den Sicherheitsbericht vom Justizbericht zu trennen und jährlich unter Einbindung der Statistik Austria bis zum 1. Juni an den National- und dem Bundesrat zu erstatten.

- Erhöhung des Strafrahmens für Gewalt- und Sexualdelikte, insbesondere auch zum Schutz minderjähriger Opfer.
- Stärkung der Taskforce Sozialleistungsbetrug (Solbe) und Ausbau der Rolle des BFA (Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl) im Verbund der TF SOLBE Stakeholder um Sozial- und Asylmissbrauch zu verhindern und insbesondere um den Datenaustausch sicherzustellen.
- Gewaltprävention

**Bevölkerung effektiv schützen
– Null Toleranz bei Terrorismus
und politischem Islam**

- Klares Bekenntnis, dass die österreichische Bundesregierung dazu beiträgt, dass die österreichischen Nachrichtendienste verfassungskonform zum Schutz unserer Sicherheit und international vernetzt arbeiten.
- Schaffung von bestmöglicher und verfassungskonformer Maßnahmen zu modernen Terrorbekämpfung und Bekämpfung schwerer Verbrechen [Messenger-Dienste].
- Schaffung eines Verbotsgesetzes gegen den politischen Islam.
- Volle Transparenz bei Lehrinhalten in islamischen Bildungseinrichtungen und deren Finanzierung.
- Gebiets- und Reisebeschränkungen für Gefährder.
- Evaluierung und Überprüfung sämtlicher Subventionen und Förderungen für islamischen Religionsgemeinschaften und religionsnaher Organisationen und Einrichtungen. Einrichtungen, welche unsere demokratische Verfassung nicht anerkennen und offen ihre Beseitigung verlangen, dürfen nicht mit Steuergeld subventioniert und müssen strafrechtlich verfolgt werden.
- Klare Abgrenzung und konsequentes Vorgehen gegen jede Form von Extremismus: Linksextremismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, politischer Islam, etc.

- Bekämpfung jeglicher Formen von Extremismus, daher Abschaffung des eigenen Rechtsextremismusberichtes des DÖW. Der Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums für Inneres soll alle verfassungsschutzrelevanten Phänomenbereiche umfassen. Die Notwendigkeit eines darüberhinausgehenden, zusätzlichen Berichtes durch eine private Organisation ist nicht notwendig. Daher sofortige Beendigung des Vertrags mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW). Das DÖW ist kein Amt und keine Behörde. Seine Mitteilungen haben daher keinerlei offiziellen Charakter, sondern stellen die politische Agitation einer privaten Organisation dar.
- Erweiterung des Straftatbestandes geheimer Nachrichtendienst, wenn die vitalen Interessen der Republik gefährdet werden (§ 256 StGB), um auch die Spionage gegen internationale Organisationen oder anderer Staaten unter Strafe zu stellen.
- Aufwertung der Dokumentationsstelle politischer Islam, inklusive verstärkte parlamentarische Miteinbeziehung.
- Aufstockung der Personalkapazitäten im DSN und in den LSE, speziell im Bereich Bekämpfung des religiösen Extremismus.
- Nominierungsrecht jeder im Hauptausschuss des Nationalrates vertretenen Partei für ein Mitglied der „Unabhängigen Kontrollkommission Verfassungsschutz“, um eine breite Kontrolle zu ermöglichen. (Änderung SNG)
- Ausbau von gesamtstaatliche interdisziplinäre Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen.
- Novelle des Vereins- und Versammlungsrechts sowie Verschärfung des Vereinsgesetzes
- Die Deradikalisierungsmaßnahmen und die Extremismusprävention werden gestärkt und neue Maßnahmen gegen Online-Radikalisierungen werden eingeführt.

- Die regionalen Präventionsprogramme gegen Extremismus an Schulen und Jugendzentren werden weiter ausgebaut.
- Einsatz für die Schaffung eines europäischen „Hassprediger-registers“ samt Einreiseverboten in den Schengenraum.
- Stärkung und Ausbau der Dokumentationsstelle Politischer Islam und Schaffung eines NAP Islamismus
- Ausweitung der Befugnisse des Nachrichtendienstes, des Staatsschutzes und der Kriminalpolizei (im Einklang für alle Dienste; keine generelle Ausweitung der Befugnisse; Messenger-Dienst Überwachung für alle Dienste.

Bürgerrechte umfassend wahren – Keine Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte

- Kein Missbrauch der Polizei wie es unter „Corona“ passierte. Unsere Polizisten sind für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in unserem Land zuständig und nicht für politische Zwecke.
- Ablehnung Bundestrojaner - keine Massenüberwachungen der Bürger.
- Nein zur Chatkontrolle. Die EU will - unter dem Deckmantel des Schutzes von Kindern vor sexueller Gewalt - die IT-Konzerne zwingen, sämtliche private Chats ihrer Nutzer zu durchforsten. Eine derartige verdachtsunabhängige Massenüberwachung tritt das Recht auf Privatsphäre mit Füßen und ist daher entschieden abzulehnen.
- Evaluierung der bestehenden Aufgaben und Befugnisse der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes.
- Evaluierung des bestehenden Systems der Rechtsschutzbeauftragten.

Vertrauen weiter aufbauen – Polizei als „Freund und Helfer“ und attraktiver Beruf

- Mehr Personal und bessere Ausrüstung bei der Polizei

- Maßnahmen zur Verbesserung in gehalts- und dienstrechtlichen Bereichen für Exekutivbeamte (z.B.: Erhöhung des Grundbezuges; Einrechnung von bestehenden ruhegeußfähigen Zulagen in den Grundbezug, Prüfung neuer Zulagen, Evaluierung und familienverträglichere Ausgestaltung des Dienstsystems).
- Gezielte Präventionsarbeit durch verstärkte Einbindung der Polizei an Schulen zur Sensibilisierung der Jugend.
- Streichung der Meldestelle gemäß BAK-G; keine Opfer-Täter-Umkehr. Wiederherstellung der ursprünglichen Maßnahmen im Beschwerdewesen.
- Prüfung der Möglichkeiten eines gesetzlichen Rechtsschutzes in Medien- und Urheberrechtsangelegenheiten.
- Organisatorische Weiterentwicklung der Landespolizeidirektionen und Umbenennung zu „Bundespolizeidirektionen“ (Änderung des Sicherheitspolizeigesetzes). Evaluierung der Funktion des Bundespolizeidirektors.
- Moderne und effiziente Ausrüstung am Arbeitsplatz „Streifenwagen“
- Flächendeckende Anschaffung von Tasern und Ausweitung des Einsatzgebietes auf den gesamten polizeilichen Einsatzbereich.
- Flächendeckende Ausstattung mit Bodycams.
- Förderung der Planstellentreue und weitere Verbesserung der Poollösung.
- Evaluierung SIAK. Modernisierung der Ausbildung. Schaffung einer zeitgemäßen, praxisorientierten, modernen und innovativen Ausbildung mit Chancengleichheit.
- Polizei – Personal/Aufrüstungsoffensive.
- Messertrageverbot.
- Steigerung der Bürgernähe der Polizei
 - Erweiterung der digitalen Fallbearbeitung.
 - Weiterer gezielter Ausbau „Gemeinsam Sicher“.

Sicherheit stärken, Krisenvorsorge verbessern und Freiheit bewahren

- Das Bundes-Krisensicherheitsgesetz wird abgeschafft. Tritt 2025 außer Kraft.
- Vernünftige Aufstellung des Krisen- und Katastrophenschutzes im Bund gemeinsam mit Ländern, Zivilschutzverbänden und NGOs sowie unter Einbindung des Parlaments. Etablierung eines gesamtstaatlichen Bundes-Lagezentrums im BKA. Sicherheits-Kompetenzzentrum im BKA (Ansiedlung NSR, Bundeslagezentrum, Cybersicherheit/NIS, Krisen, ULV).
- Reform des Nationalen Sicherheitsrates unter Einbindung des Parlaments.
- Liberalisierung des Waffenrechts (z.B.: Pfefferspray, Taser, Griffstücke, Vorderschaftsrepetierflinte, Stückzahlbeschränkung Kat. B beseitigen, Verbot des Führens von Messern für Asylwerber, etc.).
- Evaluierung und Weiterentwicklung des Waffengesetzes (z.B.: Griffstückproblematik, „National Firearms Focal Point“).
- Umsetzung des Projekts „Bekämpfung von Drogen im Straßenverkehr“.
- Prüfung eines gesamtstaatlichen Beschaffungs- und Wartungskonzeptes für Hubschrauber im Bund.
- Kampf gegen Cybercrime
- Künstliche Intelligenz findet in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Eingang. Die Gefahren und negativen Auswirkungen sollen gleich dem möglichen Nutzen in einer Organisationseinheit des BMI in Umsetzung des AI-Acts analysiert werden. KI kann in der Bekämpfung der Kriminalität verstärkt zum Einsatz kommen.
- Verpflichtende und koordinierte Standards zur Cyber-Security in allen Bundesministerien.

- Zivil- und Katastrophenschutz
 - Aktualisierung der SKKM-Strategie unter Berücksichtigung der durch das B-KSG geschaffenen Organisationseinheiten und Abläufe.
 - Schaffung der Grundlage und Vorbereitung für rasche Verfügbarkeit von Ersatzinfrastruktur (Unterkünfte, Container, Wasser, Lebensmittel etc.) im Krisen- und Katastrophenfall, im Sinne der Zivilen Landesverteidigung (ULV)
- Zur verbesserten Beweisführung in Straftaten wird eine verlängerte Speicherfrist für Verrechnungsdaten der Netz- und Internetprovider (Quick Freeze) mit bestimmten Lösungsfristen für bestimmte Deliktgruppen rechtlich verankert.
- Novellierung des Sicherheitspolizeigesetzes zur Effizienzsteigerung von Sicherheitsüberprüfungen.
- Erhöhung der Eigensicherung von Polizistinnen und Polizisten durch erweiterte Durchsuchungsbefugnis auch für Vorzuführende
- Der verfassungskonforme Einsatz moderner Technologien wie Gesichtsfeldererkennung zur Kriminalitätsbekämpfung wird ermöglicht
- Der Straftatbestand der Geldwäscherei wird zur Bekämpfung des Phänomens der sogenannten «Money-Mules» evaluiert und verschärft.
- Aufbau eines behördlichen Datenkommunikationsnetzwerkes (Staatsgrundnetz) unter Verwendung vorhandener Infrastruktur
- Mehr Möglichkeiten zur Videoüberwachung an der Staatsgrenze werden geschaffen.
- Staatliche und internationale Einrichtungen werden durch Videoüberwachung verstärkt gesichert.

Gesundheit

Die Sicherung und der weitere Ausbau unseres hochwertigen Gesundheitssystems erfordern Initiativen, die den Bedarf und die Bedürfnisse der Patienten, die Qualität der Versorgung sowie die Effizienz und Effektivität der Verwaltung in den Mittelpunkt des Handelns stellen. Unabhängig von Alter, Einkommen, Geschlecht und Gesundheitszustand soll allen Bürgern ein niederschwelliger und wohnortnaher Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem ermöglicht werden. Die Digitalisierung kann einen großen Beitrag zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung bringen. Telemedizinische Angebote können Versorgungslücken schließen und schnellere Hilfe ermöglichen. Digitale Gesundheitsanwendungen und eHealth Angebote stellen wichtige Ergänzungen besonders bei chronischen Erkrankungen dar, erleichtern den Menschen den Zugang zu Informationen und Hilfen und können die Gesundheitskompetenz der Patienten erhöhen.

Gesundheitsförderung und Prävention sollen als wesentliche Säulen einer gesunden Gesellschaft besonders gestärkt werden. Zahnprophylaxe für Kinder- und Jugendliche sowie die Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes bringen mehr gesundheitliche Chancen für unsere Jugend. Die hausärztliche Versorgung soll endlich in ihrem Stellenwert für die wohnortnahe und flächendeckende Versorgung aufgewertet und ihre Attraktivität erhöht werden. Die Stärkung der Primärversorgung in allen Formen des Angebots sowie eine nachhaltige Stärkung der kindermedizinischen Versorgung sollen Angebotslücken schließen. Dazu braucht es auch die Festlegung eines Behandlungspfades innerhalb des öffentlichen Gesundheitssystems, in dem die Patienten von der Stelle des Erstkontakts (Arzt oder Apotheker) entweder „definitiv-versorgt“ werden können oder an die richtige, gewünschte Behandlungsebene weitergeleitet werden.

Optimierungen in der Struktur der Verwaltung des Gesundheitssystems und der wesentlichen Prozesse zwischen den öffentlichen

Institutionen und den Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen sollen Effizienzpotenziale zugunsten der Patienten heben und das System zukunftsfit machen.

Zieldefinition

- Gesundheitskompetenz stärken, um Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen und echte Wahlfreiheit zu schaffen und die Freiheit zu schützen
- Verbesserung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung
- Stärkung der Kundenorientierung im Gesundheitssystem
- Rahmenbedingungen im Gesundheitssystem verbessern
- Entlastung des Spitalsbereichs
- Sicherung und Neuregelung der Finanzierung und Steuerbarkeit – Mehr Transparenz und Effizienz im Gesundheitssystem
- Sicherung der Arzneimittelversorgung
- Prävention und Gesundheitsförderung

Maßnahmen

Gesundheitskompetenz stärken, um Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen und echte Wahlfreiheit zu schaffen und die Freiheit zu schützen

- Hilfe zur Selbsthilfe
- Anreizmodelle für Vorsorgeuntersuchung, Gesundheitsziele, Screeningprogramme zur flächendeckenden Prävention
- Individuelle Zielvereinbarung, bei Zielerreichung Bonus (Beitrag, Zusatzleistungen usw.)
- Schaffung eines Mutter-Kind-Passes bis zum 18. Lebensjahr des Kindes, optional in analoger Form
- Schwerpunkt Kindergesundheit
- Finanzielle Absicherung und Weiterentwicklung der Kinder-Reha einschließlich der Entwicklungs- und Fördertherapie für Kinder mit Behinderungen

- Gesundheit in Bildungseinrichtungen, wie Reorganisation des schulärztlichen Dienstes und der Vermittlung von Gesundheitskompetenz in Bildungseinrichtungen
- Körperliche und geistige Gesundheit im Alter durch Vorsorge und Bewegung erhalten und fördern, insbesondere auch im Bereich der Demenz
- Medikationsmanagement und Pharmakogenetische Analyse bei Polymedikation als Kassenleistung etablieren
- Aufarbeitung und schonungslose Analyse der Corona-Zeit
- Kein Beitritt zum Pandemievertrag der WHO / kritische Evaluierung der Tätigkeit und des Einflusses der WHO auf die (inter)nationale Gesundheitspolitik
- Neuaufsetzung des nationalen Epidemiegesetzes

Verbesserung der wohnortnahen

niedergelassenen Gesundheitsversorgung

- Bekenntnis zum öffentlichen Gesundheitssystem
- Flexibilisierung der Organisationsformen der Gesundheitsanbieter
- Überarbeitung des österr. Strukturplanes Gesundheit (ÖSG) und Flexibilisierung des Stellenplans
- Abbau bürokratischer Hürden und Evaluierung der Einzelverträge inkl. aller bestehenden Auflagen für Kassenärzte
- Leistungsorientierte Erhöhung der Honorare für Kassenärzte
- Erweiterung der abrechenbaren Leistungen für Allgemeinmediziner analog PVZ
- Wartezeiten verkürzen
- Novelle des PVZ-Gesetzes zur Schaffung einer echten Wahlfreiheit.
- Festlegung einer attraktiven und fairen Einmalförderung („Startförderung“) bei Erstübernahme eines Kassenvertrags, welche auch Aufschläge für strukturschwache oder unterversorgte Regionen beinhalten soll

- Anreize zur Vollzeitarbeit und Weiterarbeit trotz Erreichen des Pensionsantrittsalters im Gesundheitsbereich
- Schaffung eines bundesweit einheitlichen Gesamtvertrages
- Verpflichtende extramurale Versorgungsangebote an Tagesrandzeiten und Wochenende
- Ausbau Hospiz- und Palliativversorgung sowohl intra- als auch extramural
- Vorortversorgung von nichtmobilen Patientengruppen sicherstellen (zB. Katheterwechsel, Infusionstherapie, Peritonealdialyse)
- Ausbau des Versorgungsangebotes für psychische Gesundheit

Stärkung der Kundenorientierung im Gesundheitssystem

- Schwerpunktsetzung im Bereich der Kindermedizin und Stärkung entlang der Versorgungskette
- Besondere Berücksichtigung seltener Erkrankungen bei Kindern
- Stärkung der integrierten Versorgung bei chronischen Krankheiten (Ausbau von Disease-Management-Programmen unter Einbeziehung aller Gesundheitsberufe wie u.a. Apotheker, Lotsenfunktion der niedergelassenen Ärzte und Angehörige von Gesundheitsberufen wie u.a. Apotheker)
- Das Web-Angebot „kliniksuche.at“ weiter ausbauen
- Überarbeitung des Erstattungskodex und Heilmittelkataloges
- Stärkung des Hausarztes und der Gesundheitsversorgung vor Ort
- Attraktivierung der Gesundheitsberufe – von der Ausbildung bis hin zur Berufsausübung (FPÖ-Forderung)
- Etablierung der Primärversorgung und Entwicklung eines Ausrollplanes: Entlastung des spitalsambulanten Bereichs

bei gleichzeitiger Anpassung der Finanzierungsströme (Geld folgt Leistung; ambulante und niedergelassene Finanzierung), Einbindung weiterer Gesundheitsberufe (Apotheker, diplomierte Krankenpfleger etc.)

- Prüfung von §-2-Kassenverträgen in Spitälern
- Österreichweite Harmonisierung der Medizin-Stipendien
- Schaffung von mehr Transparenz über die Qualität – öffentlich zugängliche Daten zur Häufigkeit von Behandlungen und Operationen an verschiedenen Standorten – Ausbau von „kliniksuche.at“
- Entlastung der Spitalsambulanzen als Ziel: Schaffung eines effizienten Systems zur Steuerung der Patientenströme, klare Gesundheitspfade vor allem für chronische Krankheiten festlegen und Prozessverantwortliche definieren, welche die Optimierung und Einhaltung der Pfade kontrollieren
- Evaluierung aller bestehenden Selbstbehalte im Gesundheitssystem mit Untersuchung auf Lenkungswirkung
- Verbesserung der Rahmenbedingungen, um Wartezeiten auf Operationen, Behandlungen und Untersuchungen transparent zu machen und zu reduzieren
- Strukturbereinigung durch Übertragung der Kompetenzen der Kur, Kinderreha und Reha an die PVA
- Opt-Out-Lösung des elektronischen Impfpasses und Zusammenführung der Daten bei ELGA

Rahmenbedingungen im Gesundheitssystem verbessern

- Gestaltung eines modernen und flexiblen Vertragspartnerrechtes
- Reduktion der Überregulierung für Gesundheitsanbieter
- Sanitätärgesetz NEU, Modernisierung vorantreiben unter Beibehaltung des Freiwilligensystems
- Evaluierung der chefärztlichen Genehmigungspflichten

- Prüfung einer einmaligen Aussetzung der Rezeptgebühren-Indexierung, dafür mehr Transparenz bei den Ausnahmen
- Bekämpfung von Sozialmissbrauch, z.B. Abgabemengen bei Medikamenten, E-Card-Missbrauch etc.
- Evaluierung der Honorarübermittlungspflicht von Wahlärzten an die Gesundheitskassen
- Finanzielle Absicherung der med. Universitäten/Fakultät und deren Universitäts-Krankenhäuser -> Gruppe Wissenschaft und Bildung
- ELGA wird zu einem patientenorientierten Gesundheits- und Pflegeportal unter Beibehaltung der Opt-Out-Möglichkeit im Ganzen oder in Teilen
- Datenaustausch unter den Systempartnern verbessern und bessere Steuerung ermöglichen

Entlastung des Spitalsbereichs

- Etablierung eines klaren Behandlungspfades, dessen Eintrittsstelle ins Gesundheitssystem ein PVZ, der Hausarzt oder die öffentliche Apotheke ist (ergänzt durch 1450 und digitalen Möglichkeiten)
- Etablierung eines niederschweligen Zugangs via Mobiltelefon
- Personaloffensive für Ärzte (ehestmöglicher „Ausbildungsgarantie“ nach Studienabschluss), medizinisches und pflegerisches Schlüsselpersonal und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.
- Entbürokratisierung und mehr Freiraum für die Kernaufgaben aller Gesundheitsberufe
- Sicherstellung ausreichender Ausbildungsplätze
- Prüfung von Möglichkeiten, die Ärztarbeitszeiten zu flexibilisieren und Nachfolgeregelung für KA-AZG
- Spezialisierungs- und Qualitätsoffensive mit Festlegung von neuen Mindestgrößen/Fallzahlen für bestimmte Abtei-

lungen und Operationen – bestmögliche Ausstattung und Kompetenz für Schwerpunktzentren (siehe ÖSG) (FPÖ-Forderung)

- Temporäre Kooperation mit Ambulatorien und Privatspitälern zum raschen Abbau der Operationswartelisten (wie zu Corona-Zeiten)

Sicherung und Neuregelung der Finanzierung und Steuerbarkeit – mehr Transparenz und Effizienz im Gesundheitssystem

- Prinzip „Eine Leistung, ein Bezahler“ soll ehestmöglich Einzug halten, unabhängig davon, wo diese Leistung erbracht wird
- „frisches“ Geld nur gegen verbindliche Ziele
- Langfristiges Ziel: Finanzierung aus einer Hand
- Harmonisierung aller Patientenleistungen
- Harmonisierung aller Honorare
- Steuerung und konsequenter Behandlungspfad für Drittstaatsangehörige und Asylwerber, Asylberichtigte und subsidiär Schutzberechtigter, um Kosten zu sparen und Ressourcen zu schonen

Sicherung der Arzneimittelversorgung

- Erstellung eines Masterplans für die Sicherstellung der Verfügbarkeit von kritischen Arzneimitteln und Medizinprodukten
- Erarbeitung einer Life-Science-Strategie für den Pharma- und Gesundheitsstandort
- Anreize für EU-Produktion und Diversifikation der Lieferanten unter Berücksichtigung der ausreichenden Belieferung
- Ehestmögliche Anpassung des Vergütungssystems inklusive jährlicher Wertsicherung in der Arzneimittelvertriebskette zur wirtschaftlichen Absicherung der Großhändler

und Apotheken inklusive Belieferungspflicht der Pharmazeutischen Industrie, möglichst unter Vermeidung von Mehrkosten der Sozialversicherung für die Versorgung in Österreich

- Abbau der Bürokratie und überschießender Auflagen für die heimische Pharmaindustrie
- Klinische Prüfung von Humanarzneimitteln vereinfachen und beschleunigen und Attraktivierung des Standortes Österreich bei klinischen Studien
- Zulassungsbehörden stärken, Synergien bei Überwachungsbehörden nutzen
- Anreize zur Ansiedelung von Herstellungs- und Produktionsstätten in Österreich und der EU für Arzneimittel
- Diversifizierung der Lieferketten bei Arzneimittel
- Regulatorische Rahmenbedingungen schaffen, um Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen
- Förderung von Innovations- und Forschungsprojekten im Arzneimittelsektor
- Kritische Evaluierung des Bewertungsboards und anschließender bedarfsorientierter Umstrukturierung mit dem Ziel des bundesweit einheitlichen und raschen Zugangs zu Arzneiinnovationen
- Verstärkte Kontrolle und Maßnahmen gegen illegale Arzneimittelimporte und kein Versand rezeptpflichtiger Arzneimittel durch Online-Apothekenversandhandel

Prävention und Gesundheitsförderung

- Betriebliche Gesundheitsförderung weiter forcieren
- Gesundheitskompetenz (Health Literacy) und Eigenverantwortung stärken (Bewegung, Ernährung, schädliche Substanzen, Spiel- und Internetsucht)
- Allgemeine Stärkung der Patientenrechte (Patientenverfügung usw.)

- Vorsorge- und Gesundenuntersuchung in Verbindung mit Anreizen und Zielvereinbarungen
- Strengere Kontrolle von CBD-Produkten und der Vertriebsmöglichkeiten
- Auftreten gegen die Cannabis-Legalisierung auf EU-Ebene
- Suchtprävention stärken
- Entwöhnungsprogramme ausbauen
- Initiativen zur Prävention und Umgang mit Social Media – Sucht und einem generellen gesunden Umgang mit digitalen Medien
- Entbürokratisiertes Anmeldeverfahren für neuartige nicht medizinische Nikotinprodukte
- Lückenschluss automatische Wahlartzkostenabrechnung zwischen Sozialversicherung und Privatversicherungen

Wirtschaftsstandort Österreich

Die aktuelle Lage der österreichischen Wirtschaft macht deutlich, dass dringend Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftsstandorts erforderlich sind:

- Längste Rezession in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg
- Seit eineinhalb Jahren Schlusslicht der Eurozone in Sachen Konjunktur
- Weiterer Rückgang der Industrie im Jahr 2024
- Schwächelnde Produktion – sinkende Umsätze
- Bauwirtschaft bleibt massiv unter Druck
- Ende Dezember 2024: 426.012 Arbeitslose in Österreich / Arbeitslosenquote: 8,3 Prozent
- Wachsende Herausforderungen bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

Um eine weitere Rezession zu verhindern und eine solide Grundlage für nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu schaffen, benötigt es

jetzt eine entschlossene wirtschaftliche Aufholjagd. Maßnahmen zur Konjunkturbelebung, zur Stärkung der Industrie und insbesondere zur Belebung der Bauwirtschaft sind unverzichtbar.

Österreich muss als Wirtschafts- und Erwerbsstandort sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber attraktiv und wettbewerbsfähig bleiben. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik kann diese beiden Gruppen nicht getrennt betrachten – sie sind vielmehr eng miteinander verbunden und müssen gemeinsam gestärkt werden. Unternehmen benötigen stabile und verlässliche Rahmenbedingungen, um langfristig erfolgreich zu sein.

Internationale Vergleiche zeigen: Der Wirtschaftsstandort Österreich steht vor strukturellen Herausforderungen, die rasch angegangen werden müssen. Hohe Steuern und Abgaben, überbordende Bürokratie, komplizierte Gesetzeslagen und zusätzliche nationale Vorgaben („Gold-Plating“) verteuern den Wirtschaftsstandort erheblich. Viele Unternehmen müssen externe Beratung in Anspruch nehmen, nur um den regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden.

Aus diesen Gründen muss unternehmerisches Engagement auf allen Ebenen gefördert werden. Dazu gehört eine deutliche Reduktion der bürokratischen Belastung. Genehmigungsverfahren müssen einfacher und effizienter werden – insbesondere im Betriebsanlagenrecht, um Investitionen schneller auf den Weg zu bringen. Österreich braucht mehr unternehmerische Freiheit und Planbarkeit, damit sich Unternehmen wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

Zieldefinition

- Attraktivierung des Unternehmertums: Bürokratieabbau und Reduktion nationaler und europäischer Vorschriften
- Genehmigungsverfahren beschleunigen
- Rot-Weiß-Rote Standort-, Innovations-, Infrastruktur- und Industriestrategie

- Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Internationalisierung
- Investitionen erleichtern - Steuern senken
- Kapitalmarkt stärken - Gründungen forcieren

Maßnahmen

Attraktivierung des Unternehmertums: Bürokratieabbau und Reduktion nationaler und europäischer Vorschriften

Die Förderung des Unternehmertums erfordert eine konsequente Reduktion bürokratischer Hürden sowie eine Vereinfachung nationaler und europäischer Vorschriften. Übermäßige Regulierung hemmt Innovation und erschwert insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen den Markteintritt. Durch eine gezielte Entbürokratisierung – etwa durch die Vereinfachung von Meldepflichten und eine Digitalisierung von Verwaltungsprozessen – können Unternehmen effizienter arbeiten und sich stärker auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Gleichzeitig sollte der regulatorische Rahmen auf europäischer Ebene harmonisiert werden, um Doppelregulierungen zu vermeiden und den Binnenmarkt weiter zu stärken.

- Bürokratieabbau bei bestehenden Regulierungen:
- Bürokratieabbau für künftige Regulierungen
- Einrichtung einer Zentralstelle für Deregulierung und Entbürokratisierung sowie von Koordinierungsstellen/Deregulierungsbeauftragten in allen Ministerien mit folgender Zielsetzung sowie Vorlage an die politischen Entscheidungsträger:
- Ein jährlicher Entbürokratisierungsbericht inklusive eines Maßnahmenkatalogs bzw. Arbeitsprogramms mit Zielvorgaben für die Fachressorts ist vorzulegen und dem Parlament zur Beratung zu übermitteln.

- Firmenbuch WKÖ (Vorschlag ÖVP folgt)
- Gewerbeordnung: Beschleunigung und Digitalisierung.

Genehmigungsverfahren beschleunigen

Langwierige Genehmigungsverfahren stellen eine erhebliche Hürde für Investitionen und wirtschaftliches Wachstum dar. Eine Beschleunigung dieser Prozesse durch digitale Antragsverfahren, klare Fristen und vereinfachte Prüfverfahren würde Unternehmen und Investoren Planungssicherheit geben. Besonders in den Bereichen Infrastruktur, Energie und Industrie können kürzere Bearbeitungszeiten Innovationen und neue Projekte schneller auf den Weg bringen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Effizienzsteigerungen nicht zulasten von Umwelt- und Sozialstandards gehen.

- Raschere UVP-Verfahren/ Weiteres Verbesserungs- und Beschleunigungspotenzial im UVP-G ausschöpfen
- Rechtssichere Flexibilisierung bei Ausgleichsmaßnahmen, z.B. durch verstärkte Möglichkeit von Ausgleichszahlungen für Umweltmaßnahmen (Bundesländer) und der Alternative eines qualitativen anstelle eines primär quantitativen (flächenbezogenen) Ansatzes.
- Praxisgerechte Neufassung der Kumulierungsregelungen, zB nach Vorbild des deutschen UVPG
- Beseitigung der unionsrechtlich nicht erforderlichen Revisionsrechte.
- Rechtssichere Einführung der Vollkonzentration beim Bund insbesondere auch für das hochrangige Straßen-, und Schienen- und Leitungsnetz sowie übergeordnete Projekte der Daseinsvorsorge und Versorgungssicherheit.
- Prüfung einer Gebührenpflicht bei Beschwerden.
- Prüfung von Maßnahmen, um Verfahrensverschleppungen zu verhindern.

Rot-Weiß-Rote Standort-, Innovations-, Infrastruktur- und Industriestrategie

Eine starke Rot-Weiß-Rote Strategie für Standort, Innovation, Infrastruktur und Industrie ist entscheidend, um Österreichs Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Ziel muss es sein, gezielt in zukunftsweisende Technologien, digitale Transformation und nachhaltige Produktionsprozesse zu investieren. Eine moderne Infrastruktur, von leistungsfähigen Verkehrsnetzen bis hin zu Hochgeschwindigkeitsinternet, schafft die Basis für wirtschaftliches Wachstum und Innovationskraft. Gleichzeitig braucht es klare industriepolitische Maßnahmen, um heimische Unternehmen zu stärken, Forschung und Entwicklung zu fördern und internationale Investitionen anzuziehen. Mit einem Standortattraktivierungspaket kann Österreich als attraktiver Wirtschaftsstandort weiter ausgebaut und zukunftsfähig gemacht werden.

Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Internationalisierung

Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Internationalisierung ist essenziell, um Österreichs Wirtschaft erfolgreich für die Zukunft aufzustellen. Unternehmen müssen gezielt bei Exportförderung, Markterschließung und Innovationskraft unterstützt werden, um international bestehen zu können. Bürokratische Hürden sollten abgebaut, Lohnnebenkosten gesenkt und digitale Prozesse ausgebaut werden, um den Zugang zu globalen Märkten zu erleichtern. Eine strategische Vernetzung mit internationalen Partnern fördert nicht nur den Standort, sondern schafft auch neue wirtschaftliche Chancen.

- Lohnnebenkosten senken:
- Handelspolitische Maßnahmen, Binnenmarkt & Internationalisierung
- Sicherung von Wettbewerb und der Wettbewerbsfähigkeit

Investitionen erleichtern

– Steuern senken

Gezielte Investitionserleichterungen und Steuersenkungen sind entscheidend, um Wachstum und Innovation zu fördern. Durch attraktive steuerliche Rahmenbedingungen und weniger bürokratische Hürden können Unternehmen schneller investieren, neue Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft nachhaltig stärken. Besonders die Entlastung von Mittelstand und Industrie sorgt für mehr unternehmerische Freiheit und stärkt den Standort im internationalen Wettbewerb.

Kapitalmarkt stärken – Gründungen forcieren

Ein leistungsfähiger Kapitalmarkt ist entscheidend, um Innovationen zu fördern und Unternehmensgründungen zu erleichtern. Start-ups und wachstumsstarke Unternehmen benötigen einen besseren Zugang zu Risikokapital, um ihre Ideen in marktfähige Produkte umzusetzen. Durch steuerliche Anreize für Investitionen, den Abbau regulatorischer Hürden und die Förderung von Venture-Capital-Fonds kann das Finanzierungsklima für Gründer deutlich verbessert werden. Ein dynamischer Kapitalmarkt stärkt nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, sondern schafft auch neue Arbeitsplätze in Österreich und fördert technologischen Fortschritt.

Keine Einigung

Systemwandel Kammerwesen

- Selbstverwaltung auf einfachgesetzlicher Ebene (Art. 120 a-c B-VG aufheben).
- Echtes Opting out bei Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer
- Vorschlag zur Senkung der Lohnnebenkosten: (KU 2 abschaffen in einem Stufenplan)

Modernisierung Gewerbeordnung

- Ein Gewerbeschein für alle freien Gewerbe
- Reglementierte Gewerbe deutlich reduzieren anhand des Kriteriums „Gefahr für Leib, Leben und Gesundheit“
- Liberalisierung von Befähigungsnachweisen durch Aufweichung von Reglementierungen, Zugangsvoraussetzungen oder Nebenrechten bzw. durch Sand boxes, Sunset Clauses

Tourismus Saisonier-Regelung

- Beibehaltung der bisherigen Regelung
- Nahversorger, die gänzlich digital oder in Randzeiten digital und ohne angestelltes Personal betrieben werden, werden aus dem Öffnungszeitengesetz ausgenommen.

Erklärung: Dabei handelt es sich um die Diskussion über Definition von „Automat“. Nach derzeitiger Rechtslage sind echte Automaten bereits vom ÖZG ausgenommen. Änderungsnotwendigkeit fraglich.

- Opting out aus Kammern ermöglichen

Konsumentenschutz

Im Sinne des Schutzes und der Förderung der österreichischen Konsumenten ist es notwendig und eine Verpflichtung, einen starken, transparenten und gerechten Rahmen für den Konsumentenschutz zu schaffen.

Das Ziel muss es sein, die Rechte der Bürger gegenüber Konzernen zu stärken, österreichische Familien vor überhöhten Preisen und unfairen Geschäftsbedingungen zu schützen sowie die Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger, sicherer und regionaler Produkte zu fördern.

Dabei muss besonderen auf die Bewahrung der heimischen Wirtschaft und des Mittelstands, die als Rückgrat der österreichischen Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze dienen Wert gelegt werden. Jede Form von unnötiger Bürokratie und übermäßiger EU-

Regulierung ist abzulehnen, die den Konsumenten schadet oder österreichische Unternehmen benachteiligt.

Es muss ein Konsumentenschutzmodell etabliert, das Verantwortung, Eigeninitiative und den Schutz der heimischen Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Dies umfasst auch Maßnahmen gegen Betrug und Täuschung sowie die Förderung eines fairen und transparenten Wettbewerbs, der den österreichischen Konsumenten zugutekommt.

Der Konsumentenschutz ist ein wesentlicher Bestandteil einer sozialen Heimatpolitik, die Freiheit, Fairness und Gerechtigkeit vereint.

Einer der ganz zentralen Punkte für die österreichischen Konsumenten ist der verfassungsrechtliche Schutz des Bargeldes und die ungehinderte und umfassende Verwendung von Bargeld im Zahlungsverkehr in Österreich.

Der barrierefreie Zugang zu allen Dienstleistungen der Verwaltung, Justiz und Daseinsvorsorge bzw. Daseinsversorgung auf analogen Weg ist für die österreichische Bevölkerung, insbesondere aber auch für alle vulnerable Gruppen, zu garantieren.

Insbesondere die ältere Bevölkerung muss vor Altersdiskriminierung in Gesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft umfassend geschützt werden. Der Verbraucherschutz muss sowohl in Österreich als auch auf EU-Ebene und darüber hinaus international durch die Unterstützung der entsprechenden Verbraucherorganisationen und der Rechtsdurchsetzung gewährleistet werden.

Zieldefinition

- Schutz des Rechts auf Bargeld durch die Verfassung
- Verein für Konsumenteninformation finanziell absichern
- Rechtlich verpflichtender Zugang zu analogen Dienstleistungen
- Einsatz auf EU-Ebene für die Zulässigkeit von Einheimischentarifen

- Verhinderung von Altersdiskriminierung
- Rechtssicherheit im Verbraucherschutz
- Limit für Überziehungszinsen und Neuregelung Inkassogebühren
- Keine Zeitumstellung (Sommer/Winterzeit)

Maßnahmen

- Schutz des Rechts auf Bargeld durch die Verfassung
- Verein für Konsumenteninformation finanziell absichern
- Einsatz auf EU-Ebene für die Zulässigkeit von Einheimischentarifen
- Rechtlich verpflichtender Zugang zu analogen Dienstleistungen
- Verhinderung von Altersdiskriminierung
- Rechtssicherheit im Verbraucherschutz
- Limit für Überziehungszinsen und Neuregelung Inkassogebühren
- Keine Zeitumstellung (Sommer/Winterzeit)

Pensionen

Die Bundesregierung anerkennt die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beiträge der älteren Generation und tritt für eine starke Einbindung älterer Menschen in allen Gesellschaftsbereichen ein. In den letzten zehn Jahren wurde das Leben vor allem für unsere Senioren, die Österreich wiederaufgebaut haben, spürbar teurer. Gerade in dieser Bevölkerungsgruppe gibt es eine große Zahl an armutsgefährdeten Mindestpensionisten – fleißige Menschen, die oftmals jahrzehntelang in unser Sozialsystem eingezahlt haben. Erhöhte Mieten und stark gestiegene Preise treffen gerade ältere Menschen schwer, was ihre Teilnahme am öffentlichen Leben erschwert und damit auch soziale Verarmung zur Folge hat.

Um den Senioren ein Altern in Würde zu ermöglichen, muss eine optimale Versorgung in Gesundheit und Pflege sichergestellt sein. Die Pensionen sind die finanzielle Grundlage, um die soziale Sicherheit der älteren Generation zu gewährleisten. Wer sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, der soll im Alter eine gute und nachhaltige finanzielle Versorgung erhalten. Österreich hat ein Pensionssystem, das hier eine Basis für diese soziale Sicherheit bietet. Zur Absicherung des umlageorientierten Pensionssystems bedarf es daher einer Weiterentwicklung im Sinne einer sozialen und ökonomischen Gesamtverantwortung.

Wir bekennen uns deutlich zu einem stabilen und nachhaltigen Pensionssystem, das den Lebensstandard im Alter aufrechterhält und für die einzelnen Generationen einschätzbar bleibt. Ziel muss es sein, auch den zukünftigen Generationen diese Sicherheit im Alter zu garantieren. Die Weiterentwicklung unserer Wirtschafts- und Arbeitswelt und die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für unser Sozialsystem verlangen nach einer Politik mit Augenmaß und Verlässlichkeit. Jeder, der seinen Beitrag zu unserem Sozialsystem leistet, soll jetzt und auch in Zukunft eine Altersversorgung erhalten, die wertgesichert ist. Deswegen bekennen wir uns zu einem Pensionssystem, welches der älteren Generation ihren gerechten Anteil am Wirtschaftswachstum und an der ökonomischen Weiterentwicklung unseres Landes garantiert.

Im Gegenzug müssen immer noch bestehende Sonderpensionsprivilegien im staatlichen und halbstaatlichen Bereich endgültig abgeschafft werden. Diese Privilegien kosten den Staat Millionen und privilegieren nur die Begünstigten. Ein sozialer oder gesellschaftlicher Mehrwert für die breite Masse der Bevölkerung, und insbesondere die ältere Generation, besteht nicht.

Die gestiegene Lebenserwartung und die verlängerten Ausbildungszeiten verlangen nach einer vorausschauenden und effizienten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die eine lange Beschäftigungs- und damit Beitragsdauer garantiert. Die dadurch ins

Beitragssystem fließenden Mittel sind die Basis für eine nachhaltige Sicherung unserer Altersvorsorge.

Neben dem öffentlichen Pensionssystem als erster Säule müssen auch die zweite und dritte Säule der Altersvorsorge weiterentwickelt und gefördert werden.

Zieldefinition

- Nachhaltige Sicherung des umlageorientierten Pensionssystems
- Finanzierung des Pensionssystems
- Altersvorsorge und Pensionskassen
- Pensionskassen
- Reha-Geld

Maßnahmen

Nachhaltige Sicherung des umlageorientierten Pensionssystems

- 45 Jahre sind genug; abschlagsfreie Pension nach 45 Jahren
- Leistungsflattax und Entfall PV-beiträge auch für Personen in der Langzeitversichertenregelung (Abgrenzung zu Teilpension, -> Untergruppe Arbeit)
- Anreize schaffen, über das Regelpensionsalter hinaus zu arbeiten
- Angebot für psychische Vorsorgeuntersuchung ausweiten und allen Arbeitnehmern ab 45 Jahren kostenfrei zur Verfügung stellen (Untergruppe Arbeit)
- Aufbau einer Suchtprävention für alle Arbeitnehmer (Untergruppe Arbeit)
- Evaluierung der Berufsunfähigkeit wegen psychischer Probleme hinsichtlich Geschlecht, Lebenssituation und Suchtverhalten (Untergruppe Arbeit)
- Implementieren einer Schlichtungsstelle (Widerspruchsse-nat) in der PVA, um das Serviceangebot auszubauen

- Evaluierung des Deckungsbeitrags der einzelnen Pensionsversicherungsträger im Sozialbericht inklusive Effekte der Wanderversicherung

Finanzierung des Pensionssystems

- Verdichtung der Berichterstattung hinsichtlich der Inanspruchnahme von Sozialhilfen und Sozialbetrug
- Pensionsnachkäufen von Personen mit Sozialhilfebezug (ausgenommen Behinderte) einstellen (Sozialhilfegrundgesetz novellieren)
- Stufenweise, konsequente und nachhaltige Abschaffung aller noch verbliebenen Pensionsprivilegien (verfassungskonforme Harmonisierung aller bestehenden Sonderrechte)
- Solidarabgabe für Beamtenpensionen
- Maßnahmen zur Heranführung des faktischen an das gesetzliche Pensionsalter
- Pensionssplitting als Opt-Out-Modell
- Weiterentwicklung der Hinterbliebenenpension
- Weiterentwicklung der Aliquotierung
- Schwerarbeiterregelung überarbeiten und neu gestalten
- Evaluierung und Weiterentwicklung der Informationen in den Pensionskontomitteilungen, auch über das gesetzliche Regelpensionsalter hinaus

Pensionskassen

- Verbesserungen bei Pensionskassen (z.B.: Herausbemöglichkeiten mit dem Pensionsantrittsalter; Härtefallregelung, mehr Transparenz, allg. Verwaltungskosten prüfen, Regelung der Angehörigen), Prüfung der steuerlichen Entlastung der Leistungsberechtigten der Pensionskassen
- Stärkung der Mitbestimmung der Leistungsberechtigten in den Pensionskassen

- Prüfung der besseren steuerlichen Behandlung der Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Pensionskassen
- Erhöhung des steuerfreien Beitrags des Arbeitgebers zur Zukunftssicherung im EstG
- Prüfung der Performance im internationalen Vergleichen
- Einfachere, kundenorientierte Darstellung/Information zu 2./3. Säule
- Einführung lebenslanges Vorsorgedepot, alternativ Wiedereinführung der Behaltefrist (KESt-Befreiung)

Pflege

Die Pflege zu Hause und in den entsprechenden stationären Einrichtungen ist mittel- und langfristig abzusichern. Gleichzeitig sind die Rahmenbedingungen für ein modernes und menschenrechtliches Pflegesystem in ganz Österreich zu garantieren und sicherzustellen. Dabei gilt der Grundsatz, dass die Selbstbestimmung im Vordergrund aller Maßnahmen stehen muss. Für Menschen mit Behinderung müssen ein moderner Rechtsschutz und eine entsprechende Förderung garantiert werden, um ihnen die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Pflege und Betreuung ist für alle Menschen in Österreich in bestmöglicher Qualität nachhaltig sicherzustellen. Mit einem klaren Bekenntnis zur Steuerfinanzierung aus einer Hand muss garantiert werden, dass das Geld bei den Menschen ankommt und nicht in den Strukturen versickert. Dabei ist ein Modell bis Ende der Legislaturperiode zu entwickeln.

Leichter, rascher und unbürokratischer Zugang zum Pflegegeld mit einem rechtsstaatlichen, medizinisch und pflegewissenschaftlich bedarfsorientierten Einstufungsverfahren. Auch Haus- und Facharzt der Betroffenen sowie diplomierte Pflegekräfte sollen Einstufungsverfahren durchführen können.

Die Rahmenbedingungen für junge Menschen, die sich für den Pflegeberuf entscheiden, müssen attraktiv genug sein, um möglichst viele dafür zu begeistern. Das wird die Pflegelehre hoffentlich erfüllen. Die medizinische Versorgung ist stark von der Pflege in den Spitälern, der Alten- und Behindertenversorgung abhängig. Unsere bewährten Pflegekräfte haben sich Wertschätzung verdient, und dazu gehört auch eine entsprechend gute Bezahlung.

Die häusliche Pflege vor Ort ist jenes Betreuungs- und Pflegeformat, das sich der überwiegende Teil der Betroffenen eigentlich wünscht, sofern es vom Grad der medizinischen Betreuung und Pflege möglich ist. Deshalb braucht es hier eine umfassende Neuaufstellung und Verbesserung der organisatorischen, personellen und finanziellen Grundlagen, um das möglich zu machen.

Zieldefinition

- Versorgung der Pflege verbessern
- Verbesserung der Pflegequalität
- One-Stop-Shops
- Wohnformen ausbauen
- Post-stationäre Betreuungsplätze, Übergangspflege und Entlassungsmanagement
- Stärkung der Pflege zu Hause durch Angehörige
- 24-Stunden-Betreuung
- Digitalisierung in der Pflege praktikabel und systemkompatibel vorantreiben
- Ausbildungs- und Fachkräfteoffensive in der Pflege
- Pflegelehre
- Weiterentwicklung des Berufsrechts in Pflegeberufen und Vereinheitlichung
- Fachkräftezuwanderungsstrategie

Maßnahmen

- Versorgung der Pflege verbessern

- Verbesserung der Pflegequalität
- One-Stop-Shops
- Wohnformen ausbauen
- Post-stationäre Betreuungsplätze, Übergangspflege und Entlassungsmanagement
- Stärkung der Pflege zu Hause durch Angehörige
- 24-Stunden-Betreuung
- Digitalisierung in der Pflege praktikabel und systemkompatibel vorantreiben
- Ausbildungs- und Fachkräfteoffensive in der Pflege; Faire Entlohnung für Pflegekräfte
- Pflegelehre
- Weiterentwicklung des Berufsrechts in Pflegeberufen und Vereinheitlichung
- Fachkräftezuwanderungsstrategie (ÖVP)
 - Fachkräftezuwanderungsstrategie und gezielte Anwerbung von Pflegekräften
 - Abwicklung der RWR Card beschleunigen und vereinfachen
 - Berufsrechtliche Maßnahmen schaffen um ausbildungsadäquate Erwerbstätigkeit während laufender Nostrifizierungsverfahren zu ermöglichen
 - Qualitätskriterien für Anwerbeagenturen für ausländische Fachkräfte
 - Sprache und Integration von ausländischen Arbeitskräften fördern
 - Nostrifizierung beschleunigen
 - Einheitliche Kompetenzstelle für Vereinfachung der Nostrifizierung
 - Ausbildungsdatenbank zur Effizienzsteigerung

Sozialhilfe „Neu“

Die neue Bundesregierung bekennt sich zum Sozialstaat Österreich. Österreich ist seinen Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, Risiken bedingt durch Alter, Behinderung, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und schwere Schicksalsschläge zu mildern und entsprechende Hilfestellung zu leisten. Eine österreichische Sozialpolitik konzentriert sich vor allem auf die eigenen Staatsbürger und jene, die bereits einen Beitrag in unser System geleistet haben. Diese Position zieht sich von der Sozialhilfe (Mindestsicherung) bis hin zur Vorsorge in allen anderen Bereichen. Vor allem in der jüngeren Vergangenheit ist der Sozialstaat durch unkontrollierte Zuwanderungswellen an die Grenze seiner Belastbarkeit gelangt.

Vor allem das gut ausgebaute Sozialsystem in Österreich ist einer der Hauptgründe, warum Menschen sich auf den Weg nach Österreich machen, weil sie sich hier einen hohen Lebensstandard und eine gute soziale Absicherung erwarten. Diese Zuwanderung in den Sozialstaat muss gestoppt werden, indem in Zukunft noch stärker unterschieden wird, wer bereits in das Sozialsystem einbezahlt hat und wer sich erst seit kurzem in Österreich aufhält. Es kann nicht sein, dass Österreicher, die ihr Leben lang ihren Beitrag geleistet haben, weniger oder gleich viel vom Sozialstaat bekommen, wie Zuwanderer, die erst seit kurzer Zeit in Österreich leben. Die Sozialhilfe (Mindestsicherung) ist eines der wichtigsten staatlichen Mittel, um Armutsgefährdung zu bekämpfen. Sie ist gedacht als eine Überbrückung für Personen in schwierigen Situationen, nicht aber als ein bedingungsloses Grundeinkommen. Sie muss deshalb mit einer Arbeits- und Teilhabepflicht verknüpft werden und darf kein Anreizsystem für die Zuwanderung von nichtösterreichischen Staatsbürgern in den österreichischen Sozialstaat darstellen.

Zieldefinition

- Verfassungskonforme Reparatur des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes

Maßnahmen

Verfassungskonforme Reparatur des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes

- Einheitlicher, degressiver Satz für Minderjährige analog zu Niederösterreich und Oberösterreich
- Anrechnung von Transferleistungen (insbesondere der Familienbeihilfe, Krankenversicherung und andere) auf die Sozialhilfe
- Einsatz der Bezahlkarte von arbeitsfähigen Personen, die keiner Arbeit nachgehen
- Die volle Sozialhilfe gebührt erst ab entsprechenden Beschäftigungszeiten in Österreich. Bis zur Erfüllung dieser Anwartschaft gebühren nur 50% der Leistung.
- Vereinheitlichung der Auszahlung, Sperre, Vermittlung und Schulung. Angleichung der Regelungen im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz an die Arbeitslosenversicherung
- Prüfung der Abwicklung über das AMS im Auftrag der Länder für alle Arbeitsfähigen
- Einsatz auf EU- und internationaler Ebene für größere Flexibilität in der Ausgestaltung von Sozialleistungen für Asylberechtigte
- Wartefrist/Integrationsphase
- Degressive Kindersätze einheitlich für ganz Österreich: (Modell NÖ/OÖ)
- Abwicklung und konsequente Sanktionierung
- differenzierte und an die Lebenssituation angepasste Sozialhilfe, d.h. unterschiedliche Lebenssituationen erfordern unterschiedliche Leistungen
- Von der Sozialhilfe sollen künftig ÖGK Beiträge bezahlt werden.
- Die Kindersätze sollen einheitlich nach dem Vorbild Niederösterreich/Oberösterreich degressiv gestaltet werden

Arbeit

Zieldefinition

- Rot-Weiß-Rot-Karte
- Überstundenanreize
- Arbeiten im Alter/Älterenbeschäftigungspaket
- Arbeitsmarkt/AMS
- Arbeitslosenversicherung NEU
- Teilzeit
- Menschen mit Behinderungen
- Lehrlinge & Berufsbildung
- Arbeitsrecht

Maßnahmen

Rot-Weiß-Rot-Karte

- Zurückfahren der Kontingente der Rot-Weiß-Rot-Karte auf den Stand von 2019
 - Lösung des zu erwartenden Fachkräftemangels durch folgende Maßnahmen:
 1. 1) Effizientere Vermittlung von Arbeitslosen durch das AMS
 2. 2) Attraktivierung Arbeit im Alter
 3. 3) Verbesserung des Bildungssystems – Stärkere Orientierung am Arbeitsmarktbedarf
 4. 4) Nutzung des Potentials an EU-Bürgern
 5. 5) Evaluierung der RWR-Karte
- Weitere Entbürokratisierung der RWR-Karte zur effektiveren Anwerbung von ausländischen Fachkräften:
- Ziel: Drittstaatsangehörige mit Aufenthaltstiteln, die in der Beschäftigung begründet sind und die länger als sechs Monate arbeitslos sind, werden in die Heimatländer verbracht. Titulus und Modus zu erarbeiten. (Abklärung über Referenten)

- ÖVP-Formulierungsvorschlag:
- Bei Wegfall der rechtlichen Grundlage des Aufenthaltstitels raschere/automatisierte Aberkennung

Überstundenanreize

- Überstunden von Vollzeitkräften steuerbegünstigen, Leistungs-Flattax auf 20 Prozent auf Entgelt und Zuschlag. Deckelregelung bei Überstundenpauschalen (UG 5-budgetrelevant)

Arbeiten im Alter

Arbeiten im Alter wird zunehmend wichtiger, da die Lebenserwartung steigt und viele Menschen länger aktiv bleiben möchten oder finanziell darauf angewiesen sind. Während einige ältere Arbeitnehmer ihre Erfahrung und Fachkenntnisse einbringen, gibt es auch Herausforderungen wie gesundheitliche Belastungen oder Vorurteile am Arbeitsmarkt. Installierung eines Älterenbeschäftigungspakets, in dem im Mittelpunkt unter anderem Arbeitgeber fördern soll, um ältere Arbeitnehmer länger beschäftigen und Arbeitsplätze entsprechend anpassen zu können.

- Weiterarbeiten nach Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters attraktivieren:
- Flattax 20 Prozent bei Weiterarbeiten in der Pension – (UG 5 dortige Formulierung übernehmen)
- Weiterentwicklung des Berufsschutzes in Richtung Einkommensschutz
- Vereinheitlichung von transparenten Leitlinien und Kriterien für die Arbeitsfähigkeitsfeststellung
- Koordinierung des Informationsaustausches zwischen dem AMS und dem Pensionsversicherungsträger
- Einführung einer Teilpension für Personen, die nicht mehr Vollzeit arbeiten wollen oder können.

- Entwicklung eines Bonussystems zur Förderung von Unternehmen, die überdurchschnittlich viele attraktive, Arbeitsplätze für Beschäftigte ab 60 Jahren anbieten.

Arbeitsmarkt/AMS

In der Vergangenheit wurde wiederholt über AMS-Reformen diskutiert, insbesondere zur Steigerung der Effizienz und zur besseren Kontrolle der Fördermittel. Im Mittelpunkt stand dabei sowohl eine umfassende Neuausrichtung des AMS als auch die Evaluierung bestehender Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Effizienz. Gleichzeitig galt es, eine gesicherte Finanzierung des AMS zu gewährleisten.

Vorschläge ÖVP:

Arbeitslosenversicherung NEU:

- Einführung eines degressiven Arbeitslosengeldes
- Degressives Arbeitslosengeld zu Beginn
- Abschaffung des geringfügigen Zuverdiensts
- Vereinheitlichung von Notstandshilfe und Sozialhilfe:
- Entfall des Ergänzungsbetrags (derzeitige Aufstockung auf bis zu 80 Prozent Nettoersatzrate)
- Tage des Krankenstands verlängern nicht den Leistungsbezug (oder während Krankenstand Krankengeld in bisheriger Höhe, 55 Prozent Nettoersatzrate) Ausnahme: stationäre Aufenthalte.
- Effektivere Sanktionen gesetzlich verankern
- Ausweitung der Vermittlungszuständigkeit des AMS auf die Zielgruppe der arbeitsfähigen Sozialhilfebezieher und Optimierung der Schnittstellen

Teilzeit

- Überprüfung von Teilzeitanreizen im Bereich Steuern und Abgaben, die den Umstieg auf Vollzeitbeschäftigung er-

schweren – inklusive der dritten Steuerprogressionsstufe und des gestaffelten Arbeitslosenversicherungsbeitrags

Menschen mit Behinderungen

- Progressive Ausgleichstaxe
- Berücksichtigung der von den Betrieben finanzierten Maßnahmen nach dem Chancengleichheitsgesetz bei der Berechnung der Ausgleichstaxe

Lehrlinge und Berufsbildung

Die Lehrlingsausbildung ist ein wichtiger Bestandteil des österreichischen Bildungssystems und bietet jungen Menschen eine praxisorientierte Berufsausbildung mit guten Zukunftschancen. Das duale System, das betriebliche Praxis mit theoretischer Ausbildung in der Berufsschule verbindet, wird international geschätzt. Um die Attraktivität der Lehre zu steigern, benötigt es laufende Reformen, wie etwa eine Modernisierung der Lehrpläne, besseren Unterstützung von Lehrlingen und Anpassung an neue technologische Entwicklungen. Auch Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses und zur Förderung lebenslangen Lernens spielen eine zentrale Rolle.

Arbeitsrecht

- Keine Verschlechterungen für den Standort, klares Bekenntnis gegen Gold Plating und für Bürokratieabbau
- Effiziente Kontrolle von Krankenständen
- Arbeitszeitflexibilisierung für Lehrlinge
- Novelle des Landarbeiterrechts: Klarstellungen und Modernisierungen bei der Definition des Geltungsbereich

Unerfüllbare Forderungen

Wie die ÖVP die Koalitionsverhandlungen zum Scheitern brachte

VON BERNHARD TOMASCHITZ

Dr. Bernhard Tomaschitz ist Chefredakteur
des Wochenmagazin *ZurZeit*.



Bild: ZZ-Archiv

Nachdem die Koalitionsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP gescheitert waren, fragen viele nach den Ursachen, zumal im Wahlkampf die Standpunkte der beiden Parteien teilweise sehr nahe beieinander lagen. Der Öffentlichkeit war eben nicht klar, dass die ÖVP bewusst nur Scheinverhandlungen geführt hatte und gar keinen positiven Abschluss wollte. Offenbar, weil die schwarz-türkisen Granden unter enormem Druck Brüssels bzw. der EVP standen, wenn sie nicht sogar deren Befehlsempfänger waren.

Anstatt aus den Verhandlungen auszusteigen und zuzugeben, dass sie in erster Linie nicht die Interessen Österreichs vertritt, sondern die Anordnungen der EU auszuführen hat, wählte die ÖVP den Ansatz, die Verhandlungen mit der FPÖ an die Wand zu fahren, indem sie – insbesondere in den Bereichen EU, nationale Souveränität Österreichs, Grundrechte, Migration, Asyl und innere Sicherheit – plötzlich Forderungen erhob, die für die Freiheitlichen schlechtweg unannehmbar waren, oder auch Initiativen der ÖVP die Verhandlungen mit oft hanebüchenen Argumenten blockierten. Auch scheute die angeblich konservative ÖVP nicht davor zurück, Positionen der Linksextremen einzunehmen, um die Verhandlungen mit der FPÖ zu Fall zu bringen.

Im Folgenden werden kurz einige Punkte skizziert, die darlegen, welche Positionen die ÖVP vertrat, die alles andere als den Interessen Österreichs entsprechen. Die folgende Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

EU über alles:

- Ein besonders wichtiger Punkt ist die in vielen Fällen absurde Rechtsprechung internationaler Gerichtshöfe, allen voran des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) und des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Ein besonders krasses Beispiel ist ein Urteil des EuGH, wonach allen afghanischen Frauen wegen der Lage in ihrem Heimatland das Asylrecht zustehe. Hier will die ÖVP sämtliche Urteile internationaler Gerichtshöfe übernehmen, mögen ihre Folgen für Österreich auch noch so weitreichend sein. Die FPÖ hingegen bestand in den Koalitionsverhandlungen darauf, dass Entscheidungen internationaler Gerichtshöfe, welche in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten eingreifen, von den heimischen Behörden und Gerichten so restriktiv wie möglich umzusetzen sind. Insbesondere müsse jeder Einzelfall individuell geprüft werden und von der gängigen Praxis, Entscheidungen zu anderen Mitgliedstaaten bereits in vorausweisendem Gehorsam ohne entsprechenden österreichischen gerichtlichen Anlassfall umzusetzen, sei Abstand zu nehmen.

- Angesichts dieser EU-Hörigkeit überrascht es auch nicht, dass sich die ÖVP nicht gegen weitere EU-Schulden stellen will, den digitalen Euro nicht ablehnt, sich in der EU nicht für den Schutz der Grundrechte, gegen weitere Zensurmaßnahmen und nicht für strengere Asyl- und Migrationsgesetze einsetzen will. Auch die Legalisierung der sogenannten „Push-Backs“, also der Zurückweisung illegaler Asyl-Einwanderer an den Außengrenzen der EU, lehnten die Schwarzen bei den Regierungsgesprächen ab.

- Im Gegensatz zur FPÖ wollte sich die ÖVP nicht gegen eine EU-Armee aussprechen.

De-facto-Aus für die Neutralität:

- Im Gegensatz zur FPÖ wollte die ÖVP kein klares Bekenntnis zur Neutralität. Dazu passt, dass sich die ÖVP gegen die Wiederherstellung des Straftatbestands der Neutralitätsgefährdung (§320 StGB) zum Schutz der immerwährenden Neutralität Österreichs durch Ahnung verbotener Unterstützung von Parteien bewaffneter Konflikte ausgesprochen hat.
- Die ÖVP will weiterhin eng mit der NATO zusammenarbeiten und Entwicklungen in Richtung EU-Armee mittragen. Dem gegenüber forderte die FPÖ, dass sich Österreich nur an Auslandseinsätzen unter UN-Mandat; den Ausstieg aus der NATO-Partnerschaft für den Frieden, um die immerwährende Neutralität Österreichs zu unterstreichen.
- Anders als die FPÖ will die ÖVP weiterhin mit der NATO bei Sky Shield kooperieren.

Erfüllungsgehilfen der Linksextremen:

- Im Bereich Linksextremismus gefallen sich die Schwarzen als Handlanger der Grünen und anderer linksextremer Gruppierungen. Denn die ÖVP will weiterhin den Privatverein DÖW Berichte über angeblichen Rechtsextremismus schreiben lassen. Zur Erinnerung: Laut rechtskräftigem Urteil des Oberlandesgerichts Wien darf das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands unter anderem als „kommunistische Tarnorganisation“ und als „Privat-Stasi“ bezeichnet werden. Die Freiheitlichen hingegen fordert die Bekämpfung jeglicher Formen von Extremismus und die Abschaffung des eigenen Rechtsextremismusberichts des DÖW, zumal es ja ohnedies einen Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums gibt. Außerdem weist die FPÖ darauf hin, dass das DÖW kein Amt und keine Behörde ist und seine Berichte deshalb keinen offiziellen Charakter haben, sondern die politische Agitation einer privaten Organisation darstellen.

- Dazu passt, dass die ÖVP bei NGOs weder Transparenz noch Kontrolle will. Die FPÖ hingegen fordert für staatlich geförderte NGOs unter anderem ein verbindliches Transparenz-Register. Hier sei daran erinnert, dass zahlreiche NGOs ein politisches Naheverhältnis zu den Grünen haben.

Einschränkung der Grundrechte:

- Die ÖVP hat an der massiven Einschränkung der Grundrechte während der Corona-Zeit offenkundig Gefallen gefunden. So lehnte sie beispielsweise im Zuge der Regierungsverhandlungen eine ehrliche Aufarbeitung genauso ab wie Entschädigungen für Covid-10-Impfopfer oder Bürger, die durch die Corona-Gesetzgebung Schäden erlitten haben.

- Die ÖVP will es weiter möglich machen, dass patriotischen Vereinen oder alternativen Medien aus politischen Gründen das Bankkonto gekündigt wird. Die FPÖ forderte hingegen die Ausdehnung des Rechts zu einem Bankkonto mit grundlegenden Zahlungsfunktionen auf Unternehmen und juristische Personen.

- Im Gegensatz zur FPÖ wollte die ÖVP keinerlei Stärkung der direkten Demokratie.

- Dafür wollte die ÖVP aber den „Bundestrojaner“ und die Chatkontrolle und damit die totale Überwachung. Die FPÖ hingegen lehnte den „Bundestrojaner“ als Mittel zur Massenüberwachung der Bürger ebenso ab wie die Chatkontrolle. Hier befindet sich die ÖVP einmal mehr voll auf EU-Linie. Denn Brüssel will – unter dem Deckmantel des Schutzes von Kindern vor sexueller Gewalt – die IT-Konzerne zwingen, sämtliche private Chats ihrer Nutzer zu durchforsten. Eine derartige verdachtsunabhängige Massenüberwachung ist mit dem Recht auf Privatsphäre unvereinbar und wird deshalb von den Freiheitlichen abgelehnt.

- Apropos Grundfreiheiten und EU: Die ÖVP lehnte die Forderungen der FPÖ, sich auf EU-Ebene für den Schutz der Grundrechte und gegen weitere Zensurmaßnahmen einzusetzen, ab. Dies

betrifft insbesondere die Ablehnung weiterer EU-Pläne und den Rückbau der bereits getroffenen Vorbereitungsmaßnahmen hin zur bargeldlosen Gesellschaft, das ausdrückliche Bekenntnis zum Bargeld, den Rückbau des Digital Service Act und die klare Ablehnung von Zensur- und Überwachungsgesetzgebungen.

Kuscheln mit Islamisten:

- Während sich die ÖVP im politischen Tagesgeschäft und vor allem in Wahlkampfzeiten häufig als Bollwerk gegen islamistische Bestrebungen zu positionieren versucht, war bei den Regierungsverhandlungen das genaue Gegenteil der Fall. Denn die ÖVP wollte kein Verbotsgesetz gegen den politischen Islam.

- Die FPÖ forderte hingegen ein Verbotsgesetz gegen den politischen Islam, welches unter anderem das sofortige Abstellen von Schariaräten, Ältestenräten sowie islamischen „Sittenwächtern“ bedeutet hätte, die das islamische Recht über die österreichische Verfassung stellen und damit einen Angriff auf den Rechtsstaat darstellen. Nach dem Willen der FPÖ sollten solche Personen aus verfassungsfeindlich definiert und als Gefährder klassifiziert werden.

Darüber hinaus forderte die FPÖ – was die ÖVP offenkundig nicht wollte – die verstärkte Überwachung von Moscheen und islamischen Schulen, da diese als Rekrutierungsorte für extremistische Strömungen dienen, sowie eine Evaluierung und Überprüfung sämtlicher Förderungen und Subventionen für islamische Religionsgemeinschaften und religionsnahe Einrichtungen.

Österreich bleibt Asyl-Paradies:

- Anders als die FPÖ lehnte die ÖVP einen Stopp der Asyl-Zuwanderung ab. Insbesondere sprach sich die FPÖ dafür aus, die Asyl-Zuwanderung durch Notgesetz auszusetzen, was nach § 36 Asylgesetz bereits jetzt im Einklang mit EU-rechtlichen Regelungen (Art. 72 AEUV, Art. 4 Abs. 2 EUV) zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, des Schutzes der inneren Sicherheit und des

wesentlicher staatlicher Systeme – zu denken ist hier insbesondere an den Bildungs-, das Gesundheits- und das Sozialsystem – möglich ist.

- Die ÖVP sperrte sich gegen konsequente Regelungen zur Verhinderung von Asylmissbrauch. Hier forderten die Freiheitlichen Beschränkungen des Rechtsanspruchs auf Aufnahme zum Zweck des Asylverfahrens auf Personen, die nachweislich unmittelbar und konkret bedroht sind. Damit würde ein „automatischer“ subsidiärer Schutz wegfallen. Zur Information: Laut Innenministerium wurde im Jahr 2023 8.222 Personen „subsidiärer Schutz“ gewährt. Das heißt, dass ihr Asylantrag abgelehnt wurde, sie aber wegen angeblich in ihrem Heimatland drohender unmenschlicher oder erniedrigender Behandlungen nicht dorthin abgeschoben werden können.

- Auch forderte die FPÖ den Anspruch von Asyl und einen sonstigen Schutzstatus nur bei eindeutig nachgewiesener Identität und Staatsangehörigkeit.

- Im Jahr 2015 wurden in Österreich rund 89.000 Asylanträge gestellt, und vielen wurde in der Folge auch der Status eines Asylberechtigten zuerkannt. Nach geltendem Recht kann nach zehnjährigem rechtmäßigem Aufenthalt in Österreich und Vorliegen weiterer Voraussetzungen ein Einbürgerungsantrag gestellt werden, was auf zahlreiche der Asyl-Einwanderer von 2015 zutrifft. Daher forderte die FPÖ die Anhebung der Anforderungen und der Wartefristen auf die Staatsbürgerschaft, konkret eine einheitlich lange Dauer von 30 Jahren. Außerdem lehnte die FPÖ eine Staatsbürgerschaft für Asylberechtigte ab, da Asyl als Schutz auf Zeit nicht die Grundlage für den Erwerb der Staatsbürgerschaft bilden kann. Die ÖVP wollte von alledem nichts wissen.

- Ebenso lehnte die ÖVP die FPÖ-Förderung nach Einführung einer eigenen Sozialversicherung für Asylwerber und Asylberechtigte ab. Die solcherart Versicherten könnten unter anderem das volle Leistungsprogramm erst nach zehn Jahren im Versiche-

runssystem in Anspruch nehmen, wobei für Kinder bis 15 Jahren Ausnahmen vorgesehen sind.

Weiterhin linke Indoktrinierung an den Schulen:

- Im Bereich Bildung zeigt sich eindrucksvoll, was von der ÖVP-Selbstdarstellung als „christdemokratischer Partei“ zu halten ist. In den Regierungsverhandlungen wollte die ÖVP kein klares Bekenntnis zum Schutz vor Frühsexualisierung abgeben. Die FPÖ verlangte hingegen die Verankerung klarer, altersgerechter Erziehungsziele im elementarpädagogischen Bereich, insbesondere die Vermeidung der Frühsexualisierung von Kindern, um Verunsicherungen der Kinder in Bezug auf ihr Geschlecht zu verhindern.

- Auch verweigerte die ÖVP ein klares Bekenntnis gegen Gendersprache im Unterricht. Die FPÖ hingegen kämpft seit vielen Jahren für die Verständlichkeit von Sprache und Text. Das bedeutet, dass in allen schriftlichen Ausarbeitungen, im Schriftverkehr sowie in den Schulmaterialien die geschlechtergerechte Schreibung gemäß den Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung einzuhalten sind, was wiederum den Verzicht auf die Verwendung von Genderzeichen, Binnenzeichen und ähnlichem bedeutet.

- Auch verweigerte die ÖVP ein klares Bekenntnis gegen ideologische Einflüsse an den Schulen. Die FPÖ hingegen will ideologische Einflüsse an allen Bildungseinrichtungen minimieren und den Fokus auf eine faktenbasierte Bildung legen.

Medien sollen regierungstreu sein:

- Während der Corona-Zeit zeigte sich für die damalige türkis-grüne Bundesregierung, wie wichtig systemtreue Medien sind. Anscheinend auf den Geschmack gekommen, will die ÖVP daran nicht ändern, wie bei den Koalitionsverhandlungen deutlich wurde. So lehnte die ÖVP eine Modernisierung des ORF einschließlich der Abschaffung der sogenannten Haushaltsabgabe ab.

- Auch lehnte die ÖVP eine Reform der Medienförderung und insbesondere ein Abgehen von der ideologisch-politisch bestimmten Vergabe von Förderungen durch das Qualitätsjournalismusgesetz ab. Die FPÖ hingegen verlangte eine moderne Medienförderung, was bedeutet, dass die bestehende Förderstruktur in eine Medienförderung umgewandelt wird, die nach klaren, transparenten Kriterien vergeben wird.

- Auch lehnte die ÖVP eine Transparenz und Gleichberechtigung der Medien bei der Vergabe von Regierungsinseraten ab. Die FPÖ hingegen sprach sich gegen die Vergabe von Inseraten an extremistische Medien aus, die durch Strafrechtsverstöße oder Gewaltaufrufe negativ auffallen. Ein weiteres Anliegen der Freiheitlichen im Medienbereich ist Transparenz bei der Inseratenvergabe. Dazu zählt insbesondere die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Vergabe von Inseraten mit dem Ziel, dass jedes die Grundvoraussetzungen erfüllende Medium das Anrecht hat – anteilig an seiner Reichweite – Inserate zu schalten.

Asozial im Sozialbereich:

- In den Regierungsverhandlungen sprach sich die ÖVP gegen abschlagsfreie Pensionen nach 45 Beitragsjahren aus. Die FPÖ hingegen betonte: 45 Jahre sind genug, daher abschlagsfreie Pensionen nach 45 Beitragsjahren.

- Die ÖVP trat dafür ein, den Zugang zur Sozialhilfe – auch für Österreicher – massiv einzuschränken und die Abwicklung dem AMS zu übergeben. Die FPÖ forderte hingegen, dass die volle Sozialhilfe erst ab entsprechenden Beschäftigungszeiten in Österreich schlagend werden soll und deshalb bis zur Erfüllung der Anwartschaft nur 50 Prozent der Leistung gebühren. Außerdem müssten Auszahlung, Sperre, Vermittlung und Schulung vereinheitlicht werden.

- Die ÖVP sträubte sich gegen jede Reform der Sozialversicherung und insbesondere gegen jede Besserbehandlung von Öster-

reichern. Hier ist unter anderem die von der FPÖ verlangte eigene Sozialversicherung für Asylwerber und Asylberechtigte zu nennen.

Förderung der Einwanderung:

- Im Wahlkampf präsentierte sich die ÖVP in Sachen Migration als Hardliner. Davon war in den Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ nichts mehr zu merken, denn die Volkspartei wollte die Zuwanderung über die Rot-Weiß-Rot-Karte massiv ausweiten, etwa durch Senkung der Gehaltsgrenzen oder durch Ausweitung der Rot-Weiß-Rot-Karte auf den Bereich der Arbeitskräfteüberlassung. Die FPÖ verlangte dagegen das Zurückfahren der Kontingente der Rot-Weiß-Rot-Karte auf den Stand von 2019.

Schlecht für den Wirtschaftsstandort:

- Die selbsternannte „Wirtschaftspartei“ ÖVP war in den Koalitionsverhandlungen gegen eine Steuersenkung für Kleinstunternehmer. Die FPÖ hatte einen Steuerfreibetrag bzw. eine Reduktion der Körperschaftssteuer auf zehn Prozent für operative Kleinst-GmbHs (max. 350.000 Euro Bilanzsumme, max. 700.000 Euro Umsatzerlöse und im Jahresschnitt nicht mehr als zehn Arbeitnehmer, wobei zwei dieser drei Merkmale nicht überschritten werden dürfen).

- Die ÖVP will kein Ende der Zwangsmitgliedschaft und keine Reduktion der Beiträge für die Wirtschaftskammer. Die FPÖ dagegen forderte die Möglichkeit eines Austritts aus Wirtschafts-, Arbeiter- und Landwirtschaftskammer.

- Die ÖVP ist für die Beibehaltung der CO₂-Steuer.

Kein Wählerverrat

Kickl hat nicht in den sauren Apfel der ÖVP gebissen

VON FRIEDRICH-WILHELM MOEWE

Wer an einem Mittwoch Mitte Februar zur „Prime Time“ ORF 2 einschaltete, bekam statt des „Bergdoktor“ eine ZIB Spezial zu sehen, in der FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl damals erstmals ausführlich Stellung zu den abgebrochenen Regierungsverhandlungen mit der ÖVP nehmen konnte. Kickl betonte einmal mehr, dass es ihm nicht darum gegangen sei, irgendein Amt innezuhaben, vielleicht Bundeskanzler zu werden, der erste freiheitliche Bundeskanzler zu sein. „Nein“, so Kickl, „daran habe ich keine Sekunde gedacht“. Wäre es ihm nur darum gegangen, hätte er in den vergangenen Wochen jede Gelegenheit gehabt, dies zu erreichen.

„Ich hätte nur die Wählerinnen und Wähler verraten müssen. Ich hätte nur unsere Wahlversprechen vergessen müssen. Ich hätte nur mir selbst und meinen Prinzipien untreu werden müssen. Ich hätte es also nur so machen müssen, wie es leider zu viele andere vor mir in ähnlichen Situationen schon gemacht haben“, argumentierte der freiheitliche Parteichef. Aber dazu sei er, Kickl, nicht bereit. Sein Zugang sei ein anderer gewesen. Wenn es nicht möglich sei, den Willen der Bevölkerung umzusetzen und das in einer Koalition nicht machbar sei, sei der Kanzler nichts wert.

Kickl sagte, er habe es zuerst gar nicht ernst genommen, als die ÖVP mit der Forderung gekommen sei, dass die Ressorts Äußeres,

Inneres, Finanzen, Wirtschaft und Landwirtschaft für sie unverhandelbar seien, später sei auch noch die Landesverteidigung dazugekommen. Also genau jene Ministerien, die die ÖVP in der Koalition mit den Grünen auch innegehabt hätten. Nach deren Vorstellungen sollte ein freiheitliches Bundeskanzleramt auch noch die EU-Zuständigkeit verlieren, die Ex-ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz dort installiert hatte. Ihm gegenüber habe die ÖVP behauptet, dass es der Wunsch des Bundespräsidenten wäre, dass die FPÖ keines der Sicherheitsministerien, also Inneres und Landesverteidigung, haben darf.

Ihm gegenüber habe das Alexander Van der Bellen in vielen Gesprächsrunden aber nie gesagt. Sonst hätte er, Kickl, den Regierungsbildungsauftrag gar nicht angenommen. „Ich frage Sie: Hat das etwas mit Augenhöhe, hat das etwas mit Fairness zu tun? Hat das etwas mit dem Wahlergebnis vom letzten September zu tun?“, so Kickl vor der bis auf den letzten Platz versammelten Presse im FPÖ-Medienzentrum.

Die FPÖ habe laut Kickl viele Kompromissvorschläge gemacht. Im Finanzministerium sollte jenes FPÖ-Team an der Spitze arbeiten, das im besten Einvernehmen mit der ÖVP bereits den Sanierungspfad für das Budget gegenüber der EU ausverhandelt hat. Er habe weiters die Bereitschaft erklärt, die EU-Agenden aus dem Bundeskanzleramt herauszulösen und ins Außenministerium, also wieder zur ÖVP, zu geben. Was man aber nicht der ÖVP überlassen wollte, sei das Innenministerium gewesen, „weil dort unsere Kernkompetenz Sicherheit, Asyl und Migration abgebildet ist“. Immerhin hätte die ÖVP über Jahrzehnte hin Finanz und Innenresort geführt – mit den bekannten Ergebnissen des Asyl- und Budget-Desasters.

Die Freiheitlichen hätten ehrlich um ihre Inhalte und Positionen gekämpft, die sie im Wahlkampf propagiert hätten und sich nicht ihren Wählern gegenüber verbogen. Von der Corona-Aufarbeitung über die Abschaffung der ORF-Gebühren, die Frage der Neutralität,

einen selbstbewussten Kurs gegenüber Brüssel, für einen strengeren Asylkurs Marke „Festung Österreich“ und vieles mehr.

Kickl meinte, er fürchte, dass sich nun die anderen Parteien zusammenhängen würden, um mit aller Kraft Neuwahlen zu verhindern und damit einen Erfolg der FPÖ. Vielleicht gehe das einige Zeit gut. Österreich werde in dieser Zeit weiter Schaden nehmen. Und wenn dann Neuwahlen kommen würden, appelliere er an die Bevölkerung: „Bitte, liebe Österreicherinnen und Österreicher, schaffen Sie klare Verhältnisse. Damit sie doch noch kommen, die guten Jahre mit einem freiheitlichen Volkskanzler.“

Im einem Gespräch mit dem Bundespräsidenten habe er, Kickl, ihm seine Meinung zum Ausdruck gebracht, dass es gut an der Zeit wäre, wenn auch er als Staatsoberhaupt jetzt die Variante einer raschen Neuwahl unterstützen würde.

Die Latte liegt niedrig wie nie zuvor

INTERVIEW MIT WOLFGANG BACHMAYER

Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer (OGM) über die neue schwarz-rot-pinke Bundesregierung



Bild: OGM

Wir sind jetzt mit der Zuckerl-Koalition wieder dort angelangt, wo wir nach der ersten Beauftragung des Bundespräsidenten vor rund einem halben Jahr bereits waren. Müssen das die Österreicher nicht gerade so empfinden, als ob wir es hier mit der oft zitierten Bananenrepublik zu tun hätten?

Wolfgang Bachmayer: Ja, natürlich ist da vielen Menschen im Land der Geduldsfaden gerissen. Auch wenn wir über unsere Grenzen hinausblicken, sehen wir, dass es überall turbulent zugeht. Die Grundfrage wird aber sein, ob es der neuen Koalition gelingt, sich an die ganz großen Probleme heranzuwagen, nämlich Budgetsanierung, Schuldenabbau, Wachstum bei Wirtschaft und Beschäftigung nicht nur im öffentlichen Bereich, Asyl und Integration, überfällige Reformen bei Pensions- und Gesundheitssystem, Bildung und nicht zuletzt Zurückdrängen der überbordenden Bürokratie und Regulierungen.

Das ist schon eine lange Liste von Notwendigkeiten, und da habe ich noch gar nicht von einer Reform des Sozialsystems, Föderalismus und Förderungen gesprochen.

Warten wir mal ab.

Neu ist allerdings der designierte ÖVP-Obmann und jetzige Bundeskanzler Stocker, der nach einem Zwischenspiel mit der FPÖ wieder in seine

Fußstapfen zurückgekehrt ist. Nach der ursprünglichen 180-Grad-Wendung kam es noch einmal zu einer solchen. Was wird von so einer Haltung außerhalb Österreichs, z.B.: in der EU, bei den anderen Staats- und Regierungschefs davon gehalten?

Bachmayer: Da muss ich sagen, dass Stocker kein Einzelfall ist, wir müssen da nur nach Deutschland schauen, was z.B. vor der Wahl an Budgetsanierung versprochen wurde und wie nun das größte Schuldenpaket der Geschichte beschlossen wurde.

Der legendäre deutsche Bundeskanzler Adenauer hat auch einmal mehrere seiner Versprechen vergessen bzw. gebrochen und darauf angesprochen soll er gesagt haben: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“ Noch nie war ein Politiker ehrlicher als damals Adenauer. So gesehen ist Christian Stocker in guter Gesellschaft.

Glaukt man den Umfragen, so haben sowohl die Obmannschaft, als auch die Bildung der Regierung dem neuen Bundeskanzler kaum Steigerungen seiner Persönlichkeitswerte gebracht. Inwieweit kann sich die ÖVP so etwas leisten? Erfahrungsgemäß geht es nach einiger Zeit noch weiter hinunter. Und das bei dem akuten Budget- und Schuldenproblem, das zwangsläufig noch zu unerfreulichen Regelungen führen wird!

Bachmayer: Dass die ÖVP und Kanzler Stocker in den Umfragen nicht zulegen konnte, war angesichts der Monate davor nicht überraschend. Aber im Moment hat die Regierung bei den Medien einen gewissen Honeymoon, die neuen Mitglieder dürfen sich den Medien präsentieren, die völlig wahlkampflose Wien-Wahl steht vor der Tür und wird keinen Umsturz bringen, von Streit zwischen den Partnern oder insbesondere innerhalb der Parteien (SPÖ!) ist bis jetzt nichts zu hören, daher erwarte ich eher freundlichere Umfragen für die Regierung. Das kann über den Sommer hinaus halten, dann kommen aber die Mühen der Ebene. Ich sage oft scherzhaft zu einer Dreier-Koalition: „Es ist schon im privaten Alltagsleben zu zweit in einer Partnerschaft nicht immer einfach – wieso haben wir dann etwa 50% Scheidungsquote? -, mit einer dritten Person dabei

wird es meist unmöglich. Wieso soll ein „Dreier“ in der Politik dann besser funktionieren?“ Schauen Sie doch nach Deutschland!

So wie sich die Situation in den ersten Wochen der neuen Regierung darstellt, scheint nicht wirklich viel Neues weiterzugehen. Selbst die mit der FPÖ vereinbarte und auch nach Brüssel abgeschickte Sparvariante zur Verhinderung eines Defizitverfahrens scheint nun wieder zu wackeln. Ja, der neue Finanzminister Marterbauer von der SPÖ wäre darüber gar nicht einmal betrübt. Ist eine Koalition mit der SPÖ mit diesen widerstrebenden Vorstellungen für die ÖVP überhaupt auf Dauer möglich?

Bachmayer: Sebastian Kurz hat seinerzeit die Koalition mit den Grünen als „das Beste aus zwei Welten“ vorgestellt. Dass das nicht immer das Beste war, haben wir ja gesehen. Daher meine Fragen: Wird das nun das Beste aus drei Welten? Oder noch zugespitzter: das Beste aus vier Welten? Weil da sind ja eigentlich zwei SPÖs in der Regierung, die linke Babler-SPÖ und der pragmatische Wiener Flügel, zu dem man auch die Gewerkschaft rechnen könnte. Und die Situation ist wirklich skurril: Eine vierte SPÖ mit Doskozil agiert eher als Opposition, dafür stützen die Grünen aus der Opposition die Regierung.

Wie schwierig eine Koalition in der Dreiervariante ist, zeigt auch die Regierungsliste. Wir haben jetzt mit den Staatssekretären 21 Personen in der Regierung. Mit der FPÖ wären es lediglich 15 gewesen. Die Lächerlichkeit mit der zu kleinen Regierungsbank spiegelt eigentlich die Skurrilität wider, der sich die Österreicher aussetzen müssen, wenn sie selbst dazu angehalten sind, an allen möglichen Orten zu sparen?

Bachmayer: Ja, die Bilder von der Regierungsbank erinnern etwas an frühere Juxbewerbe, wie viele Menschen in einen VW-Käfer oder eine Telefonhütte passen. Das ist eben das altbekannte Gerangel um Posten und der Kompromiss, wie er seit Generationen in Österreich gelebt wird: „Gibst Du mir, geb ich Dir“. Aber es geht ja nicht nur um die Personen, die sich auf der Regierungsbank zusammenquetschen. Ob das damit verbundene Hin- und Hergeschiebe und die Teilung von Ressortkompetenzen der Politik gut tut, könn-

te ja auch hinterfragt werden. Ein Außenministerium ohne EU-Agenden, dafür aber mit einem Staatssekretär für Deregulierung ist ja so ein Gustostückerl.

Eine oft kritisierte Rolle im Zusammenhang mit der Regierungsbildung spielte auch der Bundespräsident. Die verfassungsmäßige Ermächtigung, einzelne Minister ablehnen zu können, dürfte wohl auf den Zeitraum zurückgehen, in der unsere Verfassung von Kelsen geschrieben wurde. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg dürfte er dabei den Österreichern entgegengekommen sein, die Jahrhunderte lang einen absoluten Herrscher, den Monarchen, an der Spitze gewohnt waren. Wäre es nicht langsam an der Zeit, diesbezüglich verfassungsmäßige Änderungen durchzuführen?

Bachmayer: Das Ansehen des Bundespräsidenten hat zuletzt sicher gelitten, aber die Menschen im Lande wollen eine Person an der Spitze, auch wenn diese oft etwas spöttisch als „Ersatzkaiser“ oder „Staatsnotar“ bezeichnet wird.

Generell ist zu hinterfragen, ob wir nicht auf einen eigens vom Volk gewählten Bundespräsidenten verzichten könnten. Die Nationalratspräsidenten könnten diese Funktion durchaus auch ausüben. Sie sind als Abgeordnete auch direkt vom Volk gewählt und überdies noch vom Nationalrat bestellt. Und die Aufgabe zu dritt zu bewältigen, ist gewiss auch einfacher?

Bachmayer: Ich bin nicht sicher, ob das was bringt, das würde nur die Diskussionen über die Unabhängigkeit des Staatsoberhauptes erneut befeuern. Man sieht ja aktuell, wie der Nationalratspräsident durch den Kakao gezogen wird.

Auch in der Schweiz, deren Vorbild wir uns ja laut Neutralitätsgesetz zu nehmen haben, gibt es eine viel einfachere Lösung mit der Verantwortung der Minister. Darüber hinaus kommt sie mit erheblich weniger, mit insgesamt sieben Regierungsbeamten aus. Sie ist von ähnlicher Größe wie Österreich und steht wirtschaftlich gesehen erheblich besser da. Wären nicht gerade die Zeiten der exorbitanten Teuerungen dafür geeignet, auch in Österreich diesbezüglich den Rotstift anzusetzen? Zehn Minister und 100 Abgeordnete würden es wohl auch tun?

Bachmayer: Die Schweiz wird seit Jahrzehnten in vielerlei Hinsicht aus gutem Grund als Vorbild bezeichnet, Österreich sollte aber auch mehr nach Dänemark schauen mit einer Politik bei Migration/Integration, Budget-, Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik, wo wir uns manches abkupfern könnten. Zur Überraschung aller ist es aber sozialdemokratisch geführt. Man muss nur einfach die ideologischen Scheuklappen ablegen, den Kopf aus dem Sand ziehen und Politik für die Menschen machen jenseits von Dogmen.

Eigenartig mutet die Haltung der Wirtschaft bei der Regierungsbildung an. Während die Industriellenvereinigung mit Knill an der Spitze nach wie vor gegen die aktuelle, gegen die Zuckerl-Koalition wettet, schimpft Mahrer, der ursprünglich auch die blau-schwarze Koalition befürwortet hatte, nun massiv gegen die FPÖ und deren Obmann Herbert Kickl, dem er Machtgier vorwirft. Was ist davon zu halten?

Bachmayer: Zu dieser Frage möchte ich nichts sagen, ich will objektiv und äquidistant bleiben und das nicht beurteilen. Das überlasse ich lieber den Presseabteilungen der Parteien bzw. Organisationen.

Überhaupt scheinen die Wechsel der ÖVP bei der Koalitionsbildung einigermaßen absonderlich. Man könnte meinen, dass es sich nach der Kehrtwendung von Stocker hin zur FPÖ um reine Scheinverhandlungen gehandelt hat. Wichtig für die ÖVP war die Abwendung des Defizitverfahrens, was so schnell mit der SPÖ nicht gegangen wäre. Darüber hinaus ist bei einem vernunftorientierten, klar abwägenden und planenden Rechtsanwalt nicht zu erwarten, dass er sich in eine Vizekanzler-Position begeben würde, wenn er in einer anderen Zusammensetzung selbst Kanzler werden kann?

Bachmayer: Ohne Frage ist die Kanzlerschaft die große Trophäe. Ob die ÖVP als eindeutig stimmenstärkste Regierungspartei dafür gleich Kernressorts wie Finanz, Wirtschaft, Äußeres und Unterricht den kleineren Partnern überlassen musste, ist eine andere Frage.

Wie schätzen Sie die Situation ein? Wird diese aktuelle Regierung noch auf Touren kommen und längere Zeit in Österreich Bestand haben?

Bachmayer: Die Chance dieser Regierung liegt darin, dass die Latte so niedrig liegt wie noch nie zuvor und laut Umfragen eine Mehrheit an frühere Wahlen glaubt. Wenn ihr zumindest ein paar kleinere Erfolge gelingen, könnte sie sich länger halten als erwartet. Da wird es aber nicht genügen wie bei der Regierungsklausur vor wenigen Tagen, die Medien und Wählerschaft mit ein paar Überschriften und schon x-mal gehörten Phrasen abzuspeisen.

Das Gespräch führte Walter Tributsch

Die Grundstimmung in Österreich ist schlecht wie noch nie!

INTERVIEW MIT WERNER BEUTELMEYER

Meinungsforscher Werner Beutelmeyer (Market) über die verschiedenen Fasen der Regierungsverhandlungen



Bild: Market

Wir sind in Österreich bei der Regierungsbildung nun wieder dort angelangt, wo wir begonnen haben, bei einer Zuckerlkoalition. Wie fassen diese Vorgangsweise die Österreicher auf?

Werner Beutelmeyer: Die Grundstimmung in Österreich ist schlecht wie noch nie. Wir haben in der Wirtschaft ein veritables Problem. Vor diesem Hintergrund fordert Österreich natürlich ein, dass die Politik handlungsfähig ist, dass eine Regierung vorhanden ist, die das Land aus der Krise herausführen kann. Die Bewertungen, wie zufrieden man mit den Regierungsverhandlungen ist, sind desaströs.

Gibt es da auch Zahlen?

Beutelmeyer: Siebzig Prozent der Österreicher sagen: ich bin unzufrieden, wie das läuft, da geht nichts weiter, man geht die anstehenden Probleme nicht an. Insgesamt gesehen gab es noch nie einen Februar mit so schlechten Werten. Wir wissen auch heute nicht, wie das mit den NEOS weitergehen soll, da gibt es bekanntlich noch die Mitgliederbefragung am kommenden Wochenende. Wir haben also maximale Unsicherheit in einem höchst turbulenten Wirtschaftsumfeld und diese Unsicherheit wird noch gesteigert im politischen Umfeld. Man schaue sich nur an, was mit der Ukraine passiert, da ist ganz Europa, nicht nur Österreich, gewaltig

unter Druck. Obwohl die NEOS nicht gerade die Stärksten sind in diesem Land, in der Bundesrepublik sind die Liberalen ja aus dem Parlament geflogen, hat man ihnen zwei wichtige Ministerien angeboten, wenn sie in die Koalition kommen. Hatte das die Mitglieder positiv beeinflusst bei der Abstimmung?

Ich glaube, das war sogar der Hintergedanke bei der Bitte um die Koalitionsteilnahme. Die NEOS sind ja angetreten als Reformpartei, als Veränderungspartei. Bei zwei schwachen Figuren, Stocker wird ganz schlecht beurteilt bei seinen Persönlichkeitswerten, Andreas Babler ohnehin genauso, könnte man also durchaus sagen, Beate Meinl-Reisinger ist noch die Lichtgestalt in diesem Triumvirat. Und das, obwohl sie nur eine Randgruppe mit geringem Wählerpotenzial vertritt. Die Gefahr besteht natürlich, dass es die NEOS zerreißen könnte, wenn wieder nichts herauskommen sollte, bei den Regierungsverhandlungen. Sie sind mit einem ganz anderen Anspruch angetreten, es ging darum, Österreich zu reformieren und es wieder wettbewerbsfähig zu machen. Ob das gelingen kann, ist derzeit mehr als fraglich.

Stocker, mit seinen katastrophalen Werten, hat in erster Linie mit seiner 180-Grad-Wende zu kämpfen. Gerüchten zufolge soll Stocker von allem Anfang an gar keine Koalition mit den Freiheitlichen geplant haben. Er soll Scheinverhandlungen geführt haben, um im zweiten Schritt dann selbst Bundeskanzler zu werden.

Beutelmeyer: Dazu muss man sagen, dass seitens der ÖVP, wenn man sich die Inhalte anschaut oder die Ministeriumsliste, die Latte für die FPÖ sehr hochgelegt wurde, um es ihr fast unmöglich zu machen, diesem zustimmen. Möglicherweise handelt es sich hierbei um Kalkül. Spannend aber, das glaube ich, wird die Personalfrage sein. Wenn mit Stocker weitergemacht wird, hat die ÖVP ein echtes Problem.

Was ebenfalls verdächtig erscheint, ist das Faktum, dass die ÖVP so massiv um das Innenministerium gekämpft hat. Mit der FPÖ, aber auch jetzt, haben sie sich offenbar mit bescheidenen Ministeriumswünschen zu-

friedengegeben, nur um das Innenministerium behalten zu können. Müssen wir da nicht ÖVP-Leichen im Keller vermuten?

Beutelmeyer: Die Optik ist verdächtig, möglicherweise schlummern da Leichen. Das Kämpfen um dieses Ministerium ist nicht normal. Möglicherweise lauert mit der Affäre Pilnacek hier der nächste Skandal.

Interessanterweise hat Österreich im Wahlkampf der Deutschlandwahl eine relativ große Rolle gespielt. Der Hinweis auf österreichische Verhältnisse, die die „rechtsextreme“ FPÖ zur stärksten Partei machten, wurde als abschreckendes Beispiel hingestellt. Gab es da tatsächlich einen Einfluss auf die Wahl in der BRD?

Beutelmeyer: Die Deutschen hätten lernen können. Ich fürchte aber, dass Merz das idente Programm wie die ÖVP bei uns fährt. Auch sie begehen den „Brandmauerfehler“, die Verweigerung, mit der AfD zu reden, ist nicht angebracht. Man sollte zumindest über Inhalte mit der AfD reden, zum Beispiel über das Thema Europa oder das Thema Russland. Man wird da wahrscheinlich gar nicht so weit auseinanderliegen. Eine AfD auszugrenzen, beschwört geradezu eine fatale Situation herauf. Ich glaube in diesem Fall sogar an ein Kopf-an-Kopf-Rennen der Union mit der AfD, wobei die AfD dabei durchaus vorne sein kann. Macht Merz da die Türe endgültig zu, ist das ein großer strategischer Fehler.

Bisher war Deutschland als stärkstes Land in Europa ganz an den USA orientiert. Nun scheint alles anders zu sein. Trump hat der AfD ganz herzlich zu ihrem Erfolg gratuliert, und Elon Musk, sein starker Mann, hat sich bis zuletzt ins Zeug gelegt, um der AfD zu helfen, was kommt da auf Europa zu?

Beutelmeyer: Zuerst einmal muss man sagen, dass die AfD mit und ohne Musk diesen furiosen Sieg eingefahren hätte. Diese Wahlhilfe war also nicht so entscheidend. Europa aber befindet sich in einer Zange. Da haben wir einen Ganoven im Kreml sitzen und einen im Weißen Haus. Ich sehe die beiden gar nicht so weit in ihrer Haltung auseinander. Beide üben Druck auf Europa aus und möch-

ten, dass die EU nach ihrer Pfeife tanzt. Es liegt aber eigentlich an uns. Wir müssen selbstbewusster werden, endlich erkennen, wie gigantisch der Markt ist. Da hat auch die FPÖ ein gewisses Lernpotenzial. Es wird nur mit einem starken Europa funktionieren und es wird auch letzten Endes auf eine europäische Armee hinauslaufen. Mit unserer Neutralität schaut es schlecht aus, wenn andere Mächte Begehrlichkeiten entwickeln. Es wird in nächster Zeit keinerlei Unterstützung von Washington geben, und bei Putin wissen wir auch, wohin sich das entwickeln soll. Der hat ebenfalls Gelüste in Richtung Europa.

Eine letzte Frage, die im Lesen des Kaffeesuds angesiedelt ist. Sieht man sich die Ergebnisse und die Verhandlungen zur Regierungsbildung an, inwieweit haben diese neuen Regierungen Bestand oder handelt es sich um solche auf vorzeitigem Abruf?

Beutelmeyer: Ich glaube, dass aufgrund der enormen Spannungen, die bereits jetzt vorhanden sind, diese Regierungen kaum Bestand haben werden. Wir müssen auch damit rechnen, dass es auch heuer nicht zu einem Aufschwung kommen wird. Es wird eher Turbulenzen geben. Politische Instabilität ist das Programm der Zukunft. Ich glaube, dass die Regierung in Deutschland eine toxische Mischung sein wird, und auch in Österreich ist es die Frage, inwieweit die SPÖ Andreas Babler im Griff hat. Was wir haben, ist im besten Fall eine Angelegenheit des Stillstandes, wahrscheinlich aber sogar des Rückschritts.

Das Gespräch führte Walter Tributsch

FPÖ-Bundesparteibmann Herbert Kickl zur Zurücklegung des Regierungsbildungsauftrags

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Österreicherinnen und Österreicher!*

Ich habe eine ganz klare Richtlinie, eine ganz klare Richtschnur für meine politische Tätigkeit. Und der werde ich immer treu bleiben. Sie lautet: Eine Führungsposition auszufüllen und Verantwortung zu übernehmen, heißt vor allem eines: mutig Entscheidungen zu treffen.

Und das gilt natürlich auch gerade dann, wenn es nicht leichtfällt. Genau das habe ich heute getan. Ich war heute am Nachmittag beim Bundespräsidenten. Ich habe ihn in einem persönlichen Gespräch darüber informiert, dass es trotz intensiver Bemühungen nicht möglich gewesen ist, eine Einigung mit der ÖVP in ganz zentralen Fragen für die Gestaltung einer guten Zukunft unserer Heimat Österreich zu finden.

Ich habe dem Bundespräsidenten mitgeteilt, dass ich daher konsequenterweise den Regierungsbildungsauftrag zurücklege. Ich habe mich beim Bundespräsidenten dafür bedankt, dass wir in den letzten Wochen, obwohl wir in vielen Bereichen ganz unterschiedliche ideologische Zugänge haben, trotzdem eine vertrauensvolle Gesprächsbasis zueinander gehabt haben. Und ich habe in diesem Gespräch auch meine Meinung zum Ausdruck gebracht, dass es



Bild: Alois Endl

gut und an der Zeit wäre, wenn auch vielleicht das Staatsapparat jetzt die Variante einer raschen Neuwahl befürworten und unterstützen würde.

Meine Damen und Herren!

Seit den Wahlen am 29. September des Vorjahres sind jetzt fast 140 Tage vergangen – 140 Tage der Regierungsbildungsversuche. Eine sehr lange Zeit. Für 37 Tage davon übernehme ich die volle Verantwortung. Die anderen mehr als hundert Tage haben die anderen Parteien zu verantworten, auch wenn es jetzt so aussieht, als ob sich die Beteiligten daran nicht mehr erinnern können. 37 Tage war also die Zeit, in der wir auf verschiedenen Ebenen des Verhandeln alles versucht haben, um unser Wahlversprechen einzulösen, gute Jahre für Österreich zu bringen.

Wenn aber dann ein Punkt erreicht ist, an den man erkennen muss, nach eingehender Prüfung, dass dieses Projekt mit dem Verhandlungspartner nicht umzusetzen ist, dann sehe ich es als meine Verantwortung, diesen Prozess auch rasch zu beenden, anstatt ihn weiter künstlich in die Länge zu ziehen, nur aus Furcht davor, vielleicht als Erster von einem Verhandlungstisch aufzustehen. Also den Mut zu haben, auch ein Ende zu machen, wenn es nicht geht, das ist für uns Freiheitliche und für mich persönlich auch ein Aspekt der ehrlichen Politik und des ehrlichen Verhandeln, von dem ich immer gesprochen habe. So habe ich es von anderen eingefordert, und damit ist es selbstverständlich, dass ich es genauso selbst lebe.

Meine Damen und Herren!

Ich bin der festen Überzeugung, dass es jetzt klare Verhältnisse braucht, eine klare politische Kräfteverteilung. Klare Verhältnisse für einen klaren Kurs, anstatt eines offenkundigen politischen Patts, mit dem wir gegenwärtig konfrontiert sind und das dann immer darauf hinausläuft, dass es ein „Weiter wie bisher“ gibt.

Aber dieses „Weiter wie bisher“, dieses fortgesetzte Macht- und Besitzstandsdenken, dieses „Das war immer schon so und deshalb

muss es immer weiter so sein“, das halte ich für eine völlig untaugliche Zukunftsstrategie. Ich denke, dass es gerade in diesen bewegten Zeiten in Europa und der ganzen Welt eine klare neue Zielrichtung, eine neue Dynamik, einen ganz deutlichen und neuen Impuls zu einer Veränderung im Sinne eines Eintritts in eine bessere Zukunft, in eine neue Ära der Freiheit, der Sicherheit, des Friedens und des Wohlstands braucht.

Die guten Jahre, von denen wir immer gesprochen haben im Wahlkampf, können nur kommen, wenn sich Grundlegendes ändert: In Sachen Sicherheit, Asyl und Migration – da müssen neue Wege gegangen werden, denn die alten Wege haben zu den desaströsen Ergebnissen geführt, unter denen die österreichische Bevölkerung jeden Tag zu leiden hat. In Sachen Umgang mit Steuergeld: Stichwort Schuldenmacherei und Budgetdesaster der Vergangenheit. Da braucht es ein völlig neues Mindset: Nach der Decke strecken und zuerst sparen, auch im Apparat, um dann – ohne neue Belastungen und ohne immer neue Schulden zu machen – entlasten und investieren zu können.

Es braucht ein neues Bekenntnis dazu, dass die österreichische Staatsbürgerschaft ein hohes Gut ist, aber Asyl kein Zugangsweg dazu und zu unseren Sozialtöpfen sein kann. Ich rede von einem Umdenken in Sachen Neuordnung des Verhältnisses zwischen dem Staat und dem Einzelnen – und der Einzelne ist jeder Bürger, jede Familie, jedes Unternehmen. Wir Freiheitliche sind davon überzeugt, dass der Staat dem Einzelnen zu dienen hat und ihm Freiräume und Möglichkeiten zu schaffen und diese zu schützen hat.

Es braucht eine Veränderung im Sinne eines klaren Bekenntnisses zur Freiheit: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Kampf gegen Zensur, zu direkter Demokratie, zu einem österreichischen Patriotismus und zur Selbstbestimmung gerade auch im Zusammenhang mit der EU und anderen supranationalen Organisationen. Wir sind als Österreich kein Filialbetrieb einer Brüsseler Konzernzentrale.

Damit das klar ist: Unter einem proeuropäischen Kurs – und zu dem bekenne ich mich vollinhaltlich – verstehe ich zum Beispiel keine de facto automatisierte Unterwerfung unter Vorgaben von EU-Institutionen! Nein! Sondern für mich bedeutet proeuropäischer Kurs eine Zusammenarbeit, bei der das letztentscheidende Kriterium immer das Wohl und der Schutz der eigenen Bevölkerung zu sein hat.

Und deshalb gibt es nicht nur das Recht, sondern sogar die politische Pflicht dazu, auch einmal Nein zu sagen, wenn es notwendig ist. Und diese Liste ist bei weitem nicht vollständig.

Aber sehen Sie: Um all das, um diese vielen notwendigen Verbesserungen geht es und um ein stabiles Fundament dafür. Genau darum haben wir in den letzten Wochen auf den unterschiedlichsten Ebenen ehrlich verhandelt. Es wurden dabei viele tragfähige Kompromisse erzielt.

Ich bedanke mich dafür ausdrücklich bei meinen Verhandlungsteams, aber auch bei den Teams unseres Verhandlungspartners. Persönlich auch bei Christian Stocker. Ich habe ihn in den Begegnungen und vor allem bei unseren Vieraugengesprächen von einer ganz anderen Seite kennengelernt, als das bisher auf der offenen politischen Bühne der Fall gewesen ist.

Das ist das eine. Aber dann gibt es eben auch noch eine zweite Seite. Und die lautet: Es ist – leider – in entscheidenden Fragen nicht gelungen, diese aus unserer Sicht unverzichtbaren Weichenstellungen als gemeinsam notwendige Weichenstellungen zu definieren, diese Weichenstellungen, die es braucht, um die Lebenssituation der Österreicher besser zu machen. Ich wünschte, es wäre anders.

Aber nur irgendwelche „Einigungen“ zu erzielen, irgendwelche zusammengeschusterte Kompromisse, die nicht von beiden Seiten mit einer echten Überzeugung getragen werden und nicht mit einem guten Gewissen vorangetrieben werden, das ist nicht das stabile Fundament, das es für die erfolgreiche Bewältigung der großen Herausforderungen braucht, vor denen unser Land steht. Aber genau

um dieses stabile Fundament geht es. Genau das zu gewährleisten, das ist ja die Aufgabe einer Regierungsbildung, wenn man Österreich und vor allem seiner Bevölkerung was Gutes tun möchte. Es geht nicht darum, irgendein Amt innezuhaben. Vielleicht Bundeskanzler zu werden, der erste freiheitliche Bundeskanzler zu sein. Nein! Keine Sekunde. Wenn es mir nur darum gegangen wäre, dann hätte ich in den letzten Wochen die Gelegenheit gehabt, das zu erreichen. Ich hätte nur die Wählerinnen und Wähler verraten müssen. Ich hätte nur zentrale Wahlversprechen der Freiheitlichen Partei brechen müssen. Ich hätte nur mir selbst und meinen Prinzipien untreu werden müssen. Ich hätte es nur genauso machen müssen, wie es leider viel zu viele andere Politiker in ähnlichen Situationen schon gemacht haben. Es stimmt und dazu bekenne ich mich vor der gesamten österreichischen Bevölkerung: Dazu war ich nicht bereit.

Mein Zugang ist ein anderer. Ich habe immer gesagt, dass ein freiheitlicher Kanzler, ein Volkskanzler, der Diener, das Werkzeug, das Instrument sein muss, um in den entscheidenden Fragen den Willen der Bevölkerung umzusetzen. Wenn das in einer Koalition nicht möglich ist, dann ist der Kanzler nichts wert. Und auch diese Erkenntnis ist eine Interpretation des Satzes: „Zuerst das Volk, dann der Kanzler“. Auch da bin ich sehr konsequent.

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich im Folgenden die letzten Wochen und einige entscheidende Schritte der Verhandlungen noch einmal Revue passieren. Ich denke, dass das notwendig ist, weil dann vielleicht das etwas verworrene Bild, das jetzt medial vorherrscht, um einiges klarer werden kann. Es ist für jeden, der die Dinge verfolgt hat, gut erkennbar: Die Gegner jeder politischen und demokratischen Veränderung in Österreich, aber auch weit darüber hinaus, bemühen sich bis zum heutigen Tag, folgendes falsche Bild zu zeichnen: Es gäbe da einen freiheitlichen Machtrausch, einen Kickl-Machtrausch. Es gehe mir um Unterwerfung, Demütigung, Rache und lauter solche Dummheiten werden da verbreitet.

Alles beruht im Grunde genommen darauf, dass wir in den laufenden Verhandlungen angeblich „Ungeheuerliches“ gemacht haben: Erstens nämlich unsere Forderungen aus dem freiheitlichen Wahlprogramm in die Verhandlungen einzubringen und dort für diese Positionen zu kämpfen, so, wie wir es versprochen haben. Und wir haben noch etwas gewagt zu fordern, nämlich dass das Finanzministerium und das Innenministerium, das seit Jahrzehnten in den Händen der Österreichischen Volkspartei ist, in den nächsten Jahren freiheitlich geführt werden sollen. Wissen Sie: Ich denke, dass das für niemanden in unserem Land eine Überraschung sein konnte. Und schon gar nicht für die ÖVP, wenn man all das einfach hernimmt, was wir in der Wahlbewegung immer gesagt haben und wenn man noch dazu die Erkenntnisse nimmt, die nach der Wahl ans Tageslicht gekommen sind. Stichwort: Eine katastrophale Asylbilanz und ein Sicherheitsdesaster in vielen Bereichen unter ÖVP-Verantwortung. Stichwort: Schuldenhaufen und ein Budgetdesaster, das man der Bevölkerung bis zur Wahl verschwiegen hat.

Was ist also abgelaufen? Dass wir die letzten Wochen – eigentlich seit Beginn des Februar – überhaupt nur über Ministerien geredet und nicht alle Kraft dafür verwendet haben, die inhaltlichen Unterschiede, die es in einigen Bereichen noch gegeben hat, in tragfähigen Kompromissen aufzulösen, war der ausdrückliche Wunsch der ÖVP. Es war ihr ganz wichtig, zuerst die Ministeriumsfrage abschließend zu klären und erst wenn das passiert ist, dann überhaupt erst weiter über inhaltliche Knackpunkte zu reden, die es ja durchaus noch gegeben hat.

Mein Plan ist es gewesen, zuerst die Inhalte zu diskutieren und vor allem auch die Dissenspunkte durchzuarbeiten und dann, wenn dort quasi weißer Rauch aufsteigt, die Frage der Ministerien zu klären oder diese Dinge zumindest parallel zu verhandeln. Aber ich bin der ÖVP auf ihren dringenden Wunsch hin nachgekommen.

Und jetzt ein wichtiger Punkt, der erklärt, warum ich das gemacht habe, weil ich da immer lese: „Postenschacher“. Das klingt

plakativ und griffig und wird halt gern benützt, genau deshalb, weil es so griffig ist. Aber in Wahrheit steht ja hinter der Frage dieser „Posten“ auch die Frage nach der inhaltlichen Position und der Schwerpunktsetzung in diesen ganz bestimmten politischen Bereichen. Und diese inhaltlichen Positionen sind wiederum stark verknüpft mit der Persönlichkeit, mit der Programmatik der Partei, deren Repräsentant dann an der Spitze eines solchen Ministeriums steht und diese Dinge dann eben auch inhaltlich vorantreibt.

Das steckt in Wahrheit hinter der Frage, wer welches Ressort erhalten soll. Und deshalb habe ich gesagt: Ok, dann diskutieren wir zuerst über diese Frage und deshalb war auch das Ringen in diesem Bereich so intensiv. Nachdem wir uns also dann darauf verständigt haben, dass wir das so machen, hatte ich ein persönliches Gespräch mit dem ÖVP-Obmann. Ich fragte ihn: Was sind denn die konkreten Ministeriumsvorstellungen der ÖVP? Seine Antwort war: Aus Sicht der ÖVP sind folgende Ministerien eine unbedingte Notwendigkeit, sonst gibt es keine Koalition. Und jetzt bitte hören Sie ganz genau zu: Für die ÖVP waren unverhandelbar: Das Außenministerium, das Innenministerium, das Finanzministerium, das Wirtschaftsministerium und das Landwirtschaftsministerium.

Ohne all das für die ÖVP geht es nicht. Und obendrauf sollte nach ÖVP-Vorstellungen der freiheitliche Bundeskanzler die EU-Zuständigkeit verlieren. Es war der Plan der ÖVP, diese EU-Zuständigkeit, die für ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz extra für ihn aus dem Außenministerium ins Bundeskanzleramt hineingepflanzt wurde, dass die jetzt, wo dann dort kein ÖVP-Bundeskanzler mehr sitzt, von dort herausgenommen und wieder ins Außenministerium gegeben werde. Wissen Sie, ich habe zuerst gedacht, das ist nicht ganz ernst gemeint.

Weil ja immer von Verhandlungen auf Augenhöhe die Rede gewesen ist, weil immer von einer Anerkennung des Wahlergebnisses und von einem fairen Umgang miteinander gewesen ist. Aber es war ernst gemeint von Christian Stocker. Ich habe ihn gefragt,

wie er auf diese absurde Liste kommt. Er hat zu mir gesagt: Das war immer so. Früher einmal, in den Koalitionen der ÖVP mit der SPÖ hat das immer so funktioniert. Das war das ÖVP-Argument. Ich habe gesagt, da wird sich die ÖVP aber bewegen müssen, weil sonst werden wir da nicht zusammenkommen. Wir haben dann unsererseits einen Kompromissvorschlag vorgelegt. In diesem waren das Finanzministerium und das Innenministerium aufseiten der FPÖ. Das sind zwei von den genannten fünf. Die anderen drei von der ÖVP-Liste sollte die Volkspartei haben. Die ÖVP wollte weiter alle fünf haben: Außen, Innen, Finanzen, Wirtschaft und Landwirtschaft. Und neu dazu jetzt auch noch die Landesverteidigung. Also aus fünf unbedingten Ressorts sind sechs unbedingte Ressorts geworden!

Mir gegenüber hat die ÖVP behauptet, dass es der Wunsch des Bundespräsidenten wäre, dass die FPÖ keines der Sicherheitsministerien – also Inneres und Landesverteidigung – haben darf. Mir gegenüber hat das der Bundespräsident in vielen Gesprächsrunden nie gesagt. Sonst hätte ich den Regierungsbildungsauftrag gar nicht angenommen.

Die Liste des Zweitplatzierten bei den Wahlen ist also immer länger geworden. Auf den Punkt gebracht hat diese Forderung der ÖVP bedeutet, dass sie die gleichen Ministerien für sich behalten wollte, die sie in der letzten Regierung mit den Grünen gehabt hat. Wir dürfen dabei nicht vergessen: Als sie diese Ministerien bekommen hatte, damals im Jahr 2019, war die ÖVP der Wahlsieger mit 37,5 Prozent, und ihr Partner hatte 14 Prozent.

Das war also die ÖVP-Seite. Und umgekehrt sollte nach den Vorstellungen der ÖVP die FPÖ mit Ausnahme des Bundeskanzlers, der aber die EU-Kompetenzen verlieren sollte, im Wesentlichen das Ministeriumspaket erhalten, was bisher die 14-Prozent-Grünen gehabt haben. Das war also das faire Verhandeln und die große Kompromissbereitschaft der ÖVP. Weniger sogar. Weil die Justiz sollte neutral besetzt werden.

Jetzt frage ich Sie, sehen Sie da nicht eine gewisse Schieflage? Hat das etwas mit einem Verhandeln auf Augenhöhe, hat das etwas mit Fairness zu tun? Hat das etwas mit dem Wahlergebnis vom letzten September zu tun, bei dem sich die Reihenfolge verändert hat? Wer hat hier ein Problem mit Machtdenken? Ich glaube, da kann sich jeder selbst ein Bild machen.

Wir sind aber trotzdem nicht vom Verhandlungstisch aufgestanden, sondern wir haben unseren Kompromissvorschlag überarbeitet und ein neues Angebot vorgelegt. Dieser neue Vorschlag hat sogar ein Übergewicht an Ministerien für die Volkspartei vorgesehen – sieben für die ÖVP und sechs inklusive des Bundeskanzlers für die Freiheitliche Partei. Nur das Finanz- und das Innenministerium sollten aus unserer Sicht in freiheitlicher Hand sein, weil diese für uns ganz wesentliche Schlüssel zu einer notwendigen Erneuerung in zentralen politischen Gestaltungsfeldern sind. Stichwort: Schuldenabbau nach dem Budgetdesaster und nach ungefähr 40 Jahren ÖVP-Verantwortung im Finanzministerium. Und ein zweites Stichwort: Ein klarer Kurs in Sachen Sicherheit und Kampf gegen die illegale Migration nach ungefähr 20 Jahren ununterbrochener Verantwortung der ÖVP im Innenministerium – mit den bekannten Ergebnissen.

Und selbst da, beim Finanzministerium und dem Innenministerium, sind wir der ÖVP entgegenkommen: Beim Innenministerium dadurch, dass wir folgendes gesagt haben: Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Bereich der Nachrichtendienste ein sehr, sehr sensibler ist, und wir haben daher vorgeschlagen, diesen Bereich in die Hände eines unabhängigen Staatssekretärs zu legen. Wir haben dem Bundespräsidenten dafür eine ganze Liste von dafür geeigneten starken, kompetenten und in der Öffentlichkeit bekannten Persönlichkeiten, die sich gegen jede Form einer möglichen Intervention zu wehren wissen, vorgelegt, um dieses Problem zu entschärfen. Auch aus staatspolitischer Verantwortung heraus, weil es mir nämlich wichtig ist, dass dieser Bereich der Nachrichtendienste frei ist von politischer Einflussnahme – aber dann muss das bitte auch

für die österreichische Volkspartei gelten, das ist das eine. Also ein weiteres Zeichen des Entgegenkommens. Und im Finanzministerium sollte jenes FPÖ-Team an der Spitze arbeiten, das von unserer Seite im besten Einvernehmen mit der ÖVP und ihren Experten in sehr kurzer Zeit bei Abwendung des EU-Defizitverfahrens erfolgreich war und mit diesen hervorragend zusammengearbeitet hat. Die ÖVP hat dann mehrere Tage über dieses Angebot nachgedacht, dann haben wir uns wieder zusammengesetzt, und das Ergebnis war: Keinerlei Bewegung bei der Volkspartei.

Und um noch einmal auf die Volkspartei zuzugehen und um es nicht daran scheitern zu lassen, haben wir einen weiteren Schritt in Richtung Entgegenkommen gesetzt: Wenn es für die ÖVP so wichtig ist, dann lösen wir EU-Agenden aus dem Bundeskanzleramt heraus, übertragen sie in den Bereich der Volkspartei und zurück ins Außenministerium. Die ÖVP hat im Gegenzug den Freiheitlichen das Finanzministerium angeboten, allerdings gleich wieder eins draufgesetzt: die Medien müssen auch aus dem Kanzleramt herausgelöst und der ÖVP zugeordnet werden.

Ich bin der ÖVP dann noch einmal entgegengekommen in einem weiteren sensiblen Bereich, von dem ich weiß, dass es Sorgen gibt, dem Bereich Kunst und Kultur, den wir auch bereit waren, der Volkspartei zu überantworten, aber wir brauchen das Innenministerium, weil dort unsere Kernkompetenz Sicherheit, Asyl und Migration abgebildet ist. Dazu war die ÖVP um keinen Preis bereit.

Eines muss man sich bei all dem vor Augen führen: Die ÖVP hat mit dem Angebot, das wir ihr gemacht haben, alle wesentlichen politischen Kernbereiche, die ihr ebenso wichtig waren, durch ihre ministerielle Zuständigkeit abgedeckt:

Die Bereiche

- Wirtschaft, Energie
- Landwirtschaft und Umwelt
- Infrastruktur, ländlicher Raum – damit die gesamte Standortpolitik

- Öffentlicher Dienst/Beamte
- Außenpolitik
- EU
- Landesverteidigung
- Bildung- und Wissenschaft und den Bereich Soziales obendrauf

Und eines darf man nicht vergessen: Die ÖVP verweist zwar auf ihre Sicherheitskompetenz, aber wir haben sie darauf hingewiesen, dass in der EU-Kommission ein Vertreter der Volkspartei für Asyl und Migration zuständig ist, ein gewisser Magnus Brunner. Auch das ist also aufseiten der ÖVP abgedeckt.

Das war der Stand der Dinge. Und es ist nicht unbotmäßig zu sagen: Wenn die ÖVP die Erwartungshaltung ihrer Klientel und ihrer Wähler abdeckt, die Erwartungshaltung der freiheitlichen Wähler heißt Sicherheit, ein klarer Kurs im Asyl und gegen illegale Migration – deshalb brauchen wir das Innenministerium. Das war der Stand der Dinge bis heute in der Früh.

Die Vorschläge, die uns dann über die Medien unterbreitet wurden, waren unbrauchbar, weil sie im Kern auf eine Teilung des Innenministeriums hinausliefen. Eine Teilung des Innenministeriums unter verschiedenen Gesichtspunkten führt nur dazu, dass die Aufgaben nur schlechter oder gar nicht erfüllt werden können. Wir aber wollen eine Verbesserung der Situation im Bereich der Sicherheit und im Bereich von Asyl und Migration. Das erwarten sich die Menschen – und nicht einen „Kuhhandel“, bei dem am Ende alles schlechter wird.

Meine Damen und Herren!

Ich denke, es war einmal notwendig, das alles auch öffentlich darzustellen. Ich habe in den letzten Wochen dazu geschwiegen, um keine Irritationen während der Verhandlungen zu erzeugen, aber jetzt ist die Zeit gekommen, jetzt kann sich jeder selbst ein Bild machen, wer zu Kompromissen bereit war und wer glaubt, auf manche Ressorts eine Art von Eigentumsrecht zu besitzen.

Die ÖVP wird jetzt den eigenen Mitgliedern, ihren Bündnen und vor allem den Wählerinnen und Wählern erklären müssen, warum sie darauf verzichtet, das zu tun, von dem sie immer gesagt hat, dass es wesentlich ist, nämlich Österreich wirtschaftspolitisch, standortpolitisch, energiepolitisch, in der Landwirtschaft, in der Außenpolitik, in der EU, bei der Landesverteidigung und bei den Beamten federführend gestalten zu können.

Christian Stocker hat mir einmal gesagt, was er verlange, das steht dem Zweiten zu. Ich bin also gespannt, ob das, wenn die ÖVP in Verhandlungen mit der SPÖ, die in diesem Fall dieser Zweite wäre, eintritt, ob das dann auch noch gilt. Das würde bedeuten, die SPÖ bekäme von der ÖVP die Ressortzuständigkeit im Außenministerium, im Innenministerium, die EU-Agenden, das Wirtschaftsministerium, das Finanzministerium, die Landesverteidigung usw. Man sieht also: Das kann nicht ernstgemeint sein, da geht um ganz etwas anders.

Ich kann allen unseren Wählerinnen und Wählern guten Gewissens gegenübertreten. Ich kann jedem einzelnen Wähler ehrlich in die Augen schauen und sagen: Wir haben ehrlich um unsere Inhalte und Positionen gekämpft und haben das deshalb getan, weil unsere Positionen, ja, ihre Positionen und ihre Inhalte waren und sind, die Positionen und Inhalte der Wählerinnen und Wähler von der Corona-Aufarbeitung – ein Wort, das man bei Verhandlungen mit der ÖVP gar nicht in den Mund nehmen durfte – über die ORF-Gebühren, die Frage der Neutralität und einer Friedenspolitik, eines selbstbewussten Kurses gegenüber Brüssel, die Bekämpfung der Teuerung, die Sanierung des Budgets, bis hin zur Etablierung einer wirklich restriktiven Asyl- und Zuwanderungspolitik mit einem Stopp der illegalen Einwanderung Marke „Festung Österreich“, mehr direkte Demokratie und vieles mehr.

Wir haben den Schulterchluss mit unserer Bevölkerung enger gemacht, statt ihn aufzugeben, wie es in weiten Teilen in den Verhandlungen von uns verlangt worden ist, nur um den Kanzlersessel

zu bekommen. Dazu bin ich nicht bereit. Abschließend noch ein Ausblick: Ich fürchte, dass die anderen Parteien sich jetzt wieder zusammenhängen werden, um mit aller Kraft Neuwahlen zu verhindern, um damit einen Zuwachs der FPÖ zu stoppen oder aufzuhalten. Vielleicht geht das für sie eine Zeit lang gut.

Und es spricht ja vieles dafür, dass in den letzten Wochen vonseiten der österreichischen Volkspartei mit der SPÖ Parallelverhandlungen geführt wurden. Ich habe das auch immer wieder gehört, aber zur Seite geschoben. Denn wenn ich mit jemandem verhandle, gehe ich davon aus, dass er ehrlich mit mir umgeht, denn wenn ich diese Grundüberzeugung nicht habe, dann dürfte ich keine Sekunde mehr weiterverhandeln. Wir werden sehen, was die nächsten Tage und Wochen bringen. Wenn es so kommt, wie ich es vermute, ja, vielleicht geht das eine Zeit lang gut. Aber eines ist sicher: Dass Österreich in dieser Zeit weiter Schaden nehmen wird. Denn in einer solchen Konstellation wird keine neue Dynamik entfaltet, die es aber braucht, denn, was auf uns zukommt, das ist ein „uraltetes Regieren“. Aber wenn diese Neuwahlen kommen, dann kann ich nur an die Bevölkerung appellieren: Bitte, liebe Österreicherinnen und Österreicher, schaffen Sie klare Verhältnisse! Das ist dasjenige, was Österreich braucht. Damit sie doch noch kommen, die gute Jahre mit einem freiheitlichen Volkskanzler!

ISBN 978-3-950-5389-7-7

Vorwort von

Axel Kassegger

Beiträge von:

Hubert Fuchs

Alexander Höferl

Herbert Kickl

Friedrich-Wilhelm Moewe

Andreas Mölzer

Norbert Nemeth

Fritz Simhandl

Bernhard Tomaschitz

Interviews mit:

Wolfgang Bachmayer

Dagmar Belakowitsch

Werner Beutelmeyer

Hubert Fuchs

Susanne Fürst

Christian Hafenencker

Gerhard Kaniak

Axel Kassegger

Michael Schnedlitz

Reinhard Teufel